



BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013

Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin
Gudrun Schwarz

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Klaus Einig

Bearbeitung

Nexus Institut, Berlin
Dr. Angela Jain, Dr. Martin Schiefelbusch

unter Mitarbeit von
Eirini Anastasiadou (Athen), Nicolas Bach, Kerstin Franzl, Melissa Gómez,
Holger Jansen, Tihomir Mitev (Plovdiv), Sonja Ziener

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweise

BMVBS (Hrsg.): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung,
Lösungsstrategien, Maßnahmen
BMVBS-Online-Publikation 04/2013.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der
des Herausgebers identisch.

ISSN 1869-9324

© BMVBS März 2013

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“
des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) betreut vom
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR).

Kurzfassung

Der Bericht entstand im Zuge der Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ des „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ als Teil der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung initiierten „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“. Im Rahmen des Aktionsprogramms erhielten 21 deutsche Modellregionen finanzielle Mittel und Beratung mit dem Ziel, Maßnahmen in Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge zu erproben und diese in den Kontext einer regionalen Gesamtstrategie zu setzen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Entwicklung einer integrierten Sichtweise im Sinne sektorübergreifenden Arbeitens. Die anknüpfende Begleitforschung erweitert die Perspektive auf den europäischen Raum. Im Fokus stehen die demografischen Herausforderungen in Europa, das jeweilige nationale Problembewusstsein, das spezifische Begriffsverständnis von Daseinsvorsorge und deren Verankerung in politisch-administrativen Strukturen.

Die Auswahl der untersuchten Länder erfolgte unter der Einbeziehung einer geografischen Nord-Süd-Ost-West-Streuung. Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Finnland, Niederlande, Norwegen, Tschechien, Bulgarien und Griechenland fanden in der Untersuchung Berücksichtigung. Betrachtet wurden auch grenzübergreifende bzw. transnationale Programme in der EU. Der Fokus lag auf ländlichen Räumen in peripheren und dünn besiedelten Regionen sowie auf den in solchen Räumen gelegenen Unter- und Mittelzentren. Als Methode kam zunächst ein eigens für die Studie entwickeltes Kriterienraster zur Anwendung, um einen ersten Überblick zu innovativen Regionen, Modellvorhaben und Projekten/Maßnahmen zu erstellen. Diese wurden zunächst in Form einer Excel-Tabelle erfasst, die auch eine Kurzdarstellung der wichtigsten Begriffe sowie eine Liste der relevanten Sektoren (Verkehr, Energie, Gesundheit etc.) beinhaltete. Aus den tabellarischen Informationen wurden die Beispieldarstellungen (Einzelmaßnahmen, Regionalstrategien, Programme) entwickelt. Es folgten Internet- und telefonische Recherchen in den einzelnen Ländern und bei internationalen Programmen wie Interreg, Leader, Inforegio oder European Network for Rural Development (ENRD). Parallel wurde Kontakt zu Fachbehörden und wissenschaftlichen Einrichtungen auf nationaler Ebene aufgenommen, um Hinweise auf weitere Maßnahmen und Einschätzungen zur Situation zu erhalten.

Der Bericht stellt Statistiken zur differenzierten demografischen Entwicklung vor, nationale Besonderheiten kommen zum Ausdruck. Es zeigt sich, dass insbesondere der ländliche, periphere Raum oftmals von Schrumpfung und Überalterung betroffen ist. Trotz der gemeinsamen Schwierigkeiten betroffener Regionen herrscht Konsens über die Spezifität von Gebieten und deren eigenständige Entwicklung. Die Erkenntnis liegt darin, dass es kein einheitliches Konzept geben kann und Strategien und Regionalpläne auf der Grundlage spezifischer Bedürfnisse erarbeitet werden müssen.

Politische Gestaltung gewinnt in mehrfacher Hinsicht an Bedeutung. Erstens gilt es, sich der veränderten demografischen Struktur anzupassen, wobei die Überalterung und disparate Bevölkerungsverteilung als noch dringlicher gegenüber der Schrumpfung bewertet wird. Zweiter Ansatz ist die Reaktivierung einer Region mit dem Ziel, Zuzüge zu gewinnen und die Abwanderung aufzuhalten. Ländliche, periphere Regionen unterliegen der Gefahr sich selbst verstärkender, negativer Effekte, die eine hohe Eigendynamik entwickeln können. Aus diesem Grund gilt den betreffenden Regionen auf der Ebene der Europäischen Union und teils auf nationalen Ebenen Handlungspriorität mit dem Ziel, eine solche Abwärtsspirale zu durchbrechen. Seinen Ausdruck findet dies etwa in dem Anteil nationaler Fördermittel, der in die Entwicklung ländlicher, peripherer Regionen fließt und in Norwegen etwa stolze 40% beträgt. Territoriale Gleichheit bildet zudem einen Schwerpunkt in der Europapolitik, wodurch gezielte Förderung eine zusätzliche Legitimation erfährt. Weiterhin dienen Strategiepläne diesem Ziel und geben Orientierung. Speziell regionale und kommunale Kooperation wird als besonders sinnvolles Instrument angesehen, um sowohl Anpassung als auch Aktivierung voranzutreiben. Sie steht im Zentrum einer Vielzahl von Reformen in der Regionalpolitik europäischer Nationen.

In Anbetracht des heterogenen Begriffsverständnisses von Daseinsvorsorge wurden nationale Traditionsstränge relevanter Bereiche rekonstruiert. Die Konzepte bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsorientierung und Orientierung am europäischen Sozialmodell (Ordnungspolitische Debatte) und zwischen nationaler und internationaler Regelung (Kompetenzdebatte).

Von einer Auseinandersetzung mit dem Thema Daseinsvorsorge zeugen neben Strategieplänen auch Organisationen, die interkommunale, provinzielle und regionale Zusammenarbeit und Koordination vorantreiben und methodologische und operationale Handlungsempfehlungen zur Implementierung von Projekten ausarbeiten. Definitionen von Mindeststandards, die Entwicklung der verschiedenen Kooperationsformen oder auch die Einrichtung von Wettbewerben markieren ebenso ein aktives Interesse an der Daseinsvorsorge.

Besonders erfolgreich in der Implementierung der Daseinsvorsorge ist Skandinavien. Die Förderung relevanter Bereiche nahm dort bereits in den 1950er Jahren ihren Anfang. Mit den übergeordneten Zielen Wachstum und regionale Gleichheit kam dem *public service* besondere Bedeutung zu, wobei parallel auch das Finanzausgleichssystem ambitioniert gestaltet wurde. Die geografische Situation einer dünnen Besiedelung in weiten Teilen spielte dabei eine hervorzuhebende Rolle. Als ein Erfolgsfaktor lassen sich über einen längeren Zeitraum gewachsene informelle Institutionen vermuten, die eine langfristige Implementierung gegenwärtiger Strategien und Projekte wahrscheinlich erleichterten.

Im Gegensatz dazu stehen viele süd- oder osteuropäische Regionen. Die politischen Systeme, welche diese Länder in der Vergangenheit prägten, standen der Entwicklung tragfähiger Leistungen im Bereich Daseinsvorsorge eher im Wege. Faktoren wie politische Ereignisse – zum Beispiel Reformen – oder auch ökonomische Krisen können das öffentliche Bewusstsein für Daseinsvorsorge stärken. In Italien beispielsweise gab ein Übermaß an Korruption den Anlass für die Einführung von Quantifizierungs- und Standardisierungsansätzen, deren Sinn jedoch inzwischen auch in Frage gestellt wird. In Schottland wiederum sorgte der Abbau von Kompetenzen bei den ländlichen Entwicklungsagenturen für Verärgerung in der Bevölkerung. Von Bedeutung ist zudem das politische Grundverständnis im Spannungsfeld zwischen Markt und Staat. In den meisten der betrachteten europäischen Nationen hatte in den letzten Jahren eine Verschiebung zugunsten des Marktes stattgefunden. Parallel existieren gegenläufige Entwicklungen, zum Beispiel in Norwegen ein starkes öffentliches Interesse an NPM (New Public Management), das Konzepte aus dem privaten Sektor in den öffentlichen transfert.

Wesentliches Prinzip der administrativen Strukturen in allen betrachteten Nationen ist die Subsidiarität. Die Annahme dabei ist, dass starke, autonome Verwaltungseinheiten auf den unteren Ebenen (Regionen; Kommunen) die regionale Entwicklung in positiver Weise fördern. Den Kommunen obliegen wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge. In manchen Ländern sind diese subsidiären Strukturen das Ergebnis zum Teil radikaler politisch – administrativer Reformen, welche unter dem starken Einfluss der Europäischen Union ausgearbeitet wurden, etwa in Griechenland oder Bulgarien. Mit den Reformen fand auch eine Neuverteilung staatlicher Gelder zugunsten unterer Einheiten statt. Teils entstanden völlig neue Verwaltungseinheiten. Erste Prozesse fortschreitender Dezentralisierung in Europa fanden in den 1980er Jahren statt. Gegenwärtig erscheint besonders die Einbettung der Daseinsvorsorge in die Administration Skandinaviens als wegweisend. Reformen wie PARAS in 2011 in Finnland stützen diese Entwicklung. PARAS schuf Anreize zur - freiwilligen - Fusion von Kommunen, deren Anzahl so erheblich reduziert werden konnte.

Die Regionalpolitik hat Berührung mit vielen politischen Handlungsfeldern, verfügt aber über wenig Mittel. Die nationalen Strategien für die ländliche Entwicklung orientieren sich in der Regel an der Grobstruktur, die in den EU Programmen verankert ist. Letztere dienen als Leitbild, den Mitgliedsstaaten wird aber die Freiheit der politischen Ausgestaltung gewährt in der Annahme, dass diese am besten um ihre spezifischen Bedürfnisse wissen. Die Schwerpunkte werden kategorisiert (zum Beispiel nach Achsen) und nach Prioritäten geordnet. Im Vordergrund stehen häufig wirtschaftliche Maßnahmen. Darüber hinaus existieren weitere Bereiche, die einer Förderung wert sind: z.B. Landwirtschaft, Umweltschutz, Soziale Dienste, Tourismus, Dorfsanierung, Bildung u.a. Vor allem die Bereitstellung von Infrastruktur wird als Voraussetzung für weitere Entwicklung bewertet. Das Feld Daseinsvorsorge erfährt in den Programmen jedoch häufig keine kon-

krete Zuordnung. Der demografischen Entwicklung und der Daseinsvorsorge wird noch zu geringes Gewicht eingeräumt. Es stellt sich die Frage nach Lösungsansätzen für schrumpfende Regionen.

Die nationalen und regionalen Strategien kennzeichnet eine individuelle Anpassung an die unterschiedlichen regionalen Voraussetzungen. In der Regel knüpft ein Strategiepapier an das nächste an. Zudem unterliegen die Pläne einer räumlichen und zeitlichen Beschränkung. Den Ausgangspunkt bilden immer die spezifischen Bedürfnisse einer Region. Genau dies bezeichnet etwa die „offensive Vision“ in Frankreich. In England existiert ein Verfahren namens *Rural Proofing*, welches eigens ins Leben gerufen wurde, um zu überprüfen, ob Maßnahmen den Anforderungen ländlicher Räume gerecht wurden. Dies beinhaltet die Überprüfung eines effizienten Einsatzes von Instrumenten, Transparenz, Evaluation und Kontrolle. Die Pläne werden teils durch Einzelakteure aufgestellt, teils sind sie das Produkt von Beratungsagenturen oder das Ergebnis partizipativer Prozesse (etwa in Schweden).

Die Darstellung von Einzelmaßnahmen im vorliegenden Bericht wird nach acht Bereichen kategorisiert, zum Beispiel Verkehr, Bildung oder Gesundheit. Viele Projekte profitieren von internationaler Beteiligung. Von Bedeutung ist die dauerhafte Implementierung einer Maßnahme. So konnte beim Canterbury Rural Street Runner (Großbritannien), einem mobilen Jugendclub mit dezentralem Angebot in Dörfern, die Trägerschaft nach Ende des Förderzeitraums an die Kommunen übertragen werden. Wieder sind die skandinavischen Nationen sehr erfolgreich, im Gegensatz zu den süd- und osteuropäischen Ländern, wo die in der Regel EU-subventionierten Projekte nach Auslaufen der Förderung enden.

Die Herausforderungen liegen in den quantitativen (Bevölkerungsschwund) und qualitativen (Überalterung) Verschiebungen in peripheren ländlichen Regionen. Ersteres betrifft zum Beispiel Infrastrukturen hoher Fixkostenintensität (Wasser, Strom, Telekommunikation), letzteres den steigenden Bedarf an Senioren-, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen sowie nach mobilen Diensten. Viele europäische Regionen stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Einige haben bereits Erfahrung im Umgang mit demografischem Wandel, andere wiederum stehen vor einer politischen Neuorientierung.

Europaweit werden traditionelle Konzepte der Daseinsvorsorge mit sektoraler Ausrichtung bereits aus ökonomischen Gründen in Frage gestellt. Die Einzelprojekte und Strategien jedoch zu einem System zu integrieren, zum Beispiel durch Einbettung der Einzelmaßnahmen in eine kongruente Gesamtstrategie, scheint vielen schwer zu fallen. Unterscheiden lassen sich Maßnahmen demnach, ob sie eher übergeordnete Rahmenprogramme umsetzen, oder ob sie nach dem LEADER-Ansatz von unten entwickelt wurden.

Der Bericht schließt mit einer Aufzählung von Metathemen integrierten Denkens, die aus den betrachteten Maßnahmen und Strategien abgeleitet werden können und in unterschiedlichsten Kombinationen in der Praxis zu finden sind:

- Reform kommunaler Zuständigkeiten
- EU-Projekte als Raum für Erproben und Erfahrungsaustausch
- Programme zur ländlichen Entwicklung
- Mehrfachnutzung und räumliche Integration von Angeboten
- Kooperation mit Zivilgesellschaft
- räumliche Konzentration
- Anpassen/Absenken von Standards
- Zuwanderungsförderung
- Virtualisierung/Teledienste
- Mobilisierung vormals stationärer Dienste

Innovative Konzepte und Ideen finden auf jeden Fall darin ihren Sinn, dass sie dazu anstoßen, bisherige Standards in Deutschland zu hinterfragen. Für die Frage der Übertragbarkeit von Projekten und Strategien ist es darüber hinaus hilfreich, sich der verschiedenen Formen einer Übertragung und der unterschiedlichen Kategorien möglicherweise - aber nicht immer - einschränkender Randbedingungen bewusst zu sein.

Abstract

The report resulted from the accompanying research "Internationale Erfahrungen" (International Experiences) to the "Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge" (Programme of Action for the Regional Provision of Public Services). This programme is part of the "Modellvorhaben der Raumordnung (MO-RO)" (Model Projects for Spatial Planning), initiated by the Federal Ministry for Transport, Building and Urban Development. As part of the action programme, 21 model regions in Germany were given financial assistance and advice with the goal of testing measures in the field of services of general interest (SGI) and placing these within the context of a comprehensive regional strategy. Special attention was paid to the development of an integrated perspective in the sense of working across different sectors. The accompanying research expanded the perspective across Europe. The focus is on demographic challenges in Europe, the respective national awareness of these challenges, the specific understanding of the concept of SGI and their fixation within political-administrative structures.

The selection of the countries to be studied was made in consideration of a geographic North-South-East-West-distribution. Spain, France, Great Britain, Italy, Sweden, Finland, the Netherlands, Norway, the Czech Republic, Bulgaria and Greece were selected. International programs in the EU were also observed. The focus was on rural areas in peripheral and sparsely populated regions, as well as the regional centres located within these regions. First, a specially developed criteria matrix was applied, in order to develop an overview of innovative regions, model projects and other projects and measures. These were then recorded in an Excel table, which also contains a short description of important terms and a list of relevant sectors (e.g. transport, energy, health, etc.). From the tabulated information, representational examples were developed (e.g. individual measures, regional strategies, programs). Research via the Internet and telephone followed in the individual countries and through international programs such as Interreg, Leader, Inforegio or the European Network for Rural Development (ENRD). Parallel to this research, government offices and scientific institutions were contacted on a national level in order to gather additional information on the situation and on further measures.

The report presents statistics on differentiated demographic developments. National characteristics can be observed. It is shown that shrinking and over-aging affect especially the rural, peripheral areas. Despite the common difficulties of the affected regions, there is a consensus on the specificity of regions and their independent developments. The realisation is that there can be no comprehensive concept and that strategies and regional plans must be developed on the basis of specific needs.

Political formation becomes more important in several ways. First, an adaptation to the changing demographic structure must occur, where over-aging and the disparate distribution are seen as being more important than the shrinking of the population. The second approach is to reactivate the regions with the goal of increasing immigration to and halting emigration away from these regions. Rural, peripheral regions are at risk of the developing and strengthening negative effects, which could develop momentum. For this reason, on a EU-level and to a certain degree also on national levels, the affected regions are of the highest priority. The goal is to break apart the negative spiral. This is reflected in the percentage of funding, which is appropriated to the development of rural, peripheral

regions (for example, 40% in Norway). Territorial balance is a central focal point in European politics, through which targeted funding is further legitimated. Furthermore, strategic plans aim for this goal and provide orientation. Regional and communal cooperation, especially, is viewed as being a particularly useful instrument in order to promote both adaptation and activation. Therefore, a number of reforms are central to regional politics of European countries.

In view of the heterogeneous understanding of the term "services of general interest" (SGI), national traditions in relevant areas were reconstructed. The concepts move in between a competitive orientation and an orientation along the European social model (regulatory process debate), as well as between national and international regulations (competency debate).

In addition to strategic plans, other organisations are witnesses to the discussion on the topic of SGI. These organisations promote inter-communal, provincial and regional cooperation and coordination. They also develop methodological and operational suggestions for action for the implementation of projects. Definitions of minimum standards, the development of various forms of cooperation, and/or the organisation of competitions also mark an active interest in SGI.

Scandinavia has been especially successful in the implementation of SGI. The support for SGI began as early as the 1950s. With the overarching goals of growth and regional balance, *public service* gained importance. Parallel to this, the fiscal equalisation system was being ambitiously developed. The geographic situation, of a sparse population in many areas, played a central role in this process. The informal institutions, developed gradually over a long period of time, might be considered a factor for success in the long-term implementation of current strategies and projects.

Many southern and eastern European regions present a stark contrast. The political systems, which influenced these countries in the past, stood in the way of the development of a sustainable SGI system. Factors such as political occurrences (i.e. reforms) and economic crises can strengthen the public awareness of SGI. In Italy, for example, the excess of corruption provided the grounds for the introduction of approaches for quantification and standardisation, although their actual purpose is currently being questioned. In Scotland, the withdrawal of competencies from rural development agencies is causing irritation within the population. The fundamental political understanding of the relation between market and state is also of importance. In most of the studied European countries, a shift has been observed lately in favour of the market. However, opposing developments exist parallel thereto, such as the public interest in NPM (New Public Management) in Norway, in which concepts have been transferred from the private to the public sector.

One main principle of the administrative structures in all studied countries is that of subsidiarity. In this regard, the assumption is that strong, autonomous administrative units on the lower levels (e.g. regional, communal) positively promote regional development. Communities are responsible for considerable areas of SGI. In some nations, these subsidiary structures are the result of in part radical political-administrative reforms, which were developed under the strong influence of the European Union (e.g. Greece and Bulgaria). With the reforms, a redistribution of federal funds, in favour of lower units, occurred. In part, entirely new administrative units emerged. The first processes of progressive decentrali-

sation in Europe occurred in Scandinavia during the 1980s. Currently, the integration of SGI within the Scandinavian administration is considered to be path breaking. Reforms such as PARAS in 2011 in Finland supported these developments. PARAS created incentives for the voluntary merging of communities, so that their number could be reduced considerably.

Regional politics are linked to many other political fields of action, but have little financial means. The national strategies for rural development usually orientate themselves along the structure that is anchored in the EU programs. The latter serve as guidelines. The member states are guaranteed freedom in political formation with the assumption that they know their own specific needs best. The points of emphasis are categorised (for example, according to axes) and ordered in terms of their respective priority levels. Economic measures usually stand in the foreground. Further areas, which are worth funding, exist beyond these: agriculture, environmental protection, social services, tourism, town renovation, education, etc. The provision of infrastructure is considered to be a requirement for further developments. The field of SGI, however, is often not specifically categorised among these programs. Demographic developments and SGI are still not given enough priority. The question of solutions for shrinking regions presents itself.

The national and regional strategies are characterised by their individual adaptation to the varying regional conditions. Usually, one strategy paper builds on the next. Furthermore, the plans are subject to spatial and temporal limitations. The specific needs of a region constitute the starting point. Exactly this is demonstrated by the "offensive Vision" in France. In England, a procedure called *Rural Proofing* controls whether or not measures are adequate for meeting the needs of rural regions. This includes the proofing through an efficient use of instruments, transparency, evaluation and control. The plans were developed by individual actors, are the products of consulting agencies or are the results of participative processes (for example, in Sweden).

The presentation of individual measures in this report is divided into 8 categories (e.g. transport, education and health). Many projects benefit from international involvement. The permanent implementation of a measure is of importance. For example, in the case of the Canterbury Rural Street Runner (Great Britain), a mobile youth club with decentralised offers in towns, it was possible to transfer the sponsorship to the community at the end of the funding time period. The Scandinavian nations are again very successful, in contrast to the southern and eastern European nations, in which EU-subsidised projects usually end at the end of the funding time period.

The challenges lie in the quantitative (population loss) and qualitative (over-aging) changes in peripheral, rural regions. The former affect, for example, infrastructures with high fixed costs (e.g. water, electricity and telecommunications), while the latter affect the growing demand for senior, care and health facilities, as well as for mobile services. Many European regions are confronted with similar challenges. Some already have made experiences with demographic change, while others are still facing the political re-orientation.

Throughout Europe, traditional concepts of SGI, with a sectorised orientation, are called into question on economic grounds alone. The integration of individual projects and strategies into a system, for example through the implementation of

single measures into a congruent comprehensive strategy, seems to be difficult for many. The measures differ in that they either implement an overarching framework program or were developed bottom-up according to the LEADER approach.

The report closes with a listing of meta-topics of integrated thinking, which can be derived from the observed measures and strategies and can be found in various combinations in practice:

- Reform of communal jurisdiction
- EU projects as spaces for experimentation and the exchange of experiences
- Programmes for rural development
- Multi-use and spatial integration of services
- Cooperation with civil society
- Spatial concentration
- Adaptation/lowering of standards:
- Support of immigration
- Virtualisation/tele-services
- Mobilisation of previously stationary services

Innovative concepts and ideas, in any case, are useful in promoting the calling into question of previous standards in Germany. For the question of the transferability of projects and strategies, it is helpful to be aware of the various forms of transferring experiences and the different categories of factors that possibly, but not necessarily, limit the transfer of ideas.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	2
1 Kontext des vorliegenden Berichts	14
2 Ziele und Abgrenzung	15
3 Vorgehensweise bei der Recherche	16
4 Ausgangslage	18
4.1 Überblick über die demografische Situation in Europa.....	18
4.2 Bedeutung des Themas Daseinsvorsorge in Europa	21
5 Ergebnisse der Länderrecherche	27
5.1 Problembewusstsein zum demografischen Wandel.....	27
5.1.1 Bulgarien.....	27
5.1.2 Finnland	28
5.1.3 Frankreich	30
5.1.4 Griechenland.....	31
5.1.5 Großbritannien	32
5.1.6 Italien	33
5.1.7 Niederlande	34
5.1.8 Norwegen	36
5.1.9 Schweden.....	37
5.1.10 Schweiz.....	40
5.1.11 Spanien.....	42
5.1.12 Tschechien.....	43
5.1.13 Japan.....	45
5.1.14 Australien	47
5.2 Institutionelle Verankerung des Themas Daseinsvorsorge	48
5.2.1 Bulgarien.....	49
5.2.2 Finnland	50
5.2.3 Frankreich	53
5.2.4 Griechenland.....	55
5.2.5 Großbritannien	59
5.2.6 Italien	60
5.2.7 Niederlande	62
5.2.8 Norwegen	63
5.2.9 Schweden.....	65
5.2.10 Schweiz.....	68
5.2.11 Spanien.....	70
5.2.12 Tschechien.....	72
5.2.13 Japan.....	76

Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich	12
5.2.14 Australien	77
5.3 Strategien und integrative Ansätze für die regionale Daseinsvorsorge	78
5.3.1 Bulgarien	78
5.3.2 Finnland	82
5.3.3 Frankreich	84
5.3.4 Griechenland	86
5.3.5 Großbritannien	88
5.3.6 Italien	89
5.3.7 Norwegen	96
5.3.8 Schweden	97
5.3.9 Spanien	98
5.3.10 Tschechien	103
5.3.11 Japan	108
5.3.12 Australien	109
5.4 Innovative Einzelmaßnahmen	110
5.4.1 Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsdienste	111
5.4.2 Soziale Infrastruktur	116
5.4.3 Gesundheitswesen und Pflege - Hilfe zu Hause	121
5.4.4 Lokale Nachhaltigkeit	130
5.4.5 Schutz und Sicherheit	132
5.4.6 Wohnen, Bauen, Sanierung	132
5.4.7 Nahversorgung	134
5.4.8 Verwaltung Virtuelles Bürgerbüro	141
5.4.9 Bildungs- und Kultureinrichtungen, Qualifikation, Jugendarbeit	143
5.4.10 Technische Infrastrukturen einschl. Kommunikation	150
5.4.11 Sektorübergreifende Einrichtungen	152
6 SYNTHESE	154
6.1 Disperser Bedarf als Grundproblem	154
6.2 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Europa	155
6.3 Handhabung des Begriffs Daseinsvorsorge in der Recherche	156
7 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WEITERE ARBEIT IM THEMENFELD	158
7.1 Regionalentwicklung als „Anpassungsstrategie“?	158
7.2 Metathemen integrierten Denkens	159
7.3 Herausforderung Übertragbarkeit	161
LITERATUR	163
Allgemeine Quellen	163
Quellen zu den Einzelmaßnahmen	168
Bildnachweis	173

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Relative population change between 2008 and 2030 by NUTS 2 regions
- Abb. 2: Old age dependency ratio by NUTS 2 regions, 2030
- Abb. 3: Demografiebedingte Risiken der europäischen Regionen
- Abb. 4: Positionen ausgewählter Mitgliedstaaten und Organe der Europäischen Union zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
- Abb. 5: Arbeitsplätze in der Region Sogn und Fjordane nach Wirtschaftssektoren
- Abb. 6: Demografische Entwicklung Schwedens 1735-2000
- Abb. 7: Akteure und Programme der Regionalentwicklung in Schweden
- Abb. 8a: Bevölkerungsentwicklung in Japan nach Regionen
- Abb. 8b: Bevölkerungsentwicklung in schrumpfenden Regionen Japans
- Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung Australiens 2001-2011
- Abb. 10: Entwicklungsziele für die ländlichen Regionen Japans
- Abb. 11: Ziele und Prioritäten des Regionalplans Nordwest
- Abb. 12: Inhalte Regionalentwicklungsprogramme Italien
- Abb. 13: Schwerpunktthemen der Strategie zur Regionalentwicklung der Tschechischen Republik
- Abb. 14: Schulbusprogramm Galizien
- Abb. 15: Erneuerte Infrastruktur des SPNV auf Sardinien
- Abb. 16: Mobilitätsplattform Bresse B
- Abb. 17: Hilfe zu Hause in Griechenland
- Abb. 18: IS-Active in Norwegen
- Abb. 19: MyHealth@Age in Schweden
- Abb. 20: Ländliche Kooperative in Spanien
- Abb. 21: Ferienhäuser als Zweitwohnsitz
- Abb. 22: Einwohner in Hordaland/Norwegen
- Abb. 23: Nahversorgung Andøy
- Abb. 24: Nahversorgungsprogramm in Norwegen
- Abb. 25: Karte der im Programm lokale Dienstleistungen geförderten Einzelprojekte
- Abb. 26: Testautomat im Supermarkt auf der Insel Utö
- Abb. 27: Kommunale Haushaltshelfer in Schweden
- Abb. 28: Dorfkneipe als Gemeindezentrum in Großbritannien
- Abb. 29: Virtuelles Bürgerbüro in den Niederlanden
- Abb. 30: SAUDA – Schule als Entwicklungsmotor
- Abb. 31: Schülerforschungsnetzwerk in D, CH und FR
- Abb. 32: Jugendprojekt Alpenrose in der Schweiz
- Abb. 33: RKK-Nordland in Norwegen
- Abb. 34: Jugendprojekt FENIX in Schweden
- Abb. 35: Technisches Infrastrukturprojekt i.d. Schweiz
- Abb. 36: Abraza la Tierra
- Abb. 37: Typen der "Demografiebetreffenheit"
- Abb. 38: Randbedingungen nach Veränderlichkeit

1 KONTEXT DES VORLIEGENDEN BERICHTS

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen einer Begleitforschung im „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“, das wiederum Teil der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung initiierten „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“ ist.

Das „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ befasst sich mit der gesellschaftlichen Aufgabe, die vom demografischen Wandel betroffenen Regionen Deutschlands auf die Schwierigkeiten und notwendigen Anpassungen vorzubereiten, die mit einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung verbunden sind. Im Ansatz des Aktionsprogramms geht es in erster Linie darum, eine integrierte Sichtweise zu entwickeln und sektorübergreifende Regionalstrategien vorausschauend und kooperativ zu gestalten. Hierfür sind oftmals bisherige Denk- und Handlungsweisen zu hinterfragen. Konkret sollen in unterschiedlichen Handlungsfeldern Maßnahmen erprobt und in eine konsistente regionale Gesamtstrategie eingefügt werden. Ländlich geprägte Regionen mit schrumpfender Bevölkerung und damit knapper werdenden Mitteln verfügen jedoch häufig nicht über ausreichend eigene Erfahrungen und Ressourcen für diese Aufgaben. An diesem Punkt setzt das Aktionsprogramm an. Zentrale Merkmale sind die finanzielle und fachliche Unterstützung von 21 ausgewählten ländlichen Regionen bei der Erarbeitung eines Strategiekonzeptes und die Verbreitung der Erfahrungen und Ergebnisse dieses Prozesses als Vorbild für alle ländlichen Regionen mit gleichgelagerten Herausforderungen. Die Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ hat dabei die Aufgabe, den Wissenstransfer zwischen Deutschland und anderen Ländern Europas und darüber hinaus zu unterstützen und daraus Anregungen für die Erarbeitung von Regionalstrategien und einzelnen Maßnahmen zu vermitteln.

Der vorliegende Bericht fasst die inhaltlichen Ergebnisse der im Rahmen der „Vorstudie internationale Erfahrungen“ unternommenen Recherchen zusammen. Auf den folgenden Seiten werden die thematische Abgrenzung und die Recherchemethodik dargestellt und in Abschnitt 4 eine kurze thematische Einführung in das Thema Demografie und Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene gegeben. Das inhaltliche Hauptkapitel 5 beschreibt in mehreren Unterabschnitten zunächst das Problembewusstsein in den betrachteten Ländern, die unterschiedlich stark vom demografischen Wandel betroffen sind, aber auch sehr verschieden damit umgehen. Anschließend werden die institutionelle Verankerung des Themenfelds Daseinsvorsorge dargestellt (Kapitel 5.2) und in den Teilkapiteln 5.3 und 5.4 zunächst Strategien/Programme und übergreifende Instrumente, dann sektorale Einzelmaßnahmen vorgestellt. Die Auswahl orientiert sich an den Themen des Aktionsprogramms und versucht, interessante bzw. aus deutscher Sicht innovative Ideen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Schlusskapitel 6 und 7 fassen die Erkenntnisse in allgemeiner Form zusammen und geben einige Empfehlungen für den weiteren Austausch zu diesem Thema.

2 ZIELE UND ABGRENZUNG

Zentrales Ziel der Begleitforschung „Regionale Daseinsvorsorge – ausländische Erfahrungen“ war die Identifikation und Dokumentation von innovativen Regionen und Best-Practice-Beispielen zum Thema Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Räumen Europas. Von besonderem Interesse waren sektorübergreifende bzw. integrierte Gesamtkonzepte, die für den deutschen Kontext innovativ sind. Die Beispiele sollen den ausgewählten Modellregionen des „Aktionsprogramms Regionale Daseinsvorsorge“ als Anregungen ihre weiterführenden Aktivitäten dienen.

Ein weiteres wichtiges Ziel war es, den internationalen Austausch zum Themenfeld Daseinsvorsorge und demografischer Wandel zu fördern, vorrangig durch Kooperationen auf der regionalen Ebene innerhalb Europas. Die Studie sollte somit auch dazu dienen, Barrieren der internationalen Zusammenarbeit abzubauen und Partnerschaften vorzubereiten.

Die thematische Ausrichtung der Recherche orientierte sich an den Wettbewerbskonzepten der Modellregionen bzw. an ihren Handlungsfeldern. Betrachtet werden insbesondere:

- Mobilität (Erreichbarkeit, ÖV, Straßeninfrastruktur)
- Soziale Infrastrukturen und multifunktionale Einrichtungen
- Gesundheitswesen und Pflege
- Nahversorgung
- Bildungs- und Kultureinrichtungen
- Technische Infrastrukturen einschl. Kommunikation (IKT)
- Rettungswesen
- sektoren- und akteursübergreifende Instrumente der Regionalentwicklung

In die Betrachtung der Studie einbezogen wurden ausgewählte Länder innerhalb Europas unter Einbeziehung einer geografischen Nord-Süd-Ost-West- Streuung (Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Finnland, Niederlande, Norwegen, Tschechien, Bulgarien, Griechenland). Betrachtet wurden auch grenzübergreifende bzw. transnationale Programme in der EU sowie Kurzrecherchen zu Australien und Japan durchgeführt. Der Fokus lag auf ländlichen Räumen in peripheren und dünn besiedelten Regionen sowie die in solchen Räumen gelegenen Unter- und Mittelzentren.

3 VORGEHENSWEISE BEI DER RECHERCHE

Die staatliche Verwaltung als wesentlicher Akteur der Daseinsvorsorge ist traditionell nach Wirtschafts- bzw. Sachbereichen gegliedert. Dies zeigt sich besonders auf der nationalen und Landes- bzw. regionalen Ebene, wo die relevanten Ministerien, Fachbehörden und teils auch Anbieter tätig sind; in ihrem Handeln meist jedoch auf ihre eigenen Handlungsfelder hin orientiert. Integrative Ansätze werden dagegen eher „von unten“ auf kommunaler und teils interkommunaler Ebene entwickelt und müssen sich vielfach erst in den „von oben“ etablierten Strukturen und Regelwerken etablieren oder gegen diese durchsetzen. Hierbei entstehen aus den jeweiligen Betroffenheiten heraus im Detail sehr unterschiedliche Lösungen - was durchaus sinnvoll ist.

Eine Recherche zum Themenfeld „Daseinsvorsorge und demografischer Wandel“ muss angesichts dieser Vielschichtigkeit und der unterschiedlichen Begriffsverwendung (vgl. Kap. 6.3, Rauhut 2012) zunächst breit angelegt sein. Ferner ist es sinnvoll, sich vor der Suche nach regionalen Strategien und Einzelprojekten einen Überblick über die räumliche Situation, die institutionelle Verankerung der Leistungen der Daseinsvorsorge und die wesentlichen Akteure zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund können etwa Regionalstrategien oder einzelne Maßnahmen hinsichtlich ihres Neuheitsgrads und ihrer Bedeutung bewertet werden.

Diese Anforderungen wurden mit der Auswahl landes- und/oder sprachkundiger Personen für die Recherche, einer abgestimmten Aufgabendefinition sowie einem iterativen Vorgehen bei der Datensammlung berücksichtigt.

Im ersten Schritt des Vorhabens wurde zur Strukturierung der Analyse ein Recherche- bzw. Kriterienraster entwickelt. Dieses wurde für die Überblicksrecherche zu innovativen Regionen, Modellvorhaben und Projekten/Maßnahmen verwendet. Als Recherche-Instrument diente ein Erfassungsbogen in Form einer Excel-Tabelle, der auch eine Kurzdarstellung des Begriffs Daseinsvorsorge, Definitionen der einzelnen Typen von gesuchten Strategien und Maßnahmen sowie eine Liste der relevanten Sektoren (Verkehr, Energie, Gesundheit etc.) beinhaltete. Aus den tabellarischen Informationen wurden die im Folgenden wiedergegebenen Beispieldarstellungen (Einzelmaßnahmen, Regionalstrategien, Programme) entwickelt.

Die Suche erfolgte zunächst anhand von Internetrecherchen mit telefonischer Verifizierung in den einzelnen Ländern, Recherchen in Internet-Datenbanken, z.B. europäischen Strukturfondsprogrammen (wie Interreg, Leader, Inforegio, European Network for Rural Development ENRD), sowie durch Anfrage bei nationalen Kontaktstellen in den ausgewählten Ländern. Desweiteren erfolgte eine Unterstützung der Recherche bzw. Suche nach geeigneten Ansprechpartnern durch BBSR und BMVBS (BMVBS/BBSR 2011). Über das EU-Netzwerk des BMVBS, über die Mailingliste der LEADER-Kontaktstellen (über die Deutsche Ver-

netzungsstelle Ländliche Räume bei der BLE) sowie über bereits bestehende Kontakte (z.B. nach Norwegen) wurden Anfragen versandt.

Hierauf gab es eine Reihe von Rückmeldungen, die dann durch persönliche Kontaktaufnahme weiter verfolgt wurden. Parallel wurde Kontakt zu Fachbehörden und wissenschaftlichen Einrichtungen auf nationaler Ebene aufgenommen, um Hinweise auf weitere Maßnahmen und Einschätzungen zur Situation zu erhalten. Durch die Teilnahme an themenrelevanten europäischen Konferenzen wurden die Rechercheergebnisse zusätzlich reflektiert und verifiziert.

Am 22. Mai 2012 fand in Halle (Saale) die Jahreskonferenz des Central Europe Programms statt. Das Thema „Demografischer Wandel“ wurde als eines von sechs Themen im Rahmen eines 3-stündigen Workshops diskutiert und bestehende Projekte mit ihren Lösungsansätzen vorgestellt. Es zeigte sich, dass es im Rahmen des Interreg-Programms (bzw. seiner Nachfolger) eine beeindruckende Zahl von Projekten zum Thema gibt und auch die Daseinsvorsorge in vielen Projekten eine zentrale Rolle spielt. Genannt wurden 13 Projekte, von denen sich etwa die Hälfte speziell mit dem Altern auseinandersetzt. Bei eingehenderer Betrachtung spielt jedoch bei den meisten transnationalen Vorhaben das Implementieren von regional angepassten Pilotprojekten (Einzelmaßnahmen) die zentrale Rolle, weniger die gemeinsame Erarbeitung von integrierte Lösungsstrategien.

Im Projekt DART (Declining, Ageing and Regional Transformation) haben sich 13 Regionen zu einem EU-weiten Erfahrungsaustausch im Rahmen von Interreg IV C zusammengeschlossen, um bei Identifizierung und Transfer von beispielhaften Lösungen zur Gestaltung des Wandels und seiner Folgen zu kooperieren. Als Ergebnis wurde u.a. die Broschüre „Engagement vor Ort“ mit einer Sammlung guter Beispiele erstellt, die helfen sollen, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten¹. Die Abschlusskonferenz fand am 3. September 2012 in Potsdam statt. Betont wurde dort insbesondere der hohe Wert eines Erfahrungsaustauschs auf europäischer Ebene.

¹ <http://www.dart-project.eu/de/media-amp-communications/news/article/good-practice-brochure.html> (zuletzt besucht am 26.11.2012)

4 AUSGANGSLAGE

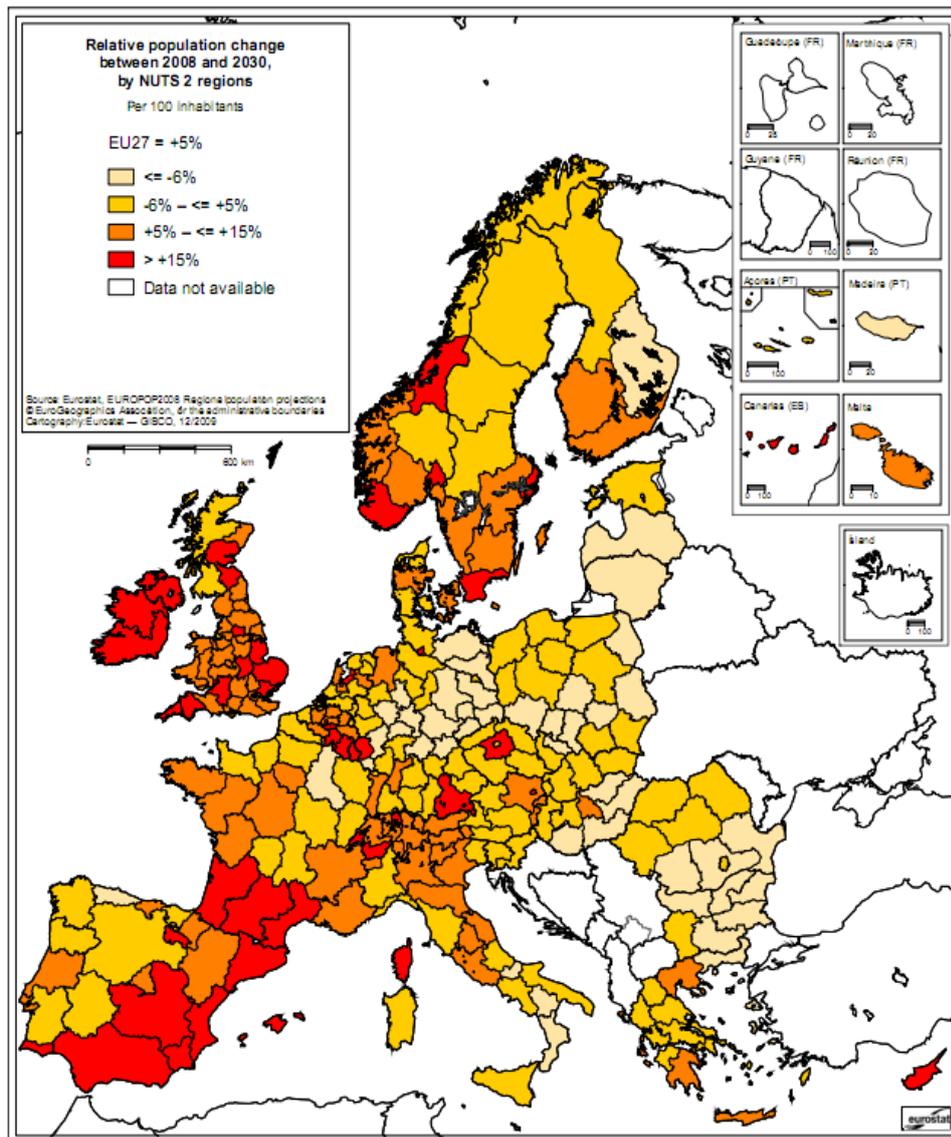
4.1 Überblick über die demografische Situation in Europa

Der demografische Wandel betrifft alle Regionen Europas, allerdings mit großen regionalen Unterschieden (siehe Abb. 1). So werden bis 2030 nicht alle Regionen von schrumpfender Bevölkerung gekennzeichnet sein. In 112 der 264 Regionen werden die Einwohnerzahlen abnehmen, dies jedoch in unterschiedlichem Maße. Die Verteilung von Wachstums- oder Schrumpfungsregionen ist somit relativ stabil: Nur 43 Regionen verlieren nach einer Periode des Bevölkerungswachstums zwischen 1990 und 2004 zukünftig an Einwohnern (etwa Oberfranken, Kärnten, nördliche Ägäis oder Zentralportugal). Hingegen kehrt sich in nur zehn Regionen der zwischen 1990 und 2004 erfahrene Bevölkerungsschwund in Wachstum um (z.B. oberes Nordschweden, Mittelungarn). Insgesamt erfährt die EU-27 einen Bevölkerungszuwachs von 2,5 Prozent (Frosch et al. 2008).

Viel stärker als durch Bevölkerungsrückgang wird die Situation Europas künftig durch die Alterung der Bevölkerung beeinflusst werden. So wird in allen 264 NUTS-Regionen (NUTS = frz. Nomenclature des unités territoriales statistiques²) der EU-27-Staaten zwischen 2004 und 2030 ein Alterungsprozess stattfinden (siehe Abb. 2). Das Durchschnittsalter in der EU erhöht sich in diesem Zeitraum insgesamt von 40,1 auf 45,1 Jahre. Ein einheitliches Muster der regionalen Alterung ist jedoch kaum zu erkennen. Es gibt Regionen, die bereits 2004 ein vergleichsweise hohes Durchschnittsalter hatten und dennoch bis 2030 weiter stark altern werden (z.B. Mecklenburg-Vorpommern oder Galicien). Andere waren und bleiben relativ jung (etwa Utrecht in den Niederlanden, die West Midlands mit der Stadt Birmingham oder Hauptstadtregionen wie Brüssel, London und Paris).

Werden bei der Analyse alle vier Felder des sogenannten „Demografischen Standortrisikos“ (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels 2008) zusammengefasst, gehören vor allem Regionen im Nord-Westen Europas zu den Gewinnern mit positiven Zukunftsprognosen (siehe Abb. 3).

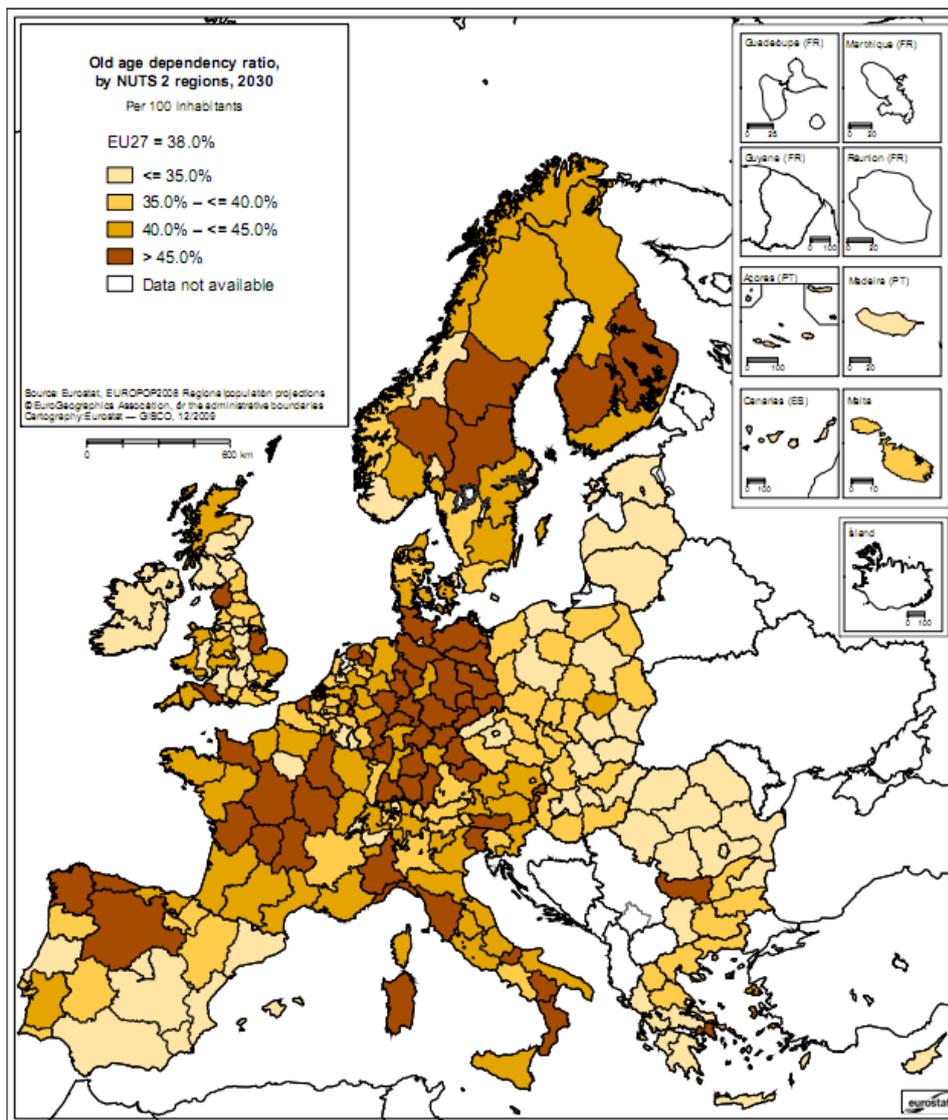
² Die NUTS-Klassifikation (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) ist ein hierarchisches System zur Untergliederung des EU-Wirtschaftsraums. Quelle: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/nuts_nomenclature/introduction (zuletzt besucht am 12.11.2012)



For Norway and Switzerland level 2 statistical regions
Source: Eurostat, regional EUROPOP2008

Abb. 1 – Quelle: Giannakouris (2010), S. 3

Vor allem die Hauptstädte Stockholm und Oslo schneiden ausgezeichnet ab. Die Schweiz rangiert mit sechs ihrer sieben Regionen unter den ersten zehn Plätzen. All diese Gebiete zeichnen sich durch eine relativ stabile demografische Struktur aus, durch hohe Wertschöpfung, guten Bildungsstand und beeindruckende Beschäftigungsquoten – auch bei älteren Menschen. „Vergleichsweise gut stehen darüber hinaus Irland und Großbritannien da, die Benelux-Staaten, Frankreich, der südliche Teil Deutschlands, Österreich und einige wenige nördliche Gebiete in Italien und im Nordosten Spaniens“ (Berlin-Institut 2008, S. 9).



For Norway and Switzerland level 2 statistical regions
Source: Eurostat, regional EUROPOP2008

Abb. 2 – Quelle: Giannakouris (2010), S. 7.

Am unteren Ende der Skala sind eher periphere, ländliche Regionen, „etwa in Süditalien oder Griechenland, sowie vom radikalen Strukturwandel betroffene Gebiete in Bulgarien, Rumänien und Polen. Sie sind von einem Bündel negativer demografischer Erscheinungen betroffen: sehr niedrige Kinderzahlen, massive Abwanderung junger Menschen und eine entsprechend starken Überalterung der verbleibenden Bevölkerung. Diese ist zudem sozial nicht sonderlich gut gestellt“ (ebd., S. 11).

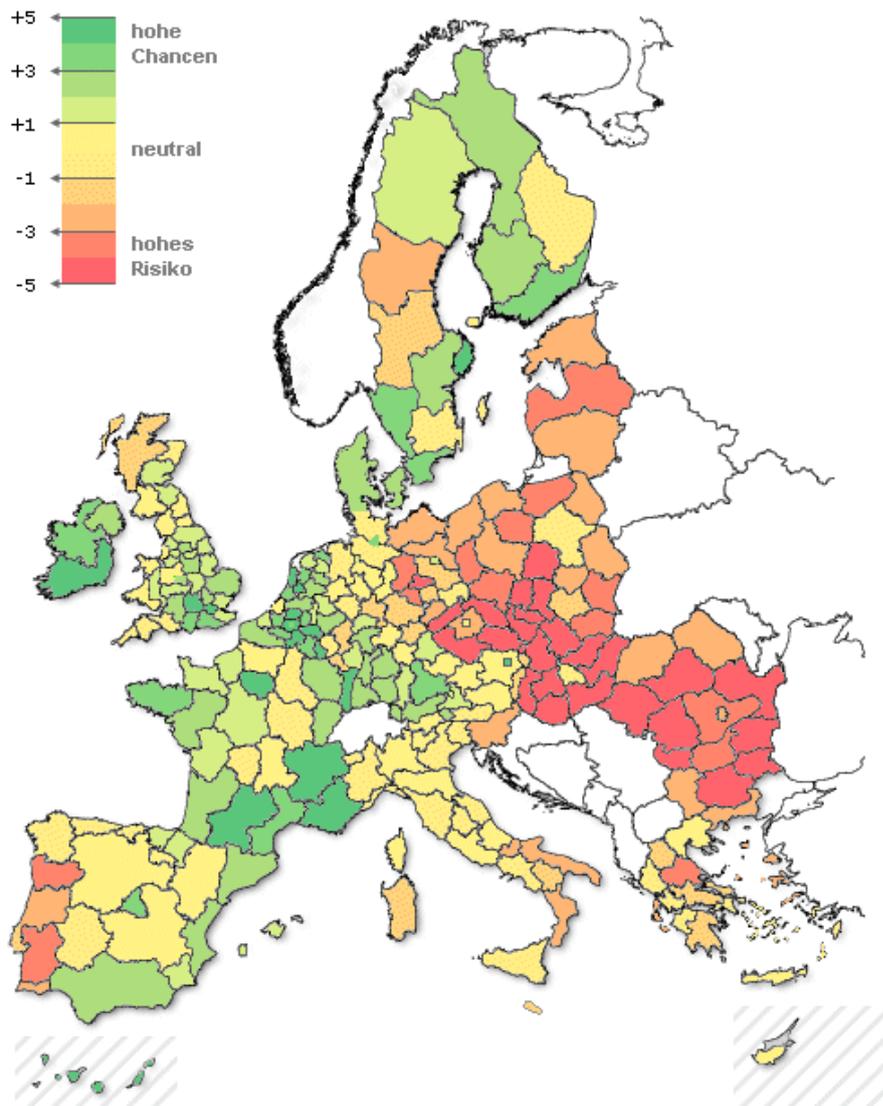


Abb. 3 – Demografiebedingte Risiken der europäischen Regionen (Quelle: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels 2008)

Mit Blick auf die vorliegende Studie kann schlussfolgernd gesagt werden: Der demografische Wandel macht vor keiner Region Europas Halt und so müssen alle Staaten Anstrengungen unternehmen, um Probleme zu lösen und Anpassungsstrategien zu entwickeln. Es gibt viele gute Ansätze, aber kein einheitliches Lösungskonzept. „Das macht Europa mit seinen vielen Kulturen und Befindlichkeiten zu einem Marktplatz der Ideen, der Erfolge und Misserfolge, auf dem sich alle umschaun sollten“ (ebd., S. 9). Mancherorts stehen derzeit jedoch andere Probleme zur Lösung an und so hat das Thema der Daseinsvorsorge nicht in allen Regionen den gleichen Vorrang.

4.2 Bedeutung des Themas Daseinsvorsorge in Europa

Auf europäischer Ebene existiert kein exaktes Äquivalent zum deutschen Begriff der Daseinsvorsorge. Zwar hat die EU-Kommission ihn bis 2001 in den deutschen Übersetzungen ihrer Dokumente verwendet. Im Laufe der fast zehnjährigen De-

batte über den Zuständigkeitsbereich der EU in diesem Feld einigte man sich jedoch schließlich auf die Umschreibung „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (unter Einbeziehung von Sozialdienstleistungen,³ vgl. Europäische Kommission 2007).

Nach dem Begleitdokument zur Mitteilung der EU-Kommission „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ umfasst dieser Bereich eine große Bandbreite an Sektoren:

Die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge „spielt in den Staaten der Europäischen Union seit jeher eine wichtige politische, ökonomische und nicht zuletzt kulturelle Rolle“ (Knauff 2010, S. 725). Für Wirtschaft und Arbeitsmarkt der EU-27 sind die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zentrale Schlüsselfaktoren: 26 Prozent des BIP und 30 Prozent der Arbeitsplätze hängen davon ab (EurActiv.com PLC 2011). Gleichwohl variieren Auslegung und praktische Umsetzung in den Mitgliedstaaten zum Teil erheblich. Spricht man in Frankreich von „service public“ impliziert das auch ein zentralistischeren Ansatz in der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen. Wohingegen in Deutschland die Entscheidungen zu öffentlichen Dienstleistungen auf Kommunalebene getroffen werden und damit das Subsidiaritätsprinzip eine viel stärkere Bedeutung erfährt (Knauff 2010, S. 725).

Ging das traditionelle Konzept der Daseinsvorsorge ursprünglich vom Grundparadigma staatlicher Alleinzuständigkeit für die Bereitstellung der Leistungen aus, wird dieses Konzept heute der Realität nicht mehr gerecht. „Denn durch die Liberalisierung und Privatisierung einzelner Bereiche der öffentlichen Wirtschaft werden Gemeinwohlaufgaben zunehmend arbeitsteilig zwischen öffentlichem und privatem Sektor organisiert und verwirklicht“ (Einig 2008, S. 17).

Einer der auslösenden Faktoren dafür ist der stärker gewordene Einfluss der europäischen Gesetzgebung auf die Nationalstaaten bis hin zur kommunalen Ebene. Insbesondere bei den netzgebundenen Infrastrukturen (Transport, Energie, Telekommunikation) wurde der Wettbewerb verpflichtend im europäischen Binnenmarkt eingeführt. Auf der anderen Seite sah sich die EU in der Verantwortung, etwa Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen davon auszunehmen, da ansonsten eine Gefährdung für die Sicherung der Grundrechte und den sozialen Zusammenhalt gesehen wurde.

So wird in Artikel 14 des Vertrages von Lissabon bei den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unterschieden nach „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAI) und „Nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen“ (Europäische Kommission 2007). Dem Gewährleistungsstaat obliegt es, diese Leistungen selbst zu erbringen, oder sie an Dritte zu übertragen. DAI unterliegen

³ In der englischen Übersetzung „Services of general interest (SGI) including social services of general interest“, französisch: „Les services d'intérêt général, y compris les services sociaux d'intérêt général“ und spanisch: „Servicios de interés general, incluidos los sociales“

dabei dem EU-Recht für Binnenmarkt und Wettbewerb; staatliche Beihilfen sind demzufolge untersagt.

Eine entscheidende Frage, die besonders vom demografischen Wandel stark betroffene Regionen und Kommunen beschäftigt, ist nun, wie sich wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Dienstleistungen voneinander abgrenzen lassen. Schließlich sind Energieversorgung, Post und Telekommunikation nicht nur von wirtschaftlichem Interesse, sondern auch Teil der Daseinsvorsorge. Durch den zunehmenden finanziellen Druck auf die öffentlichen Haushalte ist diese Frage in manchen Bereichen der Daseinsvorsorge brisant geworden und die zunehmende Einbeziehung vieler Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den Geltungsbereich des EU-Binnenmarktrechts in die Kritik geraten.

Da die Entwicklungstrends in den Regionen Europas - wie beschrieben - höchst unterschiedlich verlaufen (siehe Kapitel 4.1), lässt sich kaum generell beantworten, ob sich beispielsweise der öffentliche Nahverkehr oder die Wasserver- und -entsorgung wirtschaftlich betreiben ließen, oder ob ohne staatliche Unterstützung eine flächendeckende Grundversorgung nicht mehr gewährleistet wäre.

Unterschiedliche Begrifflichkeiten und Ansätze erschweren eine Einigung über einen gemeinsamen rechtlichen Rahmen zur Daseinsvorsorge auf EU-Ebene. Durch die ungleichen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in den Regionen erscheint es fast unmöglich, für einzelne Länder oder gar EU-weit geltende Mindeststandards der Daseinsvorsorge zu definieren. In ihrem „Protokoll über die Dienste von allgemeinem Interesse“ spricht sich die EU-Kommission für ein „hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte“ aus. Gleichzeitig betont sie aber die „wichtige Rolle“ und den „weiten Ermessensspielraum“ der nationalen, regionalen und lokalen Behörden Europäische Kommission 2007, S. 10). So hat sie Unterstützungsinstrumente auf den Weg gebracht, wie den „Leitfaden für die Berücksichtigung sozialer Belange im öffentlichen Beschaffungswesen“ (EU-Kommission 2011) und den „Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse inklusive Sozialdienstleistungen“ (EU-Kommission 2010), die zum einen den Gedanken der Autonomie bei der Grundversorgung unterstützen, zum anderen den Wettbewerbsgedanken stärken sollen.

In Deutschland wurden beispielsweise im Zuge der Privatisierung von Post und Telekommunikation zur Gewährleistung einer flächendeckenden Grundversorgung der Begriff so genannter „Universaldienste“ eingeführt, die in einer bestimmten Qualität und zu einem erschwinglichen Preis anzubieten sind (Einig 2008, S. 20).

Welche Kompetenzen der europäischen Ebene zugesprochen werden sollen und welchem ordnungspolitischen Regulierungsgrad die Leistungen der Daseinsvor-

sorge unterliegen sollen, wird in den Ländern insgesamt unterschiedlich gesehen (siehe Abb. 4). So sprechen sich einige Länder (Irland, Großbritannien, Finnland, Dänemark, Deutschland, Österreich, Portugal und der Ausschuss der Regionen (AdR)) für eine stärkere Regulierungskompetenz auf nationaler Ebene aus, manche Länder dagegen befürworten eine stärkere Regulierungskompetenz auf europäischer Ebene (Italien, Schweden, Frankreich, Belgien und die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament (2005) sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)). Hinsichtlich der ordnungspolitischen Ausrichtung befürworten manche Länder die Wettbewerbsorientierung (Irland, Großbritannien, Finnland, Dänemark, Niederlande, Italien, Schweden sowie die Europäische Kommission und das Europäische Parlament (2005)), andere hingegen die Orientierung am europäischen Sozialmodell (Deutschland, Österreich, Portugal, Frankreich, Belgien und der Ausschuss der Regionen (AdR), das Europäische Parlament (2001) sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)).

Positionen ausgewählter Mitgliedstaaten und Organe der Europäischen Union zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (gemäß ihrer Stellungnahme zum Grünbuch der EU-Kommission vom 21.05.2003)

<i>Ordnungspolitische Debatte</i> <i>Kompetenzdebatte</i>	Wettbewerbsorientierung	Orientierung am europäischen Sozialmodell
Nationale Regelung	Irland, Großbritannien, Finnland, Dänemark, Niederlande	Deutschland, Österreich, Portugal Ausschuss der Regionen (AdR)
Europäische Regelung	Europäische Kommission Europäisches Parlament (2005) Italien, Schweden	Europäisches Parlament (2001) Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) Frankreich, Belgien

Abb. 4 – Quelle: Becker (2005), S. 25.

Gleichwohl wird die Daseinsvorsorge in allen Definitions- und Regelwerken als elementarer Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells und Rechts anerkannt. Der Vertrag von Lissabon bringt die „hohe politische Relevanz dieser gemeinwohlorientierten Leistungen zum Ausdruck, ohne jedoch ein spezifisches Niveau der Leistungserbringung normativ festzulegen“ (Knauff 2010, 744f.). Der Vertrag betont laut Knauff die nationalstaatliche Definitionsmacht und erkennt ausdrücklich die kommunale Selbstverwaltung als „prägenden Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten“ an. Einige Mitgliedsstaaten bemühen sich entsprechend auch gerade derzeit um größere Eigenständigkeit kommunaler und regionaler Einheiten, die sich etwa in Verwaltungsreformen und Förderung interkommunaler Kooperation zeigen (vgl. Kapitel 5.3, 7). In der Ausgestaltung der Daseinsvorsorge fungieren die Mitgliedstaaten somit „gleichsam als Versuchslabore für die Entwicklung aufgabenangemessener Konzepte“ (ebd).

Als Orientierung für die vorliegende Recherche wurde „Daseinsvorsorge“ im vorliegenden Bericht in vereinfachter Form definiert als *Leistungen, die für die menschliche Existenz allgemein notwendig sind und meist von öffentlichen Stel-*

len (Staat oder öffentliche Unternehmen) sowie in aller Regel unter staatlicher Aufsicht und politischer Kontrolle erstellt werden. Dieser Abgrenzung wurde ein Katalog der zur Daseinsvorsorge zählenden und im Aktionsprogramm thematisierten Bereiche beigefügt (vgl. Kap. 2), um die Recherche zu erleichtern. Nicht zur Daseinsvorsorge gehören demnach alle rein privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, also etwa das örtliche Angebot an Geschäften und das Vereins-/ bzw. Gemeinschaftsleben. Allerdings gibt es hier Überlappungen und die Entscheidung, eine Maßnahme noch oder nicht mehr zur Daseinsvorsorge zu zählen, ist nicht immer einfach. So finden sich gerade unter den Randbedingungen begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen Maßnahmen, bei denen privater und öffentlicher Sektor kooperieren, etwa um Dienstleistungen vor Ort durch Ressourcenmix zu vertretbaren Kosten anbieten zu können. Solche Konzepte wurden ebenfalls in die Untersuchung einbezogen.

Auf der europäischen Ebene existiert ein hohes Maß an Kooperation im Bereich Daseinsvorsorge. Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Vielfalt der Projekte.

Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit mit Bezug zum Thema Daseinsvorsorge (Auswahl):

- **DART** – Declining, Age-ing and Regional Trans-formation (01/2010 bis 12/2012), Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) (<http://www.dart-project.eu>)
- **Demochange** – evolving with the needs of our people, (09/2009 bis 09/2012), Hochschule für angewandte Wissenschaften - FH München, Fakultät für Tourismus (<http://www.demochange.org/>)
- **ACCESS** - Accelerating regional competitiveness and sector-based excellence through innovation management tools & techniques, (10/2009 bis 10/2012), South Transdanubian Regional Development Agency Nonprofit Ltd. (<http://www.central-access.eu/>)
- **Q-Ageing** - Quality Ageing in an urban environment, (12/2008 bis 1/2012), Local Government & Municipality of District 11 of Budapest Újbuda (<http://www.q-ageing.eu>)
- **CE Ageing Platform** - Central European Knowledge Platform for an Ageing Society, (01/2011 bis 12/2013), Chamber of Labour Upper Austria (Oberösterreich) (<http://www.ce-ageing.eu>).
- **DC NOISE** – Demographic Chance: New Opportunities in Shrinking Europe, (06/2008 bis 07/2011), Region of Twente, Eindhoven (<http://www.dcnoise.eu/>).
- **Vital rural area**, (01/2009 bis 07/2013), Noordoost Friese Aanpak (NOFA), Netherlands (<http://www.vitalruralarea.eu/>).
- **EURUFU** - European Rural Futures, (01/2011 bis 01/2014), Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (<http://www.thueringen.de/eurufu/de/>)
- **Adapt2DC**, (11/2011 bis 10/2014), Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (<http://www.adapt2dc.eu/>).

- **HELPS** - Housing and Home-care for the Elderly and vulnerable people and Local Partnership Strategies in Central Europe, (10/2011 bis 09/2014), Friuli Venezia Giulia Autonomous Region – Central Directorate for health, social health integration and social policies, Trieste (<http://www.helps-project.eu/>).
- **YURA** – Your Region Your Future, (03/2010 bis 02/2013), Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, Sachsen-Anhalt (<http://www.yura-project.eu/>).
- **CesR** -Cooperatives of Employment and Services in Rural areas, (01/2012 bis 12/2014), Regionales Gremium für Tourismusentwicklung in Auvergne (<http://i4c.eu/showProject.html?ID=102877>).
- **Working 4 talent** - Human capital and innovation, (01/2012 bis 01/2015), Lokale Entwicklungsagentur San Sebastián (<http://i4c.eu/showProject.html?ID=103189>).
- ESPON-Programm: **SeGI**, Services of General Interest, (11/2010 bis 09/2013), Royal Institute of Technology, Stockholm (http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/SeGI.html)

5 ERGEBNISSE DER LÄNDERRECHERCHE

5.1 Problembewusstsein zum demografischen Wandel

Die nachfolgenden Ausführungen zum Problembewusstsein hinsichtlich des demografischen Wandels und der Daseinsvorsorge in den untersuchten Ländern stellen eine überblicksartige Synthese der Recherche dar. Jenseits der angegebenen spezifischen Quellen basieren sie auf persönlichen Kontakt via Telefon oder E-Mail zu Ansprechpartnern in den jeweiligen Ländern sowie zu Nationalen Kontaktstellen von EU-Programmen.

5.1.1 Bulgarien

Laut der Volkszählung von 2011 leben 7.364.570 Personen in Bulgarien. Im Zeitraum von 2001 bis 2011 verließen 175 244 Personen das Land und ließen sich in mehreren westeuropäischen Ländern nieder. Die vier bevölkerungsreichsten Provinzen des Landes sind Sofia-Stadt, Burgas, Warna und Plowdiw. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung leben in den neun größten Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Insgesamt teilt sich das Verhältnis wie folgt auf: 72,5 Prozent der Einwohner leben in Städten und 28,9 Prozent auf dem Land.

Das Durchschnittsalter ist bereits heute relativ hoch, während die Fertilitätsrate bei nur etwa 1,3 Kindern pro Frau liegt (National Statistical Institute (NSI) 2011), wodurch sich der Alterungsprozess beschleunigt.

Im Jahre 2006 verabschiedete der Ministerrat in Bulgarien die „Nationale Strategie für die demografische Entwicklung 2006-2020“. Diese wurde bereits im Sommer 2012 für den Zeitraum 2012 bis 2030 fortgeschrieben. Die Strategie betont, dass eine ausgewogene demografische Entwicklung in Bulgarien nationale Priorität besitzt. Dafür ist aus Sicht des Ministerrats eine aktive Staatspolitik sowie die Integration und Koordination zivilgesellschaftlicher Institutionen und Strukturen auf zentraler, regionaler und kommunaler Ebene nötig. Die Strategie definiert Prioritäten für die Demografiepolitik. Leitidee ist die Verbesserung des Lebensstandards, der Lebensqualität und Prosperität der bulgarischen Bürger. Prioritäre Bereiche der ersten Periode (bis 2015) sind die Änderung und Entwicklung der Gesetzgebung und die Reform bzw. Stärkung der existierenden Institutionen, welche sich mit sozialer Sicherheit und demografischer Entwicklung beschäftigen (z.B. Bildungssysteme, Gesundheitssystem, Sozialversicherung usw.).

Die Maßnahmen und Aktivitäten wurden auf die folgenden vier Handlungsfelder fokussiert:

- 1) die Geburtenförderung und die Unterstützung junger Familien,
- 2) die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen, indem die Dienste der Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen erweitert werden,
- 3) die soziale Inklusion und Integration benachteiligter Gruppen (z.B. Kinder in Risikosituationen, Menschen mit Behinderung usw.) und

- 4) die Reduktion der Disparitäten in der räumlichen Verteilung der Bevölkerung in manchen Regionen und Orten.

Diese Maßnahmen werden durch unterschiedliche Arten von sozialer Unterstützung und finanzieller Hilfe realisiert (z.B. Mutterschaftsgeld, Beihilfen für Wärmeversorgung, Arbeitslosenhilfe, Hilfen für Senioren usw.). Sie sind in verschiedenen Programmen des *Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik* implementiert und sollen dauerhafte Gültigkeit haben. Die meisten Dienstleistungen fördern soziale Sicherheit durch finanzielle Beihilfen.

Es gibt darüber hinaus weitere Aktivitäten, die sich mit der Daseinsvorsorge in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte und für ältere Menschen beschäftigen. Diese sind meist von EU-Förderprogrammen und -geldern abhängig und fokussieren sich auf die nachstehenden Bereiche:

- 1) Soziale Dienste: Förderung von sozialen Dienstleistungen für ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderung (z.B. persönliche und soziale Betreuung, Heimbetreuung)
- 2) Technische Infrastruktur: Instandsetzung von Straßen, öffentlichen Gebäuden, Wasserversorgungssystem usw.
- 3) EU-Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELR) für strukturverbessernde Maßnahmen (Dorfentwicklung)
- 4) EU-Programme, -projekte und -initiativen zur Verbesserung des Bildungsniveaus und Vermittlung weiterer Kompetenzen (z.B. Computerkenntnisse, Kommunikationstechnologien, ICT)

Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Recherchen: Erstens sind die identifizierten Maßnahmen und Aktivitäten zur demografischen Entwicklung nicht differenziert entlang der spezifischen sozioökonomischen Bedürfnisse der Regionen, sondern sind allen Regionen gleichermaßen zugänglich. Zweitens scheint das Konzept der Daseinsvorsorge sehr eng ausgelegt zu werden; es konzentriert sich hauptsächlich auf soziale Dienstleistungen (z.B. soziale Betreuung, finanzielle Beihilfen). Obwohl die Programme dauerhaft angelegt sind, erreichen sie nicht die erwünschte langfristige Wirkung, was mit den historisch gewachsenen politischen Strukturen begründet wird. Es fehlen Mechanismen, welche entsprechende positive Praktiken fördern könnten. Drittens wird der Großteil der Aktivitäten, die nicht vom *Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik* gefördert werden, von europäischen Förderprogrammen unterstützt und von privaten Akteuren durchgeführt.

5.1.2 Finnland

Mit 5,4 Millionen Einwohnern auf einer Fläche nur wenig kleiner als Deutschland gehört Finnland zu den am dünnsten besiedelten Ländern Europas. Die Bevölkerungsentwicklung ist von einer nicht überall gleichmäßig hohen Landflucht ge-

prägt, vor allem junge Menschen ziehen zur Ausbildung und Arbeit in die Städte, in denen 85% der Gesamtbevölkerung leben (2010)⁴, wodurch die ländlichen Gemeinden besonders in Ost- und Mittelfinnland unter Bevölkerungsschwund und Überalterung zu leiden haben. Die Hauptstadt ist Helsinki mit 570000 Einwohnern.⁵

Die Bevölkerungsstruktur zeigt eine Tendenz zur Alterung, bis etwa 2030 jedoch noch nicht zur Schrumpfung, das Wachstum beträgt 0,075 %.⁶ Dies liegt vor allem in der internationalen Zuwanderung begründet: In Finnland lebten in 2011 etwa 5 % Menschen ausländischer Herkunft⁷. Die Geburtenrate liegt zwar über dem europäischen Durchschnitt (1,83 Kinder pro Frau⁸), dies genügt aber nicht ganz, um die besonders geburtenstarken Jahrgänge 1946 bis 1949 auszugleichen.

Da viele der finnischen Kommunen in teilweise sehr dünn besiedelten Regionen liegen und die Einwohnerzahl durch demografische Veränderungen sowie Migrationsbewegungen weiter abnimmt, ist die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zu einem zentralen Thema geworden.

“In Finland, we have a Scandinavian Social Protection model.. Social services to keep up citizens’ welfare are at the responsibility of the public administration – the State and the municipalities.” (Finnish Federation for Social Welfare and Health 2004, S. 1)

Vor der Integration Finnlands in die EU in 1995 existierten in Finnland noch keine eindeutigen Konzepte für ökonomische und kommerzielle Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Auch aktuell findet der Begriff der Daseinsvorsorge oder “services of general interest” in Finnland noch keine direkte Entsprechung.⁹ Am ehesten ist er mit dem finnischen Konzept „yleishyödyllinen toiminta” (*gemeinnützige Aktivitäten*) vergleichbar, das dem Kontext der Einkommenssteuer entstammt. Das Konzept wird definiert als „sozial wichtige, gemeinnützige Aktivitäten, die der gesamten finnischen Bevölkerung oder einer Region zu Gute kommen“.¹⁰

⁴ Vgl. Demografie Finnland: http://www.ipicture.de/daten/demographie_finnland.html

⁵ Vgl. Länderdaten Finnland: http://www.ipicture.de/daten/land_finnland.html

⁶ Ebd.

⁷ Vgl.: http://www.stat.fi/til/vaerak/2011/01/vaerak_2011_01_2012-11-30_tie_001_en.html

⁸ Vgl.: http://www.stat.fi/til/synt/index_en.html

⁹ Die literarische Übersetzung von SGI lautet „yleisiin taloudellisiin palveluihin liittyvä palvelu/SGEIpalvelu“

¹⁰ Vgl.: <http://www.unilim.fr/prospeur/fr/prospeur/etudes/mapping-public-services/pays01/finland/partie3-1-A.html>, zuletzt besucht am 02.05.2012.

5.1.3 Frankreich

Im Frankreich leben 65,3 Millionen Einwohner, 85% davon in Städten.¹¹ Das Durchschnittsalter beträgt 39,9 Jahre, 16,8% waren in 2011 über 65 Jahre alt, 18,5% unter 15 Jahre alt. Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,5%, die Fertilitätsrate bei 1,96 Kindern je Frau. Die Hauptstadt ist Paris mit 10 Millionen Einwohnern.¹²

Die nationalen strategischen Ziele Frankreichs in Bezug auf den demografischen Wandel bestehen hauptsächlich in der Wiederbelebung und Wahrung der regionalen Attraktivität, der Förderung neuer Aktivitäten und der Niederlassung neuer Einwohner, um die Lebensqualität in ländlichen Gebieten aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Der Begriff „territoriale Kohäsion“ (*„Territorial Cohesion“*) wird häufig in Strategien der Regional- und Lokalplanung verwendet. Durch das Konzept soll eine ausgewogene Entwicklung und Gebietsstruktur gesichert werden.

Die öffentlichen Dienste (*„service publics“*) haben das Ziel, das Allgemeinwohl zu steigern und folgen den Prinzipien der Gleichheit, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit. Sie werden von öffentlichen und privaten Organen bereitgestellt. Seit der ökonomischen Liberalisierung in den 1990er Jahren und dem Zusammenschluss Europas besteht ein Trend zur Gewährleistung öffentlicher Aufgaben durch öffentliche Stellen, zur Erfüllung der Aufgaben werden jedoch auch private Unternehmen herangezogen.

Die räumlichen Disparitäten, der Rückgang der Bevölkerungsdichte sowie finanzielle und technische Schwierigkeiten in der Adaption regulärer Angebote der Daseinsvorsorge begründen die Initiativen in Frankreich, welche versuchen, auf diese Situation zu reagieren. Viele französische Gebiete sind von Entvölkerung betroffen und haben Schwierigkeiten mit der Bereitstellung der Daseinsvorsorge. Die drei isoliertesten Regionen sind: Limousin mit einer Bevölkerungsdichte von 43 Personen pro km², Korsika (32 Einwohner/km²) und Zentralfrankreich.

Die zu dieser Problematik eingeleiteten Maßnahmen konzentrieren sich auf die Wahrung und Verbesserung der Zugänglichkeit zu Angeboten der Daseinsvorsorge für Einwohner ländlicher bzw. (weitgehend) entvölkerter Gebiete.

Die öffentlichen Verwaltungen sind heute auf allen Ebenen sensibilisiert für das Problem. Mehrere Organe wurden geschaffen, um Erfahrungen auszutauschen und in Kooperationen die Situation zu bewältigen. Ein Beispiel hierfür ist das *Ressourcenzentrum für Gebietsentwicklung – ETD (Centre de Ressources du Développement Territorial)*, eine interkommunale, -provinziale und -regionale Organisation, die methodologische und operationale Handlungsempfehlungen zur Implementierung von Entwicklungsprojekten ausarbeitet. Daneben bemüht sich die Organisation, zur Weiterentwicklung von Politikstrategien beizutragen.

¹¹ Vgl. Demografie Großbritannien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_grossbritannien.html

¹² Vgl. Länderdaten Großbritannien: http://www.ipicture.de/daten/land_grossbritannien.html

Eine weitere Initiative zeigt, welche große Relevanz das Thema für die öffentlichen Verwaltungen in Frankreich hat: Die „*Pole ländlicher Exzellenz*“ („*Pôles d'excellence rurale*“) unterstützen innovative Projekte in ländlichen Gebieten, die Services anbieten, neue Einwohner anziehen, Arbeitsplätze schaffen etc. Die Gewinner des Wettbewerbs erhalten Finanzierungen vom Staat und werden in den „Katalog der Guten Beispiele“ aufgenommen.

5.1.4 Griechenland

Griechenland ist eines der Länder mit den niedrigsten Geburtenraten in der Europäischen Union. Darüber hinaus ist die Bevölkerung auf die urbanen Regionen des Landes konzentriert. Insgesamt knapp 10,8 Millionen Einwohner lebten in 2011 Griechenland, davon 61 % in Städten. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung Griechenlands ist in der Region Athen ansässig, die weniger als 5 Prozent der gesamten Fläche Griechenlands ausmacht (Yfantopoulos 2012). Das Bevölkerungswachstum beträgt 0,083 %, das Durchschnittsalter liegt bei 45,5 Jahren. 19,6 % der Bevölkerung sind über 65 Jahre alt, nur 14,2 % unter 15 Jahre alt.¹³

Bislang scheinen die Maßnahmen von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen zum Entgegenwirken dieser Trends nicht ausreichend zu sein. Es gibt zu wenig Anreize, die geeignet sind, um die Bevölkerung in den ländlichen Regionen zu halten. Schlechte Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und der Bildung sowie kaum Arbeitsmöglichkeiten bewegen vor allem junge Menschen dazu, in die Städte zu ziehen. Zusätzlich fehlen Maßnahmen, die die Geburtenrate stimulieren. Im Gegenteil hat die schwerwiegende ökonomische Krise einen weiteren Rückgang der Geburtenzahlen mit sich gebracht. Die finanziellen Aufwendungen für Kinder und der Unterhalt einer Familie werden als zu teuer angesehen.

Sowohl die privaten als auch öffentlichen Träger der Daseinsvorsorge haben erhebliche Bemühungen unternommen, um alle Regionen (besonders die ländlichen) Griechenlands zu erreichen. Zu den wichtigen infrastrukturellen Maßnahmen in strukturschwachen Regionen des Landes zählt der Bau der Egnatia-Autobahn, die die Nordprovinz Griechenlands durchquert. Weiterhin plant die öffentliche Elektrizitätsgesellschaft (*Dimosia Epichirisi Ilektrismou (Δημόσια Επιχείρηση Ηλεκτρισμού)*, Public Power Corporation (PPC)), die Stromnetze für Produktion und Versorgung der ägäischen Inseln mit dem Festland zu verbinden um die Kosten der Stromerzeugung und -versorgung in den Inselregionen zu reduzieren. Außerdem hat die griechische Bahn (*Orgnismos Sidirodromon Ellados (Οργανισμός Σιδηροδρόμων Ελλάδος)*, Hellenic Railways Organisation (OSE)) mit Bauprojekten begonnen, die der Verbesserung ihrer Leistungen in der Peripherie Griechenlands dienen sollen.

¹³ Vgl. Demografie Griechenland: http://www.ipicture.de/daten/demographie_griechenland.html

Die genannten Maßnahmen beziehen weder alle Regionen des Landes noch alle Sektoren ein. Es mangelt vor allem an Projekten, die sich auf die Verbesserung der Bildung oder der Gesundheitsversorgung in der griechischen Peripherie beziehen.

Durch die Unterstützung mit EU-Fördergeldern und die Beteiligung von lokalen Behörden konnten zwar Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität von älteren Menschen im Bereich „Gesundheitssystem und -versorgung“ in Gang gesetzt werden, sowohl in urbanen wie auch in ländlichen Räumen. Trotzdem zeigen die Recherchen, dass Bemühungen dieser Art in Anbetracht der Schwere des Problems weder ausreichend sind, noch den demografischen Trends entgegenwirken können.

5.1.5 Großbritannien

Im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland leben 62,7 Millionen Einwohner (2011), 80 % davon in Städten (2010).¹⁴ Das Durchschnittsalter beträgt 40 Jahre, 16,5 % waren in 2011 über 65 Jahre alt, 17,3 % unter 15 Jahre alt. Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,557 % die Fertilitätsrate bei 1,91 je Frau. Die Hauptstadt ist London mit 7,4 Millionen Einwohnern.¹⁵

Die niedrige Bevölkerungsdichte in abgelegenen, ländlichen Gebieten im Vereinigten Königreich macht es notwendig, Lösungen für die Bereitstellung von Diensten der Daseinsvorsorge zu finden. Der Ausdruck „Schlüsselangebote“ („*Key services*“) ist häufig in der Literatur zu finden, die von Verwaltungen und anderen Organen aus dem Themengebiet verfasst wird. Schlüsselangebote beziehen sich auf Dienste, die Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung benötigen wie beispielsweise Poststellen, Banken, Geschäfte, aber auch Freizeiteinrichtungen wie Kinos, Restaurants und Freizeitzentren. Die Kategorien werden nicht immer identisch verwendet; teilweise zählen zu den Schlüsselangeboten auch Polizei oder Feuerwehr. Aufgrund der politischen Konstellation wird nachfolgend in drei Regionen unterschieden:

Wales: Der walisische Regierungsplan zur Ländlichen Entwicklung („*Welsh Government's Rural Development Plan*“) konstatierte, dass der Zugang zu lokalen Diensten in manchen ländlichen Gebieten zurückgeht und setzte das Thema daher auf die Hauptagenda. Dies entspricht nicht direkt der nationalen demografischen Situation, die in den letzten Jahren eine ansteigende Bevölkerungszahl aufweist. Gemäß der jüngsten Bevölkerungsprognose von 2010 des nationalen statistischen Büros (ONS, „*Office for National Statistics*“) wird die Bevölkerung von Wales bis 2020 um 5 Prozent auf 3,17 Millionen anwachsen, bis 2035 um 12 Prozent auf 3,37 Millionen. Diese positiven Prognosen mindern jedoch nicht die Probleme der disparaten Bevölkerungsverteilung oder geographischen Isolierung.

¹⁴ Vgl. Demografie Großbritannien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_grossbritannien.html

¹⁵ Vgl. Länderdaten Großbritannien: http://www.ipicture.de/daten/land_grossbritannien.html

Schottland: 70 Prozent der Schotten leben in der Zentralregion (Central Lowlands). Die Highlands weisen dagegen die geringste Bevölkerungsdichte Großbritanniens von nur acht Personen pro km² auf. Diese Situation bedeutet eine große Herausforderung für die nationalen und lokalen Gebietskörperschaften in Bezug auf Bereitstellung und Zugänglichkeit der Daseinsvorsorge. Aus dem Bewusstsein, dass die ländlichen Gebiete 95 Prozent der Fläche ausmachen, doch nur 18 Prozent der Bevölkerung dort leben, wurde das „*Schottische Programm zur Ländlichen Entwicklung*“ geschaffen, um das ökonomische Potenzial des Landes zu nutzen.

England hat als eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Europas mit der Schwierigkeit zu kämpfen, Schlüsselangebote in ländlichen Gegenden mit wenig Nachfrage praktikabel bereitzustellen. In der öffentlichen politischen Debatte ist die vorherrschende Meinung, dass die vorangegangene Regierung bei der Lösung dieser Probleme versagt habe. Ein Beispiel dafür ist die gerade von der nationalen Regierung umgesetzte Reform, der zufolge den „*Ländlichen Entwicklungsämtern*“ Kompetenzen entzogen und anderen lokalen Verwaltungseinheiten übertragen werden.

5.1.6 Italien

In Italien leben 61 Millionen Einwohner (2011), davon 68 % in Städten (2010). Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,42 %, die Fertilitätsrate je Frau bei 1,39 Kindern. 20,3 % der Bewohner sind über 65 Jahre alt und 13,8 % unter 15 Jahre alt.¹⁶ Die Hauptstadt ist Rom mit 2,8 Millionen Einwohnern.¹⁷

In Italien wird das Thema Daseinsvorsorge durchaus diskutiert, ohne aber die spezifische Situation im ländlichen Raum näher zu behandeln. Im Mittelpunkt stehen vielmehr, ausgehend von vielfach als unzureichend empfundenen Standards und strukturellen Problemen, Fragen von Qualität und Effizienz der Leistungen sowie die Frage der Finanzierung. Die seit den 1990er Jahren betriebenen Reformen (vgl. Kapitel 5.2.6) versprachen umfassende Veränderungen in zahlreichen Sektoren. Sie sollten beispielsweise das Verhältnis zwischen Bürgern, staatlichen Stellen und Leistungserbringern auf eine neue Grundlage stellen und so bessere Leistungen erbringen. Dazu sollte neben den Effizienzverbesserungen auch die Formulierung umfassender Standards und Leistungsziele beitragen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt allerdings offen, ob dies gelingt. Zum einen stellt die Finanzkrise die möglichen Ergebnisse der Reformen in Frage, da bis dato weiterhin eine teilweise bis vollständig staatliche Finanzierung von Daseinsvorsorgeleistungen vorgesehen ist. Zum anderen fehlt zum Teil das Vertrauen in die

¹⁶ Vgl. Demografie Italien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_italien.html

¹⁷ Vgl. Länderdaten Italien: http://www.ipicture.de/daten/land_italien.html

Reformfähigkeit öffentlicher Akteure und den Sinn der bisherigen Quantifizierungs- und Standardisierungsansätze.¹⁸

Die Geburtenrate liegt in Italien seit Jahrzehnten auf einem ähnlich niedrigen, teils noch geringeren Niveau wie in Deutschland.¹⁹ Zusätzlich wandern aus einer Reihe von Regionen, vor allem in den südlichen Landesteilen und in schlecht erreichbaren Insel- und Bergregionen, seit langem Menschen ab, vor allem im erwerbsfähigen Alter. Künftig wird sich durch den demografischen Wandel die Situation besonders in Kalabrien, Basilicata, Ligurien, aber auch in anderen Regionen deutlich verschärfen.²⁰

Angesichts dieser Erwartungen scheint das Bewusstsein für das Thema zumindest auf Landesebene noch nicht weit entwickelt. Auf den Internetseiten der nationalen Regierung finden sich keine Einträge zu Begriffen wie „Demografischer Wandel“ oder „Überalterung“. In den Regionen wird das Thema dagegen durchaus zur Kenntnis genommen. Diverse regionale Entwicklungsprogramme bemühen sich um Maßnahmen gegen die Entvölkerung ländlicher Räume. Die Regionen haben zum Teil bereits eigene Analysen durchführen lassen und Defizite der Daseinsvorsorge identifiziert.²¹

Auch in wissenschaftlichen Arbeiten findet das Thema Beachtung. In der Diskussion überwiegt dabei die Makroperspektive: Thematisiert werden die volkswirtschaftlichen Belastungen der Alterung, der nötige Ausbau der Altenpflege sowie sozial- und familienpolitische Maßnahmen, um den demografischen Wandel möglicherweise noch eindämmen zu können.²²

Im Bereich Senioren und Pflege wird außerdem deutlich, dass die Versorgung der Betroffenen in Italien bisher noch vergleichsweise stark durch innerfamiliäre Selbsthilfe oder durch privat organisierte und finanzierte Pflegekräfte (*badanti*) wahrgenommen wird. Hinsichtlich der künftigen Verfügbarkeit dieser Arrangements sind Zweifel angebracht, institutionalisierte Angebote jedoch bislang schwach ausgebaut.²³

5.1.7 Niederlande

In den Niederlanden leben 16,9 Millionen Einwohner, davon 83 % in Städten (2010).²⁴ Das Bevölkerungswachstum beträgt 0,371 % (2011, s. Bevölkerungsanstieg im nächsten Absatz), die Fertilitätsrate liegt bei 1,66 Kindern pro Frau.

¹⁸ Vgl. Schiefelbusch 2009 mit weiteren Nachweisen

¹⁹ Vgl. etwa Mazza; Capacci 2006

²⁰ Vgl. Giannakouris 2010, Europäische Kommission 2009, Regione Veneto 2006

²¹ vgl. etwa Lucatelli/Peta 2010, S. 68f. Regione Autonoma della Sardegna (o.J.)

²² Hierzu erschien kürzlich eine von der italienischen Bischofskonferenz in Auftrag gegebene Studie (Comitato per il progetto culturale della Conferenza Episcopale Italiana: Il cambiamento demografico, Rom/Bari 2011)

²³ vgl. Regione Veneto (2006), a.a.O.

²⁴ Vgl. Demografie Niederlande: http://www.ipicture.de/daten/demographie_niederlande.html

Das Durchschnittsalter liegt bei 41,1 Jahren. 15,6 % der Einwohner sind über 65 Jahre und 17 % unter 15 Jahren alt. Die Hauptstadt ist Amsterdam mit 750 000 Einwohnern.²⁵

Der Begriff „demografischer Wandel“ wird in den Niederlanden nicht verwendet, sondern mit „*demografische krimp*“, wörtlich Schrumpfung, bereits genauer in seinen Folgen definiert. *Demografische krimp* ist ein Rückgang bei der Bevölkerungszahl in einer bestimmten Region mit unterschiedlichen Ursachen. Es kann sein, dass die Sterbeziffer deutlich höher als die Geburtenzahl ist oder dass bestimmte Gebiete von Abwanderung betroffen sind. In beiden Fällen geht die Bevölkerungszahl zurück.

Aktuell sind nur wenige Gebiete vom demografischen Wandel betroffen. Es handelt sich vor allem um Regionen in den Randgebieten des Landes: Ost-Groningen, Süd-Limburg, Seeland (nur Teile) sowie die Region Achterhoek (Grenzregion). Durch die höhere Lebenserwartung steigt die Bevölkerung in den Niederlanden insgesamt dennoch an, und zwar in den nächsten 20 Jahren auf 17,5 Millionen Einwohner.“²⁶

Die betroffenen Regionen haben sich gemeinsam mit dem Innenministerium und einigen Hochschulen im Jahr 2008 zu einem Netzwerk zusammengeschlossen. Im Februar 2012 gehörten dem Netzwerk 686 Personen und Institutionen an. Die Mitgliedschaft ist offen und verpflichtet nicht zu Beitragszahlungen o. ä. Das Netzwerk betreibt eine Internetseite unter der Adresse www.vanmeernaarbeter.nl – was wörtlich übersetzt bedeutet „von mehr zu besser“. Mit diesem Leitmotto soll auf die schrumpfende und älter werdende Bevölkerung reagiert werden. Zu folgenden Themen ist das Netzwerk aktiv:

- Bildung und Ausbildung
- Verwaltung
- Wohnen
- Finanzierung
- Raumplanung
- Arbeit
- Freizeit
- Gesundheit und Wohlbefinden
- Mobilität

²⁵ Vgl. Länderdaten Niederlande: http://www.ipicture.de/daten/land_niederlande.html

²⁶ Eigene Übersetzung von: <http://www.vanmeernaarbeter.nl/demografische-krimp>.

Als regionales Netzwerk unterhalb der Landesebene hat sich das „*Kennisnetwerk Krimp Noord-Nederland*“²⁷ herausgebildet. Es ist ein Zusammenschluss der Universität und der Hochschule Groningen sowie der drei nördlichen Provinzen Groningen, Friesland und Drenthe und bei der Fakultät für Raumwissenschaften an der Hochschule Groningen angesiedelt.

5.1.8 Norwegen

Begriffsverständnis

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ oder „Services of General Interest“ spielt in der norwegischen nationalen und regionalen Politikstrategie praktisch keine Rolle. „Public welfare services“ und „Social Services“ sind hingegen wesentliche Konzepte des Sozialsicherungssystems, das als zentraler Bestandteil des norwegischen Modells angesehen wird.

Zur demografischen Situation

In Norwegen leben 4,7 Millionen Einwohner, 79 % davon in Städten (2010).²⁸ Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,329 %, die Fertilitätsrate bei 1,8 Kindern pro Frau. Das Durchschnittsalter liegt bei 40 Jahren, davon sind 16 % über 65 Jahre alt und 18 % unter 15 Jahre alt. Die Hauptstadt ist Oslo mit 520000 Einwohnern.²⁹

Daseinsvorsorge und Maßnahmen gegen die negativen Folgen des demografischen Wandels spielen in Norwegen eine sehr große Rolle. Dies liegt auch daran, dass Norwegen traditionell einen starken Fokus auf seine Wohlfahrtsaktivitäten legt. Das Land sieht sich trotz der für europäische Verhältnisse hohen Fertilitätsrate großen Herausforderungen gegenüber. Ähnlich wie in Schweden bestehen große Ungleichheiten zwischen den Provinzen:

- Der Süden weist eine erhöhte Wachstumsrate auf, während der Norden schrumpft
- Die Küstenregionen wachsen, während die Berg- und Fjordregionen schrumpfen
- Städte wachsen, während ländliche Regionen schrumpfen

Die starke Alterung der Bevölkerung speziell in den ländlichen Gebieten und die Abwanderung jüngerer Frauen hängt vor allem mit der sich wandelnden Arbeitsmarktsituation zusammen: traditionelle Industrien wie Landwirtschaft, Fischerei und Manufaktur bieten immer weniger Arbeitsmöglichkeiten, wohingegen der (urbane) Dienstleistungssektor wächst.

²⁷ Vgl. NEIMED – Nederlands Kennisinstituut Maatschappelijke Effecten Demografische Krimp: <http://kknn.vanmeernaarbeter.nl>.

²⁸ Vgl. Demografie Norwegen: http://www.ipicture.de/daten/demographie_norwegen.html

²⁹ Vgl. Länderdaten Norwegen: http://www.ipicture.de/daten/land_norwegen.html

Die Wirtschaftsstruktur der Provinz *Sogn og Fjordane* kann repräsentativ für periphere Regionen im Süden Norwegens betrachtet werden (Abb. 5):

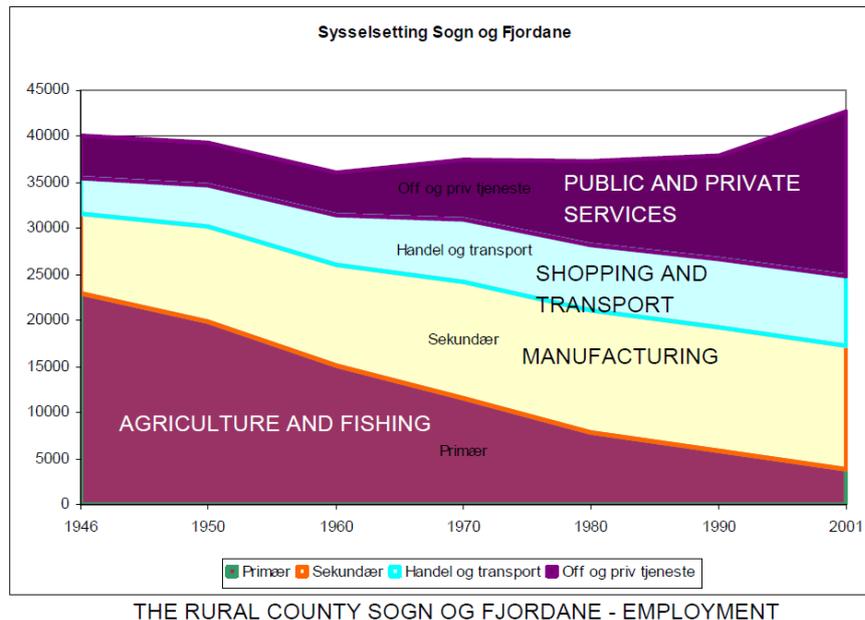


Abb. 5 – Arbeitsplätze in der Region Sogn und Fjordane nach Wirtschaftssektoren (Quelle: Amdam 2006)

Norwegen reagiert auf diese Herausforderungen mit strategischen Politikleitlinien, wie beispielsweise der Einrichtung spezieller Bedingungen für die Regionalhilfen der EU. Als diese für die Periode 2007 bis 2013 beschlossen wurden, setzte sich Norwegen stark für die Förderung der ländlichen Gebiete ein:

„The existing Regional Aid Guidelines do not deal adequately with the challenges relating to depopulation and decreasing economic activity that are facing certain areas today. It is therefore of great importance to ensure that the new Regional Aid Guidelines provide for greater flexibility to address the specific challenges in such areas.“(Royal Ministry of Local Government, 2005)

In der Folge konnte Norwegen seinen Fokus auf die Entwicklung ländlicher Gebiete legen, indem bis 2013 beispielsweise 40 Prozent des Regionalentwicklungsfonds in die Förderung dünn besiedelter Regionen fließt, in denen nur 17,7 Prozent der Gesamtbevölkerung leben.

5.1.9 Schweden

Begriffsverständnis

In Schweden gab es vor der Umsetzung der EU-Direktiven für das Konzept SGI keinen äquivalenten terminologischen Begriff für „Services of general interest“ (SGI). SGI hat daher keine theoretische Basis in Schweden. Die Begriffe „social service“ und „public services“ (*offentlig verksamhet* (alle Aktivitäten, für die der öffentliche Sektor zuständig ist) scheinen der Terminologie SGI am nächsten zu

kommen, weshalb in Schweden auch häufiger der Terminus SSGI („*Social Services of General Interest*“) zu finden ist.

Zur demografischen Situation

In Schweden leben 9,1 Millionen Einwohner, davon 85 % in Städten (2010).³⁰ 750 000 Menschen wohnen in der Hauptstadt Stockholm.³¹ Das Durchschnittsalter liegt bei 42 Jahren, 19,7 % sind über 65 Jahre und 15,4 % unter 15 Jahre alt. Schweden verfügt über eine der weltweit höchsten Lebenserwartungen (81,07 Jahre) und eine relativ niedrige Geburtenrate (10,18 Geburten / 1.000 Einwohner). Damit befindet es sich auf Stufe 4 des „Demographic Transition Model“ im post-industriellen Zeitalter (Abb. 6):

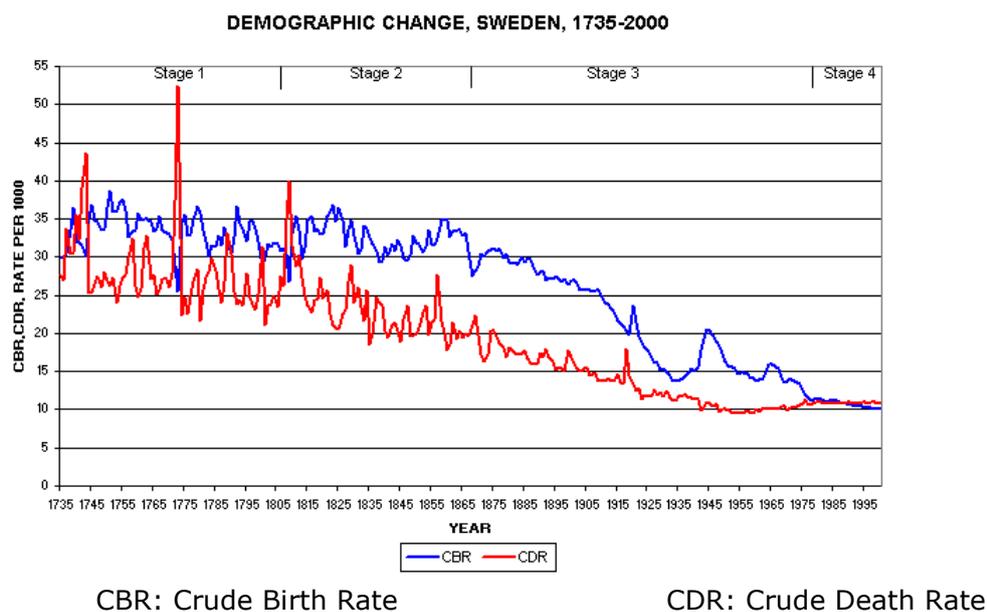


Abb. 6 – Demografische Entwicklung Schwedens 1735-2000 (Quelle: Montgomery (o.J.))

Obwohl die dargestellten Daten belegen, dass der demografische Wandel in Schweden starke Ausprägungen erreicht, scheint der Terminus nicht von expliziter nationaler Bedeutung bei der Formulierung von Politikstrategien und -zielen zu sein, ebenso wenig wie der Begriff „services of general interests“. Dies sollte aber nicht dazu verleiten, Schweden ein Desinteresse an der Thematik zu unterstellen. Vielmehr ist auffällig, dass viele Handlungsfelder, die heute als Reaktion auf den demografischen Wandel an Aufmerksamkeit gewinnen, in Schweden bereits seit etwa 50 Jahren von Bedeutung sind:

- Schweden verfügt über ein umfassendes Sozialfürsorgesystem, das beispielsweise allen Kindern im Alter von zwei bis sechs Jahren einen Platz in einer öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtung garantiert.

³⁰ Vgl. Demografie Schweden: http://www.ipicture.de/daten/demographie_schweden.html

³¹ Vgl. Länderdaten Schweden: http://www.ipicture.de/daten/land_schweden.html

- Das sozialpolitische System unterliegt einer kontinuierlichen Optimierung und Anpassung an Veränderungen, zum Beispiel durch die Integration älterer, arbeitsfähiger Menschen in den Arbeitsmarkt oder Programme zur Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten.
- Weiterhin betreibt Schweden seit den 1950er Jahren eine systematische Rekrutierung von Fachkräften. Im Jahr 2010 waren 1,33 Millionen der Einwohner Schwedens (14.3 %) im Ausland geboren.

Schweden hat zudem traditionell viel Erfahrung mit dünn besiedelten Räumen. 80 Prozent der schwedischen Bevölkerung wohnt in Städten. In der nördlichen Landeshälfte lebt nur ein Zehntel, während sich im Süden die größten Ballungsräume befinden. Die Hauptstadt Stockholm ist mit rund 765 000 Einwohnern die größte Stadt, gefolgt von Göteborg (481 000), Malmö (270 000) und Uppsala (182 000). Dennoch sind die Unterschiede des Bruttoinlandsprodukts der einzelnen Provinzen in Schweden äußerst gering, was zum einen auf das umfassende Sozialsystem und zum anderen auf das ambitionierte Finanzausgleichssystem zurückzuführen ist. Diese langjährigen Maßnahmen gründen auf den nationalen Zielen Wachstum und Gleichheit (OECD 2010).³² Um auf diese auch weiterhin zielgerichtet hinarbeiten zu können, legt Schweden seinen Fokus jüngst auf die kosteneffiziente Bereitstellung von „public services“, die Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen, Wissensverbreitungen sowie Stadt-Land-Beziehungen.

Die *Nationale Strategie für regionale Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmertum und Beschäftigung 2007-2013* (Europäische Union 2007) unterliegt dem *Ministerium für Industrie, Beschäftigung und Kommunikation*. Die Strategie legt ihren Schwerpunkt auf die Schaffung wettbewerbsfähiger Regionen und Individuen. Dabei stehen folgende Themenfelder im Vordergrund:

- Innovation und Erneuerung
- Qualifikations- und verbessertes Arbeitskräfteangebot
- Zugänglichkeit
- Strategische, grenzüberschreitende Kooperation

Parallel zu den Programmen des *Europäischen Regionalentwicklungsfonds* (ERDF) und des *Europäischen Sozialfonds* (ESF) gibt es eine Strategie zur ländlichen Entwicklung, die auf die nachhaltige ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung der ländlichen Gebiete Schwedens zielt (Ministry of Energy, Enterprise and Communications, 2008). Diese Programme orientieren sich an den europäischen Rahmenvorgaben und werden finanziert durch den *European Agricultural Fund for Rural Development* (EAFRD) und öffentliche schwedische Gelder. Die Instrumente zur Umsetzung der Strategie sind die *Rural Development Programmes* (RDP – Regionale Entwicklungsprogramme) und die *Regional Growth Pro-*

³² Vgl. OECD Territorial Reviews: Sweden, 2010.

grammes (RGP – Regionale Wachstumsprogramme). Sie beruhen auf vier den Schwerpunkten des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)³³: Die Regionalen Entwicklungsprogramme (RDP) werden durch das *Swedish National Rural Network* (2007-2013) realisiert. Die Politikstrategie und Implementierung der ländlichen Entwicklung unterstehen dem Agrarministerium.

Daneben dienen andere Programme der Regionalentwicklung, wie beispielsweise das *Regional Cluster Programme*, das auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mehrerer Ministerien Innovationen durch regionale Kooperation fördert (Abb. 7).

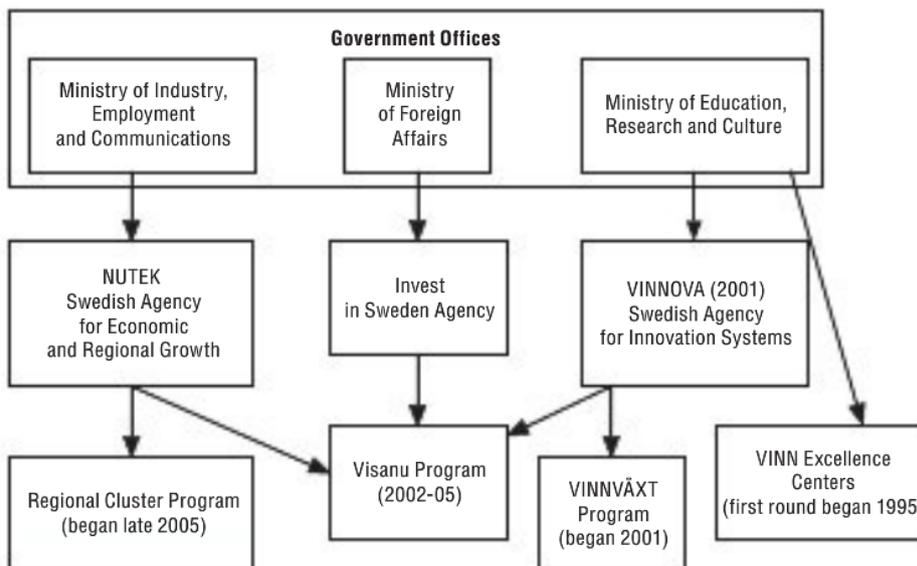


Abb. 7 – Akteure und Programme der Regionalentwicklung in Schweden (Quelle: OECD (2007), S.298)

Zusammenfassend werden zwar die Begriffe „demografischer Wandel“ und „Daseinsvorsorge“ in Schweden nicht überproportional stark in Politikstrategien integriert, dennoch werden mit großem Engagement entsprechende Maßnahmen ergriffen und gefördert.

5.1.10 Schweiz

In der Schweiz leben gut 7,6 Millionen Einwohner, davon 74 % in Städten (2010).³⁴ Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,21 %, die Fertilitätsrate bei 1,46 Kindern pro Frau. Das Durchschnittsalter beträgt 41,7 Jahre, 17 % sind über 65 Jahre alt, 15 % unter 15 Jahre alt. Die Hauptstadt ist Bern mit 123 000 Einwohnern.³⁵

³³ Vgl. Europa Press Releases Rapid: http://europa.eu/rapid/press_ReleasesAction.do?reference=MEMO/07/210&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en.

³⁴ Vgl. Demografie Schweiz: http://www.ipicture.de/daten/demographie_schweiz.html

³⁵ Vgl. Länderdaten Schweiz: http://www.ipicture.de/daten/land_schweiz.html

In den 1980er Jahren fand der Begriff „Service public“ in der Schweiz Eingang in deutschsprachige Gesetzes- und Verwaltungstexte und erlebte in den 1990er Jahren unter dem Eindruck der umstrittenen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Sektor Hochkonjunktur. Unter dem Eindruck der EU-Wettbewerbspolitik und Globalisierung kam es zur vermehrten Entkoppelung von Träger und Dienstleister. Die früheren Erbringer von Dienstleistungen mussten ihre Monopole aufgeben. „Im Zentrum standen dabei die unter Druck geratenen Netzdienstleister PTT (Post) und SBB (Bahn) bzw. öffentliche Transportunternehmen und die Elektrizitätswirtschaft“ (Hürlimann 2011). Aufgrund dieser Tendenzen sah sich die Regierung gezwungen, den flächendeckenden Service public zu definieren und Maßnahmen zu bestimmen, um diesen auch in Zukunft sicherstellen zu können.

Im Bericht „Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)“ definiert der Bundesrat die öffentlichen Dienstleistungen folgendermaßen:

„Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen“ (Schweizerischer Bundesrat 2004).

Mit dieser Definition wird Grundversorgung mit Service public gleichgesetzt. Die so definierte Daseinsvorsorge konzentriert sich somit auf den Bereich der Netzinfrastrukturen mit den Sektoren Post, Telekommunikation, elektronische Medien (Radio und Fernsehen), öffentlicher Verkehr sowie Straßen (im Zuständigkeitsbereich des Bundes). Die leitungsgebundenen Energien und der Luftverkehrssektor werden im Bericht nur am Rande einbezogen, da für diese neue Konzepte erarbeitet werden sollten. Ebenfalls nicht definiert wurden die Bereiche der Grundversorgung im Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden.

Insbesondere in Zusammenhang mit der Diskussion um Struktur- und demografischen Wandel wurden in der Schweiz Stimmen laut, die nach einer umfassenderen Definition der Grundversorgung verlangten. Es ging dabei vor allem darum, den sich verstärkenden regionalen Unterschieden entgegenzuwirken und Kohärenz zu fördern.

Als wichtigste Herausforderungen für den peripheren ländlichen Raum nennt die *Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnung und Regionalpolitik* (ROREP 2006, S. 11):

- Sicherung einer minimalen Bevölkerungszahl, vorab in den Siedlungskernen, und einer ausreichenden Grundversorgung;
- Zugang zu Bildung, der allen Teilen der Bevölkerung ermöglicht ist; eine gute Verkehrsvernetzung nach innen und außen (inkl. ÖV);

- Erhalt und optimale Organisation der regionalen Infrastrukturen in Anbetracht der Spar- und Rationalisierungsbestrebungen (inkl. zweckmäßiger Funktionsteilung mit übergeordneten Zentren);
- Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Gemeinwesen;
- Bewahrung eines Angebots von interessanten, qualifizierten Arbeitsplätzen sowie die Schaffung außenwirtschaftlicher Arbeitsplätze in der Region.
- Auf landschaftlicher Ebene gilt ein Augenmerk dem zunehmenden Verlust an Kulturland, der Waldzunahme und der Vorsorge vor Naturgefahren.

Das *Bundesamt für Raumentwicklung* (ARE) fordert „aus der Sicht des ländlichen Raumes von einem erweiterten Begriff der Grundversorgung auszugehen, welche über den eigentlichen Service public hinausgeht“ (ARE 2006, S. 2).

In einer Studie des *Bundesamtes für Statistik* zur räumlichen Verteilung und Erreichbarkeit der Dienstleistungen für die Bevölkerung wurden weitere sechs „grundlegende Dienstleistungen“ in die Betrachtung einbezogen: Gesundheit (Indikatoren: Arztpraxen und Apotheken), Bildung (Kindergärten und obligatorische Schulen), Sozialleben (Restaurants und Cafés), Grundbedürfnisse (Lebensmittelgeschäfte) und Finanzen (Banken) sowie kulturelle Dienstleistungen (Kinos).

Insgesamt ist Service public ein kontrovers diskutiertes Dauerthema der schweizerischen Politik. Die eine Seite klagt Wettbewerbsverzerrungen durch intransparente und „häufig extensive Förderung und Finanzierung des Service public in einzelnen Sektoren“ an, die die Funktionsfähigkeit der Infrastrukturmärkte behindere (Avenir Suisse 2012, S. 12). Die andere Seite befürchtet Qualitäts- und Leistungseinbußen, vor allem in peripheren Regionen. „Dabei handelt es sich nicht zuletzt um die öffentlichen (Monopol-) Unternehmen respektive deren Mitarbeiter (Gewerkschaften) und Eigentümer (Bund, Kantone und Gemeinden), die nicht nur von direkten Subventionen, sondern vor allem vom Schutz gegen Markteintritte und Wettbewerb profitieren“ (ebd., S. 11).

5.1.11 Spanien

In Spanien leben 46,8 Millionen Einwohner, davon 77 % in Städten (2010).³⁶ Das Bevölkerungswachstum liegt bei 0,574 %, die Fertilitätsrate bei 1,47 Kindern pro Frau. Das Durchschnittsalter beträgt 40,5 Jahre. 17,1 % sind über 65 Jahre alt, 15,1 % unter 15 Jahre alt. Die Hauptstadt Madrid zählt 5,1 Millionen Einwohner.³⁷

In den letzten 40 Jahren hat die Bevölkerung in vielen spanischen Kommunen stetig abgenommen. Heute nehmen die ländlichen Gebiete 90 Prozent des nationalen Territoriums ein, doch leben dort nur 25 Prozent der Bevölkerung. Die Bevölkerungsentwicklung bewirkt somit einen bedeutenden Wandel der Lebensum-

³⁶ Vgl. Demografie Spanien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_spanien.html

³⁷ Vgl. Länderdaten Spanien: http://www.ipicture.de/daten/land_spanien.html

stände in den ländlichen Gebieten. Durch die starke Entvölkerung stehen viele Gebiete vor der Problematik, dass die Daseinsvorsorge bedroht ist, oder teilweise gar nicht mehr gewährleistet werden kann.

Zwei der Regionen, die derzeit die stärkste Entvölkerung erleben und sich daher vor die größten Herausforderungen gestellt sehen, Daseinsvorsorge bieten zu können, sind:

- Galicien: 35 Prozent der Bevölkerung sind über 65 Jahre. Es gibt 90 000 leer stehende Häuser und zahlreiche Kommunen mit weniger als 1000 Einwohnern. Interessanterweise existieren in Galicien jedoch mehr Bevölkerungsbaldungen als im gesamten spanischen Territorium.
- Aragonien: Fast 72 Prozent der Bevölkerung lebt in der Provinz Saragossa (Hauptstadt) mit einer bereits geringen Bevölkerungsdichte von 25,8 Personen pro km². Teruel, eine der drei Provinzen der Region, hat hingegen eine Bevölkerungsdichte von nur 10 Personen pro km².

In der öffentlichen politischen Debatte ist das Thema ländliche Entwicklung und Daseinsvorsorge von großem Interesse. Die betroffenen Regionen sind sich der Probleme bewusst. Dennoch spiegelt sich die Brisanz der Situation nur wenig in den Maßnahmen wider, die in den letzten Jahren ergriffen wurden. In der Literatur, die verschiedene zuständige Ministerien und Organisationen verfasst haben, wird zwar ein dringender Handlungsbedarf konstatiert, doch durch Mangel an entsprechender Finanzierung folgen kaum Taten.

Generell orientieren sich die meisten Initiativen zur Förderung und Stabilisierung des ländlichen Milieus auf Tourismus als ein Schlüsselement zur Stärkung lokaler Güter und zur Vernetzung isolierter Gebiete mit neuen Technologien.

Die *Nationale Politikstrategie zur Ländlichen Entwicklung* versucht, Maßnahmen einzusetzen, die auf die speziellen ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedingungen der spanischen ländlichen Räume eingehen. Dazu gehört auch die Anwendung europäischer Instrumente und konventioneller Politikansätze, die zur Schaffung eines ausbalancierten und gleichwertigen Systems beitragen sollen.

5.1.12 Tschechien

Begriffsverständnis

Die gegenwärtige Rechtsprechung gibt keine Definition für public services. Public services werden von Körperschaften des öffentlichen Rechts organisiert und kontrolliert um sicherzustellen, dass die Dienstleistung in einer Art und Weise erbracht wird, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht und zugleich die Prinzipien der Subsidiarität respektiert. Einige dieser Dienstleistungen sind von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Sie sind so gestaltet, dass sie Profit erwirtschaften, aber dem allgemeinen Interesse dienen und den spezifischen Anforderungen der öffentlichen Behörden entsprechen. (CEEP 2010, S. 130)

Das Gesetz über den freien Verkehr von Dienstleistungen vom 17. Juni 2009 definiert „Dienste von allgemeinem Interesse“ als Dienste, die in einer universellen und permanenten Art und Weise erbracht werden und spezifische Rechte und Verpflichtungen an Dienstleister per Gesetz überträgt. Dienste, auf die dieses zutrifft, sind insbesondere: Postdienste, Elektrizität, Gas, der Betrieb von Flughäfen oder Häfen, ÖPNV, die Wasserversorgung, Entwässerung, Abwasseraufbereitung und die Müllentsorgung.

Die Verteilung von Kompetenzen von Diensten von allgemeinem Interesse wird im Wesentlichen durch den Artikel 101 (4) der Verfassung der Tschechischen Republik (Kapitel 7 Territoriale Selbstverwaltung) geregelt. Ein gemeinsames Rahmengesetz ist auch durch das Gemeindegesetz³⁸ und das Regionalgesetz gegeben. Es gibt in der Tschechischen Republik kein einheitliches Rahmengesetz das public services regelt, sondern es existieren einzelne Gesetze und spezifische Verordnungen, welche die Bedingungen und Regeln von verschiedenen Typen von public services regeln. (CEEP 2010, S. 131)

Zur demografischen Situation

In Tschechien leben 10,2 Millionen Einwohner, 74 % davon in Städten (2010).³⁹ Die Bevölkerung schrumpft um 0,12 % und die Fertilitätsrate liegt bei 1,26 Kindern pro Frau. 16,3 % der Menschen sind über 65 Jahre alt und 13,5 % unter 15 Jahre alt. Das Durchschnittsalter beträgt 40,8 Jahre. In der Hauptstadt Prag wohnen 1,2 Millionen Einwohner.⁴⁰

Beim Blick auf die Karte mit Chancen und Risiken des demografischen Wandels in Europa wird ein deutliches Ost-West-Gefälle sichtbar. Es zeigt, dass der Übergang von der Staats- in die Marktwirtschaft längst noch nicht abgeschlossen ist. Allerdings wird auch klar, was es bedeutet, Reformen möglichst früh zu beginnen. So haben die baltischen Nationen und auch Tschechien sich frühzeitig nach Westeuropa orientiert und bald zu den schwächeren westeuropäischen Regionen aufgeschlossen. Tschechien und Slowenien, die schon innerhalb des Ostblocks relativ weit entwickelt waren, gingen nach der Wende reformfreudig ans Werk (Kröhnert et al. 2008, S. 11).

Tschechien wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem der „ältesten“ Länder Europas: Im Jahr 2050 werden 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter voraussichtlich für 90 über 60-Jährige aufkommen müssen – 20 Rentenempfänger mehr als in Ungarn oder Polen (Berlin-Institut 2004).

Die zentralen Themen, die die Tschechische Republik in den letzten Jahren beschäftigt haben, sind demzufolge die Alters- und Gesundheitsversorgung. Tau-

³⁸ Law n° 128 of 12 April 2000 [Zakon o obcích (obecní zřízení)] http://portal.gov.cz/wps/portal/_s.155/699/place

³⁹ Vgl. Demografie Tschechien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_tschechien.html

⁴⁰ Vgl. Länderdaten Tschechien: http://www.ipicture.de/daten/land_tschechien.html

sende Ärzte hatten am 1. März 2011 aus Protest gegen niedrige Gehälter die Krankenhäuser verlassen. Die medizinische Grundversorgung drohte, in einigen Regionen des Landes zusammenzubrechen. In letzter Minute kam eine Einigung mit der Regierung zustande (Schuster/ Martin 2011).

Doch auch 2012 geht der Protest weiter. Er richtet sich vor allem gegen begleitende Regelungen der Reform, die zum 1. April 2012 in Kraft getreten ist. Darin wird unter anderem die maximale Entfernung zwischen Wohnsitz und nächstem Arzt sowie die maximalen Wartezeiten auf Operationen definiert. „Der Behindertenrat befürchtet zum Beispiel, dass damit die notwendige ärztliche Versorgung für viele Behinderte deutlich schlechter zu erreichen sein wird“ (Janzer 2012).

5.1.13 Japan

In Japan leben 126.475.664 Millionen Einwohner,⁴¹ 67 % davon in Städten (2010).⁴² Die Bevölkerung schrumpft um 0,278 % und die Fertilitätsrate liegt bei 1,21 Kindern pro Frau. 22,9 % der Menschen sind über 65 Jahre alt und 13,1 % unter 15 Jahre alt. Das Durchschnittsalter beträgt 44,8 Jahre. In der Hauptstadt Tokio wohnen 12 Millionen Einwohner.⁴³

Japans abgelegener ländlicher Raum steht derzeit vor ernsthaften demografischen Problemen und Herausforderungen. Überalterung und Bevölkerungsabnahme schreiten rapide voran, mancherorts droht die vollständige Entvölkerung. Insgesamt ist die japanische Bevölkerung in einem Prozess der Schrumpfung begriffen, wobei die einzelnen Regionen ein stark unterschiedliches Bild zeigen. Zwischen 2005 und 2050 werden die Hauptstadt Tokio sowie andere Metropolregionen ein Bevölkerungswachstum verzeichnen, während die abgelegenen ländlichen Gebiete in den Bergen und am Meer eine entgegengesetzte Entwicklung zu erwarten haben. Kleinere Gemeinden sind in der Regel stärker von der Bevölkerungsabnahme betroffen als größere Orte. Es existiert ein nationales Gesetz (*Act on Special Measures for Promotion for Independence for Underpopulated Areas*⁴⁴), welches Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte definiert, die im nationalen Vergleich eine besonders hohe Dynamik der Schrumpfung und Überalterung kennzeichnet und denen daher Handlungspriorität beigemessen wird. Darüber hinaus gibt es noch weitere Regionen, welche im vergleichbaren Maße von einem Prozess der Bevölkerungsabnahme betroffen sind (vgl. Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism 2011).

⁴¹ Zahlen für das Jahr 2011, soweit nicht anders angegeben.

⁴² Vgl. Demografie Tschechien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_japan.html

⁴³ Vgl. Länderdaten Japan: http://www.ipicture.de/daten/land_japan.html

⁴⁴ Das Gesetz umfasst diverse Aspekte der Daseinsvorsorge. Es existiert nur eine informelle englische Übersetzung des japanischen Textes, Vgl: <http://www.kl.i.is.nagoya-u.ac.jp/told/s61c09501en.2.0.txt>; Japanische Seite: <http://law.e-gov.go.jp/cgi-bin/idxsearch.cgi>; http://www.japaneselawtranslation.go.jp/law/detail_main?id=1443&vm=2&re=

Unter den *Act on Special Measures for Promotion for Independence for Underpopulated Areas* fallen 776 der insgesamt 1727 existierenden japanischen Gemeinden. Grundlagen der Zuordnung sind Kriterien wie eine - gemessen an vergangenen Verhältnissen - hohe Abwanderungsrate sowie eine kritische finanzielle Situation der Kommunen. Elf Millionen Menschen leben in den bezeichneten Regionen (8,8 % der japanischen Gesamtbevölkerung bzw. 128 Millionen Menschen), im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 schrumpfte die Bevölkerung um - 7,1 %, während Japans Gesamtbevölkerung einen Zuwachs von 0,2 % verzeichnete.

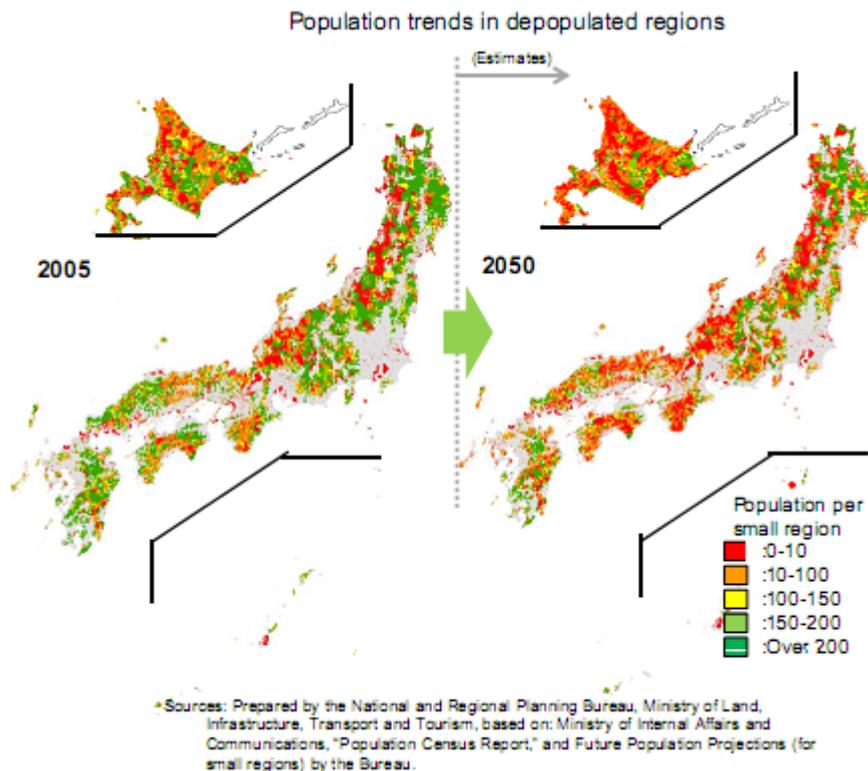


Abb. 8a – Bevölkerungsentwicklung in Japan nach Regionen (Quelle: MLIT 2010)

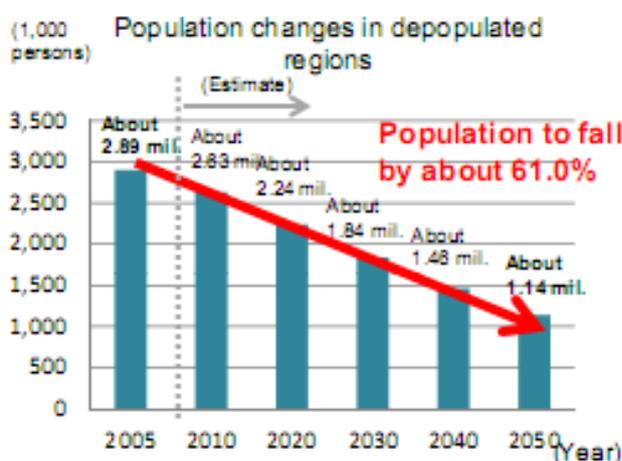


Abb. 8b – Bevölkerungsentwicklung in schrumpfenden Regionen Japans (Quelle: MLIT 2010)

5.1.14 Australien

In Australien leben insgesamt 22 670 000 Einwohner in acht Staaten⁴⁵. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdoppelt (siehe Abb. 9). Von neun Millionen im Jahr 1955 stieg sie auf über 20 Millionen im Jahr 2005 an (in 2011 lag das Bevölkerungswachstum bei 1,5 Prozent⁴⁶). 69 Prozent der Bevölkerung leben in den großen Städten und nur 2,3 Prozent in entlegenen Gegenden. Die Fertilitätsrate liegt bei 1,78 Kindern pro Frau⁴⁷ 14 % der Menschen sind über 65 Jahre alt und 18,3 % unter 15 Jahre alt. Das Durchschnittsalter beträgt 37,7 Jahre. In der Hauptstadt Canberra wohnen 310000 Einwohner.⁴⁸

Die Bevölkerungsdichte unterscheidet sich stark innerhalb Australiens. Sie ist niedrig in abgelegenen Gebieten und hoch in innerstädtischen Bereichen. Im Juni 2011 lag die Bevölkerungsdichte bei 2,9 Menschen pro Quadratkilometer (km²). Bezüglich der Staaten und Territorien weist das Australian Capital Territory die höchste Bevölkerungsdichte mit 160 Menschen pro km² auf, gefolgt von Victoria mit 24, New South Wales mit 9,0 und Tasmanien mit 7,5. Die Bevölkerungsdichte der übrigen Bundesstaaten liegt jeweils unter dem australischen Mittel, das niedrigste verzeichnet das Northern Territory mit nur 0,2 Einwohnern pro km²⁴⁹.

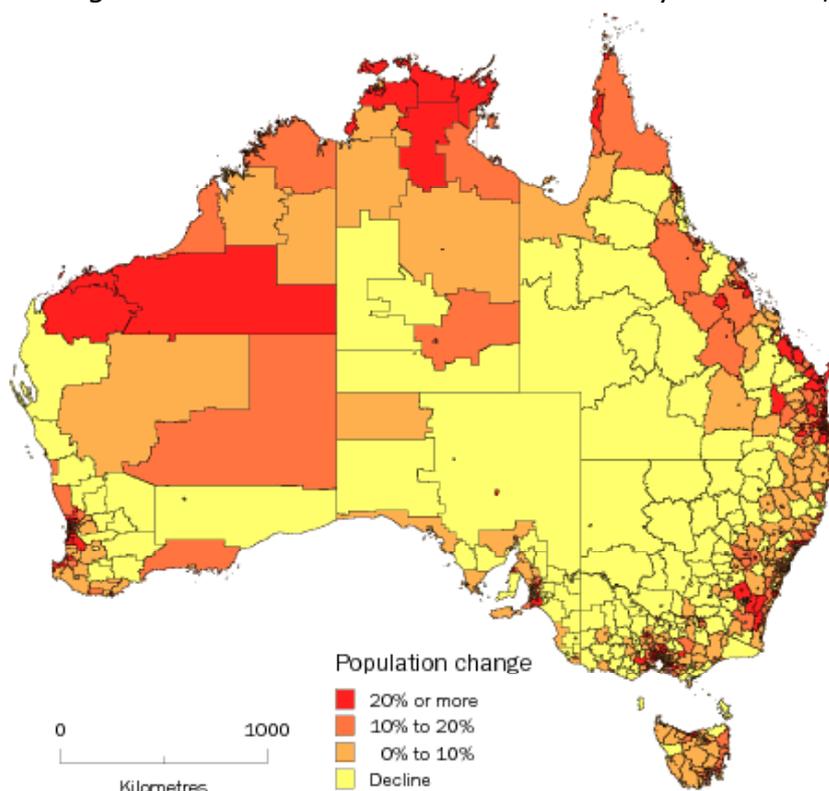


Abb. 9 – Bevölkerungsentwicklung Australiens 2001-2011
(Quelle: Australian Bureau of Statistics 2011)

⁴⁵ Vgl.: <http://australia.gov.au/>

⁴⁶ Vgl. Demografie Australien: http://www.ipicture.de/daten/demographie_australien.html

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. Länderdaten Australien: http://www.ipicture.de/daten/land_australien.html

⁴⁹ Vgl. Australian Bureau of Statistics: <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/Products/3218.0~2011~Main+Features~Main+Features?OpenDocument>.

Mit einer Bevölkerung, die fast zur Hälfte aus im Ausland Geborenen und deren Kindern besteht, gilt Australien als der Inbegriff eines Einwanderungslandes. Darüber hinaus hatten Mitte 2008 mehr als 800 000 Menschen einen befristeten Aufenthaltsstatus (dies entspricht 3,8 % der Einwohner) und eine Million Australier lebten dauerhaft oder für einen längeren Zeitraum im Ausland (Hugo 2006).

Ein hoher Arbeitskräftemangel in bestimmten Sektoren und Regionen spricht dafür, dass sich sowohl die temporäre als auch die permanente Zuwanderung kurz- und mittelfristig weiterhin auf hohem Niveau halten werden. Langfristig gesehen wird die Alterung der Bevölkerung, wenn sie auch weniger dramatisch als in Europa und Japan verläuft, dafür sorgen, dass die internationale Migration in Australien auch zukünftig seine Bevölkerungsentwicklung, seine Gesellschaft und seine Wirtschaft nachhaltig beeinflussen wird.⁵⁰

In Australien sind mehrere Regionalentwicklungsprogramme initiiert worden, die zum Ziel tragen, einer regionalen Ungleichheit entgegen zu steuern und regionale Prosperität zu fördern. Integrität im Sinne von intersektoraler Zusammenarbeit und Partizipation finden dabei besondere Berücksichtigung. (vgl. Kapitel 5.2.14 und 5.3.12)

5.2 Institutionelle Verankerung des Themas Daseinsvorsorge

Im folgenden Abschnitt soll der Frage nachgegangen werden, in welcher Weise die Daseinsvorsorge in den administrativen Aufbau einer Nation eingebettet ist. Die jeweiligen Strukturen offenbaren Begriffsverständnis, Prioritäten und Integrität nationaler Politik und wirken bestimmend im Hinblick auf die Wirksamkeit beschlossener Programme und Maßnahmen. Die Heterogenität der Inhalte im Bereich der Daseinsvorsorge verlangt die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sektoren und Administrationen.

Nach Daniel Rauhut ist die Daseinsvorsorge ein hochsensibles politisches Thema ein, für die er nationale Standards sowie verbindliche Vereinbarungen in Europa fordert, welche die Daseinsvorsorge in ihrer Definition, ihren Kriterien, Zielen und Maßstäben bestimmen und institutionell verankern, z.B. über die Faktoren Zeit, Distanz und Zugang.⁵¹ Dies gewinnt auch im Hinblick auf das generelle Ziel der Kohäsion an Gewicht.

⁵⁰ Vgl: http://focus-migration.hwwi.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Laenderprofile/LP_21_Australien.pdf, s. 8 f

⁵¹ Zum Beispiel die Frage, wie weit eine Arztpraxis entfernt liegt, wie lange es dauert, dorthin zu kommen, ob der Zugang überhaupt möglich ist und wenn ja, wieviel es kostet, vgl. Rauhut 2012.

5.2.1 Bulgarien

Administrative Gliederung

Die administrative Untergliederung Bulgariens erfolgt nach 28 Verwaltungsbezirken (*област/oblast*), 264 Gemeinden sowie seit dem Jahr 2000 nach Planungsregionen, einer neu eingeführten Verwaltungseinheit. Mit der Konstituierung der sechs Planungsregionen sollte eine wirkungsvolle Realisierung von Strategien, Plänen und Programmen zur beschleunigten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erzielt werden.⁵² Im Gegensatz zu den Gemeinden wird die zweite territoriale Einheit, das Gebiet oder Bezirk, administrativ nicht durch gewählte Organe vertreten, sondern ist vielmehr eine administrativ-territoriale Einheit, die ein vom Ministerrat ernannter Bezirksverwalter im Interesse der staatlichen Zentralverwaltung kontrolliert.

Für die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen (bzw. für die Daseinsvorsorge) sind hauptsächlich öffentliche (zentralstaatliche und kommunale) Einrichtungen zuständig. Führend sind das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik (*Министерство на труда и социалната политика*) und seine Unterorganisationen: das Nationale Arbeitsamt (*Агенция по заетостта*), das Amt für Sozialhilfe (*Агенция за социално подпомагане*), das Amt für Personen mit Behinderungen (*Агенция за хората с увреждания*), die Abteilung „Lebensstandard, soziale Sicherheit und demografische Entwicklung“ (*Дирекция „Жизнено равнище и социална сигурност и демографско развитие“*), die Abteilung „Sozialschutz und Gleichberechtigung“ (*Дирекция „Социална закрила и равни възможности“*) und die Abteilung „Soziale Inklusion“ (*Дирекция „Социално включване“*).

Folgende staatliche Organisationen beschäftigen sich mit der Daseinsvorsorge und Maßnahmen, die der Entvölkerung entgegenwirken sollen: das Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Betriebe (*Министерство на регионалното развитие и благоустройството*) sowie das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung (*Министерство на земеделието и храните*) durch die Abteilung „Entwicklung von ländlichen Regionen“ (*Дирекция Развитие на селските райони*). Auf lokaler Ebene ist der Nationale Bund der Kommunen Bulgariens (*Националното сдружение на общините в Република България*) ein wichtiger Akteur.

Zu den weiteren Institutionen, die sich mit der Daseinsvorsorge in dünnbesiedelten Regionen und für ältere Personen beschäftigen, zählen unter anderem nicht-staatliche Organisationen wie die Tulpen-Stiftung (*Фондация „Лале“*), die Organisation „Neuer Weg“ (*Асоциация „Нов път“*), die Marie-Curie-Organisation, Bulgarien (*Асоциация „Мария Кюри“*) und das Rote Kreuz Bulgariens (*Български червен кръст*). Es kommt auch vor, dass private Unternehmen Daseinsvorsorge und Maßnahmen in entvölkerten Regionen anbieten.

⁵² Vgl.: http://bulgarien.ahk.de/fileadmin/ahk_bulgarien/Bilder/Infrastruktur_Bulgarien.pdf

SGI im Kontext von Privatisierung und Dezentralisierung

Prinzipiell gibt heute mehrere Gruppen von SGI-Anbietern: national-öffentliche und national-gemischte (hauptsächlich öffentliche Anteile) Anbieter, subnational-öffentliche und subnational-gemischte (hauptsächlich öffentliche Anteile), des weiteren Public-Private-Partnerships sowie gemischte (hauptsächlich öffentliche Anteile) und private Anbieter.

- Öffentliche Anbieter dominieren hauptsächlich im Postsektor, im Schienenverkehr, im Wasser- und Abwasserbereich, im Gesundheitsbereich (klinisch und ambulant), im Bildungsbereich, in den Bereichen der Sozialleistungen und der sozialen Fürsorge.
- Private Anbieter dominieren in den Bereichen der Telekommunikation, der Stromerzeugung, der lokalen Übertragung, der Stromverteilung und -vermarktung, des Personenverkehrs, der Heizung, des zusätzlichen/komplementären Sozialschutzes und der Altenpflege.

Hervorzuheben ist, dass Bulgarien „große Monopole aus Zeiten des totalitären Regimes geerbt [hat], welche staatliche Unternehmen mit vielen Angestellten, allerdings auch mit niedriger Produktivität und Investitionen waren [...] manche spielen weiterhin eine große Rolle als Anbieter von SGI“ (Galabov/Delibaltova 2010). Zu diesen Monopolen gehören die National Railway Company (das nationale Eisenbahnunternehmen), die Bulgarian Posts Company (Bulgarische Post), die National Electric Transmission Company (nationales Stromversorgungsunternehmen) und Bulgargas (Unternehmen für den Transport und die Lieferung von Gas). Allerdings hat sich das Bild in den letzten 20 Jahren im Kontext des Übergangs zur Demokratie und Marktwirtschaft verändert.“ (ebd.) Die Transformation hat umfassende Prozesse der Privatisierung und Dezentralisierung mit sich gebracht.

5.2.2 Finnland

Administrative Gliederung

Finnland als eigenständiger Staat ist in 19 Regionen unterteilt; darüber hinaus existieren die autonomen Provinzen der Ålandinseln.⁵³ Es gibt sechs staatliche Provinzverwaltungen (*läänit*), welche unter die Zuständigkeit des Finanzministeriums fallen und für die Koordination der Regierungspolitik in den Sektoren Erziehung, Kultur, Justiz, Gesundheit und Soziales zuständig sind.

Traditionell sind die dezentralen administrativen Strukturen Finnlands EU-weit am stärksten ausgeprägt. Einerseits liegt dies im nationalen Politikverständnis begründet, andererseits spielen hier geografische und kulturelle Faktoren eine hervorzuhebende Rolle. Die Entfernungen zu den Zentren sowie zwischen den einzelnen Kommunen sind zum Teil beträchtlich (Blöchliger; Vamalle 2012, S.83-91).

⁵³Vgl.: http://www.suomi.fi/suomifi/english/state_and_municipalities/state_administration_and_central_government/index.html

Die beiden wichtigen Regierungsebenen in Finnland sind a) die Zentralregierung und b) die Kommunen. Jedoch begannen bereits kurz nach der Jahrtausendwende auch Bemühungen zur Stärkung der regionalen Ebene, indem den Kommunen finanzielle Anreize zur Fusion gegeben wurden. Damit konnte bereits eine Reduzierung der eigenständigen Kommunen von 452 in 2001 auf 432 in 2005 erreicht werden. Das Ziel der Fusion von Kommunen wurde mit der Verwaltungsreform PARAS (ebd.) in 2007 erfolgreich fortgeschrieben, deren Zahl konnte weiter auf 348 reduziert werden (ebd., S. 84).

Ziel der PARAS-Reform in 2007 war im Bereich der Daseinsvorsorge, durch eine Vergrößerung der Verwaltungsgebiete die Bereitstellung von Leistungen sicherzustellen. Zusätzlich wird die Bereitstellung über quantitative Kapazitäten gesetzlich reguliert. So ist beispielsweise jede Kommune zur Bereitstellung von Gesundheitsvorsorgestrukturen für mindestens 20 000 Personen verpflichtet. Die Kommunikation zwischen der zentralstaatlichen und kommunalen Regierungsebene findet zwischen dem Innenministerium und der *Finnish Association of Local and Regional Authorities* (ALFRA) statt. Das Innenministerium hat die Monitoringkompetenz über die Aktivitäten und Finanzierungen inne.⁵⁴

Die PARAS Reform zeugt von dem hohen Maß an Autonomie, welches den Kommunen in Finnland traditionell eingeräumt wird. Es bestand kein Zwang zur Fusion, und auch die Auswahl der Kooperationspartner blieb den Kommunen freigestellt in der Annahme, dass diese aufgrund ihrer ortsspezifischen Kenntnisse am ehesten die besten Entscheidungen treffen würden. Diese Freiheit bezüglich kommunaler Handlungsspielräume stand beispielsweise im Gegensatz zu Schweden, wo Kommunen zur Zusammenarbeit verpflichtet wurden.

Der Erfolg von PARAS lässt sich unter anderem mit optimalen Ausgangsbedingungen erklären. Landesweit herrschte Konsens über die Notwendigkeit einer solchen Reform. Zudem fand die Umstrukturierung während eines Zeitraumes wirtschaftlicher Prosperität statt, so dass die Kommunen erwarten konnten von Zusammenschlüssen zu profitieren. Unter der Bedingung einer Krise hätten Befürchtungen, von anderen Kommunen und deren finanziellen Schwierigkeiten in Mitleidenschaft gezogen zu werden, einen negativen Einfluss ausgeübt. Als weitere Erfolgsfaktoren gelten das Prinzip der Flexibilität und Freiwilligkeit, eine starke Unterstützung und gute Führung seitens des Innenministeriums sowie die Partizipation. Partizipation insofern, als dass Arbeitsgruppen Prozesse evaluierten und es möglich war, wirksam Rückmeldungen und Vorschläge für Änderungen zu übermitteln.

Seit den Reformen sind zwei regionale staatliche Verwaltungseinheiten für alle Funktionen und Aufgaben auf regionaler Ebene zuständig: Sechs regionale staat-

⁵⁴ Vgl. LocalFinland: <http://www.localfinland.fi>.

liche Verwaltungsagenturen (AVIs)⁵⁵ übernehmen die Aufgabe der Bereitstellung öffentlicher Leistungen, Lizenzen und Zulassungen, beruflicher Sicherheit und Gesundheit, Feuerwehr und Polizei. 15 Zentren für ökonomische Entwicklung, Transport und Umwelt (ELYs)⁵⁶ fördern regionale Entwicklung durch die Konzeption und Implementierung von Regierungsaktivitäten in den einzelnen Regionen, die Unternehmertum, Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen. Weitere Kompetenzen liegen in den Bereichen Verkehr und Infrastruktur sowie Umwelt und natürliche Ressourcen.

Die beiden Einrichtungen stellen die Verwaltungsorgane auf regionaler Ebene dar. Neben ihnen existieren 18 Regionalräte (*Regional Councils*) – je einer in jeder Region in Finnland, die durch Vertreter der selbstverwalteten Kommunen besetzt werden. Sie stellen einen Zusammenschluss der Kommunen in einer Region dar. Die Mitgliedschaft in diesen „gemeinsamen Gemeindebehörden“ (*joint municipal authority*) ist für die Kommunen verbindlich. Die Regionalräte haben vornehmlich zwei Aufgaben: Sie entwerfen Regionalprogramme, die als Leitlinie für die Entwicklung einer Region dienen und sie sind zuständig für die Landnutzungsplanung. Die Regionalentwicklungsprogramme haben zum Ziel, die Stärken einer Region hervorzuheben, Zentren auszubauen und Zugang zu ihnen zu schaffen sowie den Charakter der Region zu erhalten. Konkrete Maßnahmen werden nicht von Regionalräten beschlossen, sondern liegen in der Hand der Kommunen, die in selbstverwaltend organisiert sind.

Zuständigkeit der Daseinsvorsorge bei den Kommunen

Richtlinien und Modalitäten der Daseinsvorsorge werden je nach Bereich von unterschiedlichen administrativen Ebenen und Institutionen vorgegeben: auf der nationalen Ebene erarbeitet die Legislative Richtlinien und Gesetze zur Daseinsvorsorge, die von den Kommunen („municipalities“) weitgehend autonom umgesetzt werden. Speziell im Feld der Fürsorge („basic public services“) übernehmen die Kommunen eine tragende Rolle.

Auf nationaler Ebene werden folgende Bereiche der Daseinsvorsorge in dafür zuständigen Ministerien diskutiert und überwacht:

- Telekommunikation: Ministerium für Verkehr, Medien und Telekommunikation (Liikenne- ja viestintäministeriö)
- Elektrizität (Produktion und Netze): Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Työ- ja elinkeinoministeriö)
- Gas (Transport, Distribution und Marketing): Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Työ- ja elinkeinoministeriö)
- Verkehr (Bahn, Luft, Binnen- und Seeschifffahrt): Ministerium für Verkehr, Medien und Telekommunikation (Liikenne- ja viestintäministeriö)

⁵⁵ Vgl. Regional State Administrative Agencies (AVIs): <http://www.avi.fi/fi/Sivut/inenglish.aspx>:

⁵⁶ Vgl. Centres for Economic Development, Transport and the Environment (ELYs): <http://www.ely-keskus.fi/fi/Sivut/inenglish.aspx>.

- Rundfunk: Ministerium für Verkehr, Medien und Telekommunikation (Liikenne- ja viestintäministeriö)
- Bildung (Kinderfürsorge 0-6J., Grund- und weiterführende Schulen, Ausbildung, Hochschulen): Ministerium für Bildung und Kultur (Opetus- ja kulttuuriministeriö)
- Kultur: Ministerium für Bildung und Kultur (Opetus- ja kulttuuriministeriö)
- Versicherung (Plicht- und Zusatzversicherung): Ministerium für Soziales und Gesundheit (Sosiaali-ja terveystieteidenministeriö)
- Behindertenversorgung: Ministerium für Soziales und Gesundheit (Sosiaali- ja terveystieteidenministeriö)
- Sozialer Wohnungsbau: Umweltministerium (Ympäristöministeriö)

Letztlich obliegt den Kommunen die Bereitstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie sind verantwortlich für:

- Gesundheitsvorsorge
- Sozialleistungen wie Kinder- und Behindertenbetreuung
- Weiterführenden Bildungseinrichtungen und Bildungsarbeit
- Landnutzung und Bauland
- Infrastrukturen wie Energie, Abfall und Straßen
- Ökonomie und Arbeitsmarkt

Es steht den Kommunen frei, wie sie die Daseinsvorsorge organisieren. Übliche Verfahrensweisen zur Bereitstellung von Leistungen sind Kooperationen zwischen Kommunen, durch staatliche Unternehmen oder durch Auslagerung an private Unternehmen. Die AVIs evaluieren die Bereitstellung von Gesundheits- und Sozialleistungen sowie Bildungsstrukturen.

5.2.3 Frankreich

Administration

Der vergleichsweise zentralisierte Staat Frankreich ist in 32 Regionen (régions) gegliedert (davon 5 in Übersee). Eine Region ist wiederum in Départements unterteilt. Von den heute 101 Départements liegen 96 in Europa⁵⁷ und 5 in Übersee. Die hohe Zahl dieser relativ kleinen Verwaltungseinheiten ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen (Haensch; Tümmers 1993; Lang 2005).

DATAR, die Interministerielle Delegation für Raumplanung und Regionale Attraktivität (*Délégation interministérielle à l'Aménagement du Territoire et à l'Attractivité Régionale*), entwickelt, fördert und koordiniert die Raumplanungspolitik auf nationaler Ebene.

⁵⁷ <http://www.insee.fr/fr/methodes/default.asp?page=definitions/region.htm> und <http://www.insee.fr/fr/methodes/default.asp?page=definitions/departement.htm>

Auf regionaler Ebene sind die DREAL (*Direction régionale de l'environnement, de l'aménagement et du logement*), die Regionalen Direktionen für Umwelt, Raumplanung und Wohnungswesen für die Koordination zuständig. Insgesamt gibt es 32 Direktionen, je eine pro Region. Sie sind verantwortlich für die Entwicklung und Implementierung der staatlichen Politikstrategien. Die regionalen Kompetenzen umfassen *Lycées* (Gymnasien), Finanzierungen für Daseinsfürsorge in ländlichen Gebieten und deren Infrastruktur, Raumplanung und das regionale Verkehrssystem.

Weiterhin haben auch die *Départements* im Bereich der Daseinsvorsorge eigene Kompetenzen: Sie erarbeiten Bestimmungen für die Sozialhilfe (Kinder, Behinderte, ältere Menschen) und das Provinzsystem der sozialen und medizinisch-sozialen Leistungen. Sie fördern die Niederlassung medizinischer Fachkräfte in Gebieten, wo ein Angebotsmangel besteht, und stellen eine medizinische Grundausstattungen in Bergregionen bereit, um die Daseinsvorsorge zu sichern. Des Weiteren regulieren sie die *Collèges* (Sekundarschulen), den nicht-städtischen Schultransport sowie die Abfallentsorgung.

Die Kommunen selbst sind für die Grundschulen (*Écoles*) zuständig sowie für Freizeitzentren Sporteinrichtungen, Wärme- und Wasserversorgung, das lokale Verkehrssystem und die Landnutzung. Diese Aufgaben werden durch die Kommunalräte (*Conceil Municipal*) wahrgenommen. Sie können auch durch einen Konvent eine Zurechnung des Gesundheitssektors und der ländlichen Entwicklung zu ihren regionalen Kompetenzen aushandeln.

Die Gemeinschaft der Kommunen (*Communauté de Communes*) ist eine Einrichtung zur Kooperation zwischen mehreren Kommunen mit dem Zweck der Implementierung gemeinsamer, zeitlich begrenzter Projekte zur Entwicklung und Raumplanung.

Ferner existiert mit den „Pays“ eine weitere räumliche Einheit, die jedoch keine administrativen Gebiete darstellen und daher nicht in Entscheidungsprozesse involviert werden. Sie sind jedoch „Projektgebiete“, geleitet von Politikern aus zwei oder drei Zusammenschlüssen von Kommunen. Sie sorgen für die Finanzierung der Region mit dem Ziel, ihre Projekte zu realisieren.

5.2.4 Griechenland

Administration, Reform Kallikratis und die Verschiebung der Kompetenzen

Griechenland kennzeichnete bis vor wenigen Jahren eine der zentralsten Verwaltungsstrukturen der EU.⁵⁸ Dies änderte sich erstmals im Jahr 1997/98 mit der Reform *Ioannis Kapodistrias* (*Ιωάννης Καποδίστριας*), die politisch-administrative Verschiebungen zugunsten der Regionen zur Folge trug. Den Regionen wurde eine größere Autonomie zugesprochen. Die EU ihrerseits hatte zum damaligen Zeitpunkt politisch-administrative Rahmenbedingungen mit der Einführung des Subsidiaritätsprinzips geschaffen, das den Regionen ein hohes Maß an Autonomie gewähren sollte. *Ioannis Kapodistrias* kann als ein Ergebnis der Zusammenarbeit mit der EU gesehen werden (Ziener, 2007).

Eine Fortschreibung erfuhr diese Entwicklung mit der Reform *Kallikratis* (*Καλλικράτης*) im Jahr 2011. Ziel dieser Reform war die zunehmende Übertragung von Verantwortung auf griechische Lokalbehörden, um eine dezentrale Verwaltung nach dem Vorbild anderer europäischer Länder (z.B. Italien) zu fördern. Der Kallikratis-Reform liegt die Annahme zugrunde, dass eine Dezentralisierung der Verwaltung die regionale Entwicklung des Landes begünstigen würde (Elliniki Dimokratia 2010, S. 53).

Mit der Kallikratis-Reform wurden neue Verwaltungsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene definiert. Hauptsächlich betraf dies die Fusion von Gemeinden. Die Zahl der noch in 2011 existierenden operierenden Gemeinden wurde von 1034 radikal zu 325 Gemeinden zusammengekürzt. Ziel der Fusion der Gemeinden (*Δήμος/Δήμοι, dhmos*) war die Konstituierung starker Verwaltungseinheiten und damit die Förderung lokaler Entwicklung und die Steigerung der Wirksamkeit von Produktion und Verwaltung der Dienstleistungen, sowie allgemein die Steigerung der Lebensqualität (ebd. 2010, S. 53). Die Kompetenzen und Handlungsspielräume der Gemeinden wurden in einer Vielzahl von Sektoren erweitert.

Darüber hinaus wurden im Zuge der Verwaltungsreform 13 Regionen mit Regionalverwaltungen als eine zweite Ebene eingerichtet sowie sieben dezentrale administrative Einheiten gegründet. Finanzielle Ressourcen wurden von der zentralen Regierungsebene sowohl auf die neu gegründeten Gemeinden als auch auf die Regionen übertragen. Beiden Einheiten wurde eine erhebliche Summe aus dem Staatshaushalt (zum Teil Steuereinnahmen der zentralen Regierung) zugewiesen, um die Aufgaben, die ihnen mit der Reform neu übertragen wurden, weitgehend unabhängig bewältigen zu können.

Die dezentralen Administrationen (*Αποκεντρωμένες Διοικήσεις, Apokentromenh Dioikhsh*) werden direkt von der Zentralregierung eingesetzt. Sie bilden die

⁵⁸ Vgl. PM: Kallikratis plans an essential reform: <http://www.xpatathens.com/news/21305>.

Schnittstelle zwischen den drei Regierungsebenen und unterhalten Büros und Jurisdiktionen in verschiedenen Regionen Griechenlands. Ihre Kompetenzen liegen in Bereichen von besonderer sowie übergeordneter Bedeutung wie Bauarbeiten, Umweltpolitik, Forstpolitik und Immigration (ebd., S. 18). Für jede der dezentralen Administrationen wird ein regionaler Verwaltungsrat (*Council of Regional Administration*) ernannt, der jeweils aus den Generalsekretären der dezentralen Administrationen, den Gouverneuren der Regionen und den Präsidenten der regionalen Gemeindeunion besteht.

Die Beziehungen der neu definierten Verwaltungsebenen (Gemeinden, Regionen und dezentrale Administrationen) verstehen sich als nicht hierarchisch, sondern kooperativ und ergänzend (ebd. 2010, S. 10). Jede Ebene ist für unterschiedliche Bereiche und Funktionen zuständig (ebd., S. 10).

Die Rolle der neuen Regionen

Die Verwaltungsebene der Regionen (*Περιφέρεια/Περιφέρειες, Perifereia*) wird aus dem Staatshaushalt finanziert (Elliniki Dimokratia 2010, S. 4). Die Leitung dieser Einheit – der regionale Gouverneur, die regionalen Vizegouverneure und der Präsident des Regionalrates – wird gewählt. In der *Planung und Entwicklung* sind die Regionen seit 2011 verantwortlich für die Durchführung von Entwicklungsstudien zur geografischen, demografischen, sozialen und ökonomischen Situation. Darüber hinaus nehmen sie an der Planung von Programmen für regionale Entwicklung teil und informieren entsprechend die Instrumente der zentralen Regierung. Sie verwalten Entwicklungsprogramme auf regionaler Ebene, oft in Kooperation mit anderen regionalen Behörden.

Jede Region ist für die Umsetzung des regionalen operationellen Programms selbst zuständig (insgesamt 5), wie es im *National Strategic Reference Framework* (Nationaler Strategischer Rahmenplan, vgl. Teil 5.3.4) definiert ist (ebd., S. 32). In der *Landwirtschaft und Tierhaltung* verwaltet die Region den Schutz, die Entwicklung und die Expansion von Pflanzenanbau, der Tierhaltung und den Fischereien. Auf diese Weise fördern sie auch entsprechende Investitionsprojekte. In *Arbeit, Handel und Tourismus* entwickeln die Regionen Programme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und für den Schutz der Rechte von Arbeitnehmern. Sie sind verantwortlich für die Aufsicht und Förderung von Handelsaktivitäten in der Region. Weiter führen sie Projekte zur Entwicklung der Tourismusinfrastruktur durch. Ein weiterer Schwerpunkt in der Verantwortlichkeit der Regionen im Bereich *Natürliche Ressourcen, Energie und Industrie* ist die Verwaltung von Wasserressourcen sowie die Identifizierung von Bergbaupotenzialen und die Regulierung von Bergbauaktivitäten. Im Energiesektor vergeben die Regionen Lizenzen für die Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energiequellen.

Die neue Rolle der Kommunen

Die Gemeinden übernahmen im Sektor *Soziales* fortan die Verteilung von Sozialleistungen für Menschen mit Behinderung sowie die Wohnraumversorgung armer Familien. Darüber hinaus erlangten sie Kompetenzen im Bereich des Gesund-

heitswesens, wie z.B. zur Durchführung von Hygieneberatung in Schulen und im öffentlichen Raum. Einen Schwerpunkt im Bereich *Bildung und Kultur* bildet der Bau von Schulen sowie die Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten, ebenso die Planung kultureller Aktivitäten für Schüler und die Verwaltung von Sportanlagen. Im Sektor *Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischereien* sind die Gemeinden seit 2011 sowohl für die Durchführung von Studien zuständig als auch für den Bau und die Instandhaltung von Infrastrukturen als eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der lokalen Landwirtschaft, der Tierhaltung und der Fischereien.⁵⁹ Im Bereich Umweltschutz erhielten die Gemeinden neue Befugnisse bezüglich Bauvorhaben (urban) und Baugenehmigungen, im Bereich Lebensqualität sind sie unter anderem zuständig für die Funktionalität der Städte, z.B. die Instandhaltung und den Ausbau der lokalen Transportinfrastruktur (Straßennetze), die Verwaltung des lokalen Busverkehrs, die Bereitstellung von Lizenzen für das Betreiben von Läden mit bestimmten Waren etc.⁶⁰

Auch sind die Kommunen, etwa *Δημαρχία Αθηνών, Θεσσαλονίκης, Ιωαννίνων, Λαρίσης, Αλεξανδρούπολης, Σύρου, Ηρακλείου, Ρεθύμνου* (Athen, Thessaloniki, Ioannina, Larisa, Alexandroupoli, Syros, Iraklio, Rethymno) an der Umsetzung von Daseinsvorsorgediensten beteiligt und zum Beispiel zuständig für folgende Projekte:

- 1) *Help at Home* (Hilfe zuhause, vgl. Teil 5.4.2);
- 2) *KIFI, Centers for Daily Care of Elderly People* (Zentren für die Betreuung von älteren Menschen)
- 3) *Social Grocery Stores* (Soziale Supermärkte), die Personen mit geringerem Einkommen und kinderreiche Familien mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Sachen kostenlos versorgen

Weitere zentrale Akteure in der Daseinsvorsorge

Die wesentlichen Akteure im Bereich der Daseinsvorsorge und ländlichen Entwicklung in Griechenland sind derzeit innerhalb der Regierung:

- *Υπουργείο Υποδομών, Μεταφορών και Δικτύων* (Ministerium für Infrastruktur, Transport und Netzwerke)
- *Υπουργείο Ανάπτυξης, Ανταγωνιστικότητας και Ναυτιλίας* (Ministerium für Entwicklung, Wettbewerb und Schifffahrt)
- *Υπουργείο Ανάπτυξης* (Ministerium für Entwicklung)
- *Υπουργείο Περιβάλλοντος, Ενέργειας και Κλιματικής Αλλαγής* (Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel)
- *Υπουργείο Παιδείας, δια Βίου Μάθησης και Θρησκευμάτων* (Ministerium für Bildung)

⁵⁹ <http://kallikratis.ypes.gr/Contents.aspx?lang=gr&CatId=263&View=20>

⁶⁰ Für bestimmte kommerzielle Tätigkeiten müssen Unternehmer Lizenzen von lokalen Behörden bzw. von den Gemeinden erteilt bekommen. Das umfasst Läden wie Bäckereien und Apotheken. Sowohl die Betreiber als auch die Orte, an denen spezialisierte kommerzielle Aktivitäten stattfinden, unterliegen bestimmten Vorschriften (wie z.B. Hygienebestimmungen oder der Sicherstellung der professionellen Identität des Unternehmers).

- *Υπουργείο Υγείας και Κοινωνικής Αλληλεγγύης* (Ministerium für Gesundheit und Soziales)

sowie folgende Unterorganisationen (den Ministerien untergeordnete Büros/Behörden):

- *Γενική Γραμματεία Αιγαίου και Νησιωτικής Πολιτικής* (Generalsekretär für die Ägäische- und Inselpolitik des Ministeriums für Maritime Angelegenheiten, Inseln und Fischereien)
- *ΕΕΤΑΑ, Ελληνική Εταιρεία Τοπικής Ανάπτυξης και Αυτοδιοίκησης* (Hellenische Gesellschaft für Regionale Entwicklung und Steuerung)

Als wichtige nichtstaatliche Interessensvertreter (z.B. Einrichtungen, Berufs- und Interessensverbände) können angesehen werden:

- *ΚΜΟΠ (ΚΜΟΡ, Kentro Merimnas Oikogeneias kai Paidioy, Family and Child's Concern Center)* Organisation, die versucht, das Leben von sozial benachteiligten Gruppen zu verbessern. Einer ihrer Aktionsbereiche ist die Förderung lokaler Entwicklung in benachteiligten Gebieten. Die Organisation ist an verschiedenen Programmen für die Verbesserung der Lebensqualität von älteren Bürgern beteiligt. Beispiele sind die HOPE- und Agnes-Projekte.⁶¹
- *50plus* (Organisation, die aktiv für die Verbesserung der Lebensqualität von älteren Bürgern arbeitet).⁶²

Öffentliche und private Dienstleistungsträger sind für große Teile der technischen Infrastrukturen verantwortlich. Hierzu zählt etwa *Δημόσια Επιχείρηση Ηλεκτρισμού* (Public Power Corporation PPC, Öffentliche Elektrizitätsgesellschaft), die für Produktion und Verteilung von Strom im urbanen und ländlichen Griechenland zuständig ist. Die meisten griechischen Inseln sind mit Strom versorgt, der von autonomen Kraftwerken erzeugt wird. Die PPC bietet niedrigere Strompreise für kinderreiche Familien. Um die Produktionskosten auf den ägäischen Inseln zu reduzieren, plant die PPC die separaten, autonomen Inselnetze an das Hauptnetz des griechischen Festlands anzuschließen. Zugleich gewinnen erneuerbare Energien an Bedeutung. Unabhängige Produzenten können Erzeugungsquellen installieren und an das PPC-Netz anschließen.⁶³

Die griechische Eisenbahn (*Οργανισμός Σιδηροδρόμων Ελλάδος, Hellenic Railways Organisation*) arbeitet gerade an 33 Projekten mit einem Kostenpunkt von 546 Millionen Euro zur Modernisierung des griechischen Eisenbahnnetzes.⁶⁴ Für den Telekommunikationsbereich ist die Griechische Telekommunikationsgesellschaft (*Οργανισμός Τηλεπικοινωνιών Ελλάδος, Hellenic Telecommunications Or-*

⁶¹ Vgl. <http://www.kmop.gr>. Eine Auswahl der Projekte wird in der Darstellung von Einzelmaßnahmen (Abschnitt 5.4) beschrieben.

⁶² Vgl. <http://www.50plus.gr>.

⁶³ Vgl. PPC: <http://www.dei.gr/Default.aspx?id=1001&nt=18&lang=2>.

⁶⁴ Vgl. OSE: <http://www.ose.gr/en/Home.aspx>.

ganisation) verantwortlich und fördert neue Technologien (z.B. Modem-Router, DSLAM usw.) in der griechischen Peripherie.⁶⁵ Die Gesellschaft für den Ausbau des griechischen Autobahnnetzes (TEO, *Ανώνυμος Εταιρεία Εκμετάλλευσης και Διαχείρησης των Ελληνικών αυτοκινητοδρόμων*, Company for the Exploitation of the Greek Highway Network) ist für die Verwaltung der griechischen Autobahnen zuständig. Neben der Instandhaltung des Netzes, erhebt sie Mautgebühren auf Autobahnabschnitten in der griechischen Peripherie.⁶⁶

Im Bereich *Transport und Kommunikation* erlangten die Regionen Befugnisse in solchen Bereichen, welche zuvor unter Aufsicht der zentralen Regierung standen, etwa die technische Kontrolle von alten Fahrzeugen. Darunter fällt auch Erteilung von Genehmigungen für Gründung und Betrieb von Radiosendern. Im Feld *Bauarbeiten und die Umwelt* verwalten die Regionen Konstruktion, Instandhaltung und Sanierung von Straßen und anderen regionalen Transport- und Kommunikationsinfrastrukturen, wie z.B. Autobahnen, Küstenlinien und Hafenanlagen. Weiter sind sie zuständig für die Planung von Entwicklungsstrategien für die Abfallentsorgung auf regionaler Ebene.

Kompetenzen im *Gesundheitswesen*, die zuvor sieben Gesundheitsbezirken zugeteilt waren (gemäß dem Gesetz Nr. 3527/2007; Alexiadou 2007, S. 60-61), unterliegen seit 2011 der Aufsicht der Regionen. Darunter fallen die Vergabe von Lizenzen für private Kliniken, diagnostische Zentren etc. Die Aufsicht und Förderung von öffentlichen Einrichtungen im Bereich *Bildung, Kultur, Sport* für Berufsausbildung, Förderung von Weiterbildungsprogrammen, wie z.B. die Projekte „Help at Home“ und „Kifi“, Organisation und Förderung kultureller Aktivitäten und Sportveranstaltungen liegen auf regionaler Ebene.

5.2.5 Großbritannien

Die administrative Organisation des britischen Territoriums ist komplex und variiert in allen vier Nationen, die Teil des vereinten Königreichs sind. Daher existiert kein übergreifendes einheitliches System administrativer oder geografischer Einteilungen für das Gebiet. Dennoch hat Großbritannien Landesprogramme ins Leben gerufen, verknüpft im Nationalen Ländlichen Netzwerk („*National Rural Network*“), das auch mit EU-Netzwerken in Verbindung steht. Es bringt Stakeholder und andere Akteure zusammen, um Best-Practice-Beispiele und Wissen über ländliche Entwicklungen und die Stärkung der Kommunen („*community empowerment*“) zu teilen.

Auf Ebene der Zentralregierung sind wesentliche Akteure im Bereich Daseinsvorsorge die Ministerien für

- Verkehrswesen („*Department for Transport*“),

⁶⁵ Vgl. OTE: <http://www.ote.gr/otegr/Uploads/apologismos2010gr.pdf>.

⁶⁶ Vgl. TEO: http://www.teo.org.gr/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=1&Itemid=2&lang=en.

- Gesundheit („*Department of Health*“, verantwortlich für die Nationale Gesundheitsfürsorge NHS „*National Health Service*“)
- Umwelt, Nahrungsmittel und ländliche Angelegenheiten – DEFRA („*Department for Environment, Food and Rural Affairs*“, zuständig für politische Leitlinien und Gesetze hinsichtlich ländlicher Kommunen und Belange)

England ist unterteilt in Regionen, Verwaltungsbezirke (Grafschaften) und Distrikte. Die neun Regionen entwerfen für die britische Regierung Politikstrategien und Programme, verfügen aber über keinerlei gewählte Organe. Im letzten Jahr wurden die Regionalen Regierungsbüros („*Regional Government Offices*“) abgeschafft und ihre Aktivitäten in verschiedene Regionale Entwicklungsämter („*Regional Development Agencies*“) überführt; diese Ämter existierten noch bis Ende März 2012. Seitdem stützt sich die neu entwickelte Administration auf ein System lokaler Gebietskörperschaften („*Local Authorities*“): Unterhalb der regionalen Ebene gibt es 48 „zeremonielle Grafschaften“, die hauptsächlich auf alte geographische Einheiten Bezug nehmen. Sie sind in Distrikte und diese in Gemeinden unterteilt. Grafschaften und Distrikte verfügen über gewählte politische Organe.

Die *schottische* Regierung besitzt Kompetenzen in Bereichen, die nicht ausdrücklich der britischen Regierung überantwortet sind. Diese umfassen u.a. Gesundheitsfürsorge und Bildung. Der *Rat für ländliche Entwicklung* berät Minister dahingehend, wie ländliche Gebiete effizienter und erfolgreicher gestaltet werden können. Die lokale schottische Regierung besteht aus 32 Räten (kommunalen Gebietskörperschaften), wobei alle als Anbieter im Feld der Sozialfürsorge, Bildung, Müllentsorgung, Planwesen und kulturellen Angelegenheiten fungieren. Finanziert werden die Leistungen durch die nationale Regierung.

Die *walisische* Regierung verfügt über weniger Kompetenzen als die schottische, doch kann sie beispielsweise Gesetze auch in Bereichen erlassen, für die die britische Regierung zuständig ist, sofern eine entsprechende Autorisierung vorliegt. Sie ist in 22 Räte (kommunale Gebietskörperschaften) unterteilt, die lokale Dienste wie Bildung, Verkehrssystem, Sozialfürsorge etc. anbieten, und arbeitet mit größeren lokalen Entitäten und anderen Organen des öffentlichen und privaten Sektors zusammen.

5.2.6 Italien

Die Repubblica Italiana gehört zu den Gründungsstaaten der Europäischen Union und hat heute rund 57 Millionen Einwohner. Das Land entstand 1861 nach langer Teilung aus mehreren zuvor unabhängigen Staaten. Kulturelle und soziale Gegensätze sind ebenso wie unterschiedliche Lebensstandards in den einzelnen Landesteilen noch heute spürbar. Insbesondere zwischen dem stark industrialisierten Norden und dem weniger entwickelten Süden.

sierten Norden mit den Ballungszentren Mailand, Turin und Genua und dem eher ländlich geprägten Süden (Mezzogiorno) bestehen große Unterschiede.⁶⁷

Administrativer Aufbau und Zuständigkeiten

Neben dem Zentralstaat gibt es 20 Regionen und 110 Provinzen. Die nationale Ebene war lange Zeit in nahezu allen Politikfeldern bestimmend. Insbesondere die Regionen haben jedoch im Zuge verschiedener Reformen seit den 1990er Jahren zusätzliche Aufgaben und Kompetenzen erhalten.⁶⁸ Die Reformen erfolgten zum einen durch die Umsetzung europäischer Vorgaben, waren aber auch eine Reaktion auf die Korruptionsskandale und politischen Krisen, die ein – zumindest vorübergehend – größeres Interesse an Transparenz und Effizienz im staatlichen Bereich nach sich zogen. Die derzeitige Finanzkrise hat weitere Reformdiskussionen ausgelöst, die alle Bereiche staatlichen Handelns betreffen; deren Auswirkungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht absehbar.

Die Zuständigkeiten für die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge verteilen sich derzeit wie folgt:⁶⁹

- Zentralstaat: Energie, Postwesen, nationaler Schienenverkehr, nationales Straßennetz, Rundfunk/Fernsehen, Bildung
- Regionen: Gesundheitswesen, regionaler ÖPNV und Straßennetz, Bildung, Kindergärten, Wasserver- und -entsorgung, Katastrophenschutz
- Provinzen und Kommunen: lokaler ÖPNV, Sozialhilfe, Pflege/Senioren, Kindergärten

Ferner wurden seit dieser Zeit zahlreiche Bereiche der Daseinsvorsorge durch Liberalisierung der Rahmenbedingungen sowie formelle und/oder materielle Privatisierung der Anbieter reformiert und werden mittlerweile unter marktähnlichen Bedingungen erstellt.⁷⁰ Zwar gibt es daher in den meisten Bereichen der Daseinsvorsorge weiter eine starke Präsenz der ehemals staatlichen Monopolunternehmen, diese wurden jedoch vielfach privatisiert und die Leistungserstellung regelmäßig durch die jeweiligen öffentlichen Aufgabenträger ausgeschrieben. Bisher sind allerdings nur zum Teil Fremdvergaben erfolgt.⁷¹

Staatliche Standards

Weiteres wichtiges Instrument zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Erstellern und Nutzern öffentlicher Dienstleistungen – und damit auch der Daseinsvorsorge – ist die Service-Charta („*Carta dei Servizi*“), ein in dieser Form nur in Italien existierendes Instrument. Es handelt sich dabei um ein Dokument, das u.a.

⁶⁷ Als Überblick vgl. etwa Pohl 1995

⁶⁸ Insbesondere die sogenannte „Bassanini-Reform“ von 1997. Als Überblick vgl. etwa Pohl (1995), Nicotera; Santel (1999)

⁶⁹ vgl. Prospeur.org 2011, Teil I a

⁷⁰ vgl. Prospeur.org 2011, a.a.O., Teil I b, II a

⁷¹ vgl. Prospeur.org (2011), a.a.O., Teil II c

Qualitätsstandards, Informationen zur Nutzung des Angebots, zu Reklamationen und Erstattungsmöglichkeiten zusammenfasst. Das Konzept der Service-Charta wurde 1994 auf Initiative der Regierung eingeführt, um Qualität, Transparenz und Kundenorientierung öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern (anon. 1994). Jedes Unternehmen ist verpflichtet, eine Service-Charta zu erstellen, zu veröffentlichen und jährlich zu aktualisieren, wobei die Regierung detaillierte Rahmenbedingungen vorgibt. Den Unternehmen obliegt es, Formulierungen zu finden und Standards festzulegen, die ihrer jeweiligen Situation angemessen sind (zu weiteren Details vgl. Schiefelbusch 2009, S. 283-4).

Auch in Wirtschaftsbereichen mit Bezug zur ländlichen Entwicklung bestand in Italien lange Zeit eine enge Regulierung, die erst in der jüngeren Vergangenheit gelockert oder ganz aufgegeben wurde. So gab es bis in die Gegenwart umfassende Auflagen für den Einzelhandel, die neben Ansiedlungsvorgaben im Rahmen der Flächennutzung auch Obergrenzen für das Einzelhandelsangebot in den Kommunen sowie Vorgaben zu den Ladenöffnungszeiten enthielten.⁷² Diese Restriktionen wurden durch einige Reformen seit Beginn des Jahrtausends gelockert, jedoch erst Anfang 2012 weitgehend aufgehoben. Dadurch hat sich in Italien bis heute einerseits eine kleinteilige Einzelhandelsstruktur erhalten, was der wohnungsnahen Versorgung entgegenkommt. Andererseits waren mit diesem Regularium keine Pflichten der Kommunen oder Einzelhandelsunternehmen verbunden, eine bestimmte Versorgungsdichte zu erhalten. Initiativen zum Betrieb von Einzelhandelseinrichtungen durch Vereine, Kommunen oder Sozialverbände wurden bisher nur in wenigen Einzelfällen entwickelt.⁷³

Im Hinblick auf die Stärkung der lokalen Wirtschaft ist außerdem die große Zahl kommunaler Netzwerke und Initiativen von Interesse, die die Förderung örtlicher oder regionaltypischer Produkte und indirekt der lokalen Identität zum Ziel haben. Mit 22 Prozent der europaweit vergebenen regionalen Herkunftssiegel ging ein Großteil dieser Gütebezeichnungen nach Italien. Vom *Verband der italienischen Kommunen* werden entsprechende Aktivitäten unter der Dachmarke „Res tipica“⁷⁴ koordiniert, unter der etwa 29 weitere thematische kommunale Netzwerke – meist um bestimmte Nahrungsmittel oder Produkte als Identitätsmerkmal – bestehen. Auch in den nationalen Programmen zur ländlichen Entwicklung findet das Thema Identität und lokale Wirtschaft Berücksichtigung.

5.2.7 Niederlande

Die Niederlande haben 16,7 Millionen Einwohner und sind mit einer Bevölkerungsdichte von etwa 400 Einwohnern pro km² dicht besiedelt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung konzentriert sich in der *Randstad*, dem Städteviereck aus Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht. Der Rest verteilt sich im gesamten

⁷² Überblick: Potz 2002, als aktuellere Zusammenfassung und Beispiel vgl. Stadtgemeinde Bozen 2010

⁷³ telef. Auskunft Herr Campioni, Associazione nazionale comuni italiani, 23.5.12

⁷⁴ Vgl.: Restipica – Italy to get to know: <http://www.restipica.net>.

Land. Die Niederlande sind in zwölf Provinzen gegliedert. Diese sind wiederum in einzelne Regionen unterteilt. Kleinste Verwaltungseinheit sind die 415 Gemeinden.

Federführend für den Bereich demografischer Wandel (*demografische krimp*) ist auf Landesebene das Niederländische Innenministerium (*Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties*). Das Ministerium für Infrastruktur und Umwelt (*Ministerie van Infrastructuur en Milieu*) bearbeitet Themen im Zusammenhang mit Verkehr und der demografischen Entwicklung. Für den Bereich zu Fragen von Wirtschaft und Landwirtschaft bei demografischen Veränderungen ist das Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovationen (*Ministerie van Economische Zaken, Landbouw en Innovatie*) zuständig.

5.2.8 Norwegen

Ähnlich wie in anderen skandinavischen Ländern ist die Bereitstellung von öffentlichen Services in Norwegen mit einem Dezentralisierungsprozess verbunden, der in den 1980er Jahren seinen Anfang fand (vgl. Bäck u.a. 2005), und in dessen Verlauf Zuständigkeiten und Kompetenzen von der Zentralregierung auf lokale Ebenen übertragen werden.⁷⁵ Alle drei Ebenen der Regierung – Kommunen, Provinzen und Zentralregierung – sind in die Sozialsicherung involviert.

Die unterste bzw. lokale Ebene der staatlichen Verwaltung ist die Kommune. Derzeit gibt es 429 Kommunen, die mit Mitteln aus eigener Steuererhebung und zentraler Vergabe für folgende öffentliche Bereiche zuständig sind:

- Grund- und das untere Sekundarschulwesen
- soziale Einrichtungen
- Gesundheitsfürsorge und Altenpflege
- kommunaler Straßenbau
- Wasserversorgung und Abwasserregulierung
- Flächennutzungsplanung und -management
- Transport

Große Teile der Daseinsvorsorge obliegen somit den Kommunen. Nicht nur der steigende quantitative Anspruch, auch die Forderung nach einer hohen Qualität der Leistungen führen im öffentlichen Sektor jedoch zunehmend zu einer Privatisierung der Leistungserbringung. Der Großteil der öffentlichen Services wird jedoch nach wie vor durch die öffentliche Hand bereitgestellt und durch freiwilliges Engagement unterstützt. In diesem Kontext ist auch die Debatte über NPM (*New Public Management*) zu sehen, das Konzepte aus dem privaten Sektor in den öffentlichen transferiert. In Norwegen herrscht große Skepsis gegenüber der Privatisierung öffentlicher Güter, wohingegen effizienz- und qualitätssteigernde Aspekte in das öffentliche Management integriert wurden.

⁷⁵ Vgl.: http://www.fachportal-paedagogik.de/solis/solis_set.html?id=8647910

Da die Kommunen die nationalen Politikstrategien implementieren, besteht unter ihnen ein großer Bedarf an Erfahrungsaustausch und Information. Bei der Implementierung von Kooperationen spielt die Innovationsagentur Norwegen (*Innovasjon Norge*)⁷⁶ eine große Rolle.

Die 19 norwegischen Provinzen (*Fylke*) bilden Regierungsbezirke, die öffentliche Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen. Wie auch in Schweden spielen die Provinzen in Norwegen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen eine eher untergeordnete Rolle. Aufgrund der geografischen Gegebenheiten Norwegens herrscht ein Modell der „Lokalregierung“ vor, doch untersteht diese der strengen Kontrolle der Zentralregierung.

Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen:

- Provinzialstraßen (*fylkesveier*)
- Öffentlicher Nahverkehr
- weiterführende Ausbildungen
- öffentliches Gesundheitswesen
- Denkmalschutz
- kulturelle Angebote
- regionale Entwicklung
- Grundstücksverwaltung und -verwertung

Die Aufgabe der zentralnationalen Ebene besteht darin, durch legislative Bestimmungen und finanzielle Rahmenbedingungen gleiche Konditionen für die Regionen und Kommunen zu schaffen. Folgende Ministerien sind für relevante Themenbereiche zuständig:

<p><i>Ministry of Environment</i> <i>Ministry of Local Government and Regional Development</i></p>	}	Lokal- und Regional- planung
<p><i>Ministry of Labour and Administration</i> <i>Ministry of Health and Care Services</i> <i>Ministry of Education and Research</i> <i>Ministry of Transport and Communications</i></p>	}	Gesundheitsfürsorge Bildung Transport

Wichtige Forschungsinstitutionen im Bereich der Daseinsvorsorge in Norwegen sind:

- *Norwegian Social Research – NOVA*⁷⁷
- *Norwegian Institute for Urban and Regional Research – NIBR*⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Innovasjon Norge: <http://www.innovasjon norge.no>.

⁷⁷ Vgl. Norwegian Social Research – NOVA: <http://www.nova.no>.

⁷⁸ Vgl. Norwegian Institute for Urban and Regional Research – NIBR: <http://www.nibr.no>.

5.2.9 Schweden

Kommunen als wichtigste Akteure

Eines der wichtigsten Prinzipien des schwedischen demokratischen Systems ist das „*local self-government*“, das den Kommunen/Gemeinden (*kommun*) und Provinzen (*län*) die größtmögliche Freiheit einräumt, sich selbst zu verwalten und zu organisieren. Der große Handlungsspielraum der lokalen Gebietskörperschaften umfasst auch die Frage danach, *wie* Services bereitgestellt werden. 1992 entschied das schwedische Parlament, dass diese Services zur Verfügung gestellt werden können durch:

- die Kommunen selbst,
- kommunale Unternehmen,
- Anbieter, die vertraglich verpflichtet werden,
- kooperative Unternehmen, Privatpersonen und Gesellschaften.

Aktivitäten von privaten Unternehmen, die im Auftrag der Kommunen, Bezirke oder Regionen ausgeführt werden, werden durch öffentliche Gelder finanziert.⁷⁹. Es gibt in Schweden 290 Kommunen, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, den Bürgern öffentliche Services zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der freiheitlichen Organisation der Kommunen und Bezirke bestehen lokale oder regionale Unterschiede in den Konzepten des „General Interest“. Welche Services als Teil davon gesehen werden, unterscheidet sich von Region zu Region und zwischen Stadt und Land.

Im Allgemeinen gehören dazu:

- Kinderbetreuung
- Schulwesen (Grundschulen und Gymnasien)
- Sozialdienst
- Altenpflege
- Gesundheitswesen
- Betreuung und Fürsorge physisch und psychisch behinderter Menschen
- Städteplanung und Bauwesen
- Rettungsdienst, Brandschutz und Zivilschutz
- Umwelt- und Gesundheitsschutz
- technische Infrastruktur (Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Straßenreinigung, kommunaler Straßenbau und -instandhaltung u. a.).

⁷⁹ Vgl. Ministry of Health and Social Affairs, Sweden, Swedish Reply to Questionnaire on Social Services of General Interest: http://ec.europa.eu/employment_social/social_protection/docs/replies/se_en.pdf.

Beispiel Müllmanagement:

Die lokalen Gebietskörperschaften können die Form des Müllmanagements in ihrem Zuständigkeitsbereich frei wählen. Diese Möglichkeit des „*municipal self-government*“ (kommunale Selbstverwaltung) ist in der Verfassung festgelegt. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob die kommunalen Unternehmungen in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen ausgeführt werden. Kommunen schließen sich häufig für die Bereitstellung einzelner Services zusammen, da auf diese Weise die größtmöglichen ökologischen und sozialen Vorteile gewonnen werden können, bei gleichzeitiger Sicherung der Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit.

Auf der legislativen Ebene legen EU-Entscheidungen den Rahmen für das schwedische Müllmanagement fest. Die ökologischen Ziele des schwedischen Parlaments, die das Müllmanagement betreffen, werden von den lokalen Gebietskörperschaften umgesetzt. Auf der operativen Ebene wird in 73 Prozent der schwedischen Kommunen die Sammlung des Haushaltsmülls durch externe Akteure, also private Unternehmen, geleistet.⁸⁰

Die Regierungen der 21 Provinzen haben jeweils zwei zentrale Aufgaben: Sie sind einerseits Vertreter der Staatsmacht in ihrer Region, andererseits sollen sie die regionalen Interessen in der Provinz bündeln und vertreten. Außerdem sind sie für das Polizeiwesen und für Wahlen zuständig. Die Verwaltungsaufgaben decken ein breites Spektrum ab, u.a.:

- Zivilverteidigung
- Raumplanung
- Verkehrswesen
- Landwirtschaft und Fischerei
- Tierschutz
- Umweltschutz
- Kultur

Die nationale Regierung hat die Aufgabe, Grundsätze und Richtlinien einzubringen sowie die politische Agenda für die einzelnen Ressorts festzulegen. Dabei nutzt sie die geltenden Gesetze und Verordnungen oder trifft Vereinbarungen mit der *Schwedischen Vereinigung der Kommunen und Regionen* (SALAR), die die Provinziallandtage und Gemeinden repräsentiert. Für die Daseinsvorsorge sind die folgenden Ministerien die wichtigsten:

- Ministerium für Gesundheit und Soziale Angelegenheiten (*Socialdepartementet*)
- Ministerium für Unternehmen, Energie und Kommunikation (*Näringsdepartementet*)
- Ministerium für Bildung und Forschung (*Utbildningsdepartementet*)
- Ministerium für Kultur (*Kulturdepartementet*)

⁸⁰ Vgl. Swedish Waste Management, 2010: <http://www.avfallsverige.se/fileadmin/uploads/Statistikfiler/SWM2010.pdf>.

Den nationalen Regierungseinheiten stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, die Aktivitäten der lokalen Gebietskörperschaften und deren Übereinstimmung mit gesetzlichen Regulierungen zu überprüfen (Aufsicht, Evaluation und die Auswertung regionaler Strategien sowie einzelner Fälle).

Weitere Wichtige Akteure für Leistungen der Daseinsvorsorge:

- Aufgrund der starken Position der Kommunen und Bezirke ist die *Swedish Association of Local Authorities & Regions – SALAR*⁸¹ eine wichtige Institution im Bereich öffentlichen Dienstleistungen.
- Das bekannteste Forschungsinstitut für Regionalstudien, das sich mit räumlicher und ländlicher Entwicklung beschäftigt, ist das *Nordic Center for Spatial Development – Nordregio*⁸². Es führt seinem Namen entsprechend auch zahlreiche Projekte mit und für weitere nordeuropäische Länder durch.
- Die „*Wachstumsagentur*“ – *Tillväxtverket*⁸³ ist auf operativer Ebene sehr aktiv (vgl. Beispieldarstellungen in Abschnitt 5.4). Agenturen wie das Tillväxtverket koordinieren und beraten regionale Gebietskörperschaften bei der Erstellung der regionalen Serviceprogramme und der Entwicklung von Projektkonzepten. Anhand von Interviews mit Planungsdirektoren verfassen sie jährliche Berichte.

Ökonomische Zwänge und Wettbewerb

Seit der Wirtschaftskrise in den frühen 1990er Jahren werden die Leistungen der Daseinsvorsorge immer stärker privatisiert und liberalisiert. Diese Tendenz hält bis heute an. Immer mehr Dienste, so auch im Sozialsektor, werden als Public-Private-Partnership organisiert oder sind gänzlich in privater oder inter-privater Hand. Damit unterliegen sie dem Marktprinzip, was in den ländlichen Räumen zu großen Problemen führt, da oft die Rentabilität nicht gewährleistet ist. Deshalb lässt sich ein genereller Trend zum Rückgang des Leistungsniveaus feststellen, v.a. im Verkehrswesen und bei der Verkehrsinfrastruktur.

Greifen die Marktmechanismen nicht und private Akteure ziehen sich zurück, so stehen die Kommunen praktisch hilflos da. Gegenmaßnahmen wurden bisher meist auf Basis von freiwilligem Engagement unternommen. Ein neuer Trend ist die Kooperation von lokalen Gebietskörperschaften/ Kommunen, beispielsweise im Bereich Bildung bzw. Schülerverkehr (Schulbusse). Diese dehnt sich derzeit auch auf den Bereich der Altenpflege aus, doch die Entwicklung steht noch am Anfang. Solche Kooperationen findet man auch auf der Ebene der Auftragsvergabe: Private Unternehmen übernehmen nicht mehr nur die Aufgaben einer Kommune, sondern stellen über administrative Grenzen hinaus Services bereit.

⁸¹ Vgl. Swedish Association of Local Authorities & Regions – SALAR: [www. http://english.skl.se](http://english.skl.se).

⁸² Vgl. Nordic Center for Spatial Development – Nordregio: <http://www.nordregio.se>.

⁸³ Vgl. Tillväxtverket: <http://www.tillvaxtverket.se/ovrigt/englishpages.4.21099e4211fdb8c87b800017332.html>.

„*Integrated development*“ ist ein junges, wachsendes Feld und dient als Anpassungsmechanismus. So werden Kombinationslösungen aus rein privatwirtschaftlichem Handeln mit Leistungen der Daseinsvorsorge konzipiert. Die schwedische Supermarktkette ICA beispielsweise fungiert auch als Post und Telekommunikationsstandort.⁸⁴

Ein wichtiger Faktor für die Sicherung der Daseinsvorsorge ist somit der Dialog mit lokalen Stakeholdern aus öffentlichem und privatem Sektor sowie der Zivilgesellschaft. Es besteht die Hoffnung, das Leistungsniveau durch einen *Bottom-up-Ansatz* aufrechterhalten zu können. Die Entwicklung findet jedoch nicht flächendeckend, sehr uneinheitlich und mit unterschiedlichen Ergebnissen statt. Ein Erfolgsfaktor scheint eine kooperative Organisation in den Kommunen zu sein, in der unterschiedliche Arten von Services und Akteuren zusammengebracht werden. Dabei wird der Funktion des Koordinators eine wichtige Rolle zugemessen; ohne diesen funktionieren die Partnerschaften häufig nicht.

5.2.10 Schweiz

Der staatliche Aufbau der Schweiz ist föderalistisch und gliedert sich in die drei politischen Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden.

Für den *Service public* (Grundversorgung in der Infrastruktur) ist der Bund zuständig. Der Begriff wird in der Schweiz seit den 1980er Jahren – auch in deutschsprachigen Gesetzes- und Verwaltungstexten – verwendet. Weitere häufig benutzte Wendungen sind „öffentlicher Dienst“, „Staatsdienst“ oder „Grundversorgung“ (Hürlimann 2011). Mit dieser Definition konzentriert sich *Service public* auf den Bereich der technischen Infrastrukturen, dazu zählen die Sektoren Post, Telekommunikation, elektronische Medien (Radio und Fernsehen), öffentlicher Verkehr sowie (Bundes-)Straßen (Schweizerischer Bundesrat 2004, S. 4570).

Im Zuge der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Sektor wurden die staatlichen „Regiebetriebe“ in selbständige Unternehmen mit unternehmerischer Autonomie umgewandelt, die zum Teil dem Wettbewerb unterliegen: Post (mit Brief- und Zahlungsverkehr, Postbus zur Personenbeförderung sowie Logistik), Swisscom (Telekommunikation) und SBB (Bahn).

Die 26 Kantone des Bundesstaates haben einen ständigen verfassungsrechtlichen Status und im weltweiten Vergleich auch ein Höchstmaß an Souveränität. Sie sind hauptsächlich für die Umsetzung von Gesetzen und Programmen des Bundes verantwortlich. Ihre größten eigenen Verantwortungsbereiche bzw. Handlungsspielräume haben sie im Gesundheitswesen sowie bei Bildung und Kultur (Das Schweizer Portal 2012).

⁸⁴ Vgl.: ICA: <http://www.ica.se/Om-ICA/About-the-ICA-Group/ICA-tar-ansvar/Society>.

Die Gemeinden bilden die dritte Ebene im Bundesstaat. Anfang des Jahres 2012 existierten in der Schweiz 2495 politische Gemeinden, doch diese Zahl nimmt aufgrund von Gemeindefusionen stetig ab (zum Vergleich: per 1. Januar 2011 waren es 2551 Gemeinden)⁸⁵. Die Gewährleistung und die Ausgestaltung der Gemeindeautonomie ist weitgehend den Kantonen überlassen, was zur Folge hat, dass der Umfang der kommunalen Autonomie stark variiert. Neben den Aufgaben, die ihnen vom Kanton und vom Bund zugewiesen sind, nehmen die Gemeinden vor allem im Schul- und Sozialwesen, bei der Ortsplanung, der Ver- und Entsorgung sowie den Steuern eigene Zuständigkeiten wahr (Das Schweizer Portal 2012).

Der Begriff der Region ist in der Schweiz nicht klar definiert. Nach dem „Bundesgesetz zur Regionalpolitik“ von 2006 können sich Gruppen von Kantonen und Gemeinden sowie anderen öffentlich-rechtlichen oder privaten Körperschaften oder Verbänden zu Regionen zusammenschließen. Es obliegt ihnen selbst zu entscheiden, welche organisatorischen Einheiten sie dabei zur Erfüllung ihrer Aufgaben schaffen wollen. Beim Zusammenschluss „ist der geografischen Verbundenheit, der wirtschaftlichen Funktionalität und dem Ziel der gemeinsamen Aufgabenlösung gegenüber institutionellen Grenzen Priorität einzuräumen“ (Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 2006).

Mit der *Neuen Regionalpolitik* (NRP) unterstützt der Bund gezielt die benachteiligten Berggebiete, den ländlichen Raum und die Grenzregionen bei der Bewältigung des Strukturwandels. Um die Aufgaben, Projekte und Verteilung von Fördergeldern zu koordinieren, wurde 2008 die nationale Netzwerkstelle für Regionalentwicklung *regiosuisse* geschaffen.

Für das Themenfeld Daseinsvorsorge und demografische Entwicklung sind folgende Organisationen relevant:

- Eidgenössische Departments: UVEK (Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation), EVD (Volkswirtschaftsdepartement)
- Bundesbehörden: Das „Bundesnetzwerk Ländlicher Raum“ besteht aus Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW), des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) sowie des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE)
- Organisationen auf Bundesebene, operativ tätig in den Regionen und Gemeinden: Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK), Schweizerischer Städteverband (SSV), Schweizerischer Gemeindeverband (SGV), Raumordnungskonferenz des Bundes (ROK), *regiosuisse*

⁸⁵ Vgl.:

http://www.bk.admin.ch/dokumentation/02070/index.html?lang=de&download=M3wBPgDB_8ull6Du36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfnapmmc7Zi6rZnqCkkIZ4gHZ7bKbXrZ6lhuDZz8mMps2gpKfo

- Regionale Organisationen: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), Regionalkonferenzen (Bindeglieder zwischen den Regionen und der BPUK Schweiz)

5.2.11 Spanien

Administrative Gliederung

Der spanische Staat ist territorial in 8000 Gemeinden, 50 Provinzen und 17 "Comunidades Autónomas" (autonome Gemeinschaften oder Regionen) sowie die beiden "Ciudades Autónomas" (autonome Städte) Ceuta und Melilla eingeteilt.

„Die autonomen Gemeinschaften sind mit einer umfassenden Autonomie ausgestattet, sodass sie innerhalb ihres Territoriums und entsprechend der Kompetenzen, die einer jeden im "Estatuto de Autonomía" (Autonomiestatut) eingeräumt wurden, weit gefasste gesetzgebende und vollziehende Zuständigkeiten besitzen und über ein eigenes Parlament, Regierung und Verwaltung verfügen.“ (Diputación de Alicante 2008, S. 4) In ihrer Kompetenz liegen beispielsweise Gesundheits-, Bildungs- und Bauwesen. „Die Bürgerinnen und Bürger spanischer Nationalität, die in jeder autonomen Gemeinschaft leben, wählen alle vier Jahre in den so genannten "Elecciones Autonómicas" (Regionalwahlen) die Mitglieder des autonomen Parlaments" (ebd.). Dieses Parlament mit gewähltem Präsidenten und von ihm ernannten "Consejeros" (Minister) bildet die autonome Regierung. „Die autonomen Gemeinschaften verfügen über eine eigenständige Regierung und Verwaltungsstruktur für den Dienst am Bürger. Dabei zählen sie auf öffentliche Beamte sowie ein von ihnen direkt verwaltetes Budget und Steuern.“ (ebd.)

Die wichtigsten Gebietskörperschaften in Spanien sind die Provinzen und Gemeinden. Die Verfassung garantiert ihnen die Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Eine Provinz besteht aus einer Gruppe von Gemeinden, sie ist „kein über den Kommunalverwaltungen stehendes Organ“, sondern dient als „Zwischenverwaltung“ zwischen den Autonomen Gemeinschaften und den Kommunen (ebd., S. 5f).

Institutionelle Einbettung von Daseinsvorsorge und ländlicher Entwicklung

Gemäß dem Bezugsrahmen des Regelwerks des *Fonds für ländliche Entwicklung* FEADER gibt es eine nationale Strategie, ausgearbeitet vom *Ministerio de Agricultura, Alimentación y Medio Ambiente* (Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt). Daneben existieren 17 Regionalprogramme, je eines für alle *Comunidad Autónoma*. Jedes dieser Regionalprogramme umfasst generelle Maßnahmen, die in die nationale Strategie eingebettet sind, sowie auch spezifische Maßnahmen, welche auf die regionale Situation eingehen. Von 2007 bis 2013 unterliegt das Management der Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung vollständig den *Comunidades Autónomas*. Des Weiteren gibt es ein integriertes System namens „*Red Rural Nacional*“ (Nationales Ländliches Netzwerk) zur Förderung

von Partnerschaften, Erfahrungsaustausch und gemeinsamer Strategiebildung zwischen allen Akteuren, die in die ländliche Entwicklung integriert sind (öffentliche Verwaltungen, Organisationen etc.). Dieses Netzwerk wird ebenfalls vom Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt betrieben.

Das *Ministerio de Fomento* (Ministerium für Öffentliche Arbeiten) kontrolliert das Management und die administrative Regulierung von Transport(dienst)leistungen, Wohnen, Bauen sowie Stadtplanung, Landschaftsplanung und Architektur auf nationaler Ebene.

In Spanien obliegt die Anwendung und das Management des Europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds dem *Ministerio de Hacienda y Administraciones Públicas* (Wirtschafts- und Finanzministerium). Zuständig ist die Generaldirektion des Gemeinschaftsfonds des *Generalsekretariats für Finanzen und Budget*, das in das *Sekretariat für Staatliche Finanzen und Budgets* eingebettet ist. Das Generaldirektorat hat verschiedene Befugnisse und Funktionen: die Koordination der territorialen Verwaltung in allen Belangen bezüglich der Ablaufplanung, Überwachung und Evaluation des Europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds, ebenso die Koordination anderer ministerieller Abteilungen, die für das Management des Fonds zuständig sind.

Die *Comunidad Autonoma* kann Gesetze erlassen und öffentliche Aufgaben wahrnehmen, etwa bezüglich Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Pflege, Landplanung, Umwelt und weiteren Themen der Infrastrukturbereitstellung, sofern sie nicht die administrativen Grenzen überschreiten. Darüber hinaus sind andere Gebietskörperschaften wie *Provincias* (Provinzen), *Municipios* (Kommunen) und *Mancomunidades* (freiwillige Zusammenschlüsse von Kommunen) verantwortlich für die Implementierung der autonomen Maßnahmen. Sie können zudem Initiativen gründen und Finanzierungshilfen einwerben.

Einschränkung der staatlichen Daseinsvorsorge

In Spanien hat sich die Bedeutung des traditionellen Begriffs der "öffentlichen Dienste" schrittweise geändert, seit die öffentlichen Stellen zwar immer noch Strategie- und Regulierungsaufgaben übernehmen, als direkte Betreiber von Leistungen jedoch kaum noch auftreten. Einige Sektoren wie Gas, Strom, Postdienste oder Telekommunikation werden somit nicht mehr als öffentliche Dienstleistungen bezeichnet, da ihre Leistungen ohne aktive Beteiligung des Staates erbracht werden.

Einige aktuell staatseigene Unternehmen in Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Spanien sind die Post, die ein öffentlich-rechtliches Unternehmen ist, Flughafeninfrastruktur und -management, die durch zwei Aktiengesellschaften ADIF und AENA sichergestellt werden) und die Elektrizitätswerke, die staatliches Monopol sind, obwohl der Regierung nur 20 % des Grundkapitals der Gesellschaft REE besitzt.

Ein nationales Gesetz definiert die Kompetenzen der Verwaltungsebenen und ihr Verhältnis zueinander sowie den jeweiligen Anspruch an Dienstleistungen, welche die Gemeinden zur Verfügung stellen sollen (Abfallentsorgung, öffentlicher Transport und lokale öffentliche Wasserversorgung). Den Gemeinden steht frei, in welcher Form sie die Dienstleistungen anbieten: Entweder öffentlich über ihre eigenen administrativen Einheiten und Unternehmen, oder aber über private Träger sowie Mischformen der Kooperation, z.B. public-private-partnerships. Letztere haben sich vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr und stationäre Krankenversorgung durchgesetzt, eine Entwicklung, die in 2003 ihren Anfang nahm. Eine nationale Agentur überprüft die Prozesse im öffentlichen Dienst, um Qualitätssicherung und Kosteneffizienz gewährleisten zu können.

5.2.12 Tschechien

Politische Administration

Die Tschechische Republik ging am ersten Januar 1993 als eigenständiger Staat aus der friedlichen Teilung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR) hervor. Bis 1989 war sie Teil der ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik). Nach der politischen Wende („Samtene Revolution“) wurde als politisches System eine repräsentative Demokratie eingeführt. Ursprünglich zentral verwaltet, wurde durch die Schaffung von 14 Bezirken mit teilweise eigenen Kompetenzen und einer gewählten Regionalvertretung die Verwaltung dezentralisiert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt. Die Bezirke sind jedoch in finanzieller Hinsicht weiterhin von der Zentralregierung abhängig (Auswärtiges Amt 2010).

Aufgaben der verschiedenen Verwaltungsebenen

Die *nationalstaatliche Ebene* erfüllt konzeptuelle, gesetzgeberische und leistungsbezogene Aufgaben. Sie unterstützt die regionale Entwicklung durch die Sicherstellung von Mitteln aus dem Staatshaushalt und eine adäquate Gesetzgebung. Ziel der staatlichen Unterstützung ist ein Wachstum der sozioökonomischen und ökologischen Potenziale der Regionen, die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit, die Erreichung eines ausgeglichenen Wachstums der regionalen Strukturen und die Verringerung unverhältnismäßiger ökonomischer, sozialer und umweltbezogener Unterschiede zwischen den Regionen. Konkret besteht die Aufgabe der staatlichen Ebene in

- der Erstellung einer Konzeption für eine staatliche Regionalpolitik,
- der Analyse und Identifikation regionaler Unterschiede,
- der Festlegung von Problemregionen, die staatlicher Unterstützung bedürfen und
- der Ermittlung des Umfangs und der Zielrichtung für staatliche Hilfen im Rahmen staatlicher Programme zur Unterstützung der Regionalentwicklung zur Beseitigung regionaler Ungleichheiten.

Die Aufgaben der *regionalen Ebene* sind ebenfalls konzeptueller und ausführender Natur und werden durch die Selbstverwaltung der Regionen erfüllt. Die Organe der Regionen bilden die wesentlichen Einheiten für die Ausgestaltung und Umsetzung der Regionalentwicklung in der Tschechischen Republik. Sie arbeiten dabei eng mit den zentralen staatlichen Behörden zusammen und koordinieren die Interessen der Gemeinden in Angelegenheiten, die gemeindeübergreifende Reichweite haben. Die genauen Aufgaben der Regionen sind

- die Entwicklung regionaler Gebietseinheiten und die Entwicklung einzelner Sparten in ihrer eigenständigen Tätigkeit,
- die Konzeption einer regionalen Entwicklungspolitik, sowie die Verarbeitung und Implementation von Entwicklungsprogrammen und
- die Festlegung von regionalen Entwicklungsprioritäten, die Beeinflussung der Regionalentwicklung zur Verringerung regionaler Unterschiede und die Bewahrung der regionalen und ökonomischen Vielfalt der Gebiete.

Die *Gemeinden* übernehmen ebenfalls konzeptuelle und ausführende Aufgaben durch die Gemeindeorgane der Selbstverwaltung. Des Weiteren übernehmen sie initiative Aufgaben bei der Lösung überlokaler Probleme und der Definition überlokaler Programme. Sie beteiligen sich bei der Realisierung regionaler Programme.

Administration, Schwerpunkt Regionalentwicklung und ländliche Entwicklung

Auf nationaler Ebene befindet sich das Ministerium für Raumentwicklung (*Ministerstvo pro místní rozvoj ČR*), das unter anderem für die Regionalentwicklung zuständig ist. Schwerpunkt ist die Ausarbeitung und Umsetzung von Konzepten und Strategien zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Regionen. Dies umfasst auch die Durchführung unterschiedlicher Programme, die die spezifischen Potenziale der Regionen unterstützen sollen und insbesondere auf die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und die ländliche Entwicklung abzielen. Des Weiteren gehören auch die Bereiche Raumplanung und Wohnungsbau in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums. Die Entwicklung des ländlichen Raumes als Teil der Regionalentwicklung wird vom Ministerium für Landwirtschaft verwaltet.

Für die Verkehrsinfrastruktur ist das Verkehrsministerium verantwortlich. Diese umfasst das Straßennetz und die Sicherheit im Straßenverkehr, aber auch den Schienen- und Flugverkehr.

Das Ministerium für Arbeit und Soziale Angelegenheiten (*Ministerstvo práce a sociálních věcí*) ist zuständig für die Rentenversicherung (zweigliedrig: Pflicht- und freiwillige Versicherung), Krankenversicherung (Pflichtversicherung für Angestellte, freiwillige Versicherung für Selbständige), Sozialhilfe, finanzielle Unterstützung von Familien (Steuervorteile, Sozialversicherung) und soziale Dienste.

Zu den Aufgaben der Bezirke zählen die Regionalentwicklung und die Sorge für die Bedürfnisse seiner Einwohner. Dazu gehört die Sicherstellung und Entwicklung

- gesunder Lebensumstände,
- des öffentlichen Nahverkehrs,
- notwendiger Informationen,
- Bildung, Ausbildung und Kultur
- der öffentlichen Ordnung.

Die Regierung der Tschechischen Republik hat im März 2006 den *Rat für Senioren und die alterende Gesellschaft* eingerichtet. Es handelt sich dabei um ein ständiges beratendes Organ der Regierung, das sich mit Fragen der Senioren und Alterung beschäftigt. Der Rat setzt sich für die Herausbildung von Bedingungen für ein aktives, gesundes und würdiges Altern und die aktive Einbindung von älteren Personen in die ökonomische und soziale Entwicklung der Gesellschaft im Kontext des demografischen Wandels ein. Er tagt nach Bedarf, jedoch mindestens dreimal im Jahr.

Von August 1991 bis Juni 1992 wurden in Tschechien nicht weniger als 60 staatliche Unternehmen auf direktem Wege privatisiert. Die Fusion von Skoda mit VW gilt als Paradebeispiel. Später wurde die direkte Privatisierung in eine „Coupon-Privatisierung“ umgestaltet. Nach der Idee der vom Volkskapitalismus angeregten Form der Privatisierung sollte die Umwandlung von Staatseigentum in Privateigentum durch ausgegebene Coupons erfolgen (Martin 2011).

Die Post ist in Tschechien weiterhin ein Staatsbetrieb. Das Finanzministerium schlug jedoch vor einiger Zeit die Privatisierung staatseigener Firmen vor, um die anvisierte Rentenreform zu finanzieren. Bis Mitte 2011 sollte jedes Ressort eine Liste der staatseigenen Firmen vorlegen. Zu den möglichen Kandidaten für eine Privatisierung gehören auch die größten Staatsunternehmen wie die Tschechische Post und die staatliche Forstverwaltung, die Budweiser-Brauerei *Budějovický Budvar* sowie eine ganze Reihe an Versuchs- und Forschungseinrichtungen.

Die folgende Auflistung zeigt, auf welcher staatlichen Ebene über die Organisation und die Ausgestaltung der Daseinsfürsorge entschieden wird:

- Zentralstaat:
Telekommunikation, Postdienste, Elektrizitätsversorgung, Versorgung mit Gas, ÖPNV – Schiene, Güterverkehr – Schiene, Güterverkehr – Luft/Seebeförderung, Güterverkehr – Inland, Wasser, Abwasser, Rundfunk, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Ambulante Gesundheitsdienste (2), Höhere Bildung, Soziale Pflichtsicherung (1), Sozialer Wohnungsbau (1), Behindertenpflege (1), Altenpflege (1)

- Regionale Ebene:
ÖPNV – Schiene, Regionaler ÖPNV – Schiene, Heizung, Wasser, Abwasser, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Ambulante Gesundheitsdienste, Schulen – Primar- und Sekundarstufe, Höhere Bildung (teilweise), Berufsbildung, Vorgeschriebene soziale Sicherung, Ergänzende soziale Sicherung (1), Sozialer Wohnungsbau, Behindertenpflege, Altenpflege
- Lokale Ebene:
Lokaler ÖPNV, Wasser, Abwasser, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Ambulante Gesundheitsdienste, Schulen – Primar- und Sekundarstufe, Ergänzende soziale Sicherung, Sozialer Wohnungsbau, Kinderbetreuung (0-6 Jahre) (1)

(1)Die Kompetenzen sind geteilt – Gesetz über Soziale Dienste – der Staat definiert Servicetypen und verteilt Zuschüsse durch regionale Behörden. Die regionalen und lokalen Behörden entscheiden, wie die Zuschüsse in ihrem Gebiet verteilt werden.

(2)Die Gesundheitsdienste werden durch Gesetze und Vereinbarung mit den Krankenversicherungen reguliert, die unabhängige öffentliche Körperschaften sind. Regionale und lokale Behörden können an Verhandlungen über ihre Aktivitäten und die Zukunft dieser Institutionen teilnehmen, die zum Teil von den regionalen und lokalen Behörden gefördert sind (CEEP 2010, 132).

Die folgende Auflistung zeigt, welche Anbieter für die Erbringung von public services zuständig sind (CEEP 2010, S. 133):

- Nationaler öffentliche Dienstleister:
Postdienste, Elektrische Netze, ÖPNV – Schiene, Güterverkehr – Schiene, Rundfunk, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Höhere Bildung, Vorgeschriebene soziale Sicherung, Finanzielle Dienstleistungen, Kultur
- Nationale gemischte Anbieter (mehrheitlich in öffentl. Hand):
Elektrizitätsproduktion, Heizung (untergeordnete Rolle im Markt)
- Sub-nationale öffentliche Dienstleister:
Bereitstellung von Elektrizität (Prag), Bereitstellung von Gas (Prag), Regionaler und lokaler ÖPNV, Wasser, Abwasser, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Schulen – Primar- und Sekundarstufe, Höhere Bildung, Berufsbildung, Ergänzende soziale Sicherung, Sozialer Wohnungsbau, Kinderbetreuung (0-6 Jahre), Behindertenpflege, Altenpflege, Kultur
- Private Anbieter:
Telekommunikation, Elektrizitätsproduktion, Gas transport, Bereitstellung von Gas, ÖPNV – Schiene, Güterverkehr – Schiene, Regionaler ÖPNV, Lokaler ÖPNV, Güterverkehr Binnengewässer, Seebeförderung, Wasser (Mehrheit), Abwasser (Mehrheit), Heizung, Rundfunk, Gesundheitsversorgung – Krankenhäuser, Ambulante Gesundheitsdienste Schulen – Primar- und Sekundarstufe, Höhere Bildung, Berufsbildung, Ergänzende soziale Sicherung, Sozialer Wohnungsbau, Kinderbetreuung (0-6 Jahre), Behindertenpflege, Finanzielle Dienstleistungen, Kultur

Sub-nationale gemischte Anbieter (mehrheitlich in öffentlicher Hand) und gemischte Anbieter (Mehrheitlich in privater Hand) existieren nicht.

5.2.13 Japan

In Japan werden drei administrative Ebenen unterschieden: die nationale Ebene, die Präfekturen und die kommunale Ebene. Es existieren 47 Präfekturen und 1727 Gemeinden. Mehrere Ministerien und Behörden auf nationaler Ebene fördern innerhalb ihrer eigenen Mandate die Entwicklung entlegener ländlicher Gebiete, die von Bevölkerungsrückgang und Überalterung betroffen sind. Das *Ministerium für Innere Angelegenheiten und Kommunikation* (MIC) kümmert sich vorrangig um die Umsetzung des *Act on Special Measures for Promotion for Independence for Underpopulated Areas* (vgl. Kapitel 5.1.11).

Das *Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism* (MLIT) ist zuständig für Raumordnung, Infrastruktur und öffentliche Verkehrsmittel. In Absprache mit dem Rat der nationalen Landesentwicklungspolitik definiert das Ministerium die grundlegenden politischen Richtlinien im Hinblick auf die Aktivierung der betroffenen ländlichen Räume und erlässt zudem besondere Rechtsvorschriften für den Teil jener Gebiete mit geographischen Besonderheiten wie kleine Inseln, Halbinseln oder auch Orte mit schwerem Schneevorkommen. Das *Ministerium für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft* (MAFF) steuert die Entwicklung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei in Städten und Dörfern. Medizinische Leistungen werden durch das *Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales* geregelt. Das Thema Bildung verwaltet das *Ministerium für Bildung*.

Die MLIT ist mit der schwierigen Aufgabe betraut, diese Bemühungen aus Sicht der Regionalpolitik zu koordinieren. Dabei geht es um die zentrale Frage, wie sich sichere und nachhaltige Lebensbedingungen für die Bevölkerung in ländlichen Gebieten gewährleisten lassen. Als Problemfeld wird die Entvölkerung und Alterung in ländlichen Gebieten genannt. Lösungen werden für unterschiedliche Handlungsfelder gesucht:

- I) Sicherung der Grundversorgung
- II) Langfristige Lebensperspektiven durch multi-sektorale Kooperation
- III) Management von Brachland
- IV) Erhöhung der aktiven Humanressourcen
- V) Sicherung finanzieller Ressourcen

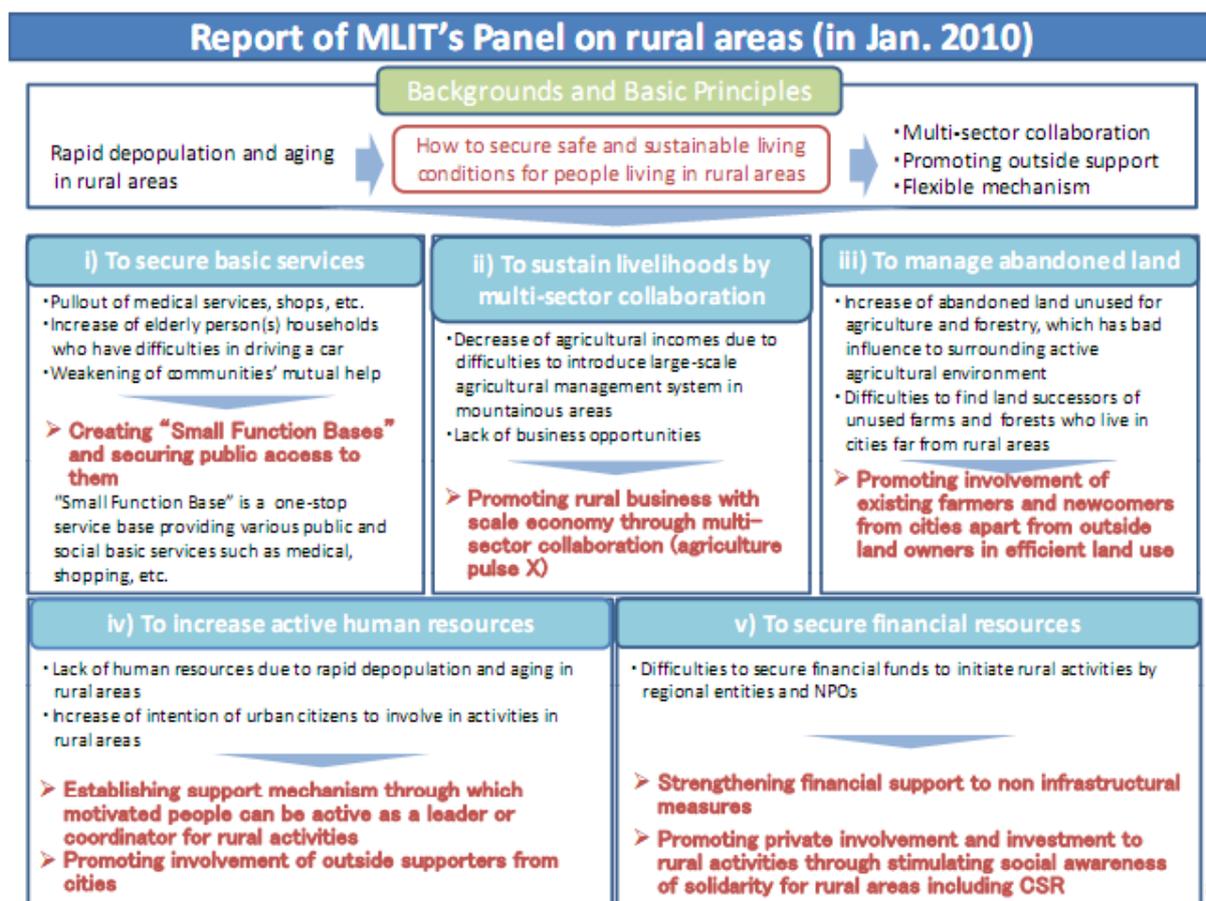


Abb. 10 – Entwicklungsziele für die ländlichen Regionen Japans (Quelle: MLIT 2010)

5.2.14 Australien

Australien gliedert sich in acht Bundesstaaten (Territories); von denen jeder neben der Regierung und dem Parlament auch einen Gouverneur als direkten Repräsentanten des Monarchen hat. Die Bundesstaaten besitzen die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für Bildung, Gesundheit, Justiz, Polizei und Verkehrswesen.

Auf nationaler Ebene befassen sich verschiedene Ministerien und nachgeordnete Organisationen mit Fragen des ländlichen Raums und der Planung, Bereitstellung und Durchführung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Das Amt für Infrastruktur, Verkehr und Regionalökonomie (*Bureau of Infrastructure, Transport and Regional Economics, BITRE*) bietet wirtschaftliche Analysen, Forschungen und Statistiken über Infrastruktur, Verkehr und regionale Fragen, mit denen die australische Regierung über politische Entwicklungen informiert wird. Das Ministerium für Familien, Wohnungen, Gemeinschaftseinrichtungen, Dienstleistungen und indigene Angelegenheiten sowie das Ministerium für Gesundheit und Senioren befassen sich ebenfalls mit diesen Thema. Darüber hinaus spielt die Abteilung für das regionale Australien, kommunale Verwaltung, Kunst und Sport eine wichtige Rolle als Initiator mehrerer regionaler Programme, vor allem bezüglich technischer Infrastrukturen und ländliche Entwicklung.

Einer der Regionalprogramme ist der *Regional Development Australia Fund*⁸⁶, der vorrangig den Kommunen fast eine Milliarde Dollar zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten bereitstellt. Darüber hinaus beabsichtigt der australische Bundesstaat mit dem *Infrastructure Grants Program*⁸⁷ die Finanzierung wichtiger Projekte für die Gemeinden wie etwa die Schaffung und Modernisierung von lokalen Sport- und Unterhaltungseinrichtungen oder den Ausbau lokaler Infrastruktur. Ferner wurde das regionale und lokale *Community*-Programm im Jahr 2008 als Teil des *Nation-Building*-Konjunkturprogramms⁸⁸ geschaffen. Seitdem wurden mehr als eine Milliarde Dollar in den Bau und die Modernisierung der gemeinschaftlichen Infrastruktur investiert.

Das „Bessere Regionen Programm“ finanziert regionale Investitionsprojekte im Umfang von 176.000.000 Dollar, deren Prioritäten anhand der von den lokalen Gemeinschaften aus ganz Australien eingereichten Vorschläge ermittelt wurden. Darüber hinaus wurde das „Regionale Partnerschaftsprogramm“ geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern. Hier schlagen die Regionen prioritäre Projekte vor.⁸⁹

5.3 Strategien und integrative Ansätze für die regionale Daseinsvorsorge

Die Abgrenzung zwischen „Strategien“ (dieser Abschnitt) und „Einzelmaßnahmen“ (Kap. 5.4) ist nicht immer zweifelsfrei möglich. Für den vorliegenden Bericht wurden hier zunächst Handlungsansätze zusammengefasst, die entweder in ihrem sachlichen Geltungsbereich mehrere (Daseinsvorsorge-)bereiche umfassen, auf geographisch übergeordneter Ebene angesiedelt sind oder als längerfristig angelegte Programme oder Instrumente identifiziert wurden. Zum Teil handelt es sich dabei um Aktivitäten, die auf europäische Rahmenvorgaben zurückgehen; andere sind dagegen länderspezifisch.

5.3.1 Bulgarien

Die in Bulgarien existierenden Strategien und Masterpläne für regionale Entwicklung wurden im Jahr 2005 von der Zentralregierung initiiert. Diese verabschiedete die *National Strategy for Regional Development* (Nationale Strategie für Regionale Entwicklung), die den Zeitraum 2005 bis 2015 umfasst. Die Strategie bietet den konzeptionellen Rahmen und definiert die nationalen Prioritäten im Bereich regionaler Entwicklung. Grundlage ist der *Regional Development Act* (regionales Entwicklungsgesetz) aus dem Jahr 2004, der die Planung, Programmierung und Verwaltung regionaler Entwicklung regeln soll.

⁸⁶ Vgl.: www.rda.gov.au

⁸⁷ Vgl: <http://www.regional.gov.au/regional/programs/cigp.aspx>

⁸⁸ Vgl: <http://www.nationbuildingprogram.gov.au/>

⁸⁹ Vgl. Department of Regional Australia, Local Government, Arts and Sport: <http://www.regional.gov.au/regional/programs/index.aspx>

Basierend auf der nationalen Strategie wurden regionale Entwicklungspläne und -strategien für die Landkreise und Gemeinden erarbeitet, ebenso für die sechs Planungsregionen. Die regionalen Pläne sind in ihren Prioritäten und Maßnahmen den spezifischen Bedürfnissen der Regionen und Gemeinden angepasst. Die Ziele der nationalen Strategie und der regionalen Pläne folgen einem komplexen und sektorübergreifenden Ansatz. In die Erarbeitung wurden auch zivilgesellschaftliche Organisationen und private Unternehmen einbezogen. Umsetzungszeitraum ist zwischen 2007 und 2013.

Zur Unterstützung der Umsetzung wurden in den sechs Planungsregionen *Regional Councils for Development* (regionale Entwicklungsräte) gegründet. Diese sollen die nationale Strategie auf der regionalen bzw. lokalen Ebene umsetzen. Sie beaufsichtigen und betreuen die regionalen Entwicklungspläne, welche zuvor vom *Ministry of Regional Development and Public Works* (Ministerium für regionale Entwicklung und öffentliche Einrichtungen) genehmigt wurden.

Der regionale Entwicklungsplan dient den Initiativen der zentralen und lokalen Behörden als wesentliche Orientierung. Hervorzuheben ist, dass in Bulgarien integrierte regionale Programme und Pläne zur Daseinsvorsorge von staatlichen Akteuren initiiert und von lokalen (öffentlichen) und nichtstaatlichen (privaten) Akteuren gestaltet und umgesetzt werden (vgl. Kapitel 5.1.1.)

Regionalplan am Beispiel der Planungsregion Nordwest

Am Fallbeispiel der Region Nordwest lässt sich exemplarisch veranschaulichen, wie die regionalen Entwicklungspläne funktionieren und auf welche Sektoren sie fokussieren. Den Nordwesten kennzeichnen im landesweiten Vergleich die schwierigsten Ausgangsbedingungen im Hinblick auf eine niedrige Bevölkerungsdichte, aktive Schrumpfungsprozesse und eine überwiegend alternde Bevölkerung. Daher erscheint das Gebiet aus der Perspektive der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen besonders interessant. Die Entwicklungspläne sind mit denen der anderen Planungsregionen in Ziel- und Prioritätensetzung vergleichbar.

Der Entwicklungsplan der nordwestlichen Region wurde vom „*Open Society Institute*“⁹⁰ erarbeitet, die Zwischenevaluierung der umgesetzten Maßnahmen von der privaten Beratungsfirma *STRATEGMA* durchgeführt.

Aus den Zielen und Prioritäten des Planes werden korrespondierende Projekte und Maßnahmen definiert. Deren Realisierung wird hauptsächlich durch europäische Programme und Fonds finanziert, aber auch durch den Staat und die Gemeinden. Im kleinen Maßstab beteiligen sich auch Privatunternehmen an der Finanzierung. Die umgesetzten Projekte können den folgenden Kategorien zugeordnet werden:

⁹⁰ Vgl.: <http://www.opensocietyfoundations.org/about/offices-foundations/open-society-institute-sofia>

- Technische Infrastruktur: Entwicklung und Rekonstruktion von Straßen, Wasserversorgungs- und Bewässerungsinfrastruktur, Abfallentsorgung, energieeffiziente Technologien und Bauprojekte
- Soziale Dienstleistungen, soziale Integration
- Bildung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Jugendaktivitäten, Integration von ethnischen Minderheiten etc.
- Kulturerbe und Tourismusentwicklung, Rehabilitation von Umwelt und urbanen Räumen.

Zwar beinhaltet der Entwicklungsplan der nordwestlichen Region eine sektorübergreifende Perspektive, integrierte Projekte und Maßnahmen, welche sich auf mehrere Handlungsfelder der Daseinsvorsorge beziehen, werden in den Regionen jedoch selten umgesetzt.

Ziel	Priorität	Priorität	Priorität	Priorität
1. Nachhaltige ökonomische Entwicklung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft	Unternehmensentwicklung, technologische Erneuerung, Innovationen in kleinen und mittelständischen Unternehmen, Arbeitsplätze.	Gewinn von lokalen und internationalen Investitionen.	Tourismusentwicklung, Qualitätssteigerung von Tourismusangeboten.	Förderung von nachhaltigen Entwicklungen in der Landwirtschaft und Realisierung von effektiver Landwirtschaft
2. Verbesserung der Lebensqualität in der nordwestlichen Region und Transformation hin zu einem modernen Transport- und Kommunikationszentrum von nationaler und internationaler Bedeutung.	Wiederaufbau von urbanen Gebieten und Erneuerung der ländlichen Umgebung.	Renovierung und Verbesserung der sozialen und medizinischen Infrastruktur.	Entwicklung von Transportinfrastruktur und Verbesserung von Transportangeboten zwischen Dörfern/Städten und ländlichen Regionen.	Verminderung von Risiken der Umweltverschmutzung. Verbesserung von ökologischer Infrastruktur.
3. Förderung von regionaler Entwicklung und von Initiativen für die lokale Entwicklung.	Verbesserung der Qualität von Humanressourcen.	Entwicklung von grenzüberschreitender, ökonomischer und regionaler Kooperation.	Integration von Gemeinden und Förderung von Initiativen für die lokale Entwicklung.	Überwindung von Disparitäten der ökonomischen und sozialen Entwicklung zwischen den territorialen Einheiten der nordwestlichen Region.

Abb. 11 – Ziele und Prioritäten des Regionalplans Nordwest (Quelle: Zusammenstellung Tihomir Mitev nach Open Society Institute 2005, S.157ff)

Laut einer Zwischenevaluation zur Umsetzung des Regionalplans, welche vom privaten Beratungsunternehmen *STRATEGMA* durchgeführt wurde, gab es zudem Schwierigkeiten bei der Anwendung der Fördergrundsätze. Bei den Maßnahmen, welche durch Mittel des Staatshaushalts, der Gemeindehaushalte, durch internationale Finanzinstitutionen und private Investitionen finanziert wurden, fehlte es an systemischer Information, an welche man bei der Durchführung der Projekte hätte anknüpfen können.

Den geringsten Fortschritt verzeichnete das Ziel 1 „Nachhaltige ökonomische Entwicklung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft“ (vgl. Abb. 11). Wesentliche Verzögerungen gab es bei den geplanten Maßnahmen für Innovationsentwicklung, Förderung von R&D in kleinen und mittelständischen

Unternehmen und Förderung bei der Nutzung von modernen Technologien im Wirtschaftssektor. Zudem konnten auch keine Erfolge beim Einwerben strategischer Investitionen erzielt werden.

Laut der *STRATEGMA*-Analyse konzentriert sich der Großteil der finanziellen Ressourcen auf die Umsetzung von Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich von Ziel 2 „Verbesserung der Lebensqualität [...]“. Dieser Bereich bezieht sich auf Infrastrukturprojekte, Umweltschutz und urbane Entwicklung. Es wurden insbesondere Fortschritte im Bereich Urbanisierung und Gestaltung von öffentlichen Räumen in Dörfern, Kleinstädten sowie Wohngebieten von gefährdeten ethnischen Minderheiten erzielt. Ebenso konnte sich der Bereich Sozialleistungen, soziale Integration und Weiterbildung positiv entwickeln. Verzögerungen traten hingegen auf dem Gebiet der Telekommunikationsinfrastruktur wie auch bei der Modernisierung von medizinischen Einrichtungen und bei der Optimierung des Gesundheitssystems auf. Eine Schwachstelle ist weiterhin der öffentliche Verkehr in urbanen und ländlichen Gebieten.

Nur sehr geringe Erfolge gibt es im Bereich von Ziel 3 „Förderung von regionaler Entwicklung und von Initiativen für die lokale Entwicklung“. Dies betrifft hauptsächlich den Zugang zu Schulbildung, besonders für benachteiligte Gruppen, sowie auch die Integration von benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. Die Bemühungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen bis zum Alter von 29 Jahren brachten keine positiven Ergebnisse, ebenso wenig das Ziel der Entwicklung von Fortbildungsangeboten, der Gründung einer Universität in der Region oder auch die Absicht, qualifizierte Spezialisten und Fachkräfte zu gewinnen oder zumindest zu halten.

5.3.2 Finnland

Eine wichtige Struktur zur Umsetzung einer integrierten Regionalentwicklung und Sicherung der Daseinsvorsorge stellt die ländliche Politikstrategie Finnlands mit ihren Akteuren dar. Die Strategie ist im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft angesiedelt; hier wird das EU-Programm für die ländliche Entwicklung umgesetzt. Daneben spielt das Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft eine tragende Rolle.

Wichtige Akteure für die Erarbeitung strategischer Leitlinien der Regionalentwicklung und ihre Aufgaben sind:

- *Rural Policy Committee* (YTR, Komitee für ländliche Politik): Netzwerk aller Akteure der ländlichen Entwicklung. Das Komitee wird von der Regierung ernannt. Es setzt sich aus 30 Mitgliedern aus sieben Ministerien, Vertretern der ELYs, Regionalräten, ALFRA und dem Dorfkaktionsverband (Village Association; siehe unten) zusammen und kooperiert mit Akteuren aus Wissenschaft, Bildung, Zivilgesellschaft, Kirche etc. Das Komitee befasst sich inhaltlich in Arbeitsgruppen mit der ländlichen Entwicklung. Neben der

Erforschung relevanter Themen werden auch Maßnahmenvorschläge für das Rural Policy Programme (siehe unten) erarbeitet.

- *Rural Policy Programme* (Programm zur ländlichen Entwicklung): Das Programm für die Periode 2009-2013 wurde vom Komitee für ländliche Politik und dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft erarbeitet. Das Programm setzt sich intensiv mit der integrierten Daseinsvorsorge auseinander. So stellen beispielsweise die „Sicherung der Zugänglichkeit von Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten“ oder die „Sicherung der ländlichen Verkehrsinfrastruktur und Kommunikation durch gut funktionierende Verbindungen“ wichtige Themen dar (vgl. Rural Policy Committee 2009, S. 18). Dabei geht das Programm konkret auf Einzelmaßnahmen ein und spricht im Rahmen von Berichten Empfehlungen an die Regierungen aus wie beispielsweise die Eruiierung von Alternativen für administrative Service Points.
- *Village Action Association* (Dorfaktionsverband): Der Verband arbeitet auf allen administrativen Ebenen. Fast drei Viertel der 3 800 finnischen Dörfer haben sich ihm angeschlossen. Ziel ist, das freiwillige Engagement in den Dörfern zu fördern, Projekte zu unterstützen sowie auch Seminare oder Informationsveranstaltungen. Daneben ist der Dorfaktionsverband für die Aktivitäten der 58 LAGs (LEADER) in Finnland zuständig.

In Finnland schafft das *Basic Service Programme* neue Anreize und Optionen für interministerielle politische Koordination und Organisation (OECD 2010a, S.230ff). Die zur Verfügung stehenden Fördermittel werden dabei weniger spezifischen Zwecken zugeordnet, um auch alternativen Nutzungen in anderen Sektoren Raum zu geben, genauso wie die Verteilung der Gelder mehr Spielräume zulässt. Sog. Externalisierungen finden Berücksichtigung. Dies trifft z.B. zu, wenn Bildungseinrichtungen außerhalb der eigenen Kommune in Anspruch genommen, die Steuern aber im Heimatort bezahlt werden. In solchen Fällen sind die benachbarten Kommunen zur Zusammenarbeit aufgefordert. Das *Basic Service Programme* fördert darüber hinaus horizontale Programme und Prozesse wie das *Productivity Programme*.

5.3.3 Frankreich

Rahmenvereinbarung für eine gemeinsame und abgestimmte Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen für die Öffentlichkeit⁹¹

Im September 2010 hat der Staat durch sein Ministerium für ländlichen Raum und Raumordnung eine nationale Vereinbarung geschlossen und damit eine Reihe von wichtigen Leistungserbringern zur Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen in ländlichen Gebieten aufgerufen.

Die Vereinbarung wurde unterzeichnet von SNCF (Bahngesellschaft), La Poste (Post), Pôle Emploi (Arbeitslosenversicherung), CNAMTS (Caisse Nationale d'Assurance Maladie des Travailleurs, Unfallversicherung), CNAF (Caisse Nationale d'allocations familiales, Familienunterstützungsdienst), CCMSA (Caisse Centrale de la Mutualité Sociale Agricole, landwirtschaftlicher Gesundheitsdienst), CNAV (Caisse Nationale d'Assurance vieillesse, nationale Rentenversicherung) und Nationaler Verband der multifunktionalen Servicestellen (Point Information Mediation Multi Service, PIMMS).

Die Vereinbarung legt den Schwerpunkt auf eine „offensive Vision“. Den Ausgangspunkt von zu ergreifenden Maßnahmen sollen die spezifischen Bedürfnisse einer Region bilden. Die Verantwortung des Staates schließt die Garantie ein, grundlegende Dienstleistungen für die ländliche Bevölkerung bereitzuhalten. Indem der Staat den Zugang zu den „services essentiels“ landesweit zur Verfügung stellt, ist er Garant der regionalen Gleichheit.

Jeder Partner und Unterzeichner dieser Vereinbarung ist zur Durchführung bestimmter Aufgaben in den Bereichen Forschung, Design, Implementierung und Evaluation der verschiedenen Maßnahmen verpflichtet. Die Maßnahmen werden in 23 Regionen durchgeführt und umgesetzt, darunter Korsika und die Regionen Centre und Limousin. Eine Diagnose der aktuellen Situation bezüglich des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen in jeder Region wird auf der Grundlage einer Methodik durch die gesamte Gruppe der teilnehmenden Betreiber erstellt. Der Staat und die teilnehmenden Betreiber haben vereinbart, innerhalb von 18 Monaten mindestens 60 neue Partnerschaftsläden (PIMMS) einzurichten.

Die Zusammenführung von Diensten sowie die Einrichtung von „points d'accueil communs“ (Beratungsstellen) wurden in Frankreich bereits in der Vergangenheit eingeführt. Die „Relais services publics“ zum Beispiel gestatten es, mehrere öffentliche Dienstleistungen zu bündeln und dabei gleichzeitig die Qualität zu sichern. Ebenso ermöglicht die Konzentration von Arbeitsämtern (Maisons de l'emploi) sowie die Zusammenführung von Gerichten (Maisons de la Justice et du Droit) eine effizientere Organisation. Eine wichtige Grundlage für die Zusammen-

⁹¹ Accord national visant à développer une offre commune et complémentaire de services publics et au public

schlüsse ist der weitgehende Konsens zwischen den Beteiligten, also den Betreiber der Einrichtungen und den regionalen bzw. staatlichen Akteuren. Um erfolgreich zu sein, müssen sich die jeweiligen Konzepte zudem hinsichtlich ihrer Anpassungsfähigkeit an die spezifischen Bedürfnisse bewähren.

Strategisches Aktionsprogramm Korsika 2011–2013

Das Aktionsprogramm PASE (Projet d'Action Stratégique de l'Etat en Corse) zeugt von dem Willen der korsischen Regierung, die ländliche Bevölkerung im Umgang mit den neuen territorialen Herausforderungen zu unterstützen. Ziel ist, in einer Region günstige Bedingungen für Produktivität und qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Von zentraler Bedeutung sind dabei aussichtsreiche Berufsperspektiven, die einer jungen Bevölkerung Sicherheit und dauerhafte Beschäftigung in Korsika signalisieren können.

Das strategische Dokument unterscheidet fünf Achsen

- *„Der Staat begleitet die Entwicklung“*. Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen, welche die traditionellen Sektoren Landwirtschaft und Fischerei modernisieren sowie die Entwicklung einer innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft unterstützen.
- *„Der Staat stärkt den sozialen und territorialen Zusammenhalt“* zielt auf den Zugang zu Wohnraum für alle sowie auf die harmonische Entwicklung und den Zusammenhalt der Regionen.
- *„Der Staat garantiert den Menschen Sicherheit, auch für ihre Güter und Ressourcen“* beinhaltet den Schutz der Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Prävention in Hinblick auf Naturgefahren.
- Die vierte Achse nimmt Bezug auf eine *nachhaltige Entwicklung* sowie den respektvollen Umgang mit der natürlichen Umwelt und dem kulturellen Erbe.
- Die letzte Achse zielt auf das professionelle *Management öffentlicher Dienste und Leistungen*, so dass deren Funktionsfähigkeit für den Nutzer gesichert ist. Dies betrifft beispielsweise die Verbesserung erbrachter Leistungen in der Wohnungspolitik.

Im Rahmen der ersten Achse liegt die Aufmerksamkeit auf der Stärkung der gemeinnützigen Wirtschaft sowie auf den Pflegediensten. 8100 Mitarbeiter arbeiteten im Jahr 2008 im sozialen Dienstleistungssektor, d.h. mehr als acht Prozent der korsischen Beschäftigten. Jedoch zeichnet sich dieser Bereich durch einen hohen Anteil an Teilzeitarbeit, einen hohen Frauenanteil, ein hohes Alter der Mitarbeiter sowie niedrige Gehälter aus. Deshalb ist es notwendig, innovative Lösungen zu entwickeln, um diese wichtigen Pflegedienste zu erhalten. Zu bedenken ist dabei, dass die Alterungsrate der Bevölkerung in Korsika die höchste in Frankreich ist, was eine bedeutende Herausforderung in Bezug auf die Bereitstellung von Gesundheits- und Pflegediensten darstellt. Rund 100 000 Euro werden für die Durchführung von Maßnahmen in diesem Bereich ausgegeben.

Die zweite Achse umfasst das strategische Ziel, einen Zugang zu digitalen Diensten für alle zu gewährleisten, die räumlichen Disparitäten in Bezug auf die Erreichbarkeit von Sport-Infrastruktur zu reduzieren sowie die Unterstützung der Bewohner in städtischen sozialen Brennpunkten fortzuschreiben. Da auf 80 Prozent des Territoriums nur 20 der Bevölkerung Korsikas wohnen, spielt der territoriale Zusammenhalt eine besondere Rolle. Durch den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Diensten werden die räumliche Entwicklung und die Integration gefördert. Priorität besitzt die Verbesserung des digitalen Dienstleistungsangebotes im ländlichen Raum sowie die Einrichtung von Breitbandinfrastruktur. Die Umsetzung von innovativen Dienstleistungen über das Internet könnte viele Erleichterungen für Nutzer schaffen und etwa die Möglichkeit eröffnen, diese über telemedizinische Dienste zu Hause zu begleiten. Beispielsweise ließen sich auf diese Weise medizinische Diagnosen direkt in den Wohnungen sowie einige andere gesundheitliche und soziale Leistungen realisieren. 9 Millionen Euro werden als Budget für diese Maßnahmen angegeben.

Die Umsetzungsfortschritte des strategischen Plans werden zweimal im Jahr geprüft und die Handlungen werden nach Maßgabe dieser Ergebnisse angepasst.

5.3.4 Griechenland

National Strategic Reference Framework (NSRF)

Der nationale strategische Rahmenplan für die Verteilung der europäischen Fördergelder der Strukturfonds (anon. 2006) umfasst den Zeitraum 2007 bis 2013. Übergeordnetes Ziel bildet darin die Förderung der griechischen Wirtschaft. Der NSRF soll gewährleisten, dass die EU-Gelder so ausgegeben werden, dass sie die ökonomische und soziale Entwicklung des Landes unterstützen. Zudem beinhaltet er die Überprüfung, ob die Verwendung der Gelder mit den EU-Richtlinien übereinstimmt. Der NSRF definiert mehrere operationelle Programme, welche den folgenden Kategorien zugeordnet werden können: sektorale operationelle Programme, fünf regionale operationelle Programme und europäische Programme der territorialen Zusammenarbeit.

Nachfolgend wird die Vorgehensweise bei der Konzeption der regionalen Programme beschrieben, die sich am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ausrichten:

Beispiel: Regionale operationelle Programme

Die fünf regionalen operationellen Programme fokussieren die spezifischen Merkmale und Bedürfnisse jeder Region⁹². Ein gemeinsamer Kern von Interventionen wurde zu folgenden Themen definiert: Soziale Infrastruktur und Gesundheit (z.B. Infrastruktur für Krankenhäuser und Sozialhilfeeinrichtungen etc.), Kultur (kulturelle Infrastruktur, Kulturerbe etc.), Umweltprojekte auf lokaler Ebene,

⁹² Vgl.: <http://www.espa.gr/en/Pages/staticRegionalOP.aspx>

nachhaltige Entwicklungskonzepte für urbane Räume sowie Richtlinien für den Schutz von ländlichen Gebieten und Naturräumen (Berggebiete, unterentwickelte Gebiete, Inseln etc.).⁹³ Neben diesen übergeordneten Schwerpunkten setzt jedes einzelne der fünf Programme besondere Prioritäten bzw. definiert mehrere primäre Ziele. Im Kontext des regionalen operationellen Programms, dessen räumliche Bezüge sowohl urbane, ländliche und ländlich-periphere Räume wie beispielsweise Berg- und Grenzregionen umfassen, erfolgt die Verteilung finanzieller Mittel an die regionalen Behörden aller 13 Regionen.⁹⁴ Zu deren Aufgaben gehört die Auswahl von Projekten, die gefördert werden sollen, zudem stellen sie sicher, dass die Projekte mit den EU- und nationalen Richtlinien übereinstimmen (Elliniki Dimokratia, Ypourgeio oikonomias 2007).

Für jede Region wurden spezifische Ziele definiert, von denen einige beispielhaft genannt werden sollen:

- Das *Regional Operational Program for Western Macedonia and Thrace* strebt die weitestgehende Ausnutzung des Entwicklungspotenzials der Region und ihrer geografischen Lage an.⁹⁵ Zu den durchgeführten Aktivitäten zählen unter anderem Investitionen für die Verbesserung von Straßen, Eisenbahnlinien, Hafen- und Flugdienste und Infrastruktur, wie auch die Entwicklung der Gesundheitsinfrastruktur (Elliniki Dimokratia, Ypourgeio oikonomias 2007, S. 26-32). Zudem wurden weitere Aktivitäten für den Schutz und die Entwicklung von archäologischen Stätten und für die Verbesserung von Einrichtungen in Museen und anderen Monumenten (ebd., S. 49-51) unternommen.
- Den Schwerpunkt des *Regional Operational Program for Western Greece, Peloponnese and the Ionian Islands* bildet die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der soziale Zusammenhalt der Regionen, die Steigerung der Produktivität sowie die Verbesserung der Lebensqualität.⁹⁶ Exemplarisch hervorzuheben sind zwei Projekte⁹⁷, welche die Verbesserung und Erneuerung der Krankenhausinfrastruktur in Westgriechenland anstreben sowie die Verbesserung von Gesundheitsdienstleistungen speziell für ältere Menschen. Dies betrifft etwa Einrichtungen wie das „Help at Home“-Projekt, welches Dienstleistungen im genannten Sinne anbietet.⁹⁸
- Ähnlich gestalten sich die spezifischen Zielsetzungen im Falle des *Regional Operational Program for Crete, North Aegean and South Aegean*. Schwerpunkte sind hier die Förderung der Tourismuswirtschaft, die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Bekämpfung regionaler Ungleichheit.⁹⁹ Die

⁹³ Vgl.: <http://www.espa.gr/en/Pages/staticRegionalOP.aspx>

⁹⁴ Vgl.: <http://www.eydamth.gr/CMS/2008-11-25-12-08-47/2008-11-25-12-12-44.html>

⁹⁵ Vgl.: <http://www.makedonia-thrace.gr/el/Pages/Default.aspx>

⁹⁶ Vgl.: <http://www.dytikiellada-peloponnisos-ionio.gr/el/Pages/Default.aspx>

⁹⁷ Vgl.: <http://www.dytikiellada-peloponnisos-ionio.gr/el/Pages/Proclamationsfs.aspx?item=258>

⁹⁸ <http://www.dytikiellada-peloponnisos-ionio.gr/el/Pages/Proclamationsfs.aspx?item=252>

⁹⁹ <http://www.kriti-aigaio.gr/el/Pages/Default.aspx>

konkreten Projekte beziehen sich auf die Bildungsinfrastruktur¹⁰⁰ sowie die Instandhaltung und den Schutz des Kulturerbes.¹⁰¹

5.3.5 Großbritannien

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde in England im Jahr 2011/12 die Entscheidung getroffen, die ohnehin auf keine große Tradition zurückblickenden Regionen aufzulösen. Ihre Kompetenzen, die u.a. die Raumplanung umfassten, wurden im Wesentlichen auf die unteren Ebenen (Städte/Gemeinden und Grafschaften) verlagert. Diese müssen ihre Organisation nun anpassen und zum Teil Kapazitäten erst aufbauen bzw. das von den regionalen Stellen übernommene Personal integrieren. Ein kleinerer Teil des vorher auf regionaler Ebene tätigen Personals wurde in die Zentralregierung (*Rural Communities Policy Unit* im *Department for Environment, Food and Rural Affairs*) versetzt und soll dort die Regionalentwicklung weiter koordinieren und unterstützen.

Die Recherchen in Großbritannien wurden leider aufgrund dieser Situation erheblich beeinträchtigt. Durch die mit den Umstellungen verbundene Arbeitsbelastung in den Ämtern blieben fachliche Anfragen zumeist erfolglos, wegen der Verlagerung von Zuständigkeiten konnten häufig keine kompetenten Ansprechpartner ermittelt und somit detaillierte inhaltliche Aussagen zur künftigen Regionalentwicklungspolitik recherchiert werden. Bisher ist lediglich erkennbar, dass die Kommunen - wie in Teilen schon länger praktiziert - verstärkt zusammenarbeiten sollen, um ihre Aufgaben - darunter auch Daseinsvorsorge- zu bewältigen.

Unabhängig davon lässt sich festhalten, dass die Sicherstellung von „services of general interest“ in Großbritannien durchaus ein Thema ist. Das traditionelle Interesse der britischen Politik und Öffentlichkeit am effizienten Einsatz von Steuergeldern führt auch in diesem Bereich zu intensiven Bemühungen um Qualitätsmanagement und Transparenz in der Mittelverwendung, so dass zahlreiche Studien zum Versorgungsstandard vorliegen.

Rural Proofing

Rural Proofing bezeichnet ein landesweites und sektorübergreifendes Programm in Großbritannien. Zentrales Anliegen ist es, die Bedürfnisse ländlicher Räume in ihrer Spezifität wahrzunehmen, so dass sie in der politischen Gestaltung ausreichende Berücksichtigung finden können (Gittins 2009). Probleme, Konflikte und Anliegen in ländlichen Räumen sollen sichtbar gemacht werden.

Rural Proofing ist derzeit eine zwingende Aufgabe für alle Ministerien der Zentralregierung. Es ist Teil der politischen Entscheidungsfindung insofern, als dass die im Raum stehenden Maßnahmen systematisch untersucht und kritisch hinterfragt werden. Die Absicht liegt darin, eine faire und gerechte Behandlung der ländli-

¹⁰⁰ <http://www.kriti-aigaio.gr/el/Pages/Proclamationsfs.aspx?item=835>

¹⁰¹ <http://www.kriti-aigaio.gr/el/Pages/Proclamationsfs.aspx?item=976>

chen Gemeinden zu gewährleisten (vgl. Department of Agriculture and Rural Development Northern Ireland, S.8).

Auch die Entwicklung neuer Strategien, die Überprüfung der Richtlinien und die Erbringung von Dienstleistungen der neuen und überarbeiteten Richtlinien unterliegen dieser Überprüfung (ebd. S. 9). Rural Proofing überwacht, ob die Politik in Bezug auf die Dienstleistungen für die ländlichen Regionen in einer gerechten Art und Weise umgesetzt wurde. Das Programm legitimiert ländliche Politik und dient als Garant für Erfolg.

Rural Proofing ist ein wichtiger Prozess, bei dem alle wichtigen Maßnahmen und Strategien in den ländlichen Gebieten im Hinblick auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden. Es ist ein Instrument, welches in jeder Abteilung auf nationaler Ebene eingesetzt wird. Allerdings gibt es in manchen Regionen ein Defizit betreffend praktische Anleitungen zur Umsetzung des Verfahrens. Außerdem lässt sich noch nicht eindeutig klären, inwieweit das Programm und seine Instrumente Lage ist, die Entscheidungsfindung effektiv zu beeinflussen (ebd. S. 6). Rural Proofing unterliegt einer regelmäßigen Evaluation und impliziert die Suche nach neuen Anregungen auf allen staatlichen Ebenen und Organisationen. Die aktuelle Herausforderung liegt darin sicherzustellen, dass die politischen Entscheidungsträger ein Verständnis für Inhalt und Absicht des Programms entwickeln.

5.3.6 Italien

Integrative Ansätze für die Regional- und Daseinsvorsorgeentwicklung

In Italien sind Konzepte, die sowohl als „integrierte“, sektorübergreifende Maßnahmen wie auch als „Strategien“ im Sinne umfassend geplanter, längerfristiger Leitlinien gelten können, bisher selten. Gründe dafür sind die bisher überwiegend sektorale Organisation von Leistungen der Daseinsvorsorge und die sehr kleinteilige Kommunalstruktur. Ersteres bedeutet, dass Strategiedokumente durchaus vorhanden sind, jedoch nur einen Bereich der Daseinsvorsorge abdecken, etwa Gesundheitswesen oder ÖPNV. Die Kommunalstruktur – in Italien bestehen derzeit ca. 8100 eigenständige Kommunen¹⁰² – erschwert zwar einen Überblick, auf lokaler Ebene verdeutlicht jedoch die Notwendigkeit und teils auch schon bestehende Tradition bereichsübergreifenden Handelns. Die vor Ort entwickelten Konzepte entstehen in der Regel „pragmatisch“ aus örtlichen Notwendigkeiten heraus und werden auf höherer Ebene weder speziell gefördert noch dokumentiert.¹⁰³ Einige Beispiele für sektorale Strategiedokumente wie lokale Maßnahmen sind im Teil 5.4 dieses Berichts enthalten. Im Folgenden werden die Maßnahmen zur interkommunalen Zusammenarbeit, die wegen ihrer längeren Tradition und landesweiten Verbreitung als „Strategie“ angesehen werden können, sowie die

¹⁰² Von diesen haben gut 5600 weniger als 5000 Einwohner (vgl. Fondazione ANCI 2011, S. 5, 137)

¹⁰³ telef. Auskunft Frau Rusca, Finanzministerium, 12.4.2012

aus den europäischen Programmvorgaben abgeleiteten regionalen Entwicklungspläne vorgestellt und hinsichtlich ihrer Aussagen zur Daseinsvorsorge ausgewertet.

Interkommunale Zusammenarbeit¹⁰⁴

Italienische Kommunen können Aufgaben zwecks gemeinsamer Umsetzung an von ihnen gebildete Vereinigungen (*unione di comuni*, vergleichbar einem Zweckverband) abgeben. Derzeit bestehen landesweit 389 solche Strukturen, denen im Schnitt fünf Gemeinden mit ca. 18 700 Einwohnern angehören. Insgesamt sind etwa 20 Prozent der italienischen Kommunen Teil (mindestens) einer Union.¹⁰⁵ Diese Zusammenschlüsse müssen seit einigen Jahren kein zusammenhängendes Gebiet mehr bilden. Eine solche Kooperation gilt als sinnvoller Weg, um öffentliche Dienstleistungen gemeinsam günstiger erstellen zu können; teils wird die Zusammenarbeit auch als Vorstufe zu einer Gemeindefusion gesehen. Wie im Falle der *comunità montane* (s.u.) ist die regionale Verteilung uneinheitlich; in drei Regionen gibt es überhaupt keine solche Einrichtung. Die *Unioni* können in allen Bereichen gebildet werden, in denen auch die kommunalen Verwaltungen aktiv sind, darunter auch einige Sektoren der Daseinsvorsorge (Gas-/Wasser, Pflege, Bildung, Straßen und Wegebau, lokaler ÖPNV, Katastrophenschutz, Flächennutzungsplanung).¹⁰⁶

Eine weitere, weniger enge Form der Zusammenarbeit besteht mit sogenannten „*convenzioni*“ (Verträge). Hierbei verständigen sich die teilnehmenden Kommunen vertraglich über die gemeinsame Erfüllung bestimmter Aufgaben, behalten jedoch ihre eigenen Ressourcen. Es entsteht keine weitere Institution.

Das Thema der kommunalen Zusammenarbeit ist in Italien eine noch vergleichsweise neue und durch sehr heterogene Einzelinitiativen gekennzeichnete Entwicklung. Wegen der Kostenvorteile für die Erstellung öffentlicher Dienstleistungen besteht jedoch ein landesweites, auch von der nationalen Politik getragenes Interesse an der Ausweitung solcher Kooperationen. Seit Anfang des Jahrtausends wurden in diversen Projekten Instrumente für die Verwaltungsmodernisierung, Zusammenarbeit und Strategien für die Aufgabenteilung entwickelt.¹⁰⁷ Die Regierung stellt auf nationaler Ebene ca. 30 Mio. € pro Jahr für die Förderung kommunaler Zusammenschlüsse bereit.

¹⁰⁴ Quelle für diesen Abschnitt v.a. telefonische Auskünfte von Hr. Formiconi, Associazione nazionale comuni italiani, Mai 2012.

¹⁰⁵ Stand Mai 2012, aktuelle Liste unter [http://www.comuniverso.it/index.cfm?Unioni dei Comuni &menu=314](http://www.comuniverso.it/index.cfm?Unioni%20dei%20Comuni&menu=314) und Fondazione ANCI 2011, S. 137

¹⁰⁶ Thematischer Überblick unter [http://www.unioni.anci.it/Contenuti/ Allegati/ quadroUnioniOttobre 2012.pdf](http://www.unioni.anci.it/Contenuti/Allegati/quadroUnioniOttobre2012.pdf)

¹⁰⁷ Etwa Camelot/Camelot Umbria (<http://www.camelot.umbria.it/index.asp?action=progetto>), <http://www.camelot.anci.it/index.asp?action=progetto>), Elios ([http://www.progettoelios.it/security.do?metodo= homepage](http://www.progettoelios.it/security.do?metodo=homepage)) weitere Übersicht bei Ancitel (Beratungsunternehmen des Kommunalverbands ANCI): <http://portale.ancitel.it/page.cfm?p=24&s=106>

Beispiel: Berggemeinschaften

In Italien bestehen ferner so genannte „Berggemeinschaften“ (*comunità montane*)¹⁰⁸ als spezielle kommunale Verwaltungseinheit für dünn besiedelte ländliche Räume. Gegenwärtig ist allerdings anzunehmen, dass die an topographische Bedingungen geknüpften kommunalen Sondereinheiten abgeschafft und stattdessen kommunale Vereinigungen stärker gefördert werden sollen. Das Kriterium der Gebirgslage wird bei den *comunità montane* weit ausgelegt; ferner bestehen in manchen Regionen andere kommunalrechtliche Sonderformen für Randgebiete oder Inseln. Insgesamt zählen etwa 54 Prozent der Landesfläche mit 10 Prozent der Landesbevölkerung zu einer der 221 Gemeinden mit einem solchen Sonderstatus.¹⁰⁹

Der Rahmen für die Einrichtung der *comunità montane* und Festlegung ihrer Aufgaben wird auf nationaler Ebene im Gesetz 227 vom 18.8.2000 „Einheitlicher Rahmen für die kommunalen Gebietskörperschaften“ (Art. 27 und 28, vgl. anon. 2000) festgelegt. Landesweit einheitlich definiert ist der Status der *comunità montana* als zusätzliche Gebietskörperschaft mehrerer Kommunen, die freiwillig ihren Beitritt beschließen, parallel aber als eigene Gemeinden fortbestehen. Wesentliche Anforderung an die Gebietsdefinition ist ein zusammenhängendes, durch Mittel-/Hochgebirgstopographie geprägtes Territorium. Die Mitglieder einer *comunità montana* können auch unterschiedlichen Provinzen angehören. Gemeinden mit mehr als 40 000 Einwohnern sowie Provinzhauptstädte können jedoch nicht Teil einer *comunità montana* sein. Die *comunità* wird durch Gremien gesteuert, denen Vertreter der zugehörigen Gemeinden angehören, hat eine eigene Verwaltung und erhält¹¹⁰ eigene Mittel von den Regionen, deren Umfang sich nach dem Aufgabenspektrum richtet.

Wesentliches Tätigkeitsfeld der *comunità montane* ist das Management der natürlichen Ressourcen ihres Gebiets (Forstwesen und Wasserwirtschaft). Im Bereich der Daseinsvorsorge ist die *comunità montane* insbesondere im Katastrophenschutz (vorbeugende Maßnahmen) tätig, können jedoch auch weitere Aktivitäten entwickeln und sich an nationalen und internationalen Projekten beteiligen.

Ziel der Ausweisung ist nach Art. 28 des Gesetzes 227/2000 die Förderung der sozioökonomischen Entwicklung der jeweiligen Region und damit implizit der Ausgleich der durch die Topographie bedingten Nachteile. Die gemeinsame Arbeit soll die Bewältigung dieser Aufgabe erleichtern. Die *comunità* sind dazu gehalten, in regelmäßigen Abständen Entwicklungspläne aufzustellen, sich mit den übrigen Trägern der Regionalplanung abzustimmen und die ihnen übertragenen weiteren Aufgaben in diesem Sinne zu erledigen. Sie unterliegen der Aufsicht durch die Provinzen. Die Details der Gebietsabgrenzung und der Großteil der inhaltlichen

¹⁰⁸ amtliche Bezeichnung in Südtirol: Bezirksgemeinschaften

¹⁰⁹ Stand Mai 2012, aktuelle Liste unter [http://www.comuniverso.it/index.cfm?Comunità montane&menu=331](http://www.comuniverso.it/index.cfm?Comunità%20montane&menu=331)

¹¹⁰ In der aktuellen Haushaltslage ist der Fortbestand dieser Mittel nicht gesichert.

Festlegungen sind jedoch den Regionen vorbehalten, die diese in ihrer Gesetzgebung auch recht unterschiedlich regeln. Einige Regionen haben diese Organisationsform in der Vergangenheit abgeschafft, andere dagegen neu bzw. wieder eingeführt.

Auf der nationalen Ebene werden die Berggemeinschaften durch den Verband UNCEM (*Unione Nazionale Comuni Comunita' Enti Montani*)¹¹¹ vertreten, der sich neben politischer Lobbyarbeit auch koordinierend im Bereich des Katastrophenschutzes und des Forstwesens betätigt und als Partner in nationalen und internationalen Projekten zu den Tätigkeitsfeldern der Kommunen mitwirkt. Hierzu gehörten in letzter Zeit die Bereiche erneuerbare Energien, Kooperation im Angebot von Verwaltungsdienstleistungen sowie Kultur/Tourismus.

Regionale und kommunale Pläne zur ländlichen Entwicklung

Die in Anwendung der europäischen Regionalpolitik ausgearbeiteten Programme sind das zentrale Beispiel einer „integrierten“ Regionalplanung. Grundlage ist die nationale Strategie für die Regionalentwicklungspolitik (*Piano Strategico Nazionale per la politica di sviluppo rurale*, PSN). Der aktuelle PSN¹¹² thematisiert vorrangig die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume, Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und des Umweltschutzes, sieht darüber hinaus aber auch Handlungsbedarf in der besseren Steuerung der Entwicklung (Governance). Letzteres Handlungsfeld weist Parallelen zu den im vorigen Abschnitt beschriebenen Aktivitäten zur kommunalen Zusammenarbeit und der Verwaltungsmodernisierung auf.

Jede Region entwickelt aus dem PSN ein Programm für die ländliche Entwicklung (*Pro-gramma di sviluppo rurale*, PSR), welches durch weitere Programme auf kommunaler bzw. Provinzebene konkretisiert wird. Die Grobstruktur ist dabei jeweils durch die europäischen Programme vorgegeben. In der noch bis 2013 laufenden Programmperiode werden insgesamt 2410 Projekte finanziert, die sich auf die einzelnen Bereiche wie folgt verteilen:

¹¹¹ http://www.uncem.it/home_uncem.html

¹¹² vgl. <http://www.esportareilterritorio.coldiretti.it/Documenti/PSN%20maggio%202006.pdf>

Maßnahmenfeld	% der Projekte in kleinen Kommunen (< 5000 Einw.)	% aller Projekte
Wahrung des natürlichen, kulturellen und touristischen Erbes	16,6	20,9
Verkehr/Mobilität	1,1	5,0
Energieeffizienz und erneuerbare Energien	26,5	7,5
ökologische Nachhaltigkeit und Umweltschutz	19,3	18,2
Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung	25,9	26,6
soziale Inklusion und Integration	10,2	7,1
Sonstige	0,0	0,8
Gesamtzahl Vorhaben	1241	2410

Abb. 12 --Inhalte Regionalentwicklungsprogramme Italien (Quelle: Fondazione ANCI 2011, S. 125)

Dieser Aufstellung ist zu entnehmen, dass Projekte zur Daseinsvorsorge – die nach dieser Gliederung am ehesten in den Bereichen Verkehr und Soziales zu suchen wären – nur in einem vergleichsweise begrenzten Teil der Vorhaben zu finden sind. Dagegen finden sich in zahlreichen regionalen Programmen Vorhaben, die der Abwanderung und Entvölkerung ländlicher Räume entgegenwirken sollen. In der europäischen Gliederung sind diese üblicherweise den Themenfeldern „Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume“ und „Verbesserung der Lebensqualität“ (Achse 1 bzw. 3) zugeordnet.

Auch andere in Plänen und Strategiedokumenten zur ländlichen Entwicklung enthaltenen Maßnahmen können als Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Region¹¹³ bzw. zur Lösung von mit dem demographischen Wandel verbundenen Fragen angesehen werden, werden in den Dokumenten jedoch nicht unbedingt in diesen Zusammenhang gestellt.

In anderen Regionen werden – im Gegensatz zum nachfolgend dargestellten Beispiel Toskana – zum Teil deutlichere Schwerpunkte in Erhalt und Anpassung der Daseinsvorsorge gesetzt. In der Regel sind diese dem Maßnahmenbereich 321 (*Servizi essenziali per l'economia e la popolazione rurale*) zugeordnet. In den Regionen Lazio und Kampanien werden etwa auch ÖPNV, kulturelle und Freizeiteinrichtungen, Bildungsstätten und lokale Energieversorgung als mögliche Fördersubjekte benannt.

¹¹³ So sieht die Region Basilicata gewisse Maßnahmen im Tourismus- und Kulturbereich als geeignet an, um über Attraktivitätssteigerung der Region weiterer Abwanderung entgegenzuwirken (telef. Auskunft Frau Minardi, Region Basilicata, 11.4.12) - siehe auch Originaldokument (Regione Basilicata, Dip. attività produttive, 2008, S. 122f)

In einer Analyse der italienischen Politik zur ländlichen Entwicklung von 2009 kommt die OECD zu dem Schluss, dass die derzeitigen Konzepte den Anforderungen der lokalen und regionalen Ebenen noch nicht ausreichend gerecht werden (vgl. OECD 2009). Die Kritik bezieht sich u.a. auf eine ungenügende Berücksichtigung von Maßnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft (und damit auch der Daseinsvorsorge) sowie unzureichende Steuerungskapazitäten. In eine ähnliche Richtung zielen auch die Schlussfolgerungen einer 2010 in der Region Kalabrien durchgeführten Studie, die große Verbesserungsmöglichkeiten durch stärker differenzierte, kleinteilige und an die örtliche Situation angepasste Konzepte sieht.

Insgesamt ist auffallend, dass sich die italienischen Aktivitäten stark auf die von der EU zur Verfügung gestellten Instrumente stützen und daher auch deren Terminologie und Aktionsfelder übernehmen. Eigenständige Programme oder Aktivitäten scheinen dagegen nur schwach ausgeprägt.

Programm für die ländliche Entwicklung am Beispiel Toskana

Im beispielhaft analysierten PSR der Region Toskana (Regione Toscana 2007) werden als Bereiche der Daseinsvorsorge Verkehr (Infrastrukturausstattung und Pendlerströme), Kommunikation (Breitbandversorgung ländlicher Räume) behandelt und auch als Handlungsfelder der Regionalentwicklung definiert sowie mit quantitativen Zielwerten für konkrete Indikatoren versehen. Die Darstellungen und Zielformulierungen im Hauptteil des Dokuments beziehen sich jedoch nicht speziell auf ländliche Räume, die Indikatoren werden nur für die gesamte Region dargestellt. Ein kurzer Abschnitt behandelt die spezielle Situation der ländlichen Räume; hier werden vorwiegend Fragen der Landschaftsentwicklung, des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Diversifizierung aufgezählt. Als Bereiche der Daseinsvorsorge werden Katastrophenschutz und Breitbandversorgung genannt.

In der folgenden sektoralen Darstellung werden nähere Ziele festgelegt. Hier wird etwa für den Bereich Verkehr als Oberziel formuliert: „Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität und der intermodalen Integration mit dem Ziel, die Überlastung auf den Hauptachsen zu reduzieren und die Erreichbarkeit und Kohäsion des Territoriums zu verbessern“ (ebd, S.138). Dazu werden sechs „Ergebnisindikatoren“ formuliert, die mit quantitativen Ist- und Zielwerten beschrieben werden, etwa:

- 1) Vergrößerung der Kapazität des Schienengüterverkehrs (Ausgangswert 30 000 t, Zielwert 2013: 180 000 t),
- 2) Ausweitung des Verkehrsangebots mit Straßenbahnen (Ausgangswert 0, Zielwert 2013: 1 235 942 Personenkilometer)
- 3) Ausweitung der potenziellen Nutzer elektronischer Fahrplaninformationen (neues Angebot, Zielwert 2013: 2,9 Mio.)

Eine Differenzierung nach städtischen und ländlichen Räumen ist hier ebenso wenig zu finden wie spezielle Aussagen zum Vorgehen in dünnbesiedelten ländlichen Räumen. Auch der regionale Generalverkehrsplan enthält keine weiteren

Aussagen zu diesem Thema (vgl. Regione Toscana 2003). Eine solche Differenzierung bzw. Konkretisierung bleibt den nachgeordneten kommunalen Programmen vorbehalten.

Weitere Konkretisierung erfolgt in den lokalen Plänen für die ländliche Entwicklung (*Piano Locale di Sviluppo Rurale, PLSR*), die auf Ebene der Provinzen oder für Gruppierungen von Berggemeinschaften erstellt werden. In den exemplarisch ausgewerteten Plänen¹¹⁴ steht die wirtschaftliche Entwicklung stärker im Mittelpunkt als in den regionalen Dokumenten. Die Bevölkerungsentwicklung ist Teil der Situationsbeschreibung, jedoch ohne nähere Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel. Als auf rückläufige Bevölkerung reagierende Maßnahmen werden Schritte zur Erhaltung des Landschaftsbilds und zur Wiederbesetzung aus Altersgründen aufgegebenen Bauernhöfe diskutiert. Infrastrukturausstattung und die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen spielen keine nennenswerte Rolle.

Regionaler Masterplan Gesundheitsdienste der Region Sardinien

Der Masterplan für Gesundheitsdienste in der autonomen Region Sardinien (*Piano regionale dei servizi sanitari 2006-8*) soll hier als Beispiel eines sektoralen Masterplans auf regionaler Ebene vorgestellt werden. Er wird durch die Regionsverwaltung erstellt und beschreibt die Entwicklung des Gesundheitswesens. Entsprechend der in Italien fehlenden organisatorischen Trennung zwischen ambulanter und stationärer Medizin werden beide Bereiche behandelt, ferner ein Teil von Pflegeleistungen und Betreuungsangeboten für Rehabilitation u.ä. Auch die Organisation des Rettungsdienstes ist Teil des Dokuments.

Der Plan enthält quantitative Vorgaben für die medizinische Versorgung für Sardinien insgesamt und für die einzelnen Bezirke des staatlichen Gesundheitsdienstes (*Aziende sanità locale, ASL*). Für die Versorgung werden auf gesamtstaatlicher Ebene Zielwerte festgelegt; die Ziele der Region Sardinien weichen davon zum Teil wegen der Topographie und der Insellage mit einer höheren Versorgungsdichte ab.

Ziel ist ein qualitativ und quantitativ „homogenes Angebot“. Für die Krankenhausplanung wird ein Standortssystem unterschiedlicher Ausstattungsgrade in einem hierarchischen „hub and spoke“-System angestrebt.

Um auch in dünnbesiedelten Regionen ein Basisangebot vorhalten zu können, entwickelt der Plan das Konzept der „Gemeindekrankenhäuser“



¹¹⁴ Betrachtet wurden die Pläne der Bereiche Siena, Arezzo und Livorno (inkl. Insel Elba), verfügbar über http://svilupporurale.uncemtoscana.it/index.php?option=com_fabrik&view=tabelle&tableid=4&calculations=0&fabriklayout=&Itemid=50. Die Bedeutung Inhalte variieren zwischen den Dokumenten.

(*ospedale di comunità*, nach englischem Vorbild). Kleinere traditionelle Krankenhäuser sollen in eine solche Einrichtung umgewandelt werden, die die Lücke zwischen heimischer und stationärer Behandlung schließen sollen. Damit soll auch auf steigende Zahlen chronisch kranker Patienten reagiert werden. Elemente eines „*ospedale di comunità*“ sollen sein:

- begrenzte Zahl stationärer Behandlungsplätze für nicht-akute, chronisch kranke, Re-konvaleszenz- und Patienten im letzten Lebensabschnitt
- Aufwertung des Stellenprofils des Pflegepersonals
- ambulante ärztliche Versorgung (Allgemeinmedizin, Augenarzt, Chirurgie, Psychiatrie, tlw. weitere)
- Diagnostik (Radiologie, EKG, Labor, Echografie)
- Dienststelle für häusliche Pflegeleistungen
- Büro des Gesundheitsdienstes

5.3.7 Norwegen

Das Strategieprogramm *Bolyst* („Wohnlust“) beinhaltet Ideen für Zuwanderung. Ziel ist es, die Niederlassungsfreiheit zu sichern sowie ländliche Kommunen für Zuwanderung attraktiv zu gestalten.

Den Rahmen bilden eine anteilige Finanzierung innovativer Projekte (32 Millionen Norwegische Kronen staatliche Förderung in 2012) und ein Ideenwettbewerb, bei dem das Augenmerk auf Vorschlägen „von unten“ liegt. Allein in 2011 wurden 183 Anträge gestellt und 44 Förderungen genehmigt.

Die Themenschwerpunkte bilden:

- Integration und interkulturelle Arbeit
- lokale Arbeitsmarktentwicklung
- Wohnungsmarkt
- soziale Infrastruktur/Gemeinwesen
- Konzepte für öffentliche Dienste in kleinen Gemeinden

Das „Wohnlust-Programm“ ist insbesondere interessant wegen seiner thematischen Offenheit und Breite der möglichen Vorschläge – wenngleich im Jahr 2012 thematische Schwerpunkte in die Ausschreibung gesetzt wurden. Angesichts der hohen Zahl an teilnehmenden Kommunen ist ein großes Interesse erkennbar. Daseinsvorsorge im engeren Sinn wird nur teilweise angesprochen, das Beispiel zeigt aber dennoch die hohe Bedeutung weicher Faktoren bei Zuwanderung und Förderung örtlicher Identität (vgl. Darstellung von Einzelprojekten in Kapitel 5.4).

5.3.8 Schweden

*Regionale Dienstleistungsprogramme*¹¹⁵

Regionale Dienstleistungsprogramme (RSP, Regional Service Programmes) existieren in ihrer jetzigen Form seit 2009 und gelten für den Zeitraum 2010 bis 2013. Ähnliche Instrumente bestanden jedoch auch schon vorher. Im Zentrum der RSP stehen freiwillige Kooperationen öffentlicher, privater sowie zivilgesellschaftlicher Partner. Sie beruhen wesentlich auf Idee, ausgewählte private Akteure wie etwa örtliche Geschäftsinhaber oder Tankstellen gezielt zu unterstützen und dadurch zu erhalten dass weitere Serviceleistungen in ihr Angebot integriert werden. Die Gemeinden erhalten für diesen Konsolidierungs- und Integrationsprozess nationale Unterstützung. Die Aktivitäten werden auf nationaler Ebene durch die „Wachstumsagentur“ – Tillväxtverket (vgl. Kap. 5.2.9 und 5.4.7) und auf regionaler Ebene über die RSP konzipiert und koordiniert.

Von den 21 Provinzen (Län) haben bereits alle bis auf eine Pläne für die Ausgestaltung vorgelegt. Dabei sind die Verfasser unterschiedlich: zum Teil Einzelpersonen aus der Provinzverwaltung, zum Teil sind die Pläne in einem partizipativen Prozess zwischen Kommunen und weiteren beteiligten Akteuren entstanden. Auch der Aufwand für die Erstellung ist verschieden; zwar sollten vor allem die weniger engagierten Regionen die Hilfe der Agentur in Anspruch nehmen, dies lässt sich jedoch nicht verordnen.

Wie die Verfasser unterscheiden sich auch die Inhalte der RSP. Diverse Daseinsvorsorgebereiche werden diskutiert. Sogenannte „development groups“ und freiwillige Engagements bilden einen wichtigen Bestandteil der Projekte, wenngleich auch Kooperationen auf kommerzieller Basis mitwirken. Die Programme sollen zumeist Dienstleistungsangebote koordinieren, vor allem in dünn besiedelten Regionen ist dies von hervorzuhebender Bedeutung.

Pilotprojekte können durch die Wachstumsagentur ebenfalls eine Förderung erhalten. Eine Leitlinie ist dabei, dass die Projekte voneinander lernen sollen. Die Agentur veranstaltet zwei- bis dreimal jährlich Treffen mit den Regionen und bietet Seminare, Konferenzen etc. zur Förderung des Austauschs und der Weiterbildung an. Eine Förderung wird meist von Gemeinden oder Regionen beantragt, ist aber auch offen für lokale Gruppen und Unternehmen.

Die Zukunft der RSP ist noch ungewiss. Sie werden evaluiert durch die *Swedish Agency for Growth Policy Analysis (Tillväxtanalys)*.¹¹⁶ Auf Basis ihrer Empfehlungen entscheidet die Regierung, ob die RSPs nach Ablauf der Periode weiter betrieben werden.

¹¹⁵ Quelle für diesen Abschnitt sind i.W. telefonische und Mailauskünfte von Frau Lidgren, Tillväxtverket im Jahresverlauf 2012.

¹¹⁶Vgl. Swedish Agency for Growth Policy Analysis: <http://www.tillvaxtanalys.se/en>.

5.3.9 Spanien

Das Gesetz Ley para el desarrollo rural sostenible del medio rural (Gesetz für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums) wurde 2007 erstellt und zielt auf die verbesserte Kohäsion der ländlichen Regionen. Aufgrund seiner Ansätze und vorgeschlagenen Vorgehensweisen gilt das Gesetz als ein innovatives Instrument.¹¹⁷

Mit dem Gesetz verpflichtet sich die spanische Regierung zur Ausarbeitung einer nationalen Politik der ländlichen Entwicklung welche eine möglichst große Komplementarität zu den europapolitischen Instrumenten aufweisen soll. Das Gesetz dient der Fortsetzung der Diversifizierung der Wirtschaft, der Gestaltung einer Politik der nachhaltigen Entwicklung sowie dem Erhalt und der Verbesserung der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung. Ein Schwerpunkt liegt bei der Förderung der Chancengleichheit.

Die Entwicklung und Umsetzung erfolgt unter der Koordination der verschiedenen Ministerien und der regionalen Regierungen. Das Basisinstrument für die Umsetzung dieser neuen spanischen Politik für den ländlichen Raum ist das Programm Nachhaltige Ländliche Entwicklung (PDRS). Das erste Programm für den Zeitraum 2010 bis 2014 wird derzeit in jenen ländlichen Gebieten, wo bereits konkrete Initiativen und Investitionen zu finden sind, durchgeführt. Das Hauptziel der PDRS ist die Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation und Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung, z.B. durch die Schaffung quantitativ ausreichender und qualitativ hochwertiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die Sicherung des Zugangs zu diesen Einrichtungen.

Der Plan definiert die ländlichen Gebiete als einen geographischen Raum, der sich aus Gemeinden oder Städten mit einer Bevölkerung von weniger als 30 000 Einwohnern und einer Dichte von weniger als 100 Einwohnern pro Quadratkilometer zusammensetzt. Die ländlichen Gebiete werden in Kategorien nach ihren jeweiligen Eigenschaften unterteilt.

- Die erste Kategorie „neu zu beleben“ umfasst Regionen mit den Merkmalen: geringe Bevölkerungsdichte, signifikanter Agrarsektor, niedriges Einkommensniveau und starke geografische Isolation.
- Die zweite Kategorie „intermedium“ betrifft Regionen mit den Merkmalen niedrige bis mittlere Bevölkerungsdichte, ausgewogene Struktur des Arbeitsmarkts hinsichtlich der drei Wirtschaftssektoren, mit niedrigen oder mittleren Einkommen und große Entfernungen von städtischen Agglomerationen.
- Die dritte und letzte Kategorie „peri-urbans“ nimmt Bezug auf Regionen mit den Merkmalen: wachsende Bevölkerung, überdurchschnittlich ausgeprägter dritter Sektor, hohe Anzahl mittlerer oder höherer Einkommen und Nähe zu städtischen oder dicht besiedelten Räumen.

¹¹⁷Ministerio de Agricultura, Alimentación y Medio Ambiente de España, 2007

In den folgenden Regionen wurde das Gesetz bislang umgesetzt:

- *Extremadura*: Für die Umsetzung des Gesetzes wurde die ländliche Region in zwölf Zonen unterteilt. Für jede dieser Regionen wurde eine Situationsanalyse durchgeführt. Das gesamte Investitionsvolumen betrug etwa 174 Millionen Euro und wurde jeweils zu 50 Prozent von der regionalen Regierung und dem Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und maritime Angelegenheiten finanziert.
- *Aragón*: In Aragón wurden jene Gebiete, die sich aufgrund ihrer Merkmale als Zielregionen des Gesetzes begreifen lassen, als „Comarcas“ („Gebiete“) definiert. Die begriffliche Abgrenzung dient der Unterscheidung zu anderen ländlichen Regionen, in denen das Gesetz keine Anwendung finden soll. In der Absicht, partizipative Prozesse bzw. die soziale Teilhabe zu stärken, wurde in Aragón ein Rat für Fragen des ländlichen Raumes auf regionaler Ebene sowie in jeder der Regionen ein Comarcal (Ausschuss) geschaffen.

Das regionale Entwicklungsprogramm der Extremadura 2007–2013¹¹⁸

Der „Plan für ländliche Entwicklung“ (Plan de Desarrollo Rural, PDR) gilt als ein wichtiges Instrument, um die territoriale Ausgewogenheit für eine Region wie Extremadura, wo 60 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben, zu erreichen. Der Plan konzentriert sich auf Programme zur Förderung der Landwirtschaft, der Umwelt und der ländlichen Entwicklung. Es wird angestrebt, eine bessere Lebensqualität zu ermöglichen sowie attraktive Arbeitsplätze zu schaffen als wesentliche Voraussetzungen für die Ansiedlung von neuen Bewohnern. Die Ziele gliedern sich in vier Aktionsachsen, die unter dem Oberziel einer starken, wettbewerbsfähigen und autarken ländlichen Region stehen.

Die erste Achse beinhaltet die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, die Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Regionen hinsichtlich ihrer geografischen Eigenschaften bieten können, die Ausnutzung menschlichen Potenzials im Hinblick auf die Entwicklung einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft sowie die Qualitätssicherung landwirtschaftlicher Produktion. Im Rahmen dieser Schwerpunkte soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt und Mehrwert erzeugt bzw. generiert werden.

Die zweite Achse ist dem Umwelt- und Naturschutz des ländlichen Raumes gewidmet. In Anbetracht dessen, dass Extremadura zu den europäischen Regionen mit hoher Artenvielfalt zählt, liegt die Betonung auf einer nachhaltigeren Nutzung der Landwirtschaft, auf dem Erhalt der Artenvielfalt, auf dem Schutz der natürlichen Zonen und auf der Regeneration des Waldes.

Die Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaft in ländlichen Gebieten ist das zentrale Thema der dritten Achse. Um dies zu erreichen wurden mehrere

¹¹⁸ Zu diesem Abschnitt vgl. Gobierno de Extremadura (2007)

Strategien formuliert im Hinblick auf die Stärkung des territorialen Zusammenhalts, die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Allen Bewohnern der Region sollen deshalb die gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten, Dienstleistungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um Projekte in ihrer Ortschaft umsetzen zu können gleich den Möglichkeiten in städtischen Räumen.

Einige Maßnahmen zielen auf die Diversifizierung der nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, beispielsweise auf die Förderung von Zuwanderung. Andere Maßnahmen dienen der Schaffung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen im ländlichen Raum und damit gleichzeitig der Förderung unternehmerischer Selbstständigkeit. Zielgruppe sind vor allem der hohe Anteil junger Menschen sowie Frauen im ländlichen Raum. Darüber hinaus können durch touristische Aktivitäten Freizeitinfrastrukturen gefördert sowie die Grundversorgung für Wirtschaft und Bevölkerung gesichert werden. Auch die Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur kann davon profitieren.

Außerdem beabsichtigt der Plan, die wirtschaftlichen und sozialen Akteure in den ländlichen Räumen mit Information und Aufklärung zu unterstützen. Dies kann durch den Ausbau von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Enterprise-Management-Unterricht vor allem für die junge Bevölkerung und Frauen im ländlichen Raum erreicht werden. Diese Maßnahmen fördern die Ausarbeitung und Umsetzung einer neuen lokalen Entwicklungsstrategie und ermöglichen der ländlichen Bevölkerung neue Kompetenzen, so wie auch neue Kapazitäten frei gesetzt werden.

Die dritte Achse ist in mehrere Unterbereiche eingeteilt. Von diesen nimmt der zweite ausdrücklich Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und die grundlegende Infrastruktur in ländlichen Gebieten. Die Hauptziele sind die Errichtung von Tagesstätten für ältere und behinderte Menschen, die Remote-Betreuung und die Einrichtung von Kindergärten sowie Freizeit- und Unterhaltungsmöglichkeiten.

Die vierte Achse sieht die Implementierung eines für die lokale Verwaltung geeigneten Managementmodells von unten nach oben (LEADER-Methodik) vor. Diese erlaubt die Unterstützung derjenigen Akteure, die im ländlichen Raum leben und arbeiten und in der Regel die besten Kenntnisse darüber besitzen, welche Strategien zu entwickeln sind, um Bevölkerung und Umwelt bestmöglichst fördern zu können. Diese Achse wird zur Finanzierung der Aktivitäten der 24 lokalen Aktionsgruppen in der Extremadura herangezogen. Die lokalen Aktionsgruppen sind für das Management und die Umsetzung fast aller der in Achse Nr.3 genannten Maßnahmen verantwortlich.

Das operative Programm 2007-2013 umfasst 1.188.306.580 Euro für die Maßnahmen im Bereich der ländlichen Entwicklung. 779.839.000 Euro davon werden durch europäische Mittel (ELER), deren Umfang sich nach der Anzahl der Ein-

wohner bemisst. Der andere Anteil der Finanzierung stammt aus der nationalen und regionalen Regierung. Die Verteilung der Gelder orientiert sich an den Prioritäten, die die Landesregierung im Rahmen ihrer Politik der ländlichen Entwicklung gesetzt hat. 47 Prozent der Gelder werden für den Bereich der 1. Achse verwendet, 37 Prozent für Achse 2, knapp 3 Prozent für Achse 3 und fast 12 Prozent für Achse 4.

Im Programm für die ländliche Entwicklung der Extremadura sind mehrere Abteilungen der Junta de Extremadura (Regionalregierung), insbesondere das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, das Ministerium für öffentliche Verwaltung und Finanzen, das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Innovation und das Ministerium für Industrie, Energie und Umwelt als direkte Verwaltung der PDR beteiligt. Daneben verwalten die 24 lokalen Aktionsgruppen (LAG) 114.000.000 Euro für die Durchführung der Programme in ihrer Region.

Das regionale Entwicklungsprogramm ARAGON (PDR 2007-2013)¹¹⁹

Die Programme zur ländlichen Entwicklung in Aragon haben die ökologische und sozio-ökonomische Nachhaltigkeit der ländlichen Gebiete sowie den Zusammenschluss/ besseren Zusammenhalt von regionalen Territorien zum Gegenstand. Zentrales Anliegen ist es zudem, den Prozess der Entvölkerung weitestgehend aufzuhalten. Übergeordnete Ziele bilden die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors, die Hebung der Attraktivität des ländlichen Raumes mit besonderem Augenmerk auf dessen sozio-ökonomische Merkmale sowie der Umweltschutz in den betreffenden Regionen.

Das Programm ist ebenfalls in vier Achsen unterteilt. Die erste sieht Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Human- und Sachkapital in landwirtschaftlichen Sektoren vor. Ein Schwerpunkt liegt z.B. auf der Produktion landwirtschaftlich hochwertiger Waren. Im Rahmen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Forst- und Landwirtschaft erwägt eine Maßnahme die Ansiedlung von jungen Landwirten.

Die zweite Achse bezieht sich auf Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen sowie darauf, die als wertvoll betrachteten traditionellen landwirtschaftlichen Systeme und die Kulturlandschaften des ländlichen Raums zu bewahren.

Die dritte Achse umfasst Maßnahmen, die sich an der Entwicklung lokaler Infrastrukturen sowie an Humankapital in ländlichen Regionen orientieren mit dem Ziel, die Bedingungen für das Wachstum zu verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Bereichen sowie gleichzeitig die wirtschaftliche Diversifizierung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten zu fördern.

¹¹⁹ Zu diesem Abschnitt vgl. Gobierno de Aragon (2007)

Die dritte Achse ist Ausdruck der Notwendigkeit, ein gleiches Niveau der Lebensqualität im ländlichen wie im städtischen Raum als eine der wichtigsten Herausforderungen der ländlichen Entwicklung zu sehen. Um dies zu erreichen, liegt das Augenmerk auf der Verbesserung der Infrastruktur und Grundversorgung in ländlichen Agglomerationen als einem wesentlichen Beitrag zur ländlichen Entwicklung. Diese Maßnahmen gelten als entscheidend für die Attraktivität des ländlichen Raumes und damit zur Bekämpfung der gegenwärtigen Schrumpfungprozesse. Die Kosten für die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Regionen nehmen 6,5 Prozent des Gesamthaushalts in Anspruch.

Dies deckt die Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung, die Bemühungen im Hinblick auf die demographische Entwicklung, den Schutz und die Modernisierung des ländlichen Erbes sowie die Information und Aufklärung der Wirtschaftsakteure ab. Letztere erarbeiten ihre Wirtschaftskonzepte im Rahmen der Optionen, welche die dritte Achse ihnen bietet. Im Zuge der ersten Maßnahme, welche die Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung beinhaltet, wurden verschiedene Mittel in Erwägung gezogen, etwa

- der Zugang zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien,
- der Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Kindergärten, Altenheime, Remote Care, Kultur, Bibliotheken,
- die Installation mehrerer Dienste, Sportzentren
- sowie wirtschaftliche Dienstleistungen wie Märkte, öffentliche Verkehrsmittel usw.

Der vierte und letzte Achse bezieht sich wiederum auf Innovationen im Bereich Governance mit den Möglichkeiten, die ein lokaler, kooperativer Ansatz der ländlichen Entwicklung bietet (Anwendung der LEADER-Methode, s.o.).

5.3.10 Tschechien

Strategieplan zur ländlichen Entwicklung

Im tschechischen Nationalen Strategieplan (NSP) ist die Politik für die ländliche Entwicklung, welche vom Ministerium für Landwirtschaft verwaltet wird, in einem einzigen, für das gesamte Land gültigen Programm definiert. Die Strategie für ländliche Entwicklung beruht auf den wichtigsten EU-Prioritäten (Lissabon, Göteborg) mit Schwerpunkt auf der Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Schaffung von Arbeitsplätzen und einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung.

Die strategischen Ziele des tschechischen Programms für die ländliche Entwicklung richten sich hauptsächlich auf die wesentlichen Faktoren, die die Entwicklung des ländlichen Raums behindern, und befassen sich zugleich mit langfristigen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der ungünstigen demografischen Entwicklung ländlicher Räume. Zu den strategischen Zielen gehören:

- Mobilisierung personeller, finanzieller, physischer und natürlicher Ressourcen in ländlichen Räumen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu verbessern;
- Diversifizierung der Agrarrohstoffproduktion zu hochwertigen Nahrungsmitteln, traditionelles Handwerk, Tourismus im ländlichen Raum und andere, wettbewerbsfähigere nicht-landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen;
- Verbesserung der ländlichen Umwelt, des Naturerbes und der Forstbewirtschaftung;
- Verbesserung der Infrastruktur und der sozialen Dienste im ländlichen Raum und der Lebensqualität im Allgemeinen;
- Schaffung von Arbeitsplätzen, Stabilisierung der Landbevölkerung sowie Erzeugung und Verbrauch erneuerbarer Energien.

Strategie zur Regionalentwicklung der Tschechischen Republik 2007-2013¹²⁰

Das Ministerium für Raumentwicklung (*Ministerstvo pro místní rozvoj ČR*), das unter anderem für die Regionalentwicklung zuständig ist, fertigt alle sechs Jahre die Strategie zur Regionalentwicklung der Tschechischen Republik an. Die Strategie ist das Mittel zur Realisierung von Regionalpolitik und koordiniert die Auswirkungen anderer öffentlicher Politiken auf die Regionalentwicklung. Sie knüpft an weitere strategische Papiere der Tschechischen Republik an. Hierbei sind insbesondere die Nachhaltigkeitsstrategie, die Strategie für ökonomisches Wachstum und die Politik der Raumplanung und -entwicklung des Ministeriums für Raumentwicklung zu nennen.

¹²⁰ Vgl.: <http://eagri.cz/public/web/mze/dotace/program-rozvoje-venkova-na-obdobi-2007/programove-dokumenty>.

Die Strategie ist ein Rahmendokument sowohl für die Erstellung regionaler Entwicklungsstrategien als auch für die Anwendung einzelner Instrumente im Rahmen der Implementierung der Regionalpolitik und bei der Vorbereitung und Abrufung von Mitteln aus Europäischen Fonds. Die Strategie zur Regionalentwicklung ist keine Grundlage für die direkte Vergabe von Mitteln aus Strukturfonds, sondern bildet den Ausgangspunkt für die Vorbereitung regionaler Entwicklungsprogramme und für die Formulierung von regionalen Zugängen im Rahmen von sektoralen Politiken und Programmen, was auch operative Programme in Strukturfonds beinhaltet.

Das globale Ziel der Strategie 2007-2013 ist die ausgeglichene, harmonische und nachhaltige Entwicklung der Regionen, welche zu einer Erhöhung der Lebensqualität führen soll. Dieses globale Ziel soll durch drei strategische Ziele erreicht werden:

- 1) Entwicklungsbezogenes Ziel: Erhöhung ökonomischer, ökologischer Potenziale, der Konkurrenzfähigkeit und sozialer Standards der Regionen der Tschechischen Republik auf ein Niveau, das vergleichbar ist mit dem entwickelter Mitgliedsstaaten der EU;
- 2) Unterschiedsbezogenes Ziel: Verminderung unangemessener Unterschiede zwischen den Regionen und Ausnutzung der spezifischen Potenziale;
- 3) Instrumentelles Ziel: institutionelle und finanzielle Gewährleistung der Strategie.

Insgesamt sind in der Umsetzung der Strategie acht prioritäre Bereiche zu berücksichtigen, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind.

Prioritäre Bereiche	Prioritäten
1. Europäischer/ volkswirtschaftlicher strategischer Rahmen	1.1 Institutionelles System der Unterstützung der regionalen Entwicklung und regionaler Zusammenarbeit
	1.2 Leistungsfähige und effektive öffentliche Verwaltung
	1.3 Gewährleistung finanzieller Mittel der Regionalpolitik
2. Regionale Wirt- schaft	2.1 Schaffung von Bedingungen für eine dynamische Regional- entwicklung
	2.2 Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit von KMUs
	2.3 Unterstützung von Forschung und innovativer Unterneh- mungen in den Regionen
	2.4 Schaffung von Arbeitsplätzen
3. Menschen und Be- siedlung	3.1 Unterstützung von Investitionen und Humankapital
	3.2 Siedlungsstruktur und Wohnen
	3.3 Sozialer Zusammenhalt in den Regionen basierend auf Chancengleichheit
	3.4 Entwicklung und Regeneration von Städten
4. Infrastruktur	4.1 Sicherstellung einer regionalen und überregionalen Ver- kehrsanbindung
	4.2 Sicherstellung qualitativer regionaler, zwischenregionaler und überregionaler Verkehrsdienste
	4.3 Entwicklung energetische Verbundnetze, regionale Umset- zung
	4.4 Entwicklung von Informationstechnologien in den Regionen
5. Natur, Landschaft und Lebensumfeld	5.1 Schutz des Lebensumfeldes inkl. der Natur
	5.2 Sparsamer Umgang mit natürlichen und energetischen Res- ourcen
	5.3 Umweltbildung und Beratung
6. Tourismus	6.1 Organisation und Management von Fremdenverkehr
	6.2 Entwicklung von touristischer Infrastruktur
	6.3 Entwicklung touristische Produkten Dienstleistungen
7. Kultur	7.1 Organisation und Führung kultureller Aktivitäten
	7.2 Entwicklung kultureller Infrastruktur und kultureller Dienst- leistung
	7.3 Pflege und Nutzung von Denkmälern und Gedenkstätten
	7.4 Bildung und Informiertheit
8. Problemgebiete	8.1 Erhöhung der ökonomischen Leistung von Problemgebieten
	8.2 Interventionen auf dem Arbeitsmarkt in Gebieten mit un- verhältnismäßig hoher Arbeitslosigkeit
	8.3 Unterstützung bei der Lösung spezifischer Probleme ländli- cher und peripherer Gebiete

Abb. 13: Schwerpunktthemen der Strategie zur Regionalentwicklung der Tschechischen Republik.

Vgl.: <http://eagri.cz/public/web/mze/dotace/program-rozvoje-venkova-na-obdobi-2007/programove-dokumenty> (eigene Darstellung).

Strategie zur Regionalentwicklung der Tschechischen Republik 2014-2020¹²¹

Die in Entwicklung befindliche Strategie zur Regionalentwicklung 2014-2020 legt ihren Schwerpunkt auf die Koordination der Regionalpolitik und hierbei insbesondere auf die Berücksichtigung neuer Faktoren, die Auswirkung auf die Regionalentwicklung haben (demografische Veränderungen, regionaler Zusammenhalt, integrierte Vorgehensweisen, Zugänglichkeit von Diensten, etc.). Um diese Ziele zu erreichen soll zum einen ein weites Spektrum der Instrumente der Regionalentwicklung genutzt werden und zum anderen ist es erforderlich, alle relevanten Akteure einzubeziehen.

Des Weiteren existieren in der Tschechischen Republik 134 registrierte lokale Aktionsgruppen, die das wichtigste Element zur Umsetzung des Leader-Ansatzes bilden. Ihr Verantwortungsbereich umfasst die Ausarbeitung lokaler Strategien, die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Interessengruppen sowie die Prüfung und Genehmigung der einzelnen Leader-Projekte.

Nationales Programm zur Vorbereitung des Alterns

Das Programm *Národníprogrampřípravy na stárnutí* des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten soll aufgrund des demografischen Wandels eine bessere Situation für das Altern und ältere Menschen schaffen. Ziel ist es, die Solidarität und den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu unterstützen sowie die Aufmerksamkeit für die Situation älterer Menschen und ihre Schwierigkeiten und Bedürfnisse zu erhöhen.

Um diese Ziele zu erreichen ist die langfristige Zusammenarbeit von NROs, Kirchen, einer interessierten Öffentlichkeit, wissenschaftlicher und Bildungseinrichtungen, Sozialpartner und weiterer Teile der Gesellschaft vorgesehen.

- Grundlegende Prinzipien:
 - Ganzheitlicher Ansatz
 - Partnerschaft von nationaler und regionaler/ kommunaler Ebene
 - Stärkung der generationenübergreifenden Bindungen
 - Besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte und verletzte Gruppen
 - Geschlechtergerechtigkeit
 - Dialog mit der Zivilgesellschaft und Sozialpartnern
 - Die Verantwortung des Individuums und der Gesellschaft
 - Verringerung sozialer und geografischer Unterschiede
 - Politik auf der Grundlage von Fakten
 - Ehrlichkeit
 - Informiertheit und Mainstreaming

¹²¹ Vgl.: <http://mmr.cz/cs/Ministerstvo/Ministerstvo/Pro-media/Tiskove-zpravy/2012/MMR-Zakladni-obrysy-budouciho-programoveho-2014-20>.

- Strategische Prioritäten:
 - Aktives Altern
 - Eine auf das Altern angepasste Umwelt und Gesellschaft
 - Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Alter
 - Unterstützung von Familie und Pflege
 - Unterstützung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und der Schutz der Menschenrechte

Wie aus den zuvor dargestellten Prinzipien und Prioritäten deutlich wird, spielt die Daseinsvorsorge nur eine geringe Rolle. Ein damit zusammenhängendes Angebot von integrierten Dienstleistungen wird in dem Programm nicht thematisiert. Im Rahmen der zweiten strategischen Priorität „Eine auf das Altern angepasste Umwelt und Gesellschaft“ wird betont, dass der Zugang und die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs, Wohnraums, der Gesundheitsversorgung und sozialer Dienste wichtige Faktoren für ein unabhängiges, sicheres und aktives Leben im Alter sind.

Bei der Betrachtung der Umsetzung der strategischen Prioritäten wird deutlich, dass durch Schaffung gesetzlicher Rahmen insbesondere die Sicherstellung der Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum verfolgt wurden. Darüber hinaus wird auch der Einsatz von AAL-Konzepten (Ambient Assisted Living) thematisiert. Des Weiteren wurden Informationsprogramme aufgelegt sowie die Erweiterung des barrierefreien Fuhrparks im ÖPNV (Anschaffung von 70 Niederflurbussen) und die Installation von 9 Informationssystemen für schwerhörige und sehbehinderte Personen in öffentlichen Nahverkehr unterstützt.

Zurzeit werden die Prioritäten des Programms für den kommenden Zeitraum 2013-2017 festgelegt. Die Prioritätensetzung befindet sich noch in der Diskussionsphase; bisher sind folgende Themen als vorrangig eingestuft worden:

- Beschäftigung von älteren Personen und Rentnern
- Lebenslanges Lernen
- Freiwilligenarbeit
- Gesellschaftliche Partizipation von Senioren
- Gesundes Altern
- Lebensqualität.

Freiwilligenarbeit

Die Freiwilligenarbeit blickt in der Tschechischen Republik auf eine lange Tradition zurück; ihre Wurzeln reichen bis in die Zeit der Nationalen Wiedergeburt und der ersten Republik nach 1918. Ehrenamtlich tätige Menschen sind vor allem in nicht profitorientierten Nichtregierungsorganisationen tätig, die nach 1989 neben der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit auch die Freiwilligenarbeit, die in einer Reihe von Ländern als selbstverständlicher Teil des Lebens angesehen wird, als eine Bürgertugend rehabilitierten.

Am meisten werden Freiwillige heute in den Gebieten Ökologie sowie humanitäre Hilfe und Menschenrechte eingesetzt, weiterhin in den Sektoren Sozialarbeit und Gesundheitswesen und anderen Bereichen von Kultur, Sport, Bildung und Kinder- und Jugendarbeit.

Immer öfter allerdings gibt es auch Freiwilligenarbeit in Firmen. Eine Reihe von Firmen und Plattformen versuchen, sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen. Der allgemeine Trend der gemeinnützigen Arbeit zeigt einen allmählichen Anstieg der sich in diesem Bereich engagierenden Menschen, andererseits steigt aber auch die Anzahl von unterstützungsbedürftigen Personen und Bereichen, in welchen diese Hilfe benötigt wird.

Es gibt in der Tschechischen Republik Freiwilligenzentren, die sich auf die Organisation von Freiwilligenarbeit spezialisiert haben, die mit anderen Non-Profit-Organisationen zusammenarbeiten, mit dem Ziel, so viele Bürger wie möglich bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen zu engagieren und gleichzeitig nützliche Informationen über die Freiwilligenarbeit in ihrer Region zu geben.¹²²

5.3.11 Japan¹²³

Die *National Spatial Strategy* (räumliche Entwicklungsstrategie) Japans aus dem Jahr 2008 enthält grundlegende Richtlinien, auf deren Basis politische Maßnahmen in allen Ministerien und Behörden sowie Kommunen umgesetzt werden sollen. Zehn Regionen haben auf dieser Grundlage und in Absprache mit dem *Ministry of Land, Infrastructure and Tourism* (MLIT) sowie relevanten regionalen Organisationen (regionale Büros der nationalen Ministerien und Behörden, lokale Regierungen und privater Sektor) ihre eigenen Raumplanungsziele entwickelt.

Eine solche regionale Planung ist auch für den Umgang mit abgelegenen ländlichen Gebieten geplant. Ziel ist, solche Gebiete zu aktivieren und im Einklang mit regionalen Aspekten zu entwickeln. Allerdings sind die Inhalte dieser regionalen Pläne allgemeiner gehalten; es handelt sich nicht um konkrete Aktionspläne.

Basierend auf diesem grundlegenden politischen Rahmen, erörterte der Rat für Nationale Landesentwicklungspolitik des MLIT die „Agenda für Gemeinden in ländlichen Gebieten“ und erstellte einen Bericht, der grundlegende Handlungsrichtlinien enthält. Dem Bericht zufolge ist es beispielsweise empfehlenswert, so genannte Stützpunkte mit Grundfunktionen festzulegen, um eine nachhaltige Bereitstellung von lebenserhaltenden Funktionen in ländlichen Gebieten mit schneller Entvölkerung und Überalterung zu sichern. Diese Stützpunkte sollen einer

¹²² Zu diesem Abschnitt vgl.: www.dobrovolnik.cz, Weitere Informationen über Freiwilligenarbeit – wo und wie man ehrenamtlich tätig werden kann und <http://www.czech.cz/de/Arbeit-Leben/Wie-es-hier-funktioniert/Freiwilligenarbeit-in-der-Tschechischen-Republik>

¹²³ Dieser Abschnitt beruht auf unveröffentlichten englischsprachigen Zusammenfassungen der Raumentwicklungsstrategie, die im Rahmen der Recherche vom MLIT zur Verfügung gestellt wurden.

Bevölkerungszahl von etwa 2000 bis 5000 Einwohner abdecken und dadurch den Zugang zur Grundversorgung in den umliegenden Gemeinden sichern.

Eines der gravierendsten Probleme in den abgelegenen ländlichen Gebieten Japans ist der Mangel an personellen Ressourcen. Die japanische Regierung hat zwar versucht, „neue öffentliche Gruppen“ wie Non-Profit-Organisationen zu unterstützen und Anreize zur Revitalisierung durch öffentlich-private Partnerschaften (PPP) zu setzen, diese blieben jedoch ohne große Resonanz. Ferner sind die Zuständigkeiten recht komplex: So haben viele Ministerien und Behörden ein Mandat, um in ihrem eigenen Aufgabenbereich Unterstützung bei der Reaktivierung ländlicher Gebiete zu leisten¹²⁴. Eine Koordinierung gestaltet sich vor diesem Hintergrund umso schwieriger.

5.3.12 Australien

Das Programm „Entwicklung des ländlichen Raums Australien“ (*Rural Development Australia, RDA*)¹²⁵ ist eine Initiative der Regierung, an der alle Regierungsebenen beteiligt sind, um die Entwicklung der Regionen zu verbessern. Hierzu arbeiten sie über ein nationales Netz von 55 RDA-Ausschüssen mit Vertretern der Kommunen zusammen. Der RDA baut nicht nur Partnerschaften auf, um Strategien zu entwickeln und nachhaltige Infrastruktur und Dienstleistungen für die Regionen zu liefern, sondern auch, um partizipativ zu arbeiten und übergreifende Probleme zu identifizieren. Ihre Hauptaufgaben sind: Beratung, der Dialog mit Gemeinden, die Förderung von und die Teilnahme an regionalen Programmen, die Unterstützung von Initiativen sowie die Information zum Thema regionale Planung.

RDA-Ausschüsse spielen eine entscheidende Rolle beim Aufbau und bei der Aufrechterhaltung einer nachhaltigen, lebenswerten und prosperierenden Zukunft für Gemeinden in allen australischen Regionen. Ein wichtiger Schwerpunkt der RDA-Ausschüsse ist die Entwicklung und Implementierung einer regionalen *Roadmap*, die regionale Prioritäten, Projekte und Lösungen für die Zukunft identifiziert. Die regionalen Arbeitspläne variieren dabei von Region zu Region. Ihre Gemeinsamkeit liegt darin, dass sie erstens einen Überblick über die jeweilige Region gewähren, zweitens regionale Fragen und Prioritäten formulieren sowie drittens die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Gegenstand tragen. Bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer regionalen *RDA-Roadmaps* beteiligen RDA-Ausschüsse die Gemeinden und bitten eine Reihe von lokalen Akteuren aus Wirtschaft und lokaler Politik um Vorschläge in der Annahme, dass diese am besten um die gemeindespezifischen Bedürfnisse wissen.

¹²⁴Vgl. E-Mail von Herr Shinji Matasuka, Senior Planner for National and Regional Policy National and Regional Policy Bureau.

¹²⁵ Source: www.rda.gov.au

Innerhalb der Projekte nehmen die Bereitstellung und die Verbesserung der Daseinsvorsorge von allgemeinem Interesse zwar einen nennenswerten Raum ein, andere Themen besitzen jedoch höhere Priorität. In einigen Regionen wie dem *Northern Territory*, wo die niedrigste Bevölkerungsdichte in Australien zu finden ist, erstellt eine *Service-Delivery-Koordinierungsstelle* zusammen mit den Regionalverwaltungen eine Zukunftsstrategie. Dieses Büro verwaltet die *Regional Operation Center*, entwickelt lokale Umsetzungspläne und überwacht die Bereitstellung von Diensten für die indigene Bevölkerung.

Das nationale Partnerschaftsabkommen zu *Remote-Service-Delivery* ist eine langfristige, generationenübergreifende Verpflichtung, die auf der gezielten und beschleunigten Entwicklung in den indigenen Gemeinschaften basiert und die Art und Weise verändert, wie Regierungen in abgelegene Gebieten investieren.¹²⁶

5.4 Innovative Einzelmaßnahmen¹²⁷

Die hier zusammengefassten Maßnahmen sollen als Beispiele aus dem Ausland Anregungen für den konstruktiven Umgang mit dem demografischen Wandel, regionaler Entwicklung und Daseinsvorsorgeplanung geben. Angesichts der Fülle lokaler Lösungen kann dies nur anhand von Beispielen geschehen. Die Auswahl orientiert sich an den Themen des Aktionsprogramms und versucht, interessante bzw. aus deutscher Sicht innovative Ideen in den Mittelpunkt zu stellen.

In Abgrenzung zu den „Strategiedokumenten“ des vorigen Kapitels handelt es sich hier um Maßnahmen, die als lokale oder regionale Projekte meist für den konkreten Anwendungsfall entwickelt wurden. Teils sind es Pilotvorhaben, die als zeitbegrenzte und/oder experimentelle Lösungen nicht der landesüblichen Praxis entsprechen.

Die Beispiele sind grob nach den Sektoren der Daseinsvorsorge geordnet. Dabei liegt es allerdings in der Natur der Sache und entspricht dem Interesse an integrativen Ansätzen, dass eine solche Einteilung nur teilweise sinnvoll ist, da vor Ort durchaus auch andere Einteilungen verwendet werden und/oder sich aus der Sachlage ein übergreifender Ansatz ergibt.

¹²⁶ Vgl.: <http://www.fahcsia.gov.au/our-responsibilities/indigenous-australians/programs-services/remote-service-delivery> und Northern Territory Government (o.J.)

¹²⁷ Die Quellenangaben zu den Einzelmaßnahmen sind in einem separaten Teil des Literaturverzeichnisses zusammengefasst.

5.4.1 Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsdienste

TES+BUS

Land: Spanien
 Region: Galizien
 Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Das galizische Gemeinschaftliche Schulbus Programm zielt auf die Förderung kollektiven öffentlichen Transports in ländlichen Gebieten, wo ein Angebotsmangel besteht. Es bestand in der gemischten Nutzung bereits existierender öffentlicher schulischer Transportangebote, so dass alle Einwohner in Gebieten, wo dieses System installiert ist, darauf zurückgreifen können. Das Angebot wird begrenzt durch die Verfügbarkeit von freien Plätzen in Bussen auf unterschiedlichen Routen.



Abb. 14: Schulbusprogramm Galizien

Zielgruppe sind alle Teile der Bevölkerung. Meist wird das Angebot von älteren Menschen und Frauen ohne feste Arbeitsaktivitäten genutzt. Dies ist ein gemeinsames Projekt des Galizischen Ministeriums für Bildung, Umwelt, Land und Infrastruktur, des Ministeriums für Bildung und der Universität (*Consellería de Medio Ambiente, Territorio e Infraestructuras y la Consellería de Educación y Ordenación Universitaria*). Die Ausgaben für das Projekt sind sehr gering, da bereits bestehende Angebote genutzt werden und nur die Koordination der unterschiedlichen lokalen Verwaltungen geleistet werden muss.

Erfahrungen

Das Projekt besteht als permanentes Angebot seit 2007, sofern freie Plätze in den Schulbussen zur Verfügung stehen. Es gilt als eine innovative und erfolgreiche Initiative, da Gebiete existieren, wo kein öffentlicher Nahverkehr angeboten wird und durch das Projekt die Autonomie der Bevölkerung gestärkt wird. Nach anfänglichem Zögern der Bildungsebene ist das Projekt mittlerweile in der gesamten Bevölkerung weithin akzeptiert.

Verkehrsplan der Region Sardinien (*Piano regionale dei trasporti*)

Land/Country: Italien
 Region/location: Sardinien
 Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Das Dokument behandelt nach einer allgemeinen Darstellung der Ziele und Entwicklungsszenarien in seinen Hauptteilen die, nach Verkehrsträgern gegliederten, Entwicklungsziele für das Verkehrssystem der Region. Wegen der Insellage Sardiniens enthält es auch Kapitel zur Luftfahrt und dem



Abb. 15: Erneuerte Infrastruktur des SPNV auf Sardinien

Seeverkehr (Häfen und Fährverkehr), die sonst nicht in die Kompetenz der italienischen Regionen fallen.

Im Vorwort werden die Bedeutung des Plans für die Verkehrsentwicklung (das letzte gleichartige Dokument wurde 1993 verabschiedet) und der intermodalen Abstimmung betont. Bei den weiteren Zielen werden bezüglich des Themas ländliche Entwicklung der Beitrag des Verkehrssystems zur Erreichbarkeit aller Territorien und zur Eindämmung sowohl der Entvölkerung als auch der Suburbanisierung in den Ballungsräumen Cagliari und Sassari genannt.

Der Plan setzt die Regionalisierung der Zuständigkeiten für den öffentlichen Verkehr auch für Sardinien um. Für den Schienenverkehr, die Infrastruktur und den ÖPNV der Ballungsräume werden konkrete Vorstellungen der Angebotsentwicklung formuliert. Für den übrigen ÖPNV, damit auch für die ländlichen Räume, fehlen solche Aussagen weitgehend. Allerdings soll das Schienennetz auch dort erhalten und z.T. modernisiert werden. Ferner wird angestrebt, den auf mehreren sonst stillgelegten Strecken angebotenen saisonalen Touristenverkehr (treni verdi) zu erhalten und zu revitalisieren. Als mögliche Maßnahmen im straßengebundenen ÖPNV in der Fläche werden bedarfsgesteuerte Verkehre und der Einsatz von Taxen bzw. Mietwagen genannt, ohne aber nähere Aussagen zu treffen.

La plate-forme Mobilité

Land: Frankreich
Region: Bresse bourguignonne
Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Die Mobilitätsplattform zielt auf die Bereitstellung von fünf Transportangeboten wie Fahrstunden, Kommunikation, Transportinformation, Transport auf Anfrage sowie das Angebot von Motorrädern und Autos für Menschen auf Jobsuche (3,5% der Bevölkerung) oder solche, die Gefahr laufen, ohne Transportmittel ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Zielgruppe sind die 780 Einwohner des Gebiets ohne Verkehrsmittel. Das Projekt trägt zusätzlich dazu bei, Autonomie behindernde Aspekte zu reduzieren. Die Initiative geht auf die Organisation Lokalmission („Mission Locale“) in Verbindung mit den „Pays“ zurück. Sie wird durch LEADER+ finanziert sowie durch die Region, die Provinz und die Gemeinschaft der Kommunen.

Erfahrungen

Die Plattform existiert seit 2007, über 500 Menschen nutzten sie allein im Jahr 2011. Das Angebot besteht dauerhaft für die 64 000 Einwohner dieses isolierten Gebiets.

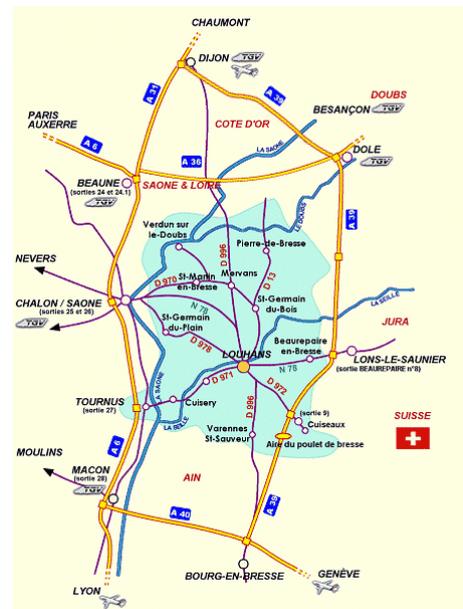


Abb. 16: Mobilitätsplattform Bresse B

Border Courier

Land: Großbritannien
Region: Scottish Border Council
Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Der „Border Courier“ war ein von 1979 bis 2005 betriebenes Mobilitätsangebot, welches den Güter- mit dem Personenverkehr kombinierte. Er gründete auf einer Kooperation zwischen dem *Scottish Border Council*, dem Gesundheitssektor und Busunternehmen. Einerseits wurden Güter für Einrichtungen des Gesundheitswesens wie medizinische Ausrüstung, Muster oder Büromaterialien transportiert, andererseits ländliche Bewohner befördert, welche in nahe gelegenen Städten Gesundheitsdienste wahrnehmen wollten. Einrichtungen wie Universitäten, Forschungsinstitute oder Labore sowie sonstige Organisationen nahmen den Service in Anspruch. Darüber hinaus und bei freier Kapazität wurden die für ihre Zwecke umgebauten Mercedes Minibusse für den Schultransport eingesetzt. Vier feste Routen für den Personen- und Warenverkehr sowie zwei weitere optionale Routen für beide Verkehre deckten die gesamte Region zwischen dem *General Hospital Trust* bei Melrose und den *Scottish Borders* ab. Der Betrieb, dessen größte Herausforderung in der Organisation eines kombinierten Verkehrs lag, erfolgte werktags von 8 bis 18 Uhr über ein Busunternehmen mit fest angestellten und speziell geschulten Mitarbeitern. Mehrjährige Verträge mit dem Unternehmen schafften Sicherheit. Die Kosten für den Gütertransport im Gesundheitssektor teilten sich das Council und das Hospital. Sonstige Organisationen, welche den Dienst in Anspruch nahmen, verhandelten feste Raten für die von ihnen nachgefragten Transporte.

Erfahrungen

Die über 25 Jahre gewonnenen Erfahrungen zeugen von dem Erfolg der Maßnahme. Unnötige Mehrfachfahrten mit zusätzlichen Fahrzeugen konnten reduziert und dadurch die Kosteneffizienz im Gesundheitswesen gesteigert werden. Die Regelmäßigkeit und Dauerhaftigkeit des Transports schafften ein hohes Maß an Zuverlässigkeit, was beispielsweise für den Warenverkehr zwischen den Arztpraxen und den Laboren von besonderer Bedeutung war. Vor allem die Servicequalität und Professionalität der Angestellten wurde positiv bewertet.

Weardale Local Links Project

Land: Großbritannien
Region: Weardale District
Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Das „Weardale Local Links Project“ fokussiert die vorwiegend ländliche Gegend *Weardale District* mit den zwei Hauptzentren Wolsingham und Stanhope und ist ein multifunktionales Mobilitätsangebot, welches verschiedene Aufgaben und Ressourcen kombiniert. Wesentliche Elemente sind ein Kindergartenverkehr und ein Apothekenlieferdienst. Beide Verkehre wurden in 2003 eingerichtet und nutzen gleichsam Taxis, Busse und ehrenamtliche Fahrdienste. Für den Kindergartenverkehr wurde ein Bus mit 16 Sitzen von einem privaten Autoverleih angemietet, die Organisation des Servicevertrags übernimmt das Durham County

Council, während die Koordination über ein lokales Taxiunternehmen in Zusammenarbeit mit den Eltern erfolgt.

Zunächst konzentrierte sich der Verkehr auf einen einzigen Kindergarten, später weitete sich das Angebot auf eine zweite Kindergarteneinrichtung sowie auf eine Grundschule aus. Die Buchung erfolgt direkt über die Eltern, und der Bus wird von einem geschulten und polizeilich geprüften Mitarbeiter begleitet, der zugleich Angestellter des Taxiunternehmens ist. Die Maßnahme trägt zum Ziel, den Zugang zu vorschulischer Bildung für die ländlichen Familien zu erleichtern und die Eltern sowie den Straßenverkehr zu entlasten.

Der Kindergartenverkehr (*nursery taxi bus scheme*) erhielt eine Förderung von 11.250 Pfund im ersten und 8.038 Pfund im zweiten Jahr.

Der Apothekenlieferdienst befördert täglich Medikamente von einer bestimmten Apotheke in Stanhope zu zumeist älteren, an ihre Wohnungen gebundene Menschen. Das Angebot zählt 50 bis 60 Transportfahrten wöchentlich und wird vom RSVP (*Retired and Senior Volunteer Programme*) geleitet und koordiniert. Darüber hinaus wurde im Februar 2004 eine Personenbeförderung zu dem Gesundheitszentrum in Stanhope ermöglicht sowie ein Arztservice, welcher z.B. Diabetikern dienlich ist.

Der Dienst erhielt eine Förderung von 5.626 Pfund (65% der Gesamtkosten von 8.656 Pfund) durch die *Countryside Agency*, allerdings nur im zweiten Jahr (2004/05). Durch die Unterstützung verschiedener anderer Organisationen wie das *RSVP*, dem *New Opportunities Fund*, dem *Healthy Living Centres Scheme* und dem *Durham County Council* kam ein Beitrag von 1.685 Euro zustande.

Die Maßnahme wurde unter der Leitung des *Durham County Council's Public Transport Team* auf zwei Jahre angelegt und wird von zahlreichen anderen Organisationen unterstützt – z.B. *Stanhope Market Towns Partnership* sowie lokalen Gesundheitsdienste - in der Absicht, langfristig einen Teil einer größeren Transportgemeinschaft zu bilden, welche aktuell von *Teesdale* und *Wear Valley Rural Partnership* entwickelt wird.

Erfahrungen

Trotz der Bedingung nur teilweiser Förderung gilt die Maßnahme als Erfolg, wengleich sie von noch andauernden Schwierigkeiten begleitet ist. Beim Kindergarten- und Schulverkehr positiv hervorgehoben wird die gute Kommunikation und Kooperation zwischen den Eltern, der Schulleitung und den lokalen Initiativen sowie allgemein die hohe Motivation. Die Anzahl der Tage, die Kinder in den Kindergärten verbrachten, steigerte sich durch die Maßnahme erheblich. Allerdings musste der Preis von anfänglich 1 Pfund pro Kind erhöht werden in dem Bewusstsein, dass es sich um einen Extraservice handelt. Beim Schulverkehr besteht nach wie vor das Problem einer zu geringen Auslastung, welches den Weiterbetrieb bedroht. Es wird versucht, die Öffentlichkeit zu erreichen und für den Dienst zu werben. Im Apothekenlieferdienst waren zwei Fahrer ausgeschieden, es konnte jedoch schnell Ersatz gefunden werden. Insgesamt 50 Menschen profitierten sehr von der Einrichtung.

Die Notwendigkeit, bei verschiedensten Organisationen um Förderung bitten zu müssen, stellte den weiteren Verlauf des Projekts in Frage. Der *RSVP*, welcher den Apothekenlieferdienst leitet, stellte bereits eine Bitte an verschiedene Stel-

len, z.B. an den lokalen *Primary Care Trust* oder die *Trust House Charitable Foundation*.

Ländliche Fahrgemeinschaften (*Samåkning Tolg*)

Land: Schweden
Region: Gemeinde Tolg
Sektor: Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Das Projekt startete in 2010 und betrifft ländliche Fahrgemeinschaften (*Samåkning Tolg*). Mit LEADER-Mitteln wurde eine Handy-Anwendung entwickelt, die die Organisation von Fahrgemeinschaften in der Gemeinde Tolg erleichtern soll. Die Nutzer melden sich einmalig an und können dann gemäß ihren Fahrtwünschen jeweils recherchieren, ob Mitfahrangebote bestehen. Zur besseren Koordinierung wurden Strecken und Zu- bzw. Ausstiegspunkte definiert, für die Angebote und Wünsche formuliert werden können. Die Abrechnung zwischen Fahrern und Mitfahrenden erfolgt monatlich. Auch nationale und private Mittel fließen in das Projekt, welches ursprünglich schon in 2011 enden sollte, aber aufgrund des Erfolgs fortgeschrieben wurde.

Ziele sind eine bessere Auslastung des motorisierten Individualverkehrs, die Ergänzung des ÖPNV-Angebots, die Förderung von Fahrgemeinschaften – auch als Mittel zur Kommunikation – und die Stärkung des örtlichen Zusammenhalts. Das Projekt richtet sich an alle Interessierten.

Die Maßnahme gründet auf einer Privatinitiative. Träger ist ein Unternehmen, das eigens für die Mitfahrvermittlung auf EDV-gestützter Basis in dem kleinen Einzugsgebiet gegründet wurde. Kommunen und lokale Verkehrsgesellschaften beteiligen sich an dem Projekt, was als sehr wichtig für die lokale Verankerung und Bewusstseinsbildung betrachtet wird. Die Art der Zusammenarbeit lässt sich als Auftragsarbeit bezeichnen. Die Investitionskosten bei der Einführung betragen 30 000 Euro, die dauerhaften Kosten betragen 24 000 Schwedische Kronen pro Jahr und Gemeinde.

Erfahrungen

Von 500 potenziellen Nutzern registrierten sich im ersten Monat 93 Personen. Aktuell nutzen 150 Personen jährlich die Anwendung. Die Summe der gefahrenen Strecken betrug 34 000 Kilometer im Zeitraum zwischen März 2011 und September 2012.

Nach einiger Anlaufzeit und intensiver Betreuung sowie Öffentlichkeitsarbeit im ersten Jahr gelang dem Projekt der Durchbruch. Als Erfolgsfaktoren gelten dabei die lokale Verankerung und das allgemein große Interesse an der Maßnahme. Die Mitfahrvermittlung wird zudem nicht als Konkurrenz zum bestehenden Busverkehr, sondern vielmehr als dessen sinnvolle Ergänzung verstanden.

In Prinzip steigert sich die Attraktivität einer Mitfahrvermittlung mit der Anzahl der Teilnehmer und Angebote. Ein Risiko besteht allerdings in einer steigenden Anonymität durch eine zu hohe Anzahl an Teilnehmern, was eine schwindende Akzeptanz zur Folge tragen könnte.

5.4.2 Soziale Infrastruktur

Bezirksplan für personenbezogene soziale Dienstleistungen (Piano locale unitario dei servizi alla persona - distretto di Alghero)

Land/Country: Italien
Region/location: Provinz Sassari (Sardinien)
Sektor: Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

Unter der Bezeichnung „servizi alla persona“ werden in Italien üblicherweise eine Reihe per-sonenbezogener Sozialleistungen zusammengefasst und auch „integriert“ durch die zuständigen Stellen auf kommunaler oder Provinzebene erstellt. Dazu gehören einzelfallbezogene Hilfeleistungen für Behinderte, Senioren, Minderjährige sowie Opfer von häuslicher Gewalt und Missbrauch, ebenso finanzielle Leistungen an Bedürftige.

In Sardinien geht diese integrative Betrachtungsweise auf regionale Gesetzgebung von 1998 zurück und umfasst hier außerdem erstmals die Zusammenarbeit der Sozialbehörden mit dem öffentlichen Gesundheitswesen. Ziel ist die „Gesundheit“ der Bevölkerung im umfassenden Sinne zu betrachten und zu verbessern. Der beispielhaft betrachtete Plan für den Raum Alghero wurde durch die Kommunen (21 Kommunen von 124 bis 40 252 Einwohner), die Provinz Sassari und die *Azienda Sanità Locale* (Gesundheitsdienst) erarbeitet.

Die Region ist durch den demografischen Wandel geprägt: Mit drei Ausnahmen waren seit 1992 in allen Gemeinden des Bezirks von Bevölkerungsrückgänge bis zu 30 % zu verzeichnen. Wie in ganz Sardinien liegen die Geburtenraten nochmals deutlich unter dem italienischen Durchschnitt.

Erfahrungen/experiences

Im Maßnahmenteil des Plans werden die bisher unternommenen Maßnahmen und/oder finanziellen Aufwendungen zusammengetragen und nach Möglichkeit quantifiziert. Dabei werden auch Kooperationen mit anderen Kommunen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen vermerkt. Anschließend erfolgt eine Bewertung mit Festlegung von Schwachstellen und geplanten Maßnahmen. Die Datengrundlage ist allerdings durch fehlende Rückmeldungen aus den Kommunen teils begrenzt, für die angegebenen Zahlen fehlt oft der Bezugszeitraum. Eine häufiger genannte Schlussfolgerung ist, dass die bereichsübergreifende Kooperation noch zu verbessern sei. Auch Alterung, Bevölkerungsrückgang und die generelle Rückstände im Niveau der erbrachten Sozialleistungen werden als Probleme benannt.

Für Analyse und Maßnahmenentwicklung wurden drei thematische Arbeitsgruppen gebildet (S.137f im Originaldokument). Eine von diesen befasste sich mit der Alterung und empfahl eine bessere Kommunikation und Koordinierung der seniorenbezogenen Aktivitäten der verschiedenen Träger, Harmonisierung der Leistungen und Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure. Als eine Maßnahme wird ein koordinierter Dienst für Hilfeleistungen im Haushalt vorgeschlagen (S.147).

Integrierte Kindertagesstätten im ländlichen Umland von Groningen (Geïntegreerde kindervoorzieningen op het Groninger platteland)

Land: Niederlande
Region: Groningen
Sektor: Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

Im Mittelpunkt des im September 2010 begonnenen und im Februar 2012 abgeschlossenen Projekts „Geïntegreerde kindervoorzieningen op het Groninger platteland“ stand eine integrierte Kinderbetreuung für alle Kinder im Alter zwischen 0 und 12 Jahren im ländlichen Raum der Provinz Groningen. Unter integrierter Kinderbetreuung verstanden die Projektpartner mehrere Aspekte: Die Kindertagesstätte, Bildung, Freizeitaktivitäten, gemeinsames Essen und Kommunikation sollten an einem Ort konzentriert werden. Die Einrichtungen sind an allen Schultagen von 7.30 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet. Die Einrichtungen sind zugänglich für alle Kinder, unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund und Einkommen der Eltern. Mit der integrierten Kinderversorgung werden verschiedene Funktionen verknüpft: Bildung, Kinderbetreuung und außerschulische Aktivitäten.

Ziel des Projekts war es, die Betreuung von Kindern durch gute Erreichbarkeit und niedrigere Betreuungskosten zu verbessern. Die geringere Kinderzahl bietet Chancen, die Qualität bestehender Einrichtungen zu erhöhen. Zugleich besteht aber die Gefahr, dass die Betreuungskosten pro Kind steigen. Nicht alle Grundschulen in der Provinz Groningen werden den Rückgang überleben. Der Rückgang bei den Kinderzahlen wird für Teile der Provinz auf etwa 20 bis 25 Prozent für das Jahr 2030 prognostiziert. Deshalb muss hier ein Weg gefunden werden, wie weniger Kinder in den bestehenden Einrichtungen besser betreut werden können.

Besonders wichtig – so ein Projektergebnis – ist die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Vorschulen, Grundschulen und Betreuungseinrichtungen außerhalb der Schule. Hier setzte das Projekt an, indem es das Landesministerium für Bildung, die Provinz Groningen, mehrere Gemeinden, Kindergärten, Grundschulen und Verbände im Projekt zusammenführte. Auch in den Niederlanden gibt es bei der Kinderbetreuung viele Akteure, die mit unterschiedlichen Strukturen und Rechtsgrundlagen in der Kinderbetreuung aktiv sind. Hier gilt es, die inhaltliche Arbeit und den rechtlichen Rahmen auf die neuen Herausforderungen zu prüfen und ggf. anzupassen.

Das gesamte Projektvolumen betrug 188.340 Euro. Davon übernahm das Landes-Bildungsministerium 80.000 Euro, die Provinz steuerte 10.000 Euro bei. Die verbleibenden 98.340 Euro wurden in Form von Arbeitsstunden der beteiligten Projektpartner verrechnet. Partner waren unter anderem vier Grundschulen, zehn Gemeinden und verschiedene Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Der Abschlussbericht erschien im Februar 2012 und kann als Pdf-Datei im Internet in niederländischer Sprache heruntergeladen wird.

Centri e attività di socializzazione e di inserimento al lavoro

Land: Italien
Region: Sannazzaro/Lombardia
Sektor: Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

Im Zentrum des Projekts steht die ländliche Gemeinde Sannazzaro in der Lombardei mit 6000 Einwohnern. „Centri e attività di socializzazione e di inserimento al lavoro“ bezeichnet ein lokales kommunales Netzwerk aller mit der Betreuung und Integration von Behinderten und Senioren befassten Organisationen inklusive Seniorenheime und Ärzte. Ziel ist die Sicherstellung bzw. Verbesserung der Betreuung im umfassenden Sinne – sozial, gesundheitlich, psychologisch – und des Angebots stationärer (Kurzzeit-)Betreuungs- und Beschäftigungsangebote. Zielgruppe sind vorrangig Behinderte aller Kategorien, außerdem Senioren der Gemeinde. Im norditalienischen Raum existieren bereits mehrere solcher Organisationen. Die Einrichtung, welche auf Dauerhaftigkeit angelegt ist, wurde 1989 in ersten Ansätzen ins Leben gerufen und danach schrittweise erweitert. Koordiniert wird sie von der Gemeinde; die einzelnen beteiligten Organisationen – 35 bis 40 Vereine, Heime, kommunale Einrichtungen etc. – arbeiten selbstständig. Eine spezielle Finanzierung existiert nicht.

Die Zusammenarbeit lässt sich als eine lose Kooperation ohne feste Institutionalisierung begreifen. Teilweise bestehen allerdings Kooperationsverträge und es finden einige Koordinationstreffen im Jahr statt. Die Besonderheit des Projekts liegt in der Zusammenführung der Aktivitäten verschiedener Organisationen, wie beispielsweise Gesundheitsdienst, soziale Dienste, Vereine oder Fahrdienste.

Erfahrungen

Ca. 30 bis 35 Behinderte befinden sich derzeit in ständiger Betreuung und ca. 150 Senioren in Heimen. Im Behindertenbereich werden teilweise auch Personen aus Nachbargemeinden betreut. Das Projekt wird positiv bewertet. Schwierigkeiten oder Konflikte gab es bisher keine.

OASIS, Offene Architektur für zugängliche Dienstleistungsintegration und –standardisierung

Land: Bulgarien
Region: unbeschränkt
Sektor: Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

OASIS ist ein integriertes Projekt welches teilweise durch das 7. Forschungsrahmenprogramm finanziert wird. Das Konsortium ist aus 33 Partnern von 11 Ländern (Belgien, Bulgarien, China, Deutschland, Griechenland, Italien, Mexiko, Rumänien, Spanien, Schweiz und Großbritannien) zusammengesetzt. Verschiedene Akteure wie Telekommunikationsanbieter, Industrieunternehmen, Forschungszentren, Universitäten, Endbenutzerorganisationen, nichtstaatliche Organisationen und Gesundheitszentren sind beteiligt.

Die Initiativen des OASIS-Projektes sind orientiert an die Bedürfnisse von älteren Menschen (55+ Jahre, mit und ohne Behinderungen). Das Ziel ist die Entwick-

lung von innovativer Referenzarchitektur, welche auf Ontologien und ‚Semantic Services‘ basiert. Diese soll neue Dienstleistungen fördern in allen Bereichen die sich auf das unabhängige und autonome Wohnen von älteren Menschen und die Verbesserung ihrer Lebensqualität beziehen. Das Ziel von OASIS ist – durch die Anwendung von ICT und anderen Schlüsseltechnologien – das Bereitstellen von ganzheitlichen Dienstleistungen zur Förderung von selbstständigem Wohnen und Sozialisation, autonome Mobilität und flexible Arbeitsgelegenheiten für ältere Menschen. Die Hauptziele des OASIS-Projektes können den folgenden Bereichen zugeordnet werden: dem sozialen Bereich (soziale Inklusion, -pflege und Gesundheitspflege), dem wissenschaftlich-technischen Bereich (innovative IC-Technologien die sich auf die Bedürfnisse von älteren Menschen beziehen) und dem wirtschaftlichem Bereich (Eröffnung von neuen Märkten). Verschiedene Akteure sind in den Aktivitäten involviert: Familienmitglieder, Forscher, kommunale und zentrale Behörden und die IC-Industrie.

Erfahrungen

Die Laufzeit des OASIS-Projektes beträgt 3 Jahre (2008-2011). Das Projekt verwendet innovative Informations- und Kommunikationstechnologien um älteren Menschen ganzheitliche Dienstleistungen anzubieten. Um die Ziele zu erreichen bietet das Programm 12 verschiedene Dienstleistungen an welche sich auf Benutzerbedürfnissen und -wünsche beziehen: Anwendungen für selbstständige Lebensführung (z.B. Ernährungsberater, Trainer, soziale Netzwerke, Gesundheitsmonitore, usw.), autonome Mobilität und ‚Smart Workplace‘ Anwendungen (z.B. Transportinformationsdienste, Reiseplaner, persönliche Mobilitätsdienste, mobile Apparate, usw.).

Kommunen und nichtstaatliche Organisationen - zusammen für die Pflege von älteren Menschen (Общините и НПО – заедно в подкрепа на възрастните хора / Municipalities and NGOs - together in caring of elderly people)

Land: Bulgarien
Region: 177 Regionen (in weiten Teilen des Landes verfügbar)
Sektor: Soziale Infrastruktur; Gesundheitswesen

Kurze Beschreibung

Das Projekt ‚Kommunen und nichtstaatliche Organisationen – zusammen für die Pflege von älteren Menschen‘ konnte realisiert werden dank der Zusammenarbeit des Nationalen Bundes der Kommunen Bulgariens und verschiedener lokaler und internationaler Organisationen: Bulgarisches Rotes Kreuz, Amerikanisches Rotes Kreuz, Österreichischer Städtebund, Versammlung der Regionen Europas und andere bulgarische NGOs. Es wird unterstützt von dem PHARE-Programm für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2003-2004.

Die Ziele des Projektes sind die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen und von alleine wohnenden älteren Menschen, die Entwicklung von sozialen Dienstleistungen und besonders die Reform des sozialen Dienstleistungsbereiches. Die Zielgruppe besteht aus älteren Menschen mit oder ohne Behinderungen.

Erfahrungen

Die Laufzeit des Projektes beträgt drei Jahre (2003-2004). Heute werden die sozialen Dienstleistungen weiterhin angeboten. Als Ergebnis liegen zwei veröffent-

lichte Handbücher vor: *Leitfaden für Arbeit mit älteren und behinderten Personen als permanente kommunale Aktivität*, welche die Erfahrungen internationalen Partner präsentiert; und der *Leitfaden für Kommunalpolitik und -praxis in der Organisation von sozialer Unterstützung*. Ein weiteres positives Ergebnis ist die Dezentralisierung der Verwaltung von sozialer Unterstützung, die Expansion ihrer Aktivitäten (Pflege, Gesundheitsversorgung und soziale Inklusion) und die Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren (NGOs, Ehrenamtliche, öffentliche Einrichtungen usw.).

Maison des Services

Land: Frankreich
Region: Pays de Murat
Sektor: Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

Die Maßnahme „Maison des Services“ bezeichnet ein 2005 eingerichtetes und auf Dauer angelegtes Willkommenszentrum im Pays de Murat, das sich in sechs Bereiche aufteilt: Rechtsberatung, Landwirtschaft, Unternehmensberatung und Jugendberatung. Insgesamt zählt das Zentrum 35 Organisationen.

Das Pays de Murat kennzeichnen sehr dünn besiedelte Räume von 13 Landgemeinden und in der Summe nur 6 000 Einwohnern. Die Region ist von einem starken Bevölkerungsrückgang sowie Überalterung bedroht. Ziel des Zentrums ist es, die Lebensqualität in der Region zu verbessern, insbesondere junge und gebildete Menschen zum Verbleib bzw. Zuzug zu motivieren und allgemein einen Anreiz für die Ansiedlung neuer Anwohner zu schaffen. Sein Angebot ist für alle verfügbar. Das Besondere an dem Zentrum ist, dass es als erstes Haus in der Region den digitalen Service integriert, d.h., Telekommunikation oder Videokonferenzen sind möglich.

Das Willkommenszentrum zählt jährlich 19 200 Besuche. Träger ist das *Communauté de communes du Pays de Murat*. Finanziert wird es durch FEADER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER) sowie aus den Mitteln der Haushalte von Staat, Region und Landkreis. Die Investitionskosten bei Einführung betragen 800 000 Euro, die laufenden Kosten betragen 40 000 Euro jährlich. 30 Partnerorganisationen beteiligen sich in Form von Angeboten im Zentrum.

5.4.3 Gesundheitswesen und Pflege - Hilfe zu Hause *Βοήθεια στο Σπίτι/ Help at Home*

Land: Griechenland
Region: landesweit
Sektoren: Gesundheit und Pflege

Kurze Beschreibung

Der Titel der Maßnahme ist „Βοήθεια στο Σπίτι“ (Help at Home/Hilfe Zuhause). Dieses Programm wird gefördert sowohl von der Europäischen Union als auch mit nationalen Fördergeldern. Genauer gesagt decken EU Soziale Programme 75% der Kosten, während nationale Quellen die weiteren 25 Prozent decken. Das Ziel des Programms ist die Betreuung und Pflege von älteren Menschen im eigenen Haus anzubieten. So können ältere Menschen länger zuhause und bei ihren Familien bleiben. Weiterhin können Familienmitglieder die Rolle des Pflegers übernehmen und damit in den Arbeitsmarkt einsteigen. Hauptförderer des Programms sind das griechische Ministerium für Gesundheit und Soziales und das Ministerium für Arbeit und Sozialschutz, in Verbindung mit der Griechischen Gesellschaft für Lokale Entwicklung und Steuerung und den Kommunen. Lokale Behörden sind für die Bereitstellung von Dienstleistungen verantwortlich. Die multidisziplinären Pflegeteams, welche von lokalen Behörden eingesetzt werden, sind zusammengestellt aus Sozialarbeitern, Krankenpflegern und Familienmitgliedern zur Assistenz. Solche Pflegeteams besuchen die Kunden zuhause und bieten so den älteren Menschen adäquate Betreuung. Diese Dienstleistung zielt auf die Verbesserung der Lebensqualität von älteren Menschen. Weiterhin zielt das Projekt auch auf das Schaffen von Arbeitsplätzen im Pflegesektor, besonders für Frauen in ländlichen Regionen.



Abb. 17: Hilfe zu Hause im Griechenland

Erfahrungen

Diese Dienstleistung wird seit 1998 angeboten und gilt als permanentes Programm. Bisher wurde es in vielen Regionen Griechenlands angeboten. Die berichteten Erfahrungen waren durchaus positiv. Ziele wurden erreicht – trotz den niedrigen Kosten – durch hohe Qualität und das Assistieren von Menschen mit geringerem Einkommen oder fehlender familiärer Unterstützung. Mehrere kritische Aspekte wurden identifiziert. Zum einen ist die Förderung in Zukunft nicht garantiert. Zweitens kann das Programm keine 24-Stunden-Versorgung anbieten. Die Arbeitsstunden sind nur zwischen 9 und 16 Uhr an Wochentagen.

Institute of Rural Health- Forschungs-, Bildungs- und Beratungsangebote für Gesundheits- und Pflegethemen in ländlichen Räumen

Land: Großbritannien
Region: landesweit
Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

Das „Institute of Rural Health“ bezeichnet eine gemeinnützige Forschungs- und Beratungseinrichtung, dessen Ziel der Erhalt und die Weiterentwicklung des Ge-

sundheitswesens in ländlichen Räumen ist. Tätigkeitsfelder sind erstens Forschung, u.a. die Gesundheitssituation, Qualitätsfragen, Krankheitsbilder, zweitens Beratung und Training für Institutionen des ländlichen Gesundheitswesens, drittens Politikberatung, politische Analysen und Lobbyarbeit in allen Regionen Großbritanniens, bisher vor allem in Wales. Die Aktivitäten werden oft in Partnerschaft mit lokalen und regionalen Praxisakteuren organisiert

***Zentrum für die Betreuung von älteren Menschen
(ΚΗΦΗ, Κέντρο Ημερήσιας Φροντίδας Ηλικιωμένων/KIFI –
Centre for Daily Care of Elderly People)***

Land: Griechenland
Region: in mehreren Regionen
Sektoren: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

Der Titel der Maßnahme ist „ΚΗΦΗ, Κέντρο Ημερήσιας Φροντίδας Ηλικιωμένων“ (KIFI – Centre for Daily Care of Elderly People/Zentrum für die Betreuung von älteren Menschen). Das Ziel dieser Einrichtung ist das Betreuen von und Bereitstellung von Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen mit Behinderungen. Den älteren Personen wird ermöglicht zuhause zu bleiben und dabei das KIFI täglich für ein paar Stunden zu besuchen. Das Ziel des Programms ist die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen durch sozialen Kontakt und die Verhinderung von sozialer Isolierung. Zusätzlich werden Familienmitglieder entlastet, dadurch dass sie nicht mehr ständig Pflegebereit sein müssen.

Die KIFI-Zentren wurden bisher in verschiedenen Regionen des Landes gegründet. Sie sind mit ausgebildetem und spezialisiertem Personal wie Krankenpflegern, Sozialarbeitern, persönliche Assistenten und Ärzten ausgestattet. Die Zentren nehmen ältere Personen ganztägig oder für jeweils ein paar Stunden pro Tag auf. Sie sind mindestens 7,5 Stunden täglich geöffnet. Lokale Behörden sind für die Gründung eines Zentrums zuständig. Die Europäische Union deckt 75% der Kosten. Die weiteren 25% werden von nationalen Fördergeldern gedeckt.

Erfahrungen

Diese Dienstleistung wird seit 2001 in vielen Regionen Griechenlands angeboten und gilt als permanentes Programm. Allerdings wurden aufgrund der Wirtschaftskrise die Fördervereinbarungen für das Jahr 2012 in vielen Regionen aufgeschoben. Daher bleibt das Personal dieser Regionen Griechenlands und Kreta seit einiger Zeit unbezahlt. Insgesamt sind die Erfahrungen mit dem Programm positiv. Die Anzahl dieser Zentren hat landesweit zugenommen. Ein kritischer Aspekt ist, dass ältere Personen, die unter ansteckende Krankheiten leiden nicht von KIFI untergebracht werden können. In vielen Fällen ist der Bedarf weitaus größer als die Zahl der mehr Menschen, die sie in Anspruch nehmen können. Oft wird die Notwendigkeit der Erweiterung des Programms erwähnt.

Agnes, successful Ageing in a Networked Society

Land: Griechenland
Region: landesweit
Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

Das Projekt „Agnes“ wurde in 2009 eingerichtet und nutzt wissenschaftliche Erkenntnisse über das Alter sowie innovative Technologien, um einen besseren Einblick in das Leben der Zielgruppe zu erhalten und entsprechend intervenieren zu können. Es startete über eine übliche ICT-Plattform, um ein soziales Netzwerk zu kreieren.

Der Effekt dieser Interventionen auf die Kognition und Lebensqualität wird evaluiert mit dem Ziel, neue Erkenntnisse im Hinblick auf das Potenzial neuer Informationstechnologien zu erhalten. Die Hoffnung liegt zudem in einem gezielteren Umgang mit bekannten chronischen Problemen älterer Menschen, im besten Falle einer Prävention oder zumindest einem Aufschub dieser Probleme. Die finanzielle Förderung beträgt 3,6 Millionen Euro. Bei der Art der Zusammenarbeit handelt es sich um ein internationales Konsortium. Projektbeteiligte sind:

- Umea University (Schweden)
- Onda Communication S.p.A. (Italien)
- CanControls (Deutschland)
- Athens Information Technology (Griechenland)
- Graz University of Technology (Österreich)
- Universidad National de Educacion a Distancia (Spanien)
- Modern Families GmbH (Österreich)
- KMOP (Griechenland)
- Fondacion Instituto Gerontolico Matia (Spanien)
- Skelleftea Kommun (Schweden)
- Fraunhofer IGD (Deutschland)
- University Hospital of Umea (Schweden)

Elder Spaces

Land: Griechenland
Region: landesweit
Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

„Elder Spaces“ bezeichnet die Entwicklung und Bereitstellung einer neuartigen Plattform für soziale Netzwerke, die an die Bedürfnisse und Vorlieben älterer Menschen angepasst ist. Ziel ist es, die soziale Aktivität zu verstärken, Interaktionen auch zwischen den Generationen zu fördern sowie ein Gefühl für die Organisation sozialer Netzwerke und ihrer Grafiken einerseits und deren Bedeutung andererseits zu vermitteln. „Elder Spaces“ baut auf dem Erfolg populärer Netzwerkanwendungen wie Facebook oder Myspace auf und will eine Variation von Angeboten und Anwendungen bereitstellen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind. Das Projekt startete im April 2011 und läuft bis September 2013. Die Kosten betragen 1.201.718 Euro. Träger ist ein internationales Konsortium mit sieben Beteiligten:

- COMPUTER S.A (coordinator, Greece),
- ORIGO Ltd, (Hungaria)
- Evangelische Stiftung Volmarstein, (Germany),
- E-TRIKALA AE (Greece),
- Semmelweis University, (Hungary),
- SingularLogic Information Systems & Applications SA (Greece),
- Cybion Srl (Italy)

Vernetzung von Experten zu Sucht- und Suizidproblemen im ländlichen Raum (Montagna in salute - qualità di vita e criticità)

Land: Italien
Region: bisher begrenzt auf drei ländliche Pilotgemeinden (Comunità montane Colline Metallifere, Casentino, Amiata Grossetano), Erweiterung geplant
Sektor: Gesundheitswesen

Kurze Beschreibung

Die Maßnahme startete 2009 und strebt eine Vernetzung von Experten zu Sucht- und Suizidproblemen im ländlichen Raum (*Montagna in salute – qualità di vita e criticità*) an. Sie richtet sich an die Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes (*Azienda sanitaria locale* ASL) in den teilnehmenden Kommunen, die sich mit Sucht-, Vereinsamungs- und Suizidthemen sowie häuslicher Gewalt befassen. Ziele sind eine bessere Betreuung, Prävention, Kompetenzaufbau und Erfahrungsaustausch. Die Beteiligten arbeiten fallbezogen in Teams, statt wie bisher sachbezogen. Ferner wird ein Bürgertelefon eingerichtet und Öffentlichkeitsarbeit betrieben, für die auch Kommunen und Vereine eingebunden werden.

Das Projekt ist bisher auf drei Pilotgemeinden (*Comunità montane, Colline Metallifere, Casentino, Amiata Grossetano*) begrenzt; eine Erweiterung mit dem Ziel einer dauerhaften Implementierung ist jedoch geplant. Träger der Maßnahme ist die *UNCEM Toscana* (Regionalverband der Berggemeinschaften) Die finanziellen Mittel werden von der Region Toscana bereitgestellt. Weitere Beteiligte sind der ASL, die Kommunen und Sozialverbände. Projektmittel werden für die Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit verwendet, während die ASL-Mitarbeiter unabhängig davon finanziert werden.

Erfahrungen

Die positiven Erfahrungen drücken sich vor allem in einem signifikanten Rückgang der Suizidfälle aus. Darüber hinaus werden die Vorteile von Kooperation und fallbezogener Zusammenarbeit hervorgehoben.

Peer Assist

Land: Griechenland
Region: landesweit
Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

„PeerAssist“ wurde im September 2010 eingerichtet und beinhaltet Konzeption, Design, Implementierung und Präsentation einer flexiblen Peer-to-Peer-Plattform (P2P), die älteren Menschen die Teilnahme an und den Aufbau von virtuellen Gemeinschaften ermöglicht anhand der Interessen, die die Betroffenen miteinander teilen. Die Kosten betragen 2,147,151.35 Euro. Träger des Projekts ist ein internationales Konsortium mit acht Beteiligten:

- University of Athens – Communication Networks, Laboratory (Griechenland)
- Seekda GmbH (Österreich)
- InAccess Networks (Griechenland)
- Warp Networks. S.L. (Spanien)

- Fundación Instituto Gerontologico Matia (Spanien)
- Municipality of Athens Development Agency (Griechenland)
- Semantic Technology Institute Innsbruck (Österreich)
- Europäische Mitgliedsstaaten

IS-Active

Land: Norwegen
(+ NL, RO)
Region: nicht spezifiziert
Sektor: Gesundheitswesen
und Pflege

Kurze Beschreibung

Ziel von IS-ACTIVE ist die Entwicklung personenzentrierter Gesundheitsvorsorgelösungen für Patienten mit chronischen Erkrankungen – speziell ältere Menschen –, basierend auf den neuesten Fortschritten bei kabellosen Inertialsensorsystemen. Das Projekt sieht das Zuhause der Patienten als Behandlungsumgebung. Indem die Patienten ihren Gesundheitszustand durch die Technologien selbst überwachen, behandeln und somit verbessern, kann in Echtzeit individuelle Unterstützung geleistet werden.



Abb. 18: IS-Active in Norwegen

Das Projekt liefert vollfunktionsfähige Prototypen einer kabellosen Sensorplattform mit entsprechender Hardware, Softwarepaketen, Algorithmen und Userinterfaces, die durch Feldversuche validiert wurden.

IS-ACTIVE wird finanziert durch das Programm „Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben“ (AAL), englisch: „Ambient Assisted Living“.

Projektpartner:

- University of Twente – The Netherlands (UT)
- Roessingh Research and Development – The Netherlands (RRD)
- Inertia Technology – The Netherlands (INE)
- The Norwegian Centre for Telemedicine – Norway (NST)
- Northern Research Institute – Norway (NOR)
- University Hospital Elias – Romania (ELS)
- PROSYS – Romania (PRS)

Erfahrungen

IS-ACTIVE startete 2009 und läuft im Jahr 2012 aus. Das Projekt entwickelt neue Technologien, die auf dem Markt platziert werden sollen. Es ist daher kein dauerhaftes Modell, sondern endet mit dem Auslaufen des Förderzeitraums.

Die Produkte des Projekts gelten als sehr vielversprechend, weshalb IS-ACTIVE zum Finalisten des AAL-Programms im Jahr 2011 gewählt wurde. Beim Innovationskonvent in Brüssel 2011 zählte das Projekt zu den 50 innovativsten im europäischen Raum.

Als problematisch ist vor allem die technische Realisierung der Applikationen anzusehen, so gelten weiterhin Batterieprobleme bei kabellosen Geräten als Herausforderungen. Ein weiteres Beispiel für ein Realisierungsproblem ist die Differenz der gemessenen Bewegung am Objektsensor und am Sensor des Patienten, etc.

MyHealth@Age - Improved Health, Safety and Well being for Elderly People living in Northern Periphery regions

Land: Schweden (+ Nordirland, Norwegen)
 Region: Lulea (Norbotten)
 Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

Das Projekt wird eine modulare Plattform schaffen, die es ermöglicht, die Sicherheit älterer Menschen zu verbessern, Selbstbehandlungen auszuführen und Applikationen für soziale Netzwerke zur Verfügung zu stellen – je nach individuellen Bedürfnissen und äußeren Umständen. Bereits während des Projekts werden neue Applikationen entwickelt, evaluiert und angepasst.



Abb. 19: MyHealth@Age in Schweden

Beispiele für entwickelte Tools sind:

- Sicherheitsalarm für Freiluftaktivitäten: Schafft Sicherheitsgefühl; erhöht die Mobilität
- Mini-Computer für das Wohlbefinden und verschriebene Gesundheitsvorsorge: Bewusstseinsförderung der eigenen Gesundheit; Verhaltensänderungen; Arzt-Patienten-Verbundenheit

Wesentliche Aspekte des Projekts sind ein partizipatives Design sowie das Forschungskonzept des „Living Lab“, welche Nutzererfahrungen und -bedürfnisse aktiv in die Entwicklung von Technologien einbeziehen.

Das Projekt wird finanziert durch die Projektpartner und durch die EU im Rahmen des Northern Periphery Programme (total project fund: 1,6 Millionen Euro).

Erfahrungen

Das Projekt wurde im Januar 2008 begonnen und endete im Dezember 2010. Es ist ein Pilotprojekt zur Entwicklung von Produkten und Services, die es älteren Menschen erlauben, sich sicherer zu fühlen und ein aktiveres und gesünderes Leben zu führen.

Die Maßnahme wurde von den Nutzern als sehr gewinnbringend wahrgenommen, da die entwickelten Applikationen tatsächlich das Leben älterer Menschen positiv beeinflussen („With a phone like this I would be able to cycle again.“). Schwieriger gestaltete sich die Einbindung der Stakeholder in den Entwicklungsprozess

(Living Lab). Ursprünglich war geplant, die Nutzer als Codesigner in den Prozess einzubinden, doch aufgrund praktischer Schwierigkeiten nahmen sie nach und nach die Rolle von Antwortenden oder Mediatoren von Alltagswissen ein. Die eingeschätzten Nutzerbedürfnisse konnten nicht ohne Weiteres in den Designprozess eingebracht werden.

Ländliche Genossenschaften von lokalen Diensten

Land: Spanien
Region: 14 von 17 Regionen (comunidades)
Sektoren: Gesundheitswesen und Pflege; Soziale Infrastruktur

Kurze Beschreibung

Die ländlichen Kooperativen der Nachbarschaftshilfe zielen darauf ab, die Arbeit von Frauen, die in ländlichen Gebieten leben (und häusliche Aufgaben erledigen), offiziell zu machen und gleichzeitig dazu beizutragen, die Bevölkerung zum Bleiben anzuregen. Weiterhin werden Hilfebedürftigen Assistenzdienste bereitgestellt. Die Föderation der Vereinigung Ländlicher Frauen (FADEMUR) bietet Schulungen an unter anderem in den Themenbereichen Nachbarschaftsdienste, Catering, Haarpflege und Fußpflege. Zudem unterstützen und begleitet sie die Implementierung der Kooperativen.

Zielgruppe sind Frauen in ländlichen Gebieten ohne bezahlte Arbeit, für die das Risiko sozialer Exklusion besteht sowie für Frauen, die Spaß an dem Projekt haben. Das nationale Programm untersteht den Ländern und wird vom spanischen Staat durch mehrere Ministerien und lokale Verwaltungen finanziert.

Erfahrungen

Das Projekt wurde 2006 als permanentes Angebot implementiert (dennoch muss es jährlich die Finanzierung bei den Ministerien beantragen). Die Erfahrungen mit dem Projekt sind sehr positiv im Hinblick auf die soziale Einbettung. Mehr als 2000 Frauen erhielten bereits Schulungen. Die größten Probleme bestehen in bürokratischen Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Regionen und in der Abhängigkeit von männlichen Familienangehörigen, in der sich die Frauen häufig befinden. Diese erlauben den Frauen häufig nicht, ökonomisch unabhängig zu werden.



Abb. 20: Ländliche Kooperative in Spanien

Mobile Ärztesprechstunden (Mobile Outreach Surgeries) in 25 Dörfern

Land: Grossbritannien
Region: Yorkshire and the Humber
Sektor: Gesundheitswesen und Pflege

Kurze Beschreibung

Das Projekt zielt auf die Bereitstellung medizinischer Assistenzdienste durch mobile medizinische Sprechstunden (und Behandlungen) in peripheren ländlichen Gebieten. Es wurde zu 50 Prozent durch das LEADER Programm gefördert, zu weiteren 50% durch das „Match Funding“. Zielgruppe sind vor allem ältere Menschen. Kooperationspartner sind: The Northern Lincolnshire Rural Partnership (NLRP), The City of Hull and Humber Environmental Forum (CHEF), Crosby Employment Bureau (CEB), Adult Community Learning, Citizen's Advice Bureau (CAB), JobCentre Plus (JC+), and Voluntary Action North Lincolnshire/ Voluntary Action North East Lincolnshire (VANL/ VANEL).

Erfahrungen

Das Projekt wurde als Pilotprojekt initiiert, es lief in Phasen von je drei Wochen. Vom 4.10.2010 bis 21.10.2010 wurden 15 Sprechstunden abgehalten. In der Phase vom 31.1.2011 bis 28.2.2011 wurden 33 Menschen behandelt. Insgesamt nahmen über 480 Menschen den Dienst in Anspruch, was als großer Erfolg gewertet werden kann, da mit höchstens 400 Patienten gerechnet wurde.

25 ländliche Dörfer lagen im Einzugsbereich der mobilen Sprechstunde. Das Projekt hat sich als sehr effektiv dabei erwiesen, in Kontakt mit der Landbevölkerung zu treten und in der Entwicklung von Diensten, die auf die Bedürfnisse der Landbevölkerung eingehen.

Transport Action Patients

Land: Großbritannien
Region: Cornwall
Sektor: Gesundheitswesen; Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Das Projekt „Transport Action Patients“ (TAP) ist ein Fahrdienst mit ehrenamtlichem Personal, welcher nicht mobile, insbesondere ältere Menschen zu und zwischen den Gesundheitseinrichtungen sowie darüber hinaus Kunden des Sozialdienstes befördert.

Den Ausgangspunkt der Maßnahme bildete eine hohe Anzahl versäumter Termine in Krankenhäusern. Dies wurde auf einen Mangel an Mobilität zurückgeführt sowie auf ein Informationsdefizit. Die Betroffenen fühlten sich insbesondere von der hohen Anzahl der Telefonnummern existierender Krankentransportdienste überfordert.

Die Ambulanzbetreiber verständigten sich auf eine Zusammenarbeit und bauten eine zentrale Kontaktstelle mit einer einzigen Telefonnummer auf. Darüber hinaus gründeten verschiedene Gesundheitsorganisationen, *Age Concern* (nationale Wohltätigkeitsorganisation für Ältere) und das *East Rural Transport Partnership* (RTP) eine Partnerschaft. Das Projekt mit seinen Vorteilen in Einfachheit und ei-

nem hohem Maß an Kooperation gewann den Förderwettbewerb des RTP. Ein jährlicher Förderbetrag von 38000 Pfund wurde vom Cornwall County Council bereitgestellt.

Die Leistungen gliedern sich in TAP 1 bis TAP 3. 2001 startete TAP 1 als erste von drei Maßnahmen und bezeichnet den Transport zwischen Krankenhäusern und Kliniken. Es folgte TAP 2, der Fahrdienst zwischen Krankenhäusern und diversen anderen Gesundheitseinrichtungen, und TAP 3, der Transport für Kunden des Sozialdienstes. Nach dem Start in Nord- und Ostcornwall ist der Dienst weiterhin in der räumlichen Ausdehnung begriffen. Der Begriff „one-stop-shop“ steht unter anderem für das Ziel einer flächendeckenden Versorgung Cornwalls.

Erfahrungen

TAP 1 hat sich sehr schnell zu einer dauerhaften Einrichtung entwickelt. Bereits 600 Fahrer in 12 Gruppen arbeiten für TAP 1. TAP 3 befindet sich noch in der Pilotphase, bei TAP 2 müssen noch die unterschiedlich ausfallenden Rückmeldungen der Ambulanzdienste bei der Evaluation berücksichtigt werden, um eine weitere Entwicklung absehen zu können.

TAP ist mittlerweile fest in die Servicestrukturen von Arztpraxen und Krankenhäusern eingebunden. Ein Krankenhaustermin ist stets begleitet mit einer Information zu den TAP Diensten, Informationshefte und -karten zu TAP finden sich in Praxen in der Auslage.

Die erfolgreiche Kooperation, die Funktionsfähigkeit und Kosteneffizienz des zentralen Call-Centers, die mit Sorgfalt gesteuerte Entwicklung und Struktur der TAP Dienste ließen die Maßnahme zu einem Schlüsselprojekt gedeihen und zu einer dauerhaften Einrichtung entwickeln. Die versäumten Termine, welche die Maßnahme begründeten, reduzierten sich erheblich.

Using vehicles efficiently

Land: Großbritannien
Region: Nottingham County Council
Sektor: Gesundheitswesen; soziale Infrastruktur; Verkehrsinfrastruktur

Kurze Beschreibung

Ausgangspunkt der Maßnahme bildete eine in 1999 verfasste Studie für den *Nottingham County Council* (NCC), welche den Einsatz der Fahrzeuge für den Sozialdienst sowie Schultransport als insbesondere in der Mittagszeit zu gering ausgelastet und damit als ineffizient bewertete. In der Folge dieser Erkenntnis wurde eine Kooperation mit dem *East Midlands Ambulance Service* angeregt, welcher insbesondere mit dem Transport von Nicht-Notfällen überlastet war. 2000 kam ein Vertrag zwischen dem NCC und der Ambulanz über eine Anzahl von Fahrzeugen des Sozialdienstes und Schultransportes zustande, um eine Beförderung für die betreffenden Nicht-Notfälle bereitzustellen.

Erfahrungen

Die Kooperation des NCC mit dem Gesundheitswesen und die damit verbundene Teilung der Fahrzeugkapazitäten verliefen so erfolgreich, dass die Fahrzeuge sogar noch am Abend zwischen 18 Uhr und 20.30 Uhr beim Krankentransport zum Einsatz kamen. Der NCC konnte allein in 2001/02 durch die Maßnahme 78 000 Pfund einsparen, die Arbeitszeiten der Teilzeitfahrer erfuhren mehr Stabilität und

die Fahrzeuge eigneten sich für den Krankentransport sogar besser als Taxis. Der NCC ist für seine Bemühungen um bessere Mobilität und einen einfachen Zugang vom *Beacon Council* ausgezeichnet worden. Einige Gebietskörperschaften haben ernsthaftes Interesse an dem Projekt bekundet

5.4.4 Lokale Nachhaltigkeit

Think global, act local – Innovativ sein in der Abfallwirtschaft

Land/Country: Spanien
Region/location: Madrid, Rioja (30 Gemeinden)
Service sector: Lokale Nachhaltigkeit

Kurze Beschreibung

Das Pilotprojekt „Think global, act local – innovativ sein in der Abfallwirtschaft“ schulte Frauen in ländlichen Gebieten in der Kompostierung ihrer organischen Abfälle. Die Maßnahme zielte einerseits auf ökologische Aspekte, andererseits wollte man den ländlichen Bewohnerinnen einen Anreiz für Selbstständigkeit bieten im Bereich der Kompostbeseitigung, insbesondere der dezentralen Kompostierungstechnik und der Kommerzialisierung des Systems.

Die Ausbildung wurde im Zeitraum zwischen Juli und November 2011 mit 30 Frauen durchgeführt. Hintergrund des Projekts bildete der sehr unterschiedliche Erfolg zwischen Stadt und Land bei der Behandlung und Verwertung von Produkten zum anschließenden Recycling. In urbanen Räumen funktionierte die Abfallwirtschaft wesentlich besser, was mit einer wirksameren Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Städten sowie mit einem Mangel an Initiativen in ländlichen Gebieten bzw. Gebieten mit geringer Bewohnerdichte begründet wurde.

Träger des Projekts war die AFFAMER (*Asociación de Mujeres y Familias del Medio Rural*). Die Finanzierung erfolgte durch FEADER und das *Ministerium für Umwelt*. Darüber hinaus beteiligten sich das Land, die Regionen und Kommunen. Die Kosten betragen 333 000 Euro.

Positiv hervorzuheben ist die Zielgruppe der Frauen im ländlichen Raum und deren Arbeitskraft. Zudem bot sich die Option eines möglichen Verkaufs des entstehenden Komposts. Darüber hinaus lässt sich die Vermittlung des Wissens über die verschiedenen Arten der Kompostierung sowie die Erfahrung, dass diese Technik selbst durchführbar ist, als ein Gewinn des Projekts betrachten.

Erfahrungen

Das Projekt erfuhr großen Zuspruch und die Identifikation war hoch. An einem Standort allerdings fehlten Interessierte, so dass man sich auf die anderen Orte konzentrierte.

Zuhause am Zweitwohnsitz (Hyttefolk I Tinn)

Land/Country: Norwegen
 Region/location: Gemeinde Tinn (Telemark Fylke)
 Service sector: Lokale Nachhaltigkeit

Kurze Beschreibung

In der Gemeinde Tinn (6300 Einwohner) befinden sich 2500 der in ganz Skandinavien sehr beliebten Ferienhäuser (hytter), die sich oft in Privateigentum befinden. Die Zahl solcher Zweitwohnungen steigt weiter an und ihre Ausstattung (z.B. Internet/Breitbandanschluss) verbessert sich. Daher werden sie zunehmend auch jenseits von Ferienaufenthalten als Wohn- und Arbeitsplätze genutzt.

Idee des Projekts in der Gemeinde Tinn war es, die Eigentümer bzw. regelmäßigen Nutzer solcher Ferienhäuser als Ressource (nicht nur im ökonomischen Sinn) für die lokale Entwicklung zu verstehen und stärker in das örtliche Leben zu integrieren. Dazu wurden Umfragen durchgeführt und Vorschläge für Maßnahmen entwickelt. Das Projekt war in seiner inhaltlichen und methodischen Breite das bisher umfassendste zu diesem Thema.

Erfahrungen/experiences

Die Erhebungen in den Gemeinden Tinn und Øyffjell ergaben, dass das klischeehafte Bild der Ferienhausbesitzer als eher anstrengende „Eindringlinge“ zu differenzieren ist. Die Zweitwohner sind überwiegend hochqualifiziert und bieten für die Zielorte ein großes Erfahrungspotenzial. Zwar steht die Erholung als Aufenthaltsmotiv klar im Vordergrund, jedoch nutzen zwischen 25 und 45% ihre Zweitwohnung zumindest gelegentlich auch als Arbeitsort. Ebenso würden 14% bzw. 27 der Befragten gern den Kontakt zur örtlichen Bevölkerung intensivieren und 18% bzw. 15% können sich vorstellen, sich intensiver an örtlichen Aktivitäten zu beteiligen. Ferner formulierten sie zahlreiche Erwartungen an Infrastruktur- und Dienstleistungsangebot. Bessere Kommunikations- und Verkehrsanbindungen wurden als häufigste Problembereiche genannt.

Die Maßnahmenvorschläge beziehen sich auf unterschiedliche Akteure und lassen sich einteilen in Werbe-/Informationsmaßnahmen, Schritte zur Vernetzung zwischen Zweit- und Erstwohnenden (z.B. Treffpunkte, Datenbanken), Ausbau des örtlichen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebots, um für längere Aufenthalte und die Arbeit vom Zweitwohnsitz aus attraktiv zu sein (z.B. Anpassung von Öffnungszeiten, Ausbau Kultur und Tourismusangebote). Wo möglich sollen auch „Zweit Arbeitsplätze“ in den Ferienhäusern oder örtlichen Einrichtungen entstehen.



Abb. 21: Ferienhäuser als Zweitwohnsitz

5.4.5 Schutz und Sicherheit

Unione dei Comuni del Camposampierese

Land/Country: Italien
Region/location: Camposampiero u.a. / Veneto
Service sector: Lokale Nachhaltigkeit

Kurze Beschreibung

Das auf Dauerhaftigkeit angelegte und seit 2001 bestehende Projekt „Unione dei Comuni del Camposampierese“ strebt die Zusammenarbeit von elf Kommunen mit ca. 98 000 Einwohnern in zahlreichen Tätigkeitsbereichen der örtlichen Verwaltung und Regionalentwicklung an. Ziel ist die Verwaltungsmodernisierung sowie der Einbezug der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft in die kommunale Entwicklung. Angesprochen werden alle Einwohner der Gemeinde, wobei sich die Zielgruppen je nach Dienstleistung unterscheiden. Innovativ an dem Projekt sind die wöchentlichen Termine der Bürgermeister, die gemeinsam wichtige Entscheidungen diskutieren und treffen. Die Art der Zusammenarbeit definiert sich als Unione di comuni (öffentlich-rechtliche Körperschaft). Bei der Einführung fielen Investitionskosten für 43 Angestellte an.

Erfahrungen

Die Effizienzsteigerung im Vergleich zu einzelner Leistungserstellung ist signifikant.

5.4.6 Wohnen, Bauen, Sanierung

Licht in allen Fenstern (Lys i alla glas)

Land/Country: Norwegen
Region/location: 12 Kommunen in Buskerud Fylke
Service sector: Wohnen, Bauen, Sanierung

Kurze Beschreibung

Die teilnehmenden Kommunen haben sich das Ziel gesetzt, im Rahmen des Projekts 100 Zuwanderer in ihrem Gebiet anzusiedeln, insbesondere in leer stehenden Bauernhöfen. In den letzten Jahren hatten acht der zwölf Kommunen einen Bevölkerungsrückgang, und insgesamt 785 Gehöfte standen leer.

Mit der Projektförderung konnte ein Inventar aller geeigneten Objekte erstellt, Gespräche mit den Eignern geführt und Vermittlungsbemühungen gestartet werden. Dafür wurden drei Stellen neu geschaffen. Wichtiges Zwischenziel war eine bessere Transparenz hinsichtlich der verfügbaren Objekte und eine bessere Kommunikation zwischen Grundbesitzern und möglichen Interessenten.

Erfahrungen/experiences

Die Identifikation der jeweiligen Grundbesitzer, ihre Ansprache und Überzeugung stellte sich als sehr aufwendig heraus, führte aber meist zu einem Ergebnis. Zum Zeitpunkt des letzten Fortschrittsberichts entsprachen die registrierten Verkäufe und Vermietungen den Erwartungen.

Vergleichbare Projekte bestehen auch in anderen Regionen Norwegens, „Licht in allen Fenstern“ ist jedoch das größte dieser Art.

Neue Konzepte für Gemeinschaftshäuser (Huset I bygda)

Land/Country: Norwegen
 Region/location: Sogn og Fjordane Fylke
 Service sector: Wohnen, Bauen, Sanierung

Kurze Beschreibung

In vielen norwegischen Gemeinden befinden sich Kultur- bzw. Jugendhäuser, die als lokale Treffpunkte und Veranstaltungsorte erhalten werden sollen. Ein Teil dieser Einrichtungen muss jedoch baulich modernisiert werden, ferner sind neue Angebote und Nutzungskonzepte erforderlich, damit sie weiter ihren Zweck erfüllen und zu lebenswerten Kommunen beitragen.

Als Pilotprojekt wird dazu eine Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung für die Häuser in der Region Sogn og Fjordane durchgeführt. Beteiligt sind die Fylkeskommune, die lokalen Verantwortlichen und der norwegische Dachverband der Kulturhäuser (Norske kulturbygg). Die Aktivitäten werden aus dem Bolyst-Programm mit 500 000 Nkr. bezuschusst und umfassen in der ersten Phase vor allem Bestandsaufnahmen vor Ort, Beratung/Ideenentwicklung mit den lokalen Hausbetreibern, -nutzern und der Bevölkerung sowie Austausch und Dokumentation der Ideen.

Neue Einwohner für Møkster, Huglo, Fjellberg und Espevær (Flytt til LivO Glyst)

Land/Country: Norwegen
 Region/location: Hordaland Fylke
 Service sector: Wohnen, Bauen, Sanierung

Kurze Beschreibung

Die vier Kleinkommunen Møkster, Huglo, Fjellberg und Espevær haben gemeinsame Aktivitäten begonnen, um Zuwanderer für ihre Gemeinden (teils Inselkommunen) zu gewinnen und so zur Existenzsicherung der örtlichen Dienstleistungsangebote beizutragen. Diese Maßnahmen werden aus dem Bolyst-Programm durch die Finanzierung einer Koordinationsstelle und Planungsleistungen unterstützt.



Abb. 22: Neue Einwohner in Hordaland/Norwegen

Neben Werbe- und Informationsmaßnahmen, die möglichst zielgenau vor Ort benötigte Gruppen bzw. Qualifikationen ansprechen sollen, liegt ein Schwerpunkt auf dem Ausbau des Bauland- und Wohnungsangebots, da die vorhandenen Kapazitäten erschöpft sind. Hierfür wurden mit Vereinbarungen mit örtlichen Grundeigentümern getroffen und Architekten mit Entwürfen beauftragt. Interessierte Neusiedler sollen es so leichter haben, sich vor Ort niederzulassen.

Besonderes Interesse besteht an Familien, da die örtliche Grundschule mit derzeit elf Kindern zwar nicht akut schließungsbedroht ist, aber immer wieder gerechtfertigt werden muss.

Erfahrungen/experiences

Die Aktivitäten im Rahmen des genannten Projekts haben erst 2011 begonnen, frühere ähnliche Maßnahmen waren jedoch erfolgreich. Erste Ansiedlungserfolge konnten auch in diesem Projekt schon erzielt werden.

5.4.7 Nahversorgung

Dorfläden als Gemeindemittelpunkt (Bygdebutikken som samfunnsutvikler)

Land/Country: Norwegen
Region/location: Insel Andøya (Nordland Fylke)
Service sector: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Die Kommune Andøy unterstützt die Nahversorgung in den kleinen Gemeinden der Insel Andøya durch Beratung, Investitionsförderung und Vernetzung der Händler untereinander und mit den sonstigen Gewerbetreibenden der Region.

Bisher nehmen fünf Dorfläden (davon eine Neugründung) an dem Projekt teil, die sich in Orten mit 100 bis 400 Einwohnern befinden. Im Rahmen des Projekts wird insbesondere versucht, die Läden durch ein breiteres Aktivitätsspektrum besser auszulasten und ihre Rolle als Treff-/Mittelpunkt des Ortes zu stärken. Realisiert wurden z.B. ein saisonales Café, Veranstaltungen, der gezielte Verkauf lokaler Waren und die verstärkte Berücksichtigung der Läden bei Anschaffungen öffentlicher Stellen.

Durch die Koordination der Kommune (Wirtschaftsabteilung) werden die Betreiber der Läden beraten und vernetzt. Kommune und Region beteiligen sich finanziell bzw. durch Sachleistungen.

Erfahrungen

Quantitatives Ziel des Vorhabens war eine Umsatzsteigerung in den teilnehmenden Läden um 20% im Projektzeitraum. Dieser Wert wurde vorzeitig erreicht. Es wurden eine Reihe zusätzlicher Angebote eingeführt, und die Integration der Geschäfte in das örtliche Leben konnte deutlich verbessert werden.



Abb. 23: Nahversorgung Andøy

Den Dorfladen behalten (De Dorpswinkel behouden)

Land: Niederlande
Region: Seeland, Gemeinde Sint-Maartensdijk auf Tholen
Sektor: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Das Projekt „De Dorpswinkel behouden“ konzentriert sich auf kleinere Gemeinden in einem Teil der Provinz Seeland. Dabei geht es vor allem um die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung. Ein inhabergeführter Laden schließt – die größeren Discounter übernehmen zwar die Versorgung, sind aber zumeist weiter entfernt. Initiator des Projekts war die Wohnungsgesellschaft „Castria“ (jetzt: Stadlander), die einen Sitz in der kleinen Stadt Sint-Maartensdijk hat. Im Ort wohnen rund 3.500 Menschen. Aus Gesprächen und Befragungen wussten die Mitarbeiter der Wohnungsgesellschaft, dass sich viele ältere Menschen auf der Insel Tholen um ihre Einkaufsmöglichkeiten sorgen. Ein Dorfladen ist ein wichtiger Faktor für die Lebensfähigkeit der kleinen Orte. Dies gelte umso mehr für Gemeinden, in denen viele ältere Menschen leben. Sie haben oft nicht die Möglichkeit, anderswo ihre Einkäufe zu erledigen.

Ziel der Initiative war es, den Dorfladen zu erhalten. Zudem soll es einen Treffpunkt für Kommunikation und Austausch geben. Dazu soll die in kleineren Orten vorhandene Infrastruktur gebündelt werden. Möglichst viele Einrichtungen sollen sich zusammenschließen. Denkbar sind die Funktionen Einkaufen, Kommunikation, Begegnungsstätte, Pflegedienste, Arztpraxen, ein Friseur und weitere je nach lokalem Bedarf. In den Läden kann auch Menschen mit Einschränkungen ein neuer Arbeitsplatz geboten werden.

Ein Dorfladen eröffnete im Januar 2011 in Scherpenisse – einem Ortsteil unweit von Sint-Maartensdijk mit rund 1.800 Einwohnern. „Erst schloss der Supermarkt, dann die Bäckerei“, berichtete die Lokalzeitung zur Eröffnung.¹²⁸ Doch jetzt ein Laden zurück. Die Wohnungsgesellschaft beteiligt sich auch finanziell an dem Projekt. Die gesamte Finanzierung erfolgt durch mehrere Projektpartner, unter anderem die Rado-Bank. Zu den Beteiligten des Gesamtprojekts zählen neben der Wohnungsgesellschaft Castria die Provinz Seeland, die Stiftung für regionale Pflege Seeland (SVRZ), Zuidwester (Einrichtung für Menschen mit Behinderung), Stiftung „Sjaloom Zorg“ (Pflege und Betreuungsdienst), die Lebensmittelmarktkette Spar, die Gemeinden Tholen und Bergen auf Zoom sowie weitere Unternehmen.

Mit einem Anreizsystem versucht die Wohnungsgesellschaft, dass Mieter beim Einkauf im lokalen Laden einen Rabatt erhalten. Die Zusammenarbeit ist nach Einschätzung des Projektteams der Castria gut, aber ist nicht immer einfach. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass das Projekt zusätzlich neben der regulären Arbeit bearbeitet wird. Es müssen verschiedene Gruppen integriert werden: Menschen mit Einschränkungen, ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter. Der wirtschaftliche Effekt kann nur schwer eingeschätzt werden. Es ist aber zumindest ein Ziel, dass ältere Menschen solange es geht in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Die Versorgung ist dabei wichtiger Bestandteil.

¹²⁸ Vgl.: http://www.stadlander.nl/nieuws/scherpenisse_leeft_weer_dankzij_de_dorpswinkel_-_woningstichting_betaalt_mee.html.

Kompetenzentwicklung für den Einzelhandel in Randgebieten (Mer- kantilt kompetanseprogram for utkantbutikker (MERKUR)

Land/Country: Norwegen
Region/location: landesweit
Sektor: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Das MERKUR-Programm fördert die Aufrechterhaltung einer Grundversorgung mit Einzelhandelsangeboten in ländlichen Gebieten, die qualitative Weiterentwicklung dieser Angebote und das allgemeine Bewusstsein über die Bedeutung einer dezentralen Versorgung mit Geschäften. Mögliche Branchen sind etwa Buchhandel, Post, Lotto/Wetten oder Tankstelle. Öffentliche Dienstleistungen werden bisher allerdings nicht explizit als mögliche Bestandteile berücksichtigt.



Abb. 24: Nahversorgungsprogramm in Norwegen

Die Regierung stellt dafür 47,2 Mio NKr (2012) zur Verfügung. Die Handelsketten unterstützen die Aktivitäten durch Sachleistungen. Schwerpunkt ist die Beratung und Kompetenzentwicklung der Händler durch Seminare, Vor-Ort-Beratung, Erhebungen zur Kundenstruktur usw. sowie Unterstützung bei der Ausweitung des Leistungsspektrums. Die Beratung wird dezentral durch 11 „Konsulenten“ vorgenommen.

Für die Nutzung ist eine Bewerbung erforderlich, ferner müssen bestimmte geographische Kriterien (Entfernung zu Zentren, Kundenpotenzial im Umkreis) erfüllt sein.

Angegliedert an das Hauptprogramm werden seit 2010 außerdem Investitionszuschüsse bis 50% in zwei Bereichen vergeben:

- Bau/Modernisierung von Anlagen für die Kraftstoffversorgung
- Modernisierung/Erweiterung von Lebensmittelgeschäften in besonders abgelegenen Regionen.

Erfahrungen

Das Programm besteht seit 1995 und wird intensiv nachgefragt. Bisher haben etwa 600 Händler einen Förderantrag gestellt. Die Programmmittel reichten zeitweise nicht aus, um alle Interessenten zu bedienen.

Lokala servicelösningar (Programm lokale Dienstleistungskonzepte)

Land/Country: Schweden
 Region/location: landesweit
 Sektor: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Das Programm bildet eine von zahlreichen Aktivitäten der staatlichen Wirtschaftsförderungsagentur Tillväxtverket im Bereich der Regionalentwicklung (vgl. auch RSP). Es stellt für die Programmperiode 2009-2013 insgesamt 17 Mio. SKr. als Förderung für Dienstleistungsanbieter in dünnbesiedelten Regionen zur Verfügung. Auch Kommunen und lokale Verbände können Anträge stellen. Geografische Schwerpunkte sollen abgelegene Berg- und Inselregionen sein, allerdings sind Anträge aus allen Landesteilen möglich.

Ziel ist insbesondere die Förderung innovativer und an die lokalen Bedürfnisse angepasster Konzepte einschließlich der Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Zu möglichen Angeboten, Trägerschaften etc. werden daher kaum ex ante-Vorgaben formuliert; wichtiger ist die Mitwirkung der Kommunen und die Einbindung in den lokalen Kontext. Es ist nicht zwingend erforderlich, aber von Vorteil, wenn die Vorhaben im Regionalen Serviceprogramm verankert sind.

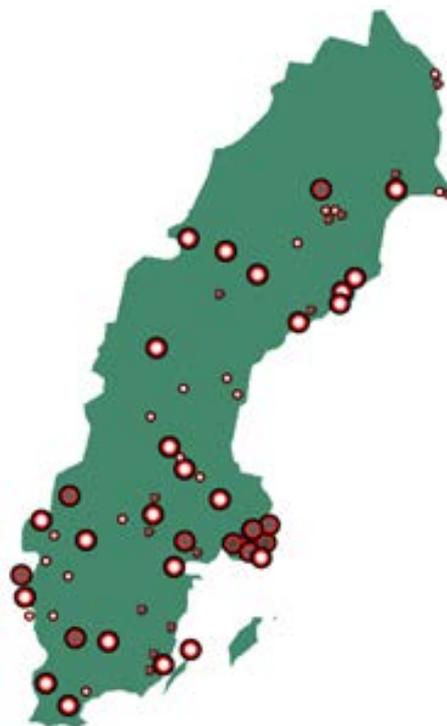


Abb. 25: Karte der im Programm lokale Dienstleistungen geförderten Einzelprojekte

Ein wichtiges Maßnahmenfeld ist die Zusammenführung unterschiedlicher Einzelhandelsangebote und Dienste an einem Ort, etwa einem Supermarkt oder „Servicepunkt“, der Post, Bank/Geldautomaten und Bargeldversorgung, Einzelhandel, touristische Information, Lottoannahmestelle, Apotheke und Tankstelle umfassen kann. Die Förderung im Rahmen des Programms deckt in der Regel etwa 50% der Projektkosten (Planung, Kommunikation, Marketing u.ä., jedoch keine Investitionen) ab. Für die verbleibenden Kosten können teils andere Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden.

Erfahrungen

Bisher wurden 45 Projekte bewilligt, die teils mehrere Standorte umfassen. Die einzelnen Konzepte sind auf der Homepage von Tillväxtverket dokumentiert.

Neben den in zahlreichen Projekten verfolgten Ideen für Kooperation und räumliche Zusammenführung von Dienstleistungsangeboten wurden auch Studien zur Konzeptentwicklung, Projekte zur Vernetzung von Kommunen mit ähnlichen Versorgungsproblemen und Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung und Stärkung des lokalen Arbeitsmarkts (Sicherung von Fach-/Arbeitskräften für das Aufrechterhalten von Dienstleistungsangeboten in dünnbesiedelten Räumen) gefördert.

Bargeldversorgung abgelegener Gebiete (Kontanthantering via dagligvarubutiker

Land/Country: Schweden
 Region/location: Umland Stockholm, Jämtland
 Service sector: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Die Versorgung mit Bargeld ist in den ländlichen Regionen Schwedens mitunter schwierig, da besonders in sehr abgelegenen Gebieten (Bergregionen, Inseln) nur selten Geldautomaten zu finden sind. Im Jahr 2009 ist ein entsprechender Unversaldienstauftrag ausgelaufen, so dass die Regionen jetzt eigene Konzepte hierfür entwickeln müssen. Gleichzeitig besteht dort ein erhöhter Bedarf, Zahlungen mit Bargeld abzuwickeln, da in diesen Regionen ein höherer Anteil Klein- und Kleinunternehmen tätig ist, die sich aus Kostengründen keine Ausrüstung für den bargeldlosen Zahlungsverkehr beschaffen. Teils sind diese Unternehmen auch nur in der jeweiligen Urlaubssaison aktiv.



Abb. 26: Testautomat im Supermarkt auf der Insel Utö

In zwei Pilotprojekten wurden neue Lösungen erprobt. Im ersten Projekt wurden 2011 in den lokalen Geschäften bzw. Kleinsupermärkten in je zwei Ferienorten der Stockholmer Schären (Inseln) und im Jämtland mobile Geldautomaten aufgestellt. Nach Ende der Sommersaison wurden sie von den Inseln in die Bergregion versetzt, so dass die Investition über das ganze Jahr genutzt werden konnte. Das Projekt wurde mit der Supermarktkette ICA und deren Banktochter durchgeführt.

In einem zweiten Pilotprojekt wurden im Sommer 2010 neue Formen der Kooperation erprobt, um den Bargeldtransport von und zu den Inseln wirtschaftlicher zu gestalten und Sicherheitsrisiken auf langen Lieferfahrten zu reduzieren. Dabei wurde u.a. mit einem Kurierdienst kooperiert, der die Inseln bereits aus anderen Gründen per Hubschrauber versorgt und nun auch die Geldkassetten befördert. Ferner wurden testweise von den Inselgeschäften abgelieferte Geldbestände direkt wiederverwendet. Hierfür wurden in vorhandenen Geschäften Zähl- und Sortierautomaten für die Verbuchung aufgestellt, die vom Ladenpersonal nach Einweisung bedient wurden. So konnte der Hin- und Rücktransport zu einer Bank auf dem Festland vermieden werden.

Erfahrungen/experiences

Beide Projekte wurden als Versuch durch Tillväxtverket im Rahmen des Programms „Lokala servicelösningar“ mit 180 000 Skr. bzw. 150 000 Skr. finanziert. Sie haben grundsätzlich funktioniert, der Aufwand für die mobilen Geldautomaten wurde jedoch als zu hoch betrachtet, um dauerhaft Anwendung zu finden. Laut Schlussbericht sind für einen Geldautomaten monatliche Mietgebühren von 5000 SKr. zu entrichten, die erst ab 2000 Transaktionen gegenfinanziert sind.

Diese Zahlen sind in ländlichen Einzelhandelseinrichtungen nicht ohne Weiteres zu erreichen, so dass weitere Partner für eine Kostenübernahme gefunden werden müssen.

Allerdings befindet sich die gesamte Organisation des Zahlungsverkehrs im Umbruch. Seit kurzem sind die Provinzen für die Sicherstellung der Bargeldversorgung verantwortlich und müssen hierfür geeignete Konzepte entwickeln und Betreiber finden.

Fixar Malte - Der kommunale Haushaltshelfer

Land/Country: Schweden
 Region/location: weit verbreitet
 Service sector: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Jährlich kommen in Schweden schätzungsweise 524 000 Personen zu Schaden, die Hälfte davon in oder in der Nähe ihrer Wohnung. Um die Kosten im Pflege- und Gesundheitssystem zu reduzieren, wendet daher eine zunehmende Zahl von Kommunen ein Konzept namens „Fixar-Malte“ an. Fixar-Malte ist ein Hausmeisterdienst, der auf telefonische



Abb. 27: Kommunale Haushaltshelfer in Schweden

Anfrage älteren Menschen eine Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Aufgaben leistet. Die jeweiligen Anbieter legen das Leistungsangebot fest. Dazu zählt etwa das Wechseln von Lampen, Möbelrücken, Transporte von Sachen zwischen Wohnung, Keller oder Dachboden oder kleinere Reparaturen. Nicht dazu gehören im Allgemeinen Reinigungsarbeiten, Dienste, die handwerkliche Fachkunde erfordern oder von Pflegediensten durchgeführt werden.

Bezüglich der Stellung von Fixar-Malte gibt es in den verschiedenen Kommunen eine Vielzahl von Variationen. In Höganäs hat Malte eine volle Stelle, funktioniert dann allerdings nicht nur als „wandernder Hausmeister“ für etwa 200 Rentnerinnen und Rentner, sondern löste ähnliche Aufgaben auch in 9 Pflege- und Service-Einrichtungen. In manchen Kommunen wurden vorhandene Stellen so umstrukturiert, dass keine Neuanstellung erfolgen musste. In anderen existiert Fixar-Malte unter der Koordination einer privaten Organisation, die zum Teil von der Kommune finanziert wird. Die meisten Kommunen stellen den Hausmeister allerdings auf Projektbasis, unter Trägerschaft der für Senioren verantwortlichen kommunalen Abteilung an.

Erfahrungen

Das Angebot wurde nach dem Namen des ersten solchen Hausmeisters Malte genannt, der 1999 in der Kommune Höganäs in Skåne, der südlichsten Region Schwedens tätig wurde. Seitdem haben zahlreiche schwedische Kommunen ähnliche Stellen eingerichtet.

Es entstehen Kosten von jährlich etwa 53 000 Euro. Evaluierungen in Höganäs zeigen, dass Fixar-Malte dagegen ca. 850 000 Euro durch die proaktive Verhinde-

rung von Schäden und Unfällen bei Senioren einspart. Die Maßnahme hat somit geholfen, die kommunalen Krankenpflege- und Rehabilitierungskosten um 30% zu reduzieren.

7 POMS in 7 Dörfern

Land: Frankreich
Region: Hautes-Corbières
Sektor: Nahversorgung

Kurze Beschreibung

Die POMS sind Poststellen, welche zusätzlich andere Angebote bereitstellen wie Bücherei, Internetzugang, Fax, Kopierer, lokale Produkte, Tourismusinformatio- nen, Jobcenter, Immobilienmarkt und seit neuestem auch auf Anfrage Transport- angebote. Dieses Projekt wurde in sieben Dörfern der Provinz Hautes-Corbéries durchgeführt, um Angebote für isolierte Einwohner zu zentralisieren (das Gebiet liegt eine Stunde von der nächsten Stadt und deren Angeboten entfernt).

Die Maßnahme zielt auf alle Bevölkerungsgruppen. Es ist eine Initiative der Ent- wicklungsorganisation Hautes-Corbéries – ADHOC (*Association de développe- ment des Hautes-Corbières*). Finanziert wird es durch LEADER und 17 involvierte Dörfer.

Erfahrungen

Das Netzwerk der POMs besteht als permanentes Angebot seit 2001, rund 1 400 Einwohner profitieren davon. Es wurden extrem positive Erfahrungen damit ge- sammelt, seit seiner Implementierung ist die Bevölkerung um 12% angewach- sen, wofür das Projekt mitverantwortlich ist.

Die Dorfkneipe als Dreh- und Angelpunkt (The Pub is the Hub)

Land: Großbritannien
Region: North Yorkshire
Sektoren: Nahversorgung;
soziale Infra-
struktur

Kurze Beschreibung

„Das Pub zum Treffpunkt der Gemeindeangebote machen“ ist der Slogan des Projekts. Im Beispiel New Yorkshire wurde das Pub wiedereröffnet als der zentrale Fokus des Dorflebens. Es wurde zum Hauptort für Veranstaltungen, sportliche Aktivitäten, es führt eine Bibliothek, bie- tet freien Internetzugang und beherbergt ein Geschäft. Zielgruppe ist die gesam- te Dorfbevölkerung (200 Einwohner), denen außer der Stadthalle keine weiteren Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Das Projekt ist an das „Royal Highness's Rural Action Programme“ angeschlossen und als ein kooperatives Modell ist es Partnerschaften eingegangen mit den regi- onalen Entwicklungsämtern, lokalen Autoritäten, ländlichen Entwicklungsräten und anderen Organisationen aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Es wird



Abb. 28: Dorfkneipe als Gemeindezentrum in Großbritannien

finanziert durch Mitglieder der Kooperation, dem „Key Fund Yorkshire Investment“, dem „Rural Access to Opportunities Grant“ sowie weiteren Beihilfen.

Erfahrungen

Das Pub als eine Multiangebotsstelle existiert seit 2010. Die Inhaberschaft durch die Kommune trägt zur Schaffung eines Gemeinschaftsgeistes und der Entfaltung ehrenamtlicher Motivation bei. Gleichzeitig können Dienste angeboten werden, die zuvor im Dorf nicht verfügbar waren.

Verwaltung Virtuelles Bürgerbüro (Contact met de burger via virtuele loketten)

Land: Niederlande
Region: Drenthe und Groningen
Sektor: Verwaltung

Kurze Beschreibung

Die Maßnahme „Contact met de burger via virtuele loketten“ bezeichnet ein virtuelles Büro, in dem Bürger Dienstleistungen der Verwaltung einfach nutzen können. Das Besondere an dem System sind zwei Bildschirme. Der eine dient zur Kommunikation über eine Kamera, über den anderen können Daten ausgetauscht werden.



Abb. 29: Virtuelles Bürgerbüro in den Niederlanden

Da das System eine technische Betreuung erfordert ist es vor allem zur Installation in Dorf- oder Gemeinschaftshäusern geeignet. Ziel des Projekts ist die Möglichkeit, bestimmte Dienste auch auf räumliche Entfernung nutzen zu können. Zielregionen sind im Wesentlichen Dörfer und kleine Gemeinden.

Die Idee des virtuellen Büros entstand im Jahr 2007. Pilotgemeinde war Aa en Hunze in der Provinz Drenthe, wo das Projekt 2008 startete. Aktuell gibt es dort vier virtuelle Bürgerbüros in den Ortsteilen Annen, Gieten, Rolde und Gasselternijveen. Dabei kann inzwischen nicht nur die Gemeinde erreicht werden, sondern auch das Finanzamt, eine Bank und mehrere Pflege- und Betreuungsdienste. „Mit Hilfe der modernen Technik können Sie direkt Kontakt mit den zuständigen Mitarbeitern aufnehmen, und zwar so, als wenn Sie selbst am Tisch sitzen“, schreibt die Gemeinde Aa en Hunze auf ihrer Internetseite.¹²⁹

Die Technik für das virtuelle Büro kann von den Gemeinden gemietet werden. So muss zwar eine Miete entrichtet werden. Hohe Anschaffungskosten für die Technik entfallen aber. Projektbeteiligte sind die Firma Axtion, die vor allem die Technik betreut, die jeweiligen Provinzen und Gemeinden. Inzwischen ist das Projekt auf weitere Orte in den Provinzen Groningen, Friesland und Utrecht ausgeweitet worden. Wichtiger Erfolgsfaktor ist es, dass sich möglichst viele Dienste zusammenschließen und für den Bürger über das virtuelle Büro erreichbar sind.

¹²⁹ Vgl.: http://www.aaenhunze.nl/Wonen_Leven/Dienstverlening/Virtueel_loket.

Unione Bassa Reggiana per l'infanzia e il sociale

Land: Italien
Region: Poviglio / Emilia Romagna
Sektor: Sektorübergreifend: Bildung, Katastrophenschutz, Verwaltung, Soziales (Jugend, Behinderte, Senioren), Wirtschaftsförderung, Tourismus u.a.

Kurze Beschreibung

„Unione Bassa Reggiana per l'infanzia e il sociale“ bezeichnet einen seit 2011 bestehenden Eigenbetrieb von acht Kommunen für die gemeinsame Erstellung verschiedener kommunaler Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Katastrophenschutz, Verwaltung, Soziales (Jugend, Behinderte, Senioren), Wirtschaftsförderung und Tourismus. Insgesamt arbeiten ca. 100 Beschäftigte für den Betrieb. Teile der ländlichen Gemeinden grenzen an den Po und sind von Überschwemmungen betroffen.

Bei den Schulen und Kitas ist das Ziel die Fortführung des Betriebes in öffentlicher Trägerschaft. Derzeit befinden sich 860 Kinder und Jugendliche in den angeschlossenen Einrichtungen.

Im Katastrophenschutz wird die Verbesserung der Schutzmaßnahmen durch interkommunale Zusammenarbeit, die gemeinsame Notfallplanung sowie die Freiwilligeneinsätze angestrebt. Alle Einwohner werden mit der Maßnahme angesprochen, wenngleich sich die Zielgruppe je nach Dienstleistung unterscheidet.

Die Einrichtung ist auf Dauerhaftigkeit angelegt und die meisten Dienste werden durch die Unione angeboten. Ferner besteht die „Azienda servizi Bassa Reggiana“ als separates Unternehmen für den Betrieb von Schulen und Kindergärten.

Finanziert wird das Projekt entsprechend der Aufgaben durch Zuweisungen der Region und Kommunen. Zusätzliche Mittel des Zentralstaats sind als Anreiz für interkommunale Kooperation verfügbar. Die Art der Zusammenarbeit definiert sich als Unione di comuni (öffentlich-rechtliche Körperschaft). Bei ihrer Einführung betragen die Investitionskosten inklusive Schulbetrieb 100 Euro. Die Maßnahme knüpft an eine bereits bestehende, weniger enge Kooperation in Form einer „Associazione“ an, setzt diese fort und erweitert sie aus.

5.4.8 Bildungs- und Kultureinrichtungen, Qualifikation, Jugendarbeit

Die Schule als Entwicklungsmotor (Sauda vidaregåande skule som utviklingsaktør)

Land/Country: Norwegen
 Region/location: Gemeinde Sauda, Rogaland Fylke
 Service sector: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

Die Sekundarschule der Gemeinde Sauda (5000 Einw. mit einem Außenstandort in der Nachbarkommune Soldal) leidet seit längerem unter dem Bevölkerungsrückgang in der Region und ist durch rückläufige Schülerzahlen in ihrem Bestehen gefährdet. Um ihre Existenz zu sichern, hat sich die Schule in den letzten Jahren verschiedene neue Tätigkeitsfelder erschlossen, Partnerschaften mit weiteren Akteuren der Region entwickelt und versteht sich als treibende Kraft der Regionalentwicklung. Für die Organisations-, Kooperations- und Planungsaufgaben wurden eigene Personalkapazitäten (2 Arbeitsplätze) geschaffen.



Abb. 30: SAUDA – Schule als Entwicklungsmotor

Neben der Behandlung des Themas Regionalentwicklung in verschiedensten Kontexten wurden als neue Handlungsfelder entwickelt:

- Kurse der Erwachsenenbildung (auch an dezentralen Standorten per Videoübertragung)
- spezielle Weiterbildungs-/Qualifizierungskurse in Partnerschaft mit Unternehmen
- Ansiedlung eines Landesleistungszentrums für Volleyball an der Schule
- Mitwirkung an Projekten zu internetbasiertem Lernen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Aufbau von Partnerschaften zur Durchführung dieser Aufgaben

Finanzierung durch Fylkeskommune, begrenzte Einnahmen aus Veranstaltungen, Beiträge durch örtliche Unternehmen via Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft.

Erfahrungen/experiences

Die öffentliche Sichtbarkeit der Schule konnte durch die Maßnahmen deutlich verbessert werden. Die Zufriedenheit der Schüler mit dem Lehrangebot und dem Umfeld ist hoch, was auch öffentlich kommuniziert wird. Der Abwärtstrend der Schülerzahlen konnte gestoppt werden, inzwischen besteht ein Bewerberüberschuss. Die Kommune konnte durch die gewachsene Bedeutung der Schule (insb. das Volleyball-Leistungszentrum) eine Zuwanderung von etwa 100 Personen ver-

zeichnen. Allerdings wird ab 2017 ein erneuter Rückgang der Schülerzahlen erwartet, der neue Maßnahmen erfordert.

phaenovum – Schülerforschungsnetzwerk Dreiländereck

Land: Schweiz (+ Deutschland/Frankreich)
Region: Oberrhein
Sektoren: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

Durch ein praxisnahes Bildungsangebot (Wochen-, Ferien, Wochenendkurse, Exkursionen, Wettbewerbe, Praktika, Veranstaltungen) sollen geeignete Nachwuchskräfte für die Wissenschaft und Forschung für Industrie und Hochschulen frühzeitig gefördert und die Wirtschaftsregion Dreiländereck (Schweiz, Deutschland, Frankreich) nachhaltig gestärkt werden. Dies geschieht durch den Aufbau eines trinationalen Netzwerkes mit Schülern und Lehrern an Schulen, die sich mit ihren naturwissenschaftlichen und technischen Fächern verbinden, austauschen und zusammenarbeiten.

Für die Aktivitäten steht in Lörrach ein Schülerforschungszentrum u.a. mit PC-Arbeitsplätzen und Laboren (insgesamt knapp 300 qm zur Verfügung). „Ein attraktives Bildungsangebot ist die Grundvoraussetzung für qualifizierte Fachkräfte von morgen. Damit unsere trinationale Wirtschaftsregion auch in der Zukunft wächst!“ Die Vernetzung der Akteure und ihrer Einzelmaßnahmen vom Vorschulalter bis zur Hochschule im trinationalen Wirtschaftsraum bietet Kinder von Anfang an ein durchgängiges Angebot an Möglichkeiten für ihre naturwissenschaftliche und technische Ausbildung.



Abb. 31: Schülerforschungsnetzwerk in D, CH und FR

Erfahrungen

Das Projekt lief über einen Zeitraum von 3 Jahren (2009 bis 2012) und wurde von der Europäischen Union im Rahmen von INTERREG IV kofinanziert. Die Errichtung des phaenovum in Lörrach basiert auf dem in bisher beeindruckender Weise erfolgten Public-Private-Partnerships; der ehrenamtlichen Arbeit von Privatpersonen, der finanziellen Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen und Partnern aus der Region, die Bewilligung von Lehrerdeputatsstunden durch das Land Baden-Württemberg und dem finanziellen und personellen Engagement der Stadt Lörrach.

Canterbury Rural Street Runner

Land: Großbritannien
Region: Canterbury
Sektor: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

Der Canterbury „Rural Street Runner“ ist ein mobiler Jugendclub mit einem dezentralen Angebot in neun kleinen Dörfern, welcher Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 18 Jahren im Rahmen zweistündiger Sitzungen und in einer sicheren Umgebung Computer und -spiele, Gesellschaftsspiele, Musik und Zubehör, Sportausrüstung und Materialien für Kunst und Handwerk bereitstellt. Die Maßnahme orientiert sich am bewährten Modell des sog. „Urban Street Runner“ in Städten.

Die Sitzungen werden von zwei Jugendlichen begleitet sowie pro Dorf von jeweils einem einheimischen freiwilligen Assistenten. Die Projektadministration erfolgt durch einen fest angestellten Mitarbeiter. Das Angebot ist kostenlos.

Das Projekt startete nach einem halben Jahr Vorbereitung im März 2004 und die Laufzeit betrug bisher zwei mal zwei Jahre. Die Stadtverwaltung von Canterbury übernimmt die Organisation und trägt die Kosten für Akkommodation und Projektmanagement. Die Gemeinden stellen die Räumlichkeiten zur Verfügung. Unterstützung erfährt das Projekt von der Agentur für Ländliche Entwicklung, welche auch die Fördermittel zur Verfügung stellt, die für das Fahrzeug und Personal benötigt werden.

Der Rural Street Runner basiert auf dem Prinzip integrierter Regionalentwicklung, über eine externe Strategie endogene Potenziale zu aktivieren. Ziel ist es, das Projekt langfristig zu implementieren in der Erwartung, dass die Dorfgemeinden selbst das Management übernehmen. Der Strategie ging eine detaillierte Bedürfnisanalyse voraus. Die Gemeinden sollten in ihrer Schlüsselfunktion unterstützt und in ihrer Kooperationsbereitschaft gestärkt werden.

Erfahrungen

Die hohe Nachfrage von 234 Mitgliedern und über 50 Freiwilligen allein in den ersten 3 Monaten erforderte eine Selektion der Teilnehmer. Zu diesem Zweck wurde ein Mitgliederschema entworfen, was die einzige Veränderung am ursprünglichen Konzept darstellt.

Eltern konnten durch die Maßnahme vom Transport ihrer Kinder zu alternativen Aktivitäten entlastet werden, das Projekt wurde als sinnvolle Abendveranstaltung bewertet und vor allem das freiwillige Engagement gestärkt. Jugendliche eigneten sich neue Fertigkeiten an, und das hohe Maß an Kooperation legte einen Grundstein für eine weitere Zusammenarbeit.

Jugendprojekt Alpenrose

Land: Schweiz
Region: Region Oberland Ost
Sektoren: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

In der Stadt stehen etliche junge Erwachsene an einem Punkt, an dem sie Unterstützung brauchen. Auf dem Land liegt vieles brach und es können spannende Projekte für die Qualifizierung junger Menschen realisiert werden.

Das Projekt verfolgt somit zwei Ziele: arbeitslose Jugendliche oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen ins Erwerbsleben integrieren und gleichzeitig einer gefährdeten Tal-schaft/Region zum Auftrieb verhelfen.



Abb. 32: Jugendprojekt Alpenrose in der Schweiz

Schwerpunkt des Jugendprojekts „Alpenrose“ ist die berufliche, schulische und soziale Anschlussfähigkeit und Integration in die Berufswelt. Es steht Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 16 bis 24 Jahren ohne Lehrstelle, Ausbildung oder Arbeit offen. Sie sammeln erste Berufserfahrungen im Gasthaus „Alpenrose“. Ein regionales Netzwerk von Landwirtschaftsbetrieben sowie kleinen und mittleren Unternehmen ermöglicht den Jugendlichen nach der Vorbereitungs- und Qualifizierungsphase im Gasthof ein längeres Berufspraktikum.

Das Projekt ist nach Schweizer Sozialhilfegesetz (SHG) ein Angebot zur sozialen respektive beruflichen Integration, das die GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) in Zusammenarbeit mit beteiligten Gemeinden bereitstellen kann. Gemeinden, die Jugendliche schicken, können die Kosten im Lastenausgleich abrechnen.

Erfahrungen

Das Projekt besteht seit 2006 und bis Ende 2010 wurde regelmäßig positiv in der Presse darüber berichtet. So ist nach einem Artikel in „Beobachter“ (Ausgabe 7/31. Mär 2010) die Gemeindepräsidentin in Gadmen des Lobes voll. „Ein Spagat sei das nicht“, sagt Kehrl. Die Probleme, die man in der Gemeinde einst befürchtete, seien weitgehend ausgeblieben, die „Rose“ sei mittlerweile der größte Arbeitgeber im Dorf: „Die jungen Leute bringen Leben ins Tal“. Die Alpenrose allein kommt auf einen Umsatz von 1,2 Millionen Franken pro Jahr; das Gemeindebudget beträgt 1,6 Millionen.

YURA – Your region your future - Jugend im demographischen Wandel – Entwicklung transnationaler Lösungen

Land: Tschechien u.a. (Interreg IV B)
Region: landesweit
Sektoren: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

Das Hauptziel des YURA-Projektes ist die Entwicklung innovativer Lösungsansätze, um den Auswirkungen des sozialen und demographischen Wandels wirksam begegnen zu können. Hierbei konzentriert sich YURA besonders auf die regionale und lokale Ebene. Deswegen wird YURA neben der Durchführung einer regionalen Vergleichsanalyse und der Erarbeitung einer transnationalen Jugendstrategie, die an europäische, nationale und regionale Akteure gerichtet wird, eine engere Zusammenarbeit von lokalen und regionalen Bildungseinrichtungen mit der Industrie anstreben und unterstützen.

YURA fördert Ausbildungspartnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft, was nicht nur zur Schaffung besserer, beruflicher Perspektiven für die Jugendlichen in ihrer Heimatregion führt, sondern auch qualifizierte Fachkräfte für die lokalen und regionalen Unternehmen langfristig sichern soll. YURA konzentriert sich vor allem auf Jugendliche, da diese eine Hauptzielgruppe für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung und für innovative Aktivitäten sind.

Erfahrungen

In dem Projekt setzten sich Jugendliche aus 6 europäischen Regionen mit der Entwicklung transnationaler, innovativer Ansätze und ganzheitlicher Jugendstrategien in Regionen mit Abwanderungsproblemen auseinander.

Die Resultate der Workshops - z.B. ein Film- und Radiobeitrag, ein Webseitenentwurf "Six regions for a better life" sowie die schriftliche Dokumentation beeindruckten Presse und Medien. Die Wünsche und Erwartungen der Jugendlichen zur Verminderung der Abwanderung aus dem ländlichen Raum wurden in einer Forderung formuliert. Genannte Maßnahmen um Jugendliche an ihrer Heimatregion zu binden waren z.B. regelmäßiger öffentlicher Nahverkehr, schneller Internetzugang, anspruchsvolle Bildung von 0 bis zum Abschluss – und zwar alles kostenlos -oder eine stärkere Kooperation mit einheimischen Unternehmen.

Da das Projekt noch läuft, lassen sich die Erfahrungen nicht abschließend beurteilen.

RKK-Nordland (Regionale Büros zur Kompetenzbildung – Nordland)

Land: Norwegen
Region: Nordland und andere
Sektor: Bildungs- und Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

RKK-Nordland (Regionale Büros zur Kompetenzbildung – Nordland) ist ein Netzwerk von Büros, die in gemeinsamer Verantwortung einer Gruppe von Kommunen, der regionalen pädagogischen Hochschule Nordland und dem Verwaltungsbezirkdirektor betrieben werden. Der Schwerpunkt von RKK liegt auf Schulmanagement, Curriculum- sowie Personalentwicklung. Das System ist besonders darauf ausgerichtet, kleinen, dünn besiedelten ländlichen Kommunen durch die professionelle Unterstützung der Lehrer zu helfen.

Die Büros wurden 1987 auf Initiative der Bezirksregierung (Bildungsabteilung) Nordland gegründet. Mittlerweile hat sich das System auf andere Provinzen/Bezirke ausgeweitet. Ihnen ist gemeinsam, dass sie von den Kommunen betrieben und finanziert werden.

Erfahrungen

Die RKK's tragen positiv zur Schulentwicklung in den Kommunen bei, indem eine systematische Zusammenarbeit in der Region aufgebaut sowie gemeinsame Ziele und Pläne entwickelt werden. Auf diese Weise konnten die Kompetenzen der Schulen und Gemeinden gestärkt werden.



Abb. 33: RKK-Nordland in Norwegen

Die Büros agieren auf Angebotsbasis. Ob und wie die Angebote genutzt werden und welche Projekte und Maßnahmen sich daran anschließen, liegt im Ermessen der Schulen und Gemeinden. Dementsprechend gibt es weiterhin punktuelle Defizite bspw. im Bereich der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, Schulevaluation, Kompetenzaufbau etc.

Die RKK's haben immer wieder damit zu kämpfen, dass die Schulen von den städtischen Behörden nicht genügend Aufmerksamkeit erfahren. Bei innovativen Ansätzen, wie die Integration von Freiluftaktivitäten in Grundschulen, stoßen die neuen Konzepte häufig auf Ablehnung. Ein weiteres Problem bei der Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen für das Lehrpersonal und der Einführung neuer Konzepte besteht in den regionalen Differenzen der Rahmenbedingungen.

FENIX

Land: Schweden (+ Estland, Finnland)
 Region: 5 LAG-Gebiete
 Sektor: Bildungs- und
 Kultureinrichtungen

Kurze Beschreibung

FENIX ist ein Leader Transnational Cooperation (TNC) Jugendprojekt. Das übergeordnete Ziel des Projekts besteht darin, Aktivitäten für Jugendliche auf dem Land zu entwickeln. Unter diesem Blickwinkel integriert FENIX zwei Unterziele: Die Jugendlichen sollen ihr eigenes Dorf und die Angebote der lokalen Dorfgemeinschaft und Gemeinden besser kennen lernen. Daran anschließend vergleichen Jugendliche der teilnehmenden Gebiete ihr Dorf mit den Aktivitäten anderer teilnehmender Gebiete.



Abb. 34: Jugendprojekt FENIX in Schweden

Die Jugendlichen entwickelten a.) Präsentationen über ihre Dörfer, gemeinsame Webseiten und Facebook Gruppen, b.) produzierten Kurzfilme über ihre Region, ihre Interessen und Aktivitäten, c.) bereiteten 3 transnationale Events vor (bei denen sich 80 Jugendliche aus 4 Partnerregionen aus 3 EU-Staaten trafen), d.) trugen teilweise die Verantwortung für die Implementierung des Programms, inkl. Workshops (Drama, Tanz, Kunst, Handwerk), Sportaktivitäten und Festivals.

FENIX ist ein Projekt des European Network for Rural Development (ENRD). Die Gesamtprojektkosten betragen 381 589 Euro. Der European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) trug davon 156 994 Euro. Die restliche Summe wurde von nationalen, privaten und anderen Akteuren beigesteuert.

Projektpartner:

- LAG South West Finland Riverside Partners (Finland)
- LAG Leader Sjuhärad (Sweden)
- LAG Jögevamaa (Estonia)
- LAG Peräpohjolan kehitys ry (Finland)
- Kemin Seudun 4 H – yhdistys (Finland)

Erfahrungen

Das Projekt begann am 1.4.2010 und läuft bis 31.3.2012. FENIX ist als Modellprojekt konzipiert. Speziell die Besuche der „fremden“ Gäste in den teilnehmenden Regionen wirkten horizonsweiternd auf die Jugendlichen, da die eigene Region mit neuen Augen gesehen wurde und nicht selten Unkenntnis über das eigene Dorf in Stolz verwandelt wurde. Somit konnten sowohl der Heimatbezug als auch durch die Projektaktivitäten auch individuelle Kernkompetenzen gestärkt werden.

5.4.9 Technische Infrastrukturen einschl. Kommunikation

Ortsungebundene Arbeitsplätze (Stedsuavhengige arbeidsplasser)

Land/Country: Norwegen
Region/location: Gemeinde Daløy, Troms Fylke
Service sector: Technische Infrastruktur einschl. Kommunikation

Kurze Beschreibung

Das Projekt beruht auf der Annahme, dass in der Bevölkerung ein Interesse am Wohnen im ländlichen Raum besteht, das jedoch durch die Lokalisierung vieler Arbeitsplätze in den Ballungsgebieten viele potenzielle „Landbewohner“ ihren Wunsch nicht umsetzen. Auf dem Land besteht insbesondere ein Mangel an Arbeitsmöglichkeiten für höher Qualifizierte.

In der vom Bolyst-Programm geförderten Studie soll insbesondere untersucht werden, wie die Kommunen bessere Bedingungen als „Gastgeber“ für Telearbeit schaffen können. Dazu wurden in der Region bisher Bestandsaufnahmen, Umfragen und zahlreiche Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt. Im noch laufenden Hauptprojekt sollen weitere Erhebungen zu Anforderungen an Telearbeitsplätze erfolgen und Beratungsangebote entwickelt werden.

Erfahrungen/experiences

Im Vorprojekt wurden als wichtigste Maßnahmen seitens der Kommunen ermittelt: Sicherstellen der Internet-/Breitbandversorgung, geeignetes Raumangebot, Unterstützung auch für kleine bzw. einzelne Ansiedlungen sowie die Bewahrung/Verbesserung der Wohnqualität vor Ort.

Breitbandversorgung als Katalysator für ländliche Siedlungen (Breiband som katalysator for regional utvikling i grendene)

Land/Country: Norwegen
Region/location: 3 Kommunen im Raum Numedal (Buskerud Fylke)
Service sector: Technische Infrastruktur einschl. Kommunikation

Kurze Beschreibung

In den drei Kommunen der Region Numedal wurde ein lokales Bündnis zur Versorgung der örtlichen Streusiedlungen mit Breitband-Kabelnetzen geschlossen. Wesentliches Merkmal war eine enge Zusammenarbeit der Kommunen, örtlichen Unternehmen und Anbieter, um das Angebot möglichst günstig bereithalten zu können sowie die intensive Werbung für das Angebot vor Ort, damit eine ausreichende Nachfrage erzielt wurde. In einigen Gemeinden konnten 100 der Haushalte für die Nutzung des Angebots gewonnen werden.

Die Infrastruktur wurde durch eine neugegründete Tochtergesellschaft des Elektrizitätsversorgers der Region erstellt. Es kam erstmals in Norwegen eine kostengünstigere Technologie zum Einsatz (Passives Optisches Netzwerk, PON), die in mehreren Etappen auf eine Leistung von 10 Gbit/s (Stand 9/2010) ausgebaut wurde. Auch andere Elektrizitätsgesellschaften (meist in lokalem/regionalem Eigentum) haben sich neue Geschäftsfelder im Angebot von Internetdienstleistungen erschlossen.

Erfahrungen

Erste Aktivitäten wurden in einem Pilotprojekt 2006-8 begonnen, das aus dem damaligen nationalen Förderprogramm für Kleinsiedlungen (småsamfunnsatsingen) bezuschusst wurde. Im Anschluss wurde es eigenständig fortgeführt und auf weitere Gemeinden ausgedehnt. Das Vorgehen dient auch als Vorbild für ähnliche Aufgaben in anderen Landesteilen.

Im Zeitraum des Pilotprojekts wurde eine vollständige Breitbandversorgung der Modellkommunen erreicht, bis Ende 2010 waren 70% der Haushalte in Numedal angeschlossen. In einem Evaluationsbericht wurde die volkswirtschaftliche Rentabilität nachgewiesen. Nutzen einer solchen Maßnahme bestehen in

- Sichern und Ausbau von internetbasierten Arbeitsplätzen
- Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Gemeinden als Wohnstandort besonders für junge Familien
- besserer Zugang zu internetbasierten Diensten (z.B. E-Learning, Telemedizin)
- Verringerung von Stadt-Land-Disparitäten
- Vorteile bei der Ansiedlung von Unternehmen und der Vernetzung von Akteuren

Es gibt in Norwegen noch weitere andere Initiativen, die sich um die Verbesserung der Breitbandversorgung in ihrer Region bemühen und dafür unterschiedliche Konzepte entwickelt haben. Das Thema ist zwar landesweit im politischen Bewusstsein, eine nationale Strategie oder Standard wurde aber bisher nicht aufgestellt.

Road Show - Transfer Tecnologic Surselva

Land: Schweiz
 Region: Graubünden
 Sektoren: Technische Infrastruktur einschl. Kommunikation

Kurze Beschreibung

Standortunabhängige Kommunikations- und Informationstechnologien haben nach Ansicht der SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete) das Potenzial, ökonomische Perspektiven in periphere Bergregionen zu bringen. Um dieses Potenzial bei Unternehmen (KMU) und Bevölkerung zu erschließen, wurde eine Kooperation zwischen der SAB und der Microsoft Suisse GmbH geschlossen, die von der regionalen IT-Branchenvereinigung «Surselva virtuala» und der Bildungsorganisation «Formaziun Regiun Surselva» unterstützt wurde.



Abb. 35: Technisches Infrastrukturprojekt i.d. Schweiz

Unter Berücksichtigung der Ausgangslage vor Ort entschlossen sich die Partner, eine Road-Show zu konzipieren. Dazu wurde ein Kleinbus mit einer typisch

schweizerischen Berglandschaft umlackiert und mit den Logos von SAB und Microsoft versehen. Während eines Jahres fuhr die Crew mit diesem Fahrzeug, vollbepackt mit Laptops und Software, zu Schulen und auf Dorfplätze, um den Bewohnern Einsichten in die Möglichkeiten der virtuellen Welt zu vermitteln, die über die bloße Nutzung zur Textverarbeitung hinausgeht.

Auch in der Wirtschaft wurde eine Kampagne durchgeführt. Diese fiel schließlich bei einigen Bio-Landwirten auf fruchtbaren Böden. Diese sahen eine Chance darin, IKT für die Vermarktung ihrer Produkte sowie ihrer touristischen Angebote zu nutzen.

Erfahrungen

Im Ergebnis ist der kommerzielle Erfolg des daraus entstandenen Online-Shops („amarenda“) bisher sehr bescheiden. Es wird aber eine Chance darin gesehen, bäuerliche Vermarktungsgenossenschaften aufzubauen. „Aber im Moment fehlt es an der Energie, die von Microsoft initiierte Entwicklung auszudehnen“, so der amarenda-Präsident David Deplazes. Er würde sich wünschen, dass die Zusammenarbeit zwischen SAB und Microsoft weitergeht. Denn das schlummernde Potenzial einer Bergregion wird oft nur geweckt, wenn der von innen kommende Impuls für einen Aufbruch von außen unterstützt wird.

5.4.10 Sektorübergreifende Einrichtungen

„Abraza la Tierra“ (die Erde umarmen)

Land: Spanien

Region: 5 Regionen (Aragón, Castilla León, Cantabria, Castilla la Mancha, Extremadura)

Sektor: übergreifend (Bevölkerungspolitik, Fachkräfte)

Kurze Beschreibung

Das Projekt fokussiert auf die Verbesserung von Rahmenbedingungen in entvölkerten Gebieten, die für die Ansiedlung neuer Einwohner und Unternehmen eine Rolle spielen. Seine Aktivitäten werden von 18 ländlichen Landkreisen koordiniert, welche zum einen ihrem lokales Wissen beitragen und zum anderen eine Datenbank generieren. Diese liefert Informationen über das Gebiet, vorhandene Daseinsvorsorgemaßnahmen und Infrastrukturen, Subventionen und Jobangebote. Durch die Niederlassung neuer Einwohner sollen entvölkerte Gebiete entwickelt und gleichzeitig die Bereitstellung der Daseinsvorsorge gesichert werden.



Abb. 36: Abraza la Tierra

Die Zielgruppe des Projekts sind prinzipiell alle Bevölkerungsgruppen, doch nehmen meist kinderlose, junge Paare mit Universitätsabschluss die Maßnahmen in Anspruch. Nationale, regionale und lokale Verwaltungen sind in das Projekt ebenso involviert wie 19 weitere öffentliche Einheiten. Das Projekt wurde von

2004-2009 durch LEADER finanziert (Ministerium für Umwelt). Derzeit wird es durch das freiwillige Engagement lokaler Aktionsgruppen betrieben, die bereits während der Förderperiode in das Projekt integriert waren (nur Castilla und la Mancha erhalten derzeit Finanzierungen durch das Land). Die Stiftung "Abraza la Tierra" koordiniert das Projekt durch CODINSE, Koordinator für Integrale Entwicklung Nordost-Segovia (Coordinadora para el Desarrollo Integral del Nordeste de Segovia).

Erfahrungen

Das Projekt existiert seit 2004 als permanentes Angebot. Bisher haben sich pro Jahr 195 Personen (70 Familien) durch das Projekt angesiedelt, insgesamt gingen mehr als 7600 Bewerbungen ein. Meist wurden durch den hilfreichen Empfang positive Erfahrungen gemacht, kritisch ist allerdings der Finanzierungsmangel.

6 SYNTHESE

6.1 Disperser Bedarf als Grundproblem

Ländliche Räume sind für Dienstleistungsanbieter von jeher ein herausforderndes Tätigkeitsfeld, da durch die vergleichsweise geringe Bevölkerungsdichte die Nachfrage im näheren Umfeld oft nur schwach ausgeprägt ist und somit das wirtschaftliche Betreiben eines Geschäfts oder einer Dienstleistung größerer Anstrengungen bedarf. Mit dem demografischen Wandel sind neue Herausforderungen für die Bereitstellung von Infrastruktur und Leistungen der Daseinsvorsorge verbunden. Probleme entstehen zum einen aus den quantitativen Veränderungen wie rückläufige Einwohnerzahlen, zum anderen aus dem Wandel der qualitativen Anforderungen durch die Verschiebungen in der Altersstruktur. Als Beispiele seien hier die geringere Auslastung von Infrastrukturen hoher Fixkostenintensität (Wasser, Strom, Telekommunikation), abnehmende Kundenbasis für den öffentlichen Nahverkehr, Schließung von Schulstandorten oder der Bedarf an Ausbau von Senioren- und Pflegeeinrichtungen genannt.

Viele Angebote werden in kleinen Gemeinden daher nicht, nur in geringerem Umfang oder nur konzentriert in zentralen Orten vorgehalten. Für Einwohner kleinerer Orte ist demzufolge ein entsprechender Verkehrsaufwand erforderlich, um solche Einrichtungen im nächsten Grund- oder Mittelzentrum aufsuchen zu können. Umgekehrt werden zunehmend auch mobile Dienstleistungen der Grundversorgung angeboten, da es sich in den Dörfern häufig um weniger mobile Bevölkerungsteile handelt, v.a. um ältere Menschen.

Dieses Grundproblem betrifft zunächst private Anbieter und Bevölkerung genauso wie die öffentlichen Träger der Daseinsvorsorge. Während aber privatwirtschaftliche Unternehmen ihre Angebote und Standorte frei (im Rahmen des durch die Raumplanung Möglichen) wählen und dabei allein ihren Rentabilitätszielen folgen können (und müssen), haben staatliche Institutionen hier weniger Freiheiten: Sie müssen auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen flächendeckend vorgehalten werden, sind zudem oft faktisch unverzichtbar für die örtliche Gesellschaft, Voraussetzung für privatwirtschaftliche Entwicklung (Multiplikatoreffekt) und nicht zuletzt auch von symbolischer Bedeutung für die Identität einer Kommune.

Die Versorgung etwa mit Bildungs-, Gesundheits- oder öffentlichen Verkehrsangeboten ist zwar in gewissem Maße skalierbar und orientiert sich meist am Zentrale-Orte-Konzept (vgl. Einig 2009) bzw. am Konzept der dezentralen Konzentration. Ab einem bestimmten Grad der Angebotsausdünnung sinkt aber für die Bevölkerung die Lebensqualität durch steigenden (Mobilitäts-) Aufwand zu stark ab; die Orte verlieren an Attraktivität und damit mittelfristig an Bevölkerung. Ange-

botsreduzierungen sind dadurch auch politisch brisant und ein völliges Abkoppeln einzelner Orte von Leistungen der Daseinsvorsorge bislang ein Tabuthema.

6.2 Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Europa

Ähnliche Herausforderungen stellen sich nicht nur in Deutschland; vielmehr sind zahlreiche Regionen in Europa und auch darüber hinaus von alternder und schrumpfender Bevölkerung betroffen oder werden dies in den kommenden Jahrzehnten sein (vgl. Kap. 4.1). Darüber hinaus finden sich in verschiedenen Teilen Europas – etwa Schottland, Skandinavien, Mittelfrankreich, Süditalien oder dem Alpenraum – bereits seit langem geringere Bevölkerungsdichten als derzeit im ländlichen Raum Deutschlands. Diese Regionen stehen wie die künftigen „Schrumpfungsregionen“ teils schon seit Einführung der staatlichen Fürsorge vor der Aufgabe, für geringe Nutzerzahlen eine Grundversorgung (technische und soziale Infrastrukturen) bereitstellen und finanzieren zu müssen.

Die mit dem demografischen Wandel im Bereich der Daseinsvorsorge verbundenen wirtschaftlichen und organisatorischen Probleme sind in allen betroffenen Regionen im Grundsatz ähnlich. Ein internationaler Erfahrungsaustausch und eine Vernetzung der vor Ort tätigen Praktiker sind daher sehr sinnvoll, um Lerneffekte, Kooperationen und Synergien zu ermöglichen und die Wiederholung kostspieliger Fehlentwicklungen zu vermeiden. Dabei reicht es nicht, Konzepte einfach von einem Ort zum anderen zu kopieren. Vielmehr muss die Übertragbarkeit angesichts unterschiedlicher räumlicher, technischer, finanzieller, aber auch politischer und kultureller Randbedingungen im Einzelfall angepasst werden.

Diese Herausforderungen zwingen auch zu einem Überdenken bisheriger Formen der Leistungserstellung im Bereich „Daseinsvorsorge“. Insbesondere zwingen ökonomische Schwierigkeiten zum Hinterfragen bisheriger Konzepte, die meist eine klare Aufgabenverteilung zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren beinhalten. Diese verschiedenen Akteursgruppen stehen vor ähnlichen Fragen; durch einen neuen Zuschnitt der Verantwortlichkeiten oder durch bessere übergreifende Zusammenarbeit könnten diese vielfach effizienter bewältigt werden. Gleiches gilt für die sektorübergreifende Zusammenarbeit etwa in den Bereichen Gesundheit und Mobilität. Dies erfordert jedoch entsprechende Ideen und Bereitschaft, sich auf bislang unübliche Kooperationen einzulassen.

Mit Blick auf die Europakarte lässt sich der während der Recherche gewonnene Eindruck wie folgt zusammenfassen: Wie zu erwarten, ergibt sich im Vergleich der Länder kein einheitliches Bild, sondern es fallen Kontraste auf:

- ...Nord-Süd-Gefälle: Während das integrierte Denken bzw. sektorübergreifende Handeln im Norden meist schon etablierte Praxis ist, herrscht im Süden eher (noch) die sektorale Planung vor.

- ...West-Ost-Unterschied: Während im Osten Europas Innovation meist im Rahmen der europäischen Strukturfondsförderung zustande kommen, existieren im Westen häufiger auch eigenständige, nationale Initiativen.
- ...in der Mitte wird experimentiert, sowohl strategische Ansätze als auch Förderinstrumente überlagern sich.

Weiterhin konnte im Zuge der Untersuchung eine beeindruckende Vielzahl an kreativen Einzelmaßnahmen identifiziert werden. Diese sind jedoch häufig zeitlich befristet (an Projektmittel gebunden) oder in ihrer Anwendung regional begrenzt. Konsistente Strategien, die in übergeordneter Planung/Politik verankert sind und dauerhafte Lösungen darstellen, finden sich weitaus seltener. Und nicht zuletzt: trotz vieler Bemühungen und Initiativen seitens der EU handelt es sich bei guten Lösungen und zukunftsweisenden Strategien oft um Insiderwissen; ein systematischer Know-how-Transfer fehlt bislang. Die vorliegende Studie soll hierzu einen kleinen Beitrag leisten.

6.3 Handhabung des Begriffs Daseinsvorsorge in der Recherche

Eine länderübergreifende Recherche wie sie in der vorliegenden Studie durchgeführt wurde, verdeutlicht zunächst die Schwierigkeiten, das Themen- und Handlungsfeld der Daseinsvorsorge in seiner Reichweite zu erfassen. Die oft großen Unterschiede in Begrifflichkeiten und Begriffsverständnissen werden erst durch die Analyse der Situation anderer Länder erkennbar. Dem deutschen Begriff „Daseinsvorsorge“ steht im Ausland meist kein im Detail deckungsgleiches Äquivalent gegenüber. Auch nach der Entwicklung einheitlicher Definitionen auf EU-Ebene bestehen in der Realität die zuvor geprägten nationalen Begriffe und etablierten Interpretationen fort. Dies gilt gerade für die kommunale und regionale Ebene, wo Politik wie Praxis nicht immer mit den noch vergleichsweise neuen EU-Terminologien vertraut sind.

Das besondere Interesse an übergreifenden bzw. integrativen Strategien brachte zudem ein weiteres erklärungsbedürftiges und interpretationsfähiges Element ins Spiel. Integration kann sektoral, aber auch räumlich, sozial oder als Kombination dieser Dimensionen verstanden werden. Alle diese Sichtweisen können für integrierte Daseinsvorsorge-Strategien von Interesse sein, selbst wenn die sektorenübergreifende Perspektive meist im Mittelpunkt steht.

Werden „integrative Konzepte“ auf nationaler Ebene ins Leben gerufen, so geschieht dies - dem Gedanken der Subsidiarität folgend - in der Regel durch Rahmenprogramme, die auf den unteren Ebenen konkretisiert und umgesetzt werden oder innerhalb eines breiten Themenspektrums offen für Vorschläge von unten sind. Beispiele für ersteres Vorgehen sind die Programme zur ländlichen Entwicklung (vgl. etwa die Darstellungen zu Frankreich, Spanien oder Griechenland), vorwiegend Projekte zum Ausbau der technischen Infrastruktur. Dem zweiten

Weg folgen etwa der Leader-Ansatz, das schwedische RSP- oder das norwegische Bolyst-Programm.

Im Hinblick auf eine einheitliche Begriffsbildung ist zudem zu bedenken, dass auch die „europäische“ Definition nicht nur den - bekanntesten - Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Service of general interest) kennt, sondern daneben mit mindestens vier weiteren, sich teils überlagernden Termini arbeitet (vgl. Rauhut 2012).

- 1) *Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse* (Services of general economic interest, SGEI) umfassen insbesondere die Netzinfrastrukturen (Telekommunikation, Breitband, Post, Elektrizität, Gas, Verkehr);
- 2) *Weitere Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse* (Other services of general economic interest), vor allem Abfallentsorgung, Wasserversorgung, Rundfunk
- 3) *Nicht wirtschaftliche Dienstleistungen und Dienstleistungen ohne Auswirkungen auf den Handel* (Non-economic services and services without effect on trade): Hier handelt es sich um ein sehr heterogenes Feld von Dienstleistungen, die meist in Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat stehen.
- 4) *Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse* (Social Services of General Interest), umfassen beispielsweise auch Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge, soziale Fürsorge, Kultur und (sozialen) Wohnungsbau.

Die Terminologie „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Services of general economic interest, SGI) wurde geprägt durch den Politikprozess in der EU und spiegelt aus diesem Grunde nicht das jeweilige nationale Verständnis oder die Bandbreite an wissenschaftlichen Konzepten dazu wider. Untersuchungen zu Leistungen der Daseinsvorsorge bewegen sich somit immer in einem Spannungsfeld zwischen abstraktem Konzept und Handlungsrealität sowie zwischen öffentlichen Aufgaben und der Rolle des Wettbewerbs in der europäischen Marktwirtschaft.

Diese Unschärfe der Begriffe führte auch in den hier vorliegenden Recherchen zu erhöhtem Aufwand bei der Suche nach relevanten Informationen und bei der Kommunikation mit den Experten im Ausland. Es erwies sich in der Regel als leichter, Daseinsvorsorge als Summe sektoraler Aktivitäten (etwa Schule, Gesundheitswesen, Wasser) zu beschreiben als in abstrakter Form. Ähnlich war auch die Suche nach Einzelmaßnahmen in den verschiedenen Daseinsvorsorgebereichen in der Regel einfacher bzw. ergiebiger als die Identifikation übergreifender Konzepte bzw. Entwicklungsstrategien. Insgesamt ergab sich damit eine große Heterogenität der Themen und Begrifflichkeiten, aber auch der Instrumente, Projektformate und Angebotsformen (bildlich gesprochen vom kleinräumigen Leader-Pilotprojekt bis zum landesweit etablierten Entwicklungsstrategie). Einer umfassenden Aufarbeitung dieser Situation waren dabei durch den Projektumfang ebenfalls Grenzen gesetzt.

7 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WEITERE ARBEIT IM THEMENFELD

7.1 Regionalentwicklung als „Anpassungsstrategie“?

Die Regionalentwicklung ist zweifellos - neben der Raumplanung - das Politikfeld, das sich von seiner Grundausrichtung am ehesten multi-thematisch versteht; seine tatsächlichen Einflussmöglichkeiten sind allerdings - gemessen am verfügbaren Budget - gegenüber den Fachministerien nicht allzu groß. Im Zuge der Recherche wurden daher mehrfach die EU-Programme zur Ländlichen Entwicklung mit ihren nationalen, regionalen und teils kommunalen Umsetzungen als Hauptbeispiele integrativen Denkens und Handelns genannt.

Mit Blick auf den Bereich Daseinsvorsorge ist die aktuelle, auf EU-Ebene abgestimmte Gliederung der Strukturentwicklungsprogramme jedoch nicht ideal: Die Themen Landwirtschaft und Umweltschutz dominieren; der Bereich Daseinsvorsorge muss sich ebenso wie das Thema demografische Entwicklung unterordnen und in diversen Untergliederungen der drei Hauptachsen¹³⁰ interpretativ identifiziert werden.

So stehen sich auf der Handlungsebene der ländlichen Entwicklung bzw. Regionalentwicklung häufig die europäischen Zukunftsleitlinien und der Anspruch einer flächendeckenden Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge unvereinbar gegenüber. Laut den Kernzielen der EU-Kohäsionspolitik (Vertrag von Lissabon) soll die Europäische Union bis zum Jahr 2020 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden“. Zu den wichtigsten Faktoren zählen: dauerhaftes Wirtschaftswachstum, mehr und bessere Arbeitsplätze, größerer sozialer Zusammenhalt, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Die Europa 2020-Strategie soll das zentrale Mittel der zukünftigen Gestaltung und Umsetzung europäischer Politiken sein, ist aber ganz auf Wachstum ausgerichtet: Intelligentes Wachstum (Wissen und Innovationen), Nachhaltiges Wachstum (ressourcenschonende Ökonomie), Integratives Wachstum (ausgeprägter sozialer und territorialer Zusammenhalt mit hohen Beschäftigungsquoten).

Im Kontext des demografischen Wandels, der für rund die Hälfte der europäischen Regionen Bevölkerungsrückgang und Alterung der Gesellschaft bedeutet (siehe Abb. 38) stellt sich jedoch die Frage, welche Lösungsansätze für schrumpfende Regionen angedacht werden.

¹³⁰ Achse 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Land- und Forstwirtschaft, Achse 2: Verbesserung der ländlichen Umwelt, Achse 3: Verbesserung der Lebensqualität und wirtschaftliche Diversifizierung im ländlichen Raum.

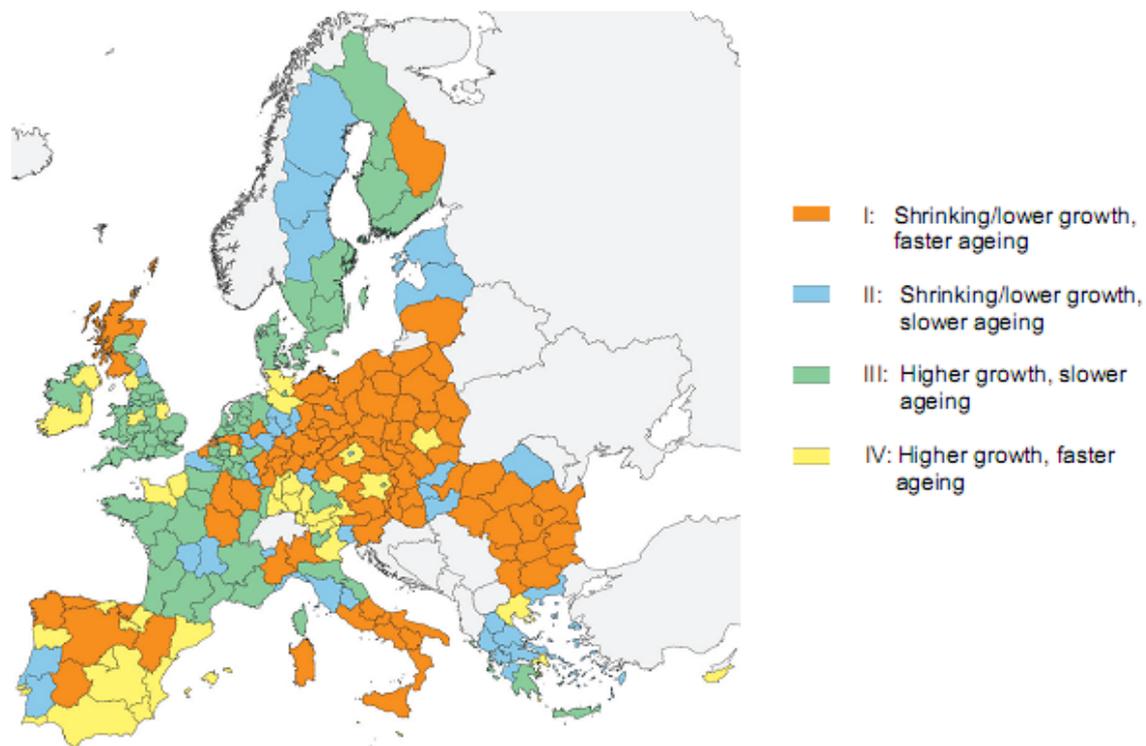


Abb. 37 – Typen der „Demografiebetroffenheit“ (Quelle: Tivig u.a. 2008, S. 16)

Die Aktivitäten des „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“ könnten mit ihrer Verankerung im BMVBS und damit der nationalen Ebene dazu beitragen, die regionale Entwicklung auch unter Schrumpfungsbedingungen offensiver anzugehen und auch im europäischen Kontext größere Aufmerksamkeit für dieses Thema zu wecken.

7.2 Metathemen integrierten Denkens

Trotz der im Detail großen Vielfalt der Konzepte und Strategien lassen sich über die betrachtete Masse der Beispiele eine Reihe häufig wiederkehrender Grundgedanken und Maßnahmen finden, die als „Metathemen“ den impliziten Baukasten darstellen, aus dem sich der Fundus der Daseinsvorsorge-Entwicklung auch künftig wesentlich speisen dürfte:

- *Reform kommunaler Zuständigkeiten:* In mehreren Ländern fanden oder finden Kommunalreformen statt, die in der Regel auf eine Fusion von Kommunen oder zumindest den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit zielen. Dies wird teils explizit mit Effizienz und Handlungsfähigkeit der Kommunalverwaltung oder mit der Anpassung an den demografischen Wandel begründet. Da die Kommunen ein wesentlicher Träger der Daseinsvorsorge sind, sind diese Strategien auf jeden Fall für deren künftige Gestaltung relevant.
- *EU-Projekte:* Ein per definitionem zeitbegrenztes „Projekt“ kann einerseits kaum ein dauerhafter Träger von Daseinsvorsorgeleistungen sein. Projektaktivitäten finden immer in einer Sondersituation statt; ihre Übertragung

in den Alltag gelingt oft nicht (vgl. unten). Andererseits zeigt die Vielzahl der europäischen Programme und Projekte zu diesem Thema (vgl. die Einzelmaßnahmen und Kap. 4.2) die Bedeutung „Europas“. Sie liegt in zweierlei Effekten: zum einen der Möglichkeit, zumindest (!) im besonderen Projektkontext unter Verwendung zusätzlicher Mittel etwas Neues probieren zu können, zum anderen in der Chance zum grenzüberschreitenden Austausch und Lernen.

- *Programme zur ländlichen Entwicklung*: Die bereits beschriebenen Leitprogramme sind trotz ihrer begrenzten thematischen Orientierung von übergreifendem Interesse, da sie europaweit angewandt werden und eine hohe Verbindlichkeit besitzen. Eine bessere Berücksichtigung des Themas Daseinsvorsorge in diesem Rahmen böte daher große Chancen.
- *Mehrfachnutzung und räumliche Integration von Angeboten*: Hierbei handelt es sich um ein sehr praxisnahes Prinzip, das auch als „Funktions-“ und „Ressourcenmix“ bekannt ist (vgl. etwa Heinze u.a. 1994). Kern ist Wirtschaftlichkeitsverbesserung durch Mehrfachnutzung und/oder Kooperation von Anbietern. Das Grundprinzip findet sich sowohl im Verkehr (z.B. gemeinsame Beförderung von Personen und Post/Kuriergütern), Bildungswesen (Schul- und Dorfbibliotheken als Touristinformation) und natürlich in den vielfältigen Organisations- und Angebotsformen sogenannter „Dorfläden“.
- *Kooperation mit Zivilgesellschaft*: Grundidee ist hier, Dienstleistungen durch Mitwirkung der Bevölkerung zu erstellen und damit in der Regel durch Kostenvorteile zu erhalten. Dies geschieht vor allem durch ehrenamtliches Engagement in Form konkreter Mitarbeit, in eine ähnliche Richtung gehen aber auch Fördervereine und Sponsorenmodelle. Auch hier gibt es im Detail sehr verschiedene Organisationsformen und Aufgabenteilungen zwischen „aus Interesse“ und „für Geld“ tätigen Akteuren. Teils haben diese Konzepte eine lange Tradition (etwa im kirchlichen Bereich), in anderen Sektoren müssen sie sich erst etablieren. Kritische Punkte sind die Motivation, das Potenzial möglicher Mitwirkender und die Gestaltung der Gestaltung des Übergangs aus den vorigen (erwerbswirtschaftlichen oder öffentlich getragenen) Produktionsformen.
- *räumliche Konzentration*: Einrichtungen bzw. Dienste werden an bestimmten Orten zusammengefasst, die sich teils nach dem Zentrale-Orte-Modell richten, aber auch durch politische Prioritäten oder sachliche, naturräumliche oder infrastrukturelle Voraussetzungen ergeben können. Kehrseite dieses Ansatzes sind entsprechend höhere Mobilitätsanforderungen, um die Nutzer zu den Angebotsorten zu bringen. Diese können als Exklusionsfaktor die Attraktivität der entfernteren Orte beeinträchtigen. Ferner sind nicht alle Daseinsvorsorge-Bereiche gleichermaßen geeignet, und oft stehen operativen Einspareffekten Remanenzkosten nicht mehr oder geringer genutzter Investitionen gegenüber.
- *Anpassen/Absenken von Standards*: Sind bestimmte Standards formal (in Gesetzen, Rahmenplanungen, Verträgen etc.) festgeschrieben, so sind zu ihrer Veränderung Beschlüsse der zuständigen Stellen erforderlich. Aus po-

litischen Gründen sind solche Entscheidungen oft unpopulär, je nach Rechtslage jedoch Voraussetzung, um tatsächlich Maßnahmen (unter Verwendung der übrigen Metainstrumente) durchführen zu können. Absenkungen von Standards können sich darüber hinaus jedoch auch schleichend ergeben.

- *Zuwanderungsförderung*: Nur indirekt mit dem Thema Daseinsvorsorge befasst sind die in verschiedenen Ländern identifizierten Programme zur Zuwanderungsförderung. Über das Anwerben von Neusiedlern wird aber zum einen die Nachfrage (auch) nach Daseinsvorsorge-Leistungen vor Ort (wieder) erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit verbessert. Zum anderen können sich solche Programme aber auch gezielt an Personengruppen richten, die vor Ort benötigte Qualifikationen mitbringen.
- *Virtualisierung/Teledienste*: Die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien machen zum Teil die Erstellung von Daseinsvorsorge-Leistungen durch vor Ort vorgehaltenes Personal überflüssig und verbessern unter Umständen sogar das Angebot (z.B. bzgl. der zeitlichen Erreichbarkeit).
- *Mobilisierung vormals stationärer Dienste*: Als Mittelweg zwischen ortsgebundenen Einrichtungen und Zentralisierung bzw. Virtualisierung bezeichnet dies die Umstellung auf die Leistungserstellung in mobilen Einrichtungen bzw. durch mobiles Personal („das Angebot kommt zum Kunden“ bzw. zumindest in seinen Wohnort).

Die Zusammenfassung der in den vorigen Teilen dieses Berichts präsentieren Vielfalt in Form der dargestellten Meta-Themen (die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt) soll einen leichteren Überblick verschaffen und damit auch die Maßnahmen- und Strategieentwicklung erleichtern. Es liegt dabei in der Natur der Sache, dass die Anwendung dieser Grundideen vor Ort der Ausgestaltung und Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse bedarf.

7.3 Herausforderung Übertragbarkeit

In der weiteren Auseinandersetzung mit ausländischen Erfahrungen dürfte - das zeigen die parallel zur Recherche durchgeführten Gespräche mit den deutschen Modellregionen und Fachbehörden - das Thema Übertragbarkeit eine wesentliche Rolle spielen. Hier liegt eine entscheidende Barriere für den Erfahrungstransfer. Konkret ist damit die Frage verbunden, ob Konzepte von anderswo wegen der abweichenden

- räumlichen (naturräumlichen, siedlungsstrukturellen)
- sozialen und ökonomischen
- kulturellen
- administrativen
- finanziellen
- rechtlichen
- Randbedingungen hierzulande anwendbar sind.

Das Thema Übertragbarkeit ist jedoch differenziert zu betrachten. Zunächst ist zu unterscheiden zwischen einem direkten, unveränderten Transfer einer Idee in einen anderen Kontext und ihrer mehr oder weniger großen Anpassung im Zuge der Übertragung. Selbst wenn ersteres nicht möglich ist, bieten die „neuen“ Ideen doch Anstoß zu Lernprozessen. Ferner werden Randbedingungen durchaus von Ort zu Ort unterschiedlich bewertet und interpretiert, selbst wenn sie formal identisch gestaltet sind. Fachkenntnisse, Risiko- und Veränderungsbereitschaft der Beteiligten spielen dabei eine wesentliche Rolle. Schließlich unterscheiden sich Randbedingungen durchaus auch in ihrer Dauerhaftigkeit und können je nach Art - vgl. die folgende Abbildung - teils durchaus hinterfragt und an sich ändernde Anforderungen angepasst werden.



Abb. 38 Randbedingungen nach Veränderlichkeit (eigene Darstellung modifiziert nach Heinze/Kill 1992, S.59)

In vielen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit hat sich gezeigt, dass es sinnvoll sein kann, bereits entwickelte Lösungen auf ihre Übertragbarkeit hin zu untersuchen und ggf. in angepasster Form auf ähnliche Problemlagen anzuwenden. Ferner ist zu erwarten, dass gerade aus der Auseinandersetzung mit anderen Kontexten Anregungen nicht nur durch das „Lernen vor Ort“ bezüglich konkreter Maßnahmen der Daseinsvorsorge hervorgehen, sondern sich auch Diskussionsstoff für die Gestaltung der Randbedingungen ergibt. Dabei kann mit anderen Worten die Revision von Standards hierzulande auch viel von ihrem Konfliktpotenzial verlieren, wenn anhand konkreter ausländischer Beispiele demonstriert werden kann, dass andere Randbedingungen ein trotzdem gutes Leistungsangebot ermöglichen.

LITERATUR

Allgemeine Quellen

- Alexiadou, Elisabet Athanasia (2007): Η Νέα Διοικητική Μορφή του Ε.Σ.Υ. Διοικητική Ενημέρωση, 41, pp. 58–61. Online: http://www.special-edition.gr/pdf_dioik_enim/pdf_de_41/alexiadou.pdf, letzter Abruf am 10.10.12.
- anon. (1994): Direttiva "principi sull'erogazione dei servizi pubblici" (Kabinettsbeschluss zu Grundsätzen der Erstellung öffentlicher Dienstleistungen) vom 27.1.94.
- anon. (2000): D.Lgs. 18-8-2000 n. 267 Testo unico delle leggi sull'ordinamento degli enti locali. Pubblicato nella Gazz. Uff. 28 settembre 2000, n. 227.
- anon. (2006): National Strategic Reference Framework (NSRF). Online: <http://www.eydamth.gr/CMS/2009-03-24-10-03-12.html> bzw. <http://www.espa.gr/en/Pages/Default.aspx>, letzter Abruf am 13. 12.2012.
- Amdam, Jørgen: Communicative Planning in Rural Areas. Online: http://www.hivolda.no/neted/upload/attachment/site/group1/notat11_06.pdf, letzter Abruf am 13. 12.2012.
- ARE, Bundesamt für Raumentwicklung (2006): Monitoring Ländlicher Raum, Themenkreis U6: Grundversorgung. Bern.
- Australian Bureau of Statistics: 3218.0 - Regional Population Growth, Australia, 2011. Latest issue 31.07.2012. Online: <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/3218.0/>, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Auswärtiges Amt (2010): Länderbericht Tschechische Republik. Online: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Tschechische-Republik/Innenpolitik.html>, letzter Abruf am 30.04.2010.
- Avenir Suisse; Meister, Urs (Hrsg.) (2012): Mehr Markt für den Service public. Verlag Neue Zürcher Zeitung. Zürich.
- Bäck, Henry; Gjelstrup, Gunnar; Helgesen, Marit; Johansson, Folke; Klausen, Jan Erling (2005): Urban political decentralization: Six Scandinavian cities. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Becker, Peter; Stiftung Wissenschaft und Politik; Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.) (2005): Europäische Daseinsvorsorge – Die Politik der EU zwischen Wettbewerb und Gemeinwohlverpflichtung. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S12_bkr_ks.pdf, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Berlin-Institut (2004): Tschechien wird zum Land der Alten. In: Demos-Newsletter, 8. Ausgabe, 17. Mai 2004. Berlin.
- Berlin-Institut (2008): Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München.
- Blöchliger, Hansjörg; Vammalle, Camila (2012): OECD Fiscal Federalism Studies - Reforming Fiscal Federalism and Local Government, S. 83-91. Online: http://www.oecd-ilibrary.org/taxation/reforming-fiscal-federalism-and-local-government_9789264119970-en, letzter Abruf am 13.12.2012.
- BMVBS/BBSR (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis. Bonn.
- Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (2006): Bundesgesetz über Regionalpolitik (Stand: 1. Januar 2008). Online: http://www.admin.ch/ch/d/sr/901_0/index.html, letzter Abruf am 06.03.12.
- CEEP (2010): Mapping of the Public Services: Public Services in the European Union & in the 27 Member States, Statistics, Organisation and Regulations. Online: <http://www.unilim.fr/prospeur/fr/prospeur/etudes/mapping-public-services/index.htm>, letzter Abruf am 13.12.12.

- Das Schweizer Portal (2012): Gemeinden. Online: <http://www.ch.ch/behoerden/00215/00331/index.html?lang=de>, letzter Abruf am 06.03.12.
- Department of Agriculture and Rural Development Northern Ireland. Thinking Rural: The Essential Guide to Rural Proofing. Online: http://www.rdc.org.uk/download/1/pub_ruralproofingguide.pdf, letzter Abruf am 13.12.12.; Vgl. www.rural-health.ac.uk.
- Diputación de Alicante (2008): Die öffentliche Verwaltung in Spanien. Online: http://www.residenteseuropeos.com/pdf/administracion_de.pdf, letzter Abruf am 13.12.12.
- Einig, Klaus (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2 (2008). Bonn.
- Einig, Klaus (2009): Koordination der Anpassung der Daseinsvorsorge an den Demografischen Wandel durch Meta-Regulierung und Netzwerk-governance, in: Neu, Claudia (Hrsg): Daseinsvorsorge - eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden, S. 39-66
- Elliniki Dimokratia (2007): Εφημερίς της Κυβέρνησης της Ελληνικής Δημοκρατίας (2007), Νόμος υπ' αριθμόν 3614, 1 (267), pp. 5177 – 5220, 5185-6. Online: http://www.edulll.gr/UserFiles/File/141532_N_3614_2007.pdf; <http://www.espa.gr/en/Pages/staticRegionalOP.aspx>; <http://www.makedonia-thrace.gr/el/Pages/Default.aspx>, letzter Abruf am 13.10.12.
- Elliniki Dimokratia (2010): Αιτιολογική Έκθεση του Σχεδίου Νόμου "Νέα Αρχιτεκτονική της Αυτοδιοίκησης και της Αποκεντρωμένης Διοίκησης - Πρόγραμμα Καλλικράτης". Online: http://www.ypes.gr/UserFiles/f0ff9297-f516-40ff-a70e-eca84e2ec9b9/aitiologiki_kallikrati_9_6_2010.pdf, letzter Abruf am 13.10.12.
- Elliniki Dimokratia, Υπουργείο Ανάπτυξης, Ανταγωνιστικότητας, Υποδομών, Μεταφορών και Δίκτυων (2007): Προγραμματική Περίοδος 2007-2013, Επιχειρησιακό Πρόγραμμα Μακεδονίας – Θράκης, Αθήνα. Online: http://www.eetaa.gr/efd/ep_espa/makedonia_thraki.pdf, letzter Abruf am 13.10.12.
- Elliniki Dimokratia, Υπουργείο Εσωτερικών, Αποκέντρωσης και Ηλεκτρονικής Διακυβέρνησης (n.d.): *Πρόγραμμα Καλλικράτης, Νέα Αρχιτεκτονική για την Αναμόρφωση της Αυτοδιοίκησης και του Κράτους*. Εθνικό Τυπογραφείο. Online: http://kallikratis.ypes.gr/library/downloads/Docs/documents/fulladio/Kallikrates_48p_low.pdf, letzter Abruf 13.10.12.
- Elliniki Dimokratia, Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών, Γενική Γραμματεία Επενδύσεων και Ανάπτυξης (2007): *Εθνικό Στρατηγικό Πλαίσιο Αναφοράς 2007–2013*. Αθήνα. Online: <http://www.certh.gr/dat/7190CCE2/file.pdf>, letzter Abruf 13.10.12.
- EurActiv.com PLC: Services of General Interest in the EU: <http://www.euractiv.com/sustainability/services-general-interest-eu-linksdossier-500147>, letzter Abruf am 20.02.2012.
- Europa Press Releases Rapid: Online: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/210&format=HTML&aged=1&language=EN&guiLanguage=en>, letzter Abruf am 20.2.2012.
- Europäische Kommission (2007): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begleitdokument zu der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen: Europas neues Engagement. KOM(2007) 725 endgültig, Brüssel (20.11.2007). Online: EUR-Lex 52007DC0725: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52007DC0725:DE:NOT>, letzter Abruf am 20.2.2012.
- Europäische Kommission (2009): Regionen 2020. Bewertung der künftigen Herausforderungen für die EU-Regionen. Arbeitspapier der Kommission. SEC(2008) 2868 endg.

- Europäische Kommission (Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit; Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen) : Sozialorientierte Beschaffung: Ein Leitfaden für die Berücksichtigung sozialer Belange im öffentlichen Beschaffungswesen. Luxemburg.
- Europäische Kommission (2010): SEC (2010) 1545 endg. Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der Europäischen Union über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse inklusive Sozialdienstleistungen. Brüssel.
- Europäische Union (2007): Kohäsionspolitik 2007-2013. Nationale Strategische Rahmenpläne. Online: http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/fiche/nsrf_de.pdf, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Finnish Federation for Social Welfare and Health (2004): To the Social Protection Committee, Ref: Questionnaire on social services of general interest. Online: http://ec.europa.eu/employment_social/social_protection/docs/replies/fi_federation_social_welfarehealth_en.pdf, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Fondazione ANCI (2011): Atlante dei piccoli comuni 2011. Online: http://www.piccolicomuni.anci.it/Contenuti/Allegati/ATLANTE_PICCOLI_COMUNI_2011.pdf, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Frosch, Katharina; Kühntopf, Stephan; Tivig, Thusnelda (2008): Mapping regional demographic change and regional demographic location risk in Europe. In: Band 2 der econsense-Schriftenreihe zu Nachhaltigkeit und CSR. Rostock.
- Galabov, Antoniy; Delibaltova, Vessela (2010): Note in the report „Mapping of the public services. Public services in EU & in the 27 member states“. Online: <http://www.epsu.org/IMG/pdf/MappinReportDefEN.pdf>, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Giannakouris, Konstantinos (2010): Population and social conditions. In: Eurostat (Hrsg.): Statistics in focus 1/2010.
- Gittins, Teresa (2009): Ensuring Equitable Rural Delivery: The Rural Proofing Process, Action in Rural Sussex. Sld 3.
- Gobierno de Aragon (2007): Programa de Desarrollo Rural Sostenible en Aragón. Zaragoza.
- Gobierno de Extremadura (2007): Programa de de Desarrollo Rural de Extremadura FEADER 2007-2013. Mérida.
- Haensch, Günther; Tümmers, Hans J. (1993): Frankreich: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. München.
- Heinze, G.W; H.H.Kill, M.Proksik, K.Olbrich, G.Wengler-Reeh (1994): Große und kleine ÖPNV-Konzepte für die Regionalisierung und die Fläche. Ausländische Erfahrungen und Kenntnisse, in: Der Nahverkehr, Jg. 12, H.3, S.8-14.
- Heinze, G. Wolfgang; Heinrich H. Kill (1992): Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert. Frankfurt/M: VDA-Schriftenreihe 69.
- Hürlimann, Gisela (2011): Service public. In: Historisches Lexikon der Schweiz. Online: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D49483.php>, letzter Abruf am 06.03.2012.
- Hugo, Greame John (2006): Temporary Migration and the Labour Market. In Australia, Australian Geographer.
- Janzer, Manuel (2012): Behindertenrat, Patientenverbände und Gewerkschaften planen Demonstration. Online: <http://www.radio.cz/de/rubrik/nachrichten/nachrichten-2012-03-11>.
- Knauff, Matthias (2010): Die Daseinsvorsorge im Vertrag von Lissabon. In: Zeitschrift Europarecht EuR, Heft 6/2010. Baden-Baden.
- Kröhnert, Steffen; Hoßmann, Iris; Klingholz, Reiner (2008): Die demografische Zukunft von Europa – Wie sich die Regionen verändern. dtv. München.
- Lang, Simon (2005): Dezentralisierung als umfassende Staatsform in Frankreich? Diskussionen und Realität vom „Programme de Nancy“ 1865 über die „Loi Defferre“ 1982 bis zur Verfassungsreform 2003. Speyer.

- Lucatelli, S; A Peta (2010): Ruralità e perifericità -analisi dei servizi alla persona in Calabria, Rom, Collana Materiali Uval Nr 21, online über <http://www.dps.mef.gov.it/materialiuval>, letzter Abruf am 5.11.12.
- Martin, Lothar; Radio Prag (2011): Erfolgsbündnis VW/Škoda ist Paradebeispiel für geglückte Privatisierung. Online: <http://www.radio.cz/de/rubrik/wirtschaft/erfolgsbueundnis-vwskoda-ist-paradebeispiel-fuer-geglueckte-privatisierung-1> (23-11-2011).
- Mazza, S; G Capacci (2006): L'invvecchiamento della popolazione italiana: effetti e politica sociale, in: Quaderni Europei sul nuovo welfare 5/06, online via www.newwelfare.org, letzter Abruf am 13.11.12.
- Ministerio de Agricultura, Alimentación y Medio Ambiente de España (2007): Ley para el Desarrollo Rural Sostenible del Medio Rural.
- Ministry of Energy, Enterprise and Communications (2008): Regional growth policy. Online: <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/09/09/41/6e723b7d.pdf>, letzter Abruf am 13.12.2012.
- MLIT Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism (2010): Policies for Sustaining Depopulated Area in Japan 2010. Unveröffentlichte Vortragsfolien.
- MLIT Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism (2011): Long-term Perspective for National Land in Japan. Mid report in Feb 2011.
- Montgomery, Keith (o.J.): The Demographic Transition. University of Wisconsin, Department of Geography and Geology. Online: <http://www.uwmc.uwc.edu/geography/Demotrans/demtran.htm>.
- National Statistical Institute (2011): 2011 Population Census. Online: http://www.nsi.bg/census2011/PDOCS2/Census2011final_en.pdf, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Nicotera, Alessia, Alberto Santel (1999): Italien: Der Reformprozeß im öffentlichen Nahverkehrswesen - Welche Chancen bietet er für die Verkehrsbetriebe? in: Public transport international (dt. Ausgabe); Jg.48, Nr. 5, S. 50 -52.
- Northern Territory Government (o.J.): Remote Service Delivery. Online über <http://www.workingfuture.nt.gov.au>, letzter Abruf am 24.4.2012.
- OECD Reviews of Regional Innovation (2007): Competitive Regional Clusters – National Policy Approaches. OECD Publishing. Online: http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/ocd/urban-rural-and-regional-development/competitive-regional-clusters/sweden_9789264031838-21-en.
- OECD (2009): OECD Rural Policy Reviews: Italy, online http://www.oecd.org/gov/ocd_ruralpolicyreviewitaly.htm, letzter Abruf am 9.11.2012.
- OECD (2010): Territorial Reviews: Sweden, 2010. Regional development.
- OECD (2010a): OECD Public Governance Reviews: Finland–working together to sustain success, online: <http://books.google.de/books?id=RZEqF1ZLRXkC&pg=PA230&lpg=PA230&dq=%22basic+service+programme%22+2010+finland&source=bl&ots=O3PuMGTLQf&sig=UGIAU9cUOvpTAaahRcRE7QIo34c&hl=de&sa=X&ei=4H62T8fJA4LntQbiyYyhCA&ved=0CE4Q6AEwAA#v=onepage&q=%22basic%20service%20programme%22%202010%20finland&f=true>, letzter Abruf am 13.12.12.
- Open Society Institute (2005): Regional plan for the development of the Northwestern region for the planning period 2007-2013. Online: <http://www.mrrb.government.bg/index.php?do=law&id=250&type=4>, letzter Abruf am 13.12.12.
- Pohl, Jürgen (1995): Italien dreigeteilt? in: Geographische Rundschau Bd. 47, Nr. 3, S. 150 - 155.
- Potz, Petra (2002): Die Regulierung des Einzelhandels in Italien - Grundlagen und Einfluss auf die Handelsstruktur. Wissenschaftszentrum Berlin, Schriftenreihe FS I 02-104.
- Prosper.org (2011): Public services in the EU & in the 27 member states - Part III: Country sections - ITALY, online: <http://www.unilim.fr/prospeur/fr/prospeur/etudes/mapping-public-services/pays02/italy/index.htm>, letzter Abruf 9.11.2012.

- Rauhut, Daniel (2012): Die Dienste der Daseinsvorsorge in den Europäischen Regionen. Entwicklung von Indikatoren und Perspektiven, Vortrag ArD-Workshop Euregia Leipzig 23.10.2012.
- Regione Autonoma della Sardegna (2006): Piano regionale dei servizi sanitari. Cagliari.
- Regione Autonoma della Sardegna (o.J.): Dinamiche e tendenze dello spopolamento in Sardegna Focus sulle aree LEADER. Un aggiornamento funzionale alle politiche di sviluppo rurale dell'Autorità di Gestione del Programma di Sviluppo Rurale della Regione Sardegna. Cagliari, online <http://www.regione.sardegna.it/index.php?xsl=510&s=153438&v=2&c=6997&t=1&tb=6990&st=11>, letzter Abruf am 5.11.12.
- Regione Basilicata, Dip. attività produttive (2008): Piano turistico regionale, art. 4 comma 2 LR 7/2008.
- Regione Toscana (2003): Piano regionale della mobilità e della logistica. Einzeldokumente über http://www.regione.toscana.it/regione/export/RT/sito-RT/Contenuti/sezioni/trasporti/ferrovie/rubriche/piani_progetti/visualizza_asset.html_882098817.html, letzter Abruf am 5.11.12.
- Regione Toscana (2007): Programma operative regionale "Competitività regionale e occupazione" - FESR 2007-2013, online: <http://svilupporurale.uncentoscana.it/images/stories/POR-testo.pdf>, letzter Abruf am 5.11.12.
- Regione Veneto (2006): Gli scenari futuri e il sistema di risposta ai problemi degli anziani - Ca' Foscari formazione e ricerca.
- ROREP (2006): Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnung und Raumpolitik Die Ländlichen Räume der Schweiz Bericht Arbeitsgruppe 2003-05, Februar 2006 Diskussionspapier der Rorep.
- Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels (2008): Demografische Standortrisiken im EU-Regionalvergleich. Online: http://www.zdwa.de/zdwa/artikel/20080724_6_9534222.php, letzter Abruf am 05.03.2012.
- Royal Ministry of Local Government and Regional Development (2005): Brief an die Europäische Kommission „Revision of the Regional Aid Guidelines – Comments from Norway“. Online: http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/tema/skatter_og_avgifter/differensiert-arbeidsgiveravgift/bakgrunn/Revision-of-the-Regional-Aid-Guidelines--Comments-from-Norway.html?id=419579.b, letzter Abruf am 13.12.2012.
- Rural Policy Committee (2009): Countryside for Vigorous Finland. Government Report to Parliament on Rural Policy 2009, S.18. Online: [http://www.ruralpolicy.fi/files/1397/10,_10/2009_Maaseutu_ja_EN_VERKKOON.pdf](http://www.ruralpolicy.fi/files/1397/10/_10/2009_Maaseutu_ja_EN_VERKKOON.pdf), letzter Abruf am 13.12.12.
- Schiefelbusch, Martin (2009): Italien, in: Martin Schiefelbusch, Hans-Liudger Dienel (Hg.): Kundeninteressen im öffentlichen Verkehr. Berlin 2009.
- Schuster, Robert; Martin, Lothar (2011): „Tschechen sind vorsichtig bei Geld“ – Politologe Schuster zu Rentenreform und Arztgehältern. Online: <http://www.radio.cz/de/rubrik/politgesprach/tschechen-sind-vorsichtig-bei-geld-politologe-schuster-zu-rentenreform-und-arztgehaeltern>, letzter Abruf am 21-02-2011.
- Schweizerischer Bundesrat (2004): Bericht des Bundesrates „Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)“ vom 23. Juni 2004. Online: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2004/4569.pdf>, letzter Abruf am 06.03.2012.
- Stadtgemeinde Bozen (2010): Gemeindeplan für die mittleren Handelsbetriebe. Beiblatt Nr. 1 zum Amtsblatt vom 21.12.10 Nr. 51 I-II.
- Tivig, T. u.a. (2008): Mapping Regional Demographic Change and Regional Demographic Location Risk in Europe. Rostock (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels).

Yfantopoulos, John Nic: Demographic Trends and Socio-Economic Indicators in EU and Greece. Online: http://video.minpress.gr/wwwminpress/aboutgreece/aboutgreece_demographic.pdf, letzter Abruf am 05.03.2012.

Ziener, Sonja (2007): Peripherie in Europa – Perspektiven sozialen Wandels am Beispiel der griechischen Insel Antikythira. Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Quellen zu den Einzelmaßnahmen

TES+BUS:

<http://cmati.xunta.es>, letzter Abruf am 28.02.12;

Telefongespräch mit Anton Garcia Rio, Stellvertretender Direktor der Verkehrsplanung am 20.02.2012.

Verkehrsplan der Region Sardinien (*Piano regionale dei trasporti*):

Regione Sardegna (2008): Piano regionale dei trasporti, Rapporto di sintesi, Nov. 2008.

La plate forme mobilité:

<http://www.bresse-bourguignonne.com>; <http://www.projetdeterritoire.com>, letzter Abruf am 27.02.12;

Telefongespräch mit Johan Lebaf, Koordinator am 26.02.2012.

Border Courier:

The Countryside Agency: <http://countryside.org/portfolio/clients/7>, letzter Abruf am 10.12.12;

The Countryside Agency (o.J.): Rural Connection Achieving social inclusion through transport schemes. Working for people and places in rural England;

John Dellow, Scottish Border Council (Transport Department); Ann Rushton-Green, Facilities Manager bei General Hospital Trust.

Weardale Local Links Project:

The Countryside Agency: <http://countryside.org/portfolio/clients/7>, letzter Abruf am 10.12.12;

The Countryside Agency (o.J.): Rural Connection Achieving social inclusion through transport schemes. Working for people and places in rural England;

Christine Graham, Rural Transport Team Leader, Public Transport Team bei Durham County Council.

Ländliche Fahrgemeinschaften (*Samåkning Tolg*):

http://enrd.ec.europa.eu/policy-in-action/rdp_view/de/view_projects_de.cfm?action=detail&backfusse=jsview&postcard_id=4320, letzter Abruf am 15.10.12;

<http://www.mobilsamakning.se>, letzter Abruf am 15.10.12;

Telefongespräch mit Maja Söderberg, Initiatorin am 17.10.2012.

Bezirksplan für personenbezogene soziale Dienstleistungen (*Piano locale uni-tario dei servizi alla persona - distretto di Alghero*):

Originaldokument(italienisch)unter

http://www.aslsassari.it/documenti/1_3_20070518231423.pdf, letzter Abruf am 19.03.12.

Integrierte Kindertagesstätten im ländlichen Umland von Groningen (*Geintegreerde kindervorzieningen op het Groninger platteland*):

http://www.lvo-onderwijs.nl/media/Info%20bijeekomsten/Bijeekomsten%202012/Krimp/20100328RA_02e_%20Eindrapportage_%20GKV%20versie%2014_%20maat%202012%20DEF.pdf, letzter Abruf am 11.12.12.

Centri e attività di socializzazione e di inserimento al lavoro:

<http://www.anci.it/index.cfm?layout=dettaglio&IdSez=808594&IdDett=34407>, letzter Abruf am 09.10.2012;

Telefongespräch mit Marinella Fassi, Kommune Sannazaro, 9.10.2012

OASIS-Projekt:

<http://www.oasis-project.eu>, letzter Abruf am 23.08.12

Municipalities and NGO's - together in caring of elderly people (*Kommunen und nicht-staatliche Organisationen - zusammen für die Pflege von älteren Menschen*):

http://www.omda.bg/biblioteka/vyara_gancheva/vyara_emi/vyara_emilia_13.htm, letzter Abruf am 15.10.12;

<http://www.namrb.org/?act=cms&id=46>, letzter Abruf am 21.02.12.

Geintegreerde:

http://www.provinciegroningen.nl/fileadmin/user_upload/Documenten/Downloads/Kijk_op_Krimp__juni_2011.pdf, letzter Abruf am 15.03.12.

Maison des Services:

<http://www.projetdeterritoire.com>, letzter Abruf am 21.02.12;

Telefongespräch mit Corinne Ibarra, Direktorin.

Hilfe zuhause:

<http://interlinks.euro.centre.org/model/example/HelpAtHome>, letzter Abruf am 10.05.12.

Institute of Rural Health:

<http://www.irh.ac.uk>, letzter Abruf am 15.05.12.

Zentrum für die Betreuung von älteren Menschen:

<http://www.50plus.gr/kifi>, letzter Abruf am 23.05.12.

Agnes, successful Ageing in a Networked Society:

<http://agnes-aal.eu/site>, letzter Abruf am 23.02.12.

Elder Spaces:

<http://www.elderspaces.eu/> & <http://www.ftb-net.com/elder-spaces.html>

& <http://www.aal-europe.eu/projects/Ongoing%20Projects%20Call%201-2-3/ELDER%20SPACES>, letzter Abruf am 28.02.12.

Vernetzung von Experten zu Sucht- und Suizidproblemen im ländlichen Raum (*Montagna in salute - qualità di vita e criticità*):

<http://www.montagnainsalute.it/on-line/Home.html>, letzter Abruf am 22.05.12;

Telefongespräch mit Davide Lacangellera, UNCEM Toskana, 22.05.2012

PeerAssist:

<http://www.cnl.di.uoa.gr/peerassist/index.html>, letzter Abruf am 28.02.12.

Is_Active:

<http://www.is-active.eu>, letzter Abruf 15.10.12;

Tatjana M. Burkow.

MyHealth@Age:

<http://www.northernperiphery.eu/en/projects/show/&tid=12>, letzter Abruf am 10.05.12.

Ländliche Genossenschaften von lokalen Diensten:

<http://www.fademur.es/>; <http://www.magrama.es>, letzter Abruf am 3.07.12;

Telefonanruf bei Nieves Alonso, Koordinatorin.

Mobile Ärztesprechstunden:

<http://rdpenetwork.defra.gov.uk>, letzter 15.10.12;

Telefongespräch mit Shalon Perkins, LEADER Support officer, Yorkshire and the Humber am 29.02.2012.

Transport Action Patients:

The Countryside Agency: <http://countryside.org/portfolio/clients/7>, 10.12.12;

The Countryside Agency (o.J.): Rural Connection Achieving social inclusion through transport schemes. Working for people and places in rural England;

Pam Price, Head Office, West Cornwall Primary Care Trust in Cambone.

Using vehicles efficiently:

Kurzinformation zum Projekt: Archivierte Website des Department of Transport, Nottingham County Council.

Think global, act local – innovativ sein in der Abfallwirtschaft:

<http://www.magrama.es>, letzter Abruf am 8.06.12;

Telefongespräch mit Carmen Gómez AFFAMER.

Zuhause am Zweitwohnsitz (*Hyttefolk i Tinn*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945495382/ProjectSurvey> Summary, letzter Abruf am 8.10.12.

Unione dei Comuni del Camposampierese:

<http://www.anci.it/index.cfm?layout=dettaglio&IdSez=808594&IdDett=31013> (Meldung 12.07.2011); <http://www.unionecamposampierese.it/> (diverse Unterseiten), letzter Abruf am 9.10.12.

Telefongespräch mit Stefano Franco, UdC del Camposampierese, 9.10.2012.

Licht in allen Fenstern (*Lys i alla glas*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945495622/ProjectSurveySummary>, letzter Abruf am 15.10.12.

Neue Konzepte für Gemeinschaftshäuser (*Huset i bygda*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/huset-i-bygda/ProjectSurveySummary>, letzter Abruf am 9.10.12;

<http://www.kulturbygget.no/section.cfm?path=6>, letzter Abruf am 15.10.12.

Neue Einwohner für Møkster, Huglo, Fjellberg und Espevær (*Flytt til LivOGLyst*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/flytt-til-livoglyst-mokster-huglo-fjellberg-og-espevaer/ProjectSurveySummary>, letzter 15.10.12;

Telefonat mit Silje Hatlevik Okt 2012.

Dorfläden als Gemeindemittelpunkt (*Bygdebutikken som samfunnsutvikler*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945494441>, letzter Abruf am 15.10.12.

Den Dorfladen behalten:

http://www.vno-ncwnoord.nl/media/file_album/1_Ondernemend%20met%20krimp.pdf, S. 46 – 47), letzter Abruf am 12.12.12.

Kompetenzentwicklung für den Einzelhandel in Randgebieten (Merkantilt kompetanseprogram for utkantbutikker (MERKUR):

<http://merkur-programmet.no/Default.aspx?tabid=4810> (englisch), letzter 15.10.12;

http://www.regjeringen.no/nb/dep/krd/tema/regional_og_distriktspolitikk/levende-og-attraktive-lokalsamfunn/merkur---merkantilt-kompetanseprogram-fo.html?id=528008 (nur norwegisch), letzter 15.10.12;

<http://merkur-programmet.no/Default.aspx?tabid=8976>, letzter 15.10.12;

Telefongespräch mit Helge Schei, Programmleiter, Sept. 2012.

Lokala serviceløsningar (Programm lokale Dienstleistungskonzepte):

<http://www.tillvaxtverket.se>, diverse Unterseiten;
Telefonat mit Annika Lidgren, Tillväxtverket, 9.10.12.

Bargeldversorgung abgelegener Gebiete (*Kontanthantering via dagligvarubutiker*):
unveröffentlichter Projektabschlussbericht:

http://www.tillvaxtverket.se/huvudmeny/insatserfortillvaxt/regionalutveckling/kommersiell_ochoffentligservice/projektmedellokalaservicelosningar/fordjupning/avslutadeprojekt/avslutadeprojekt/kontanthanteringviadagligvarubutiker.4.5b5d37c7131dcf897d380002835.html, letzter 15.10.12;

http://www.tillvaxtverket.se/huvudmeny/insatserfortillvaxt/regionalutveckling/kommersiell_ochoffentligservice/projektmedellokalaservicelosningar/fordjupning/avslutadeprojekt/avslutadeprojekt/kontant_hanteringistockholmsskargardsomma_ren2011.4.5b5d37c7131dcf897d380002691.html, letzter 15.10.12.

Telefonat mit Tomas Norberg, Länsstyrelsen Stockholm Okt 2012.

Fixar Malte - Der kommunale Haushaltshelfer:

Zusammenfassung von Informationen aus Tänzler, Dennis u.a. (2005): Nachhaltigkeit und Verbraucherpolitik: Ansätze und Maßnahmen in anderen Ländern. Studie im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Projektnummer 35/2004);

<http://download.ble.de/04HS049.pdf>, letzter Abruf am 12.06.12;

<http://www.leksand.se/sv/Startsida/Social-service/Var-och-omsorg/Fixar-Malte/> -

<http://www.osby.se/stod-omsorg/ny-sida/fixar-malte/>-, letzter Abruf am 10.10.12;

<http://www.katrineholm.se/Halsa-stod-och-omsorg-/Aldreomsorg/Vilket-stod-finns-att-fa/Fixar-Malte/>, letzter Abruf am 10.10.12;

<http://www.sundbyberg.se/kommunalservice/aldreisundbyberg/fixarmalte.4.3bead51065a683c0d8000671.html>, letzter Abruf am 10.10.12.

7 POMS in 7 Dörfern:

<http://www.projetdeterritoire.com>, letzter Abruf am 10.03.12;

Telefongespräch mit Gêrome Ror, Koordinator am 21.02.2012.

Die Dorfkneipe als Dreh- und Angelpunkt:

<http://www.pubisthehub.org.uk>, letzter Abruf am 12.06.12.

De Dorpswinkel behouden:

http://www.vno-ncwnoord.nl/media/file_album/1_Ondernemend%20met%20krimp.pdf,
S. 46 – 47, letzter Abruf am 10.12.12;

http://www.stadlander.nl/nieuws/scherpenisse_leeft_weer_dankzij_de_dorpswinkel_-_woningstichting_betaalt_mee.html, letzter Abruf am 10.12.12.

Virtuelles Bürgerbüro (*Contact met de burger via virtuele loketten*):

<http://www.vanmeernaarbeter.nl/voorbeelden/contact-met-de-burger-via-virtuele-loketten>, letzter Abruf am 13.03.12.

Unione Bassa Reggiana per l'infanzia e il sociale:

<http://www.anci.it/index.cfm?layout=dettaglio&IdSez=808594&IdDett=32566> (Meldung 10.10.2011);

<http://www.bassareggiana.it> (diverse Unterseiten), zuletzt abgerufen am 08.10.12;
Telefongespräch mit Raffaele Davoglio, 10.10.2012.

Die Schule als Entwicklungsmotor (*Sauda vidaregåande skule som utviklings-aktør*):

<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/sauda-vidaregaaande-skule-som-utviklingsaktor/ProjectSurveySummary>, letzter 15.10.12;

Telefonat mit Hans Hysten Solberg, Okt. 2012. phænovum:

<http://www.phaenovum.eu/index.html>, letzter Abruf am 10.3.12;

- Innocel Innovations-Center Lörrach GmbH, Diana Stöcker, Geschäftsführerin, Lörrach.
Canterbury Rural Street Runner:
The Countryside Agency: <http://countryside.org/portfolio/clients/7>;
The Countryside Agency: Rural Connection Achieving social inclusion through transport schemes. Working for people and places in rural England;
Amanda Sparkes, Community Development Officer, Canterbury City Council in Canterbury.
- Jugendprojekt Alpenrose:
http://www.qualifutura.ch/de/Information/Jugendprojekt_Alpenrose, letzter Abruf am 10.03.12.
- YURA – Your region your future:
<http://www.yura-project.eu>, letzter Abruf am 8.04.12;
<http://yura.kr-ustecky.cz/de/>, letzter Abruf am 8.04.12.
- RKK-Nordland:
<http://www.rkkyh.no>, letzter 15.10.12;
Ansprechpartner: Monica Meisfjordskar.
- FENIX – Riverside:
<http://fenixyouth.com>, letzter Abruf am 8.04.12.
- Ortsungebundene Arbeitsplätze (*Stedsuavhengige arbeidsplasser*):
<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945494408/> ProjectSurvey Summary, zuletzt abgerufen am 08.10.12.
- Breitbandversorgung als Katalysator für ländliche Siedlungen
<http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945495550/> ProjectSurveySummary (nur norwegisch), zuletzt abgerufen am 08.10.12
<http://www.distriktssenteret.no/ressurser/gevinster-av-hoyhastighets-bredbaand> (nur norwegisch), zuletzt abgerufen am 08.10.12.
- Road Show Transfer Technologie:
http://www.sab.ch/fileadmin/user_upload/Dokumente_SAB_Verlag/ST207_Technologietransfer_06.10_de.pdf, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), Peter Niederer (Regionalentwicklung), Bern, letzter Abruf am 8.04.12.
- Nationales Programm zur Vorbereitung des Alterns:
<http://www.mspv.cz> (diverse Unterseiten), letzter Abruf am 15.10.12.
- Abraza la tierra:
<http://www.magrama.es>, letzter Abruf am 15.10.12;
Telefongespräch mit Eva Gonzalez, Koordinatorin CODINSE am 21.02.2012;
Vortrag Maria del Mar Martin: "Abraza la Tierra: dem Bevölkerungsverlust in ländlichen Gebieten durch inter-territoriale Kooperation entgegenwirken", ArD-Workshop, Euregia Leipzig, 23.10.2012.

BILDNACHWEIS

- Abb. 1 – Quelle: Giannakouris, Konstantinos (2010): Population and social conditions. In: Eurostat (Hrsg.): Statistics in focus 1/2010, p.3.
- Abb. 2 – Quelle: Giannakouris, Konstantinos (2010): Population and social conditions. In: Eurostat (Hrsg.): Statistics in focus 1/2010, p.7.
- Abb. 3 – Quelle: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels (2008): Demografische Standortrisiken im EU-Regionalvergleich. Online: http://www.zdwa.de/zdwa/artikel /20080724_69534222.php.
- Abb. 4 – Quelle: Becker, Peter; Stiftung Wissenschaft und Politik; Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.) (2005): Europäische Daseinsvorsorge – Die Politik der EU zwischen Wettbewerb und Gemeinwohlverpflichtung, p. 25. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/ products/studien/2005 _S12_bkr_ks.pdf.
- Abb. 5 – Quelle: Amdam, Jørgen; Høgskulen i Volda; Høgskulen i Volda og Møreforskning (ed.) (11/2006): Communicative Planning in Rural Areas. Online: http://www.hivolda.no/neted/upload/ attachment/site/group1/notat11_06.pdf.
- Abb. 6 – Quelle: Montgomery, Keith (o.J.): The Demographic Transition. University of Wisconsin, Department of Geography and Geology. Online: <http://www.uwmc.uwc.edu/geography/ Dem otrans/demtran.htm>.
- Abb. 7 – Quelle: OECD Reviews of Regional Innovation (2007): Competitive Regional Clusters – National Policy Approaches. OECD Publishing. Sweden: S.295-311. Online: http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/urban-rural-and-regional-development/competitive-regional-clusters/sweden_9789264031838-21-en; Vgl. www.regeringen.se.
- Abb. 8 – Quelle: MLIT Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism (2010): Policies for Sustaining Depopulated Area in Japan 2010. Unveröffentlichte Vortragsfolien.
- Abb. 9 – Quelle: Australian Bureau of Statistics: 3218.0 - Regional Population Growth, Australia, 2011. Latest issue 31.07.2012. Online: <http://www.abs.gov.au/ausstats/abs@.nsf/mf/3218.0>.
- Abb. 10 – Quelle: MLIT Ministry of Land, Infrastructure, Transport and Tourism (2010): Policifor Sustaining Depopulated Area in Japan 2010 (Unveröffentlichte Vortragsfolien, Bericht des MLIT-Gremiums zu ländlichen Gebieten 2010).
- Abb. 11 – Quelle: Open Society Institute (2005): Regional plan for the development of the Northwestern region for planning period 2007-2013, S.157. Online (Ministry of Regional Development): <http://www.mrrb.government.bg/index.php?do=law&id=250&type=4>.
- Abb. 12 – Quelle: Fondazione ANCI (2011): Atlante dei piccoli comuni 2011, p. 125. Online: http://www.piccolicomuni.anci.it/ Contenuti/ Allegati/ATLANTE_PICCOLI_COMUNI_2011.pdf.
- Abb. 13 – Quelle: Eigene Darstellung nach <http://eagri.cz/public/web/mze/dotace/program-rozvoje-venkova-na-obdobi-2007/ programove-dokumenty>.

- Abb. 14 – Quelle: Schulbus Galizien ES: http://www.cmati.xunta.es/seccion-organizacion/c/DX_de_Mobilidade?content=Direccion_Xeral_Mobilidade/Tes_mais_bus/seccion.html&std=descripcion.html.
- Abb. 15 – Quelle: Regione Sardegna (2008): Piano regionale dei trasporti, Rapporto di sintesi, Nov. 2008.
- Abb. 16 – Quelle: <http://www.projetdeterritoire.com/index.php/Les-initiatives/La-plateforme-Mobilite-en-Bresse-bourguignonne>.
- Abb. 17 – Quelle: <http://www.cityofathens.gr/katoikoi/triti-ilikia/programma-boitheia-sto-spiti>.
- Abb. 18 – Quelle: <http://www.is-active.eu>.
- Abb. 19 – Quelle: <http://www.northernperiphery.eu/en/projects/show/&tid=34>.
- Abb. 20 – Quelle: http://www.fademur.es/_contenido/comida-casera.php.
- Abb. 21 – Quelle: <http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945495382/ProjectSurveySummary>.
- Abb. 22 – Quelle: <http://huglo.no/2011/08/flytt-til-livoglyst>.
- Abb. 23 – Quelle: <http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/6449167780945494441>.
- Abb. 24 – Quelle: <http://merkur-programmet.no/Default.aspx?tabid=4810>.
- Abb. 25 – Quelle: <http://www.tillvaxtverket.se/huvudmeny/insatserfortillvaxt/regionalutveckling/kommersiellochoffentligservice/projektmedelokalaservicelosningar.4.62577d6e125504a77e0800045114.html>.
- Abb. 26 – Quelle: Kontanthering via dagligvarubutiker(12/2011). Sammanfattning av ett pilotförsök inom programmet Lokala servicelösningar. Dnr: 2520-2010-002913. Online: <http://www.tillvaxtverket.se/download/18.5a5c099513972cd7fea2de18/Kontanthering+via+dagligvarubutiker.pdf>.
- Abb. 27– Quelle: [http://www.katrineholm.se/Halsa-stod-och-omsorg-/Aldreomsorg/Vilket-stod-finns-att-fa/Fixar-Malte\(unveroffentlicherProjektbericht\)](http://www.katrineholm.se/Halsa-stod-och-omsorg-/Aldreomsorg/Vilket-stod-finns-att-fa/Fixar-Malte(unveroffentlicherProjektbericht)).
- Abb. 28 – Quelle: <http://www.pubisthehub.org.uk>.
- Abb. 29 – Quelle: <http://www.vanmeernaarbeter.nl/voorbeelden/contact-met-de-burger-via-virtuele-loketten>.
- Abb. 30 – Quelle: <http://www.distriktssenteret.no/lokalt-utviklingsarbeid/sauidaregaaande-skule-som-utviklingsaktor/ProjectSurveySummary> sowie Telefonat mit Hans Hylén Solberg, Okt. 2012.
- Abb. 31 – Quelle: <http://www.phaenovum.eu/index.html>.
- Abb. 32 – Quelle: http://www.qualifutura.ch/de/Information/Jugendprojekt_Alpenrose.
- Abb. 33 – Quelle: <http://www.rkkyh.no>.
- Abb. 34 – Quelle: <http://www.fenixyouth.com>.
- Abb. 35 – Quelle: http://www.sab.ch/fileadmin/user_upload/Dokumente_SAB_Verlag/ST207_Technologietransfer_06.10_de.pdf.

Abb. 36 – Quelle: <http://www.abrazalatierra.com>

Abb. 37 – Quelle: Tivig, T. u.a. (2008): Mapping Regional Demographic Change and Regional Demographic Location Risk in Europe. Rostock (Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels).

Abb. 38 – Quelle: Heinze, G. Wolfgang; Heinrich H. Kill (1992): Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert. Frankfurt/M: VDA-Schriftenreihe 69.

Die Internetquellen der Bildnachweise wurden zuletzt am 10.10.12 abgerufen.

Impressum

Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

Übersetzung: Neele Reimann-Philipp